

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

3-4 / 1989

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn: Stehen wir vor einem Zeitalter neuer Religionskriege?	1
Professor Ervin Laszlo, Ph. D.: Beyond the Tragedy of the Commons: World Agriculture's Global Survival Strategies for the Third Milleneum.....	9
Wendy Dobson: European Monetary Integration: A Canadian Perspective.....	21
Prof. Dr. Johann Baptist Müller: USA: Machtverfall oder Machtkonsolidierung?	27
Ernest F. Enzelsberger: 35 Jahre österreichische Neutralität.....	43
drs. Florus A. Wijzenbeek MdEP: Demokratie.....	52
D. Dr. Karl-Heinz van Kooten: Religionsgesetze außerhalb der Verfassung.....	55
Prof. Dr. Josef Nolte: "Wir guten Europäer" — Europa und Europäertum in Nietzsches Kulturethik.....	60
Markus Schubert: Das Konzept rein politischen Handelns bei Machiavelli.....	74
Jürgen Hollstein, M. A.: Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit in Europa: Die "Nouvelles Equipes Internationales"(NEI).....	82
Buchbesprechungen (Goeudevert, Fröhlich/Pichler, Lange/ Black, Fruttero & Lucentini, Zibaldone, Kuo, Christie, Viney, Sonnenhol).....	118
Summaries.....	127

Stehen wir vor einem Zeitalter neuer Religionskriege?

von

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn*

Die Frage nach der Verkündigung der Kirche in unserer Zeit und das Problem, ob sie ihrem Auftrag gerecht wird, möchte ich mit dem Hinweis auf ein gleichermaßen geistig-religiöses wie politisches Phänomen beginnen, das im letzten Jahrzehnt in vielen Teilen der Welt aufgetreten ist und auf eine Veränderung der Religionen in ihrem Selbstverständnis hinweist: Es handelt sich um die Instrumentalisierung von Religion für Politik. Gewaltsame, insbesondere revolutionäre Auseinandersetzungen werden religiös motiviert und gerechtfertigt. Die Folge ist ein bisher unbekannter Fanatismus, der sich geradezu zur Kreuzzugsmentalität steigern kann. Von da aus stellt sich die Frage: Stehen wir vor einem Zeitalter neuer Religionskriege?

Neue Religionskriege?

Seit der Aufklärung erscheinen Religionskriege wie ein Anachronismus. Für Europa brachte die Aufklärung die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, von Politik und Religion und führte schließlich zum toleranten, pluralistischen, demokratischen Rechtsstaat. Auch in der übrigen Welt herrschte zwischen den Religionen tolerante Koexistenz. Die furchtbaren Auseinandersetzungen, die bei der Unabhängigwerdung Indiens vor vierzig Jahren auftraten, bei denen sich Moslems und Hindus gegenseitig massakrierten, als sich die Staaten Indien und Pakistan trennten, waren ein Hinweis darauf, welche Leidenschaften aufbrechen, wenn Religion politisiert wird. Aber dieses Beispiel schien eine Ausnahme, die nicht mehr in die Zeit paßt. Heute ist das anders. An vielen Stellen der Erde kommt es zu einer neuen Politisierung der Religion, die zu einer schweren Bedrohung des inneren Friedens wie des Weltfriedens führen kann.

So ist, wie wir alle wissen, der schiitische Islam im Iran unter der Führung Khomeinis zum "heiligen Krieg" übergegangen. Der Golfkrieg wie das Massaker von

* Der vorliegende Aufsatz beruht auf einem Text des Autors in *Erneuerung und Abwehr*, 24 (1989), Nr. 6, S. 4ff; zu dem darin behandelten Problemkreis siehe noch W. Hahn: Warum schweigt die Kirche zum Terrorismus?, in: *LIBERTAS*, 3-4/1986 (wiederabgedruckt unter der Kapitelüberschrift "Kirche und Terrorismus" in: W. Hahn: *Europäische Kulturpolitik. Aufsätze über Bildung, Medien und Kirche*, Sindelfingen 1987); ders.: Christliche Weltrevolution – Stehen wir vor einer neuen Spaltung der Christenheit?, in: *Die politische Meinung*, 30 (1985), Nr. 223 (wiederabgedruckt in: Hahn, *Europäische Kulturpolitik*, a.a.O.); L. Barlay: Radikalismus und Extremismus, in: *LIBERTAS*, 1/1985; ders.: Paradigmen und Ideen politischen Handelns, in: *LIBERTAS*, 2/1986; ders.: Which Requirements Ethics Has to Meet?, in: *LIBERTAS*, 1/1986; K. Schön: Politische Denkformen. Essays, Sindelfingen 1986, S. 98ff; A. Ghanie Ghaussy: Der islamische Fundamentalismus, in: *LIBERTAS*, 1/1987.

Mekka 1987 sind Beispiele. Im Libanon tobt seit einem Jahrzehnt ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Religionsparteien. Auch der Kampf der Palästinenser in Israel ist ein Religionskrieg. So erklärte 1987 ein Sprecher der Organisation "Heiliger Krieg" in der Zeitung "Ha'areZ" in Tel Aviv: "Wir wollen das Land mit Gewalt befreien. Wir erstreben eine Änderung der ganzen Welt und wollen sie mit Waffengewalt zum Islam bekehren. Wir wollen alle Ketzer töten. Darunter auch die zionistischen Juden."

Einen ebenso radikalen Krieg haben die Sikhs für ein unabhängiges Kalistan im Punjab seit Jahren vom Zaun gebrochen. Zentrum der Gewalt ist der goldene Tempel in Amritsar und Anführer sind die Sikhpriester. Der Mord an Indira Ghandi erschütterte die Welt, aber täglich werden Hindus von Sikhs ermordet und entsprechend rächen sich die Hindus an den Sikhs.

Der Terrorismus der Tamil Tigers in Sri Lanka und die blutigen Auseinandersetzungen mit den Singhalesen haben aus der friedlichen Insel ein Inferno gemacht. Im Sudan kämpfen Moslems gegen Christen.

Aber schließlich haben wir in Europa seit Jahren den Kampf der Katholiken und Protestanten in Nordirland und selbst in der Sowjetunion ist es nun zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Armeniern und den moslemischen Aserbeidschanern gekommen.

Natürlich geht es in allen diesen Fällen nicht um Religionskriege im Sinne früherer Jahrhunderte. Man kann auch nur schwer feststellen, was die eigentlich treibende Kraft ist: Die Religion oder der soziale Kampf, die nationale oder kulturelle Unabhängigkeit. Immer verbinden sich mehrere Motive und es handelt sich um komplexe Bewegungen. Aber die religiöse Motivierung steigert die politischen Auseinandersetzungen zum Fanatismus und enthemmt die Gewalt. Denn nun steht man den Feinden Gottes gegenüber. Der Gegner ist das absolut Böse und der Angreifer weiß sich auf seiten des Guten. Der Feind muß vernichtet werden. Die Kämpfer erfüllen eine heilige Pflicht und werden im Falle ihres Todes zu Märtyrern.

Politische Theologie

Von dieser bei den anderen Religionen zu beobachtenden Politisierung ist das Christentum nicht ausgenommen. Vielmehr zeigt sich in der Entstehung einer "Politischen Theologie" ein neues Selbstverständnis von Kirche und Theologie, das eine tiefe Zäsur für die ganze Kirchengeschichte bedeutet. In fast allen Weltteilen ist in der Kirche eine Bewegung entstanden, die erklärt, das bisherige Christentum habe Jesus völlig verkannt, indem es sich auf den transzendenten Gott ausrichtet. Vielmehr sei die Aufgabe der Christen, das Reich Gottes mittels einer Sozialrevolution auf dieser Erde zu verwirklichen. Diese Theologie wendet sich mit Schärfe gegen die Theologie, die seit dem Apostel Paulus in der alten Kirche und dann sowohl in der katholischen als auch in der evangelischen Kirche und in deren Bekenntnissen gegolten hat. Die bisherige Kirchengeschichte sei eine Fehlentwicklung, die im Gegensatz zu Jesu Willen die ungerechten Herrschaftsverhältnisse stabilisiert habe, statt sich an die Spitze der um soziale Ge-

rechtigkeit kämpfenden Menschen zu setzen. Nicht der Gottvater in der Transzendenz und das Reich Gottes, das nicht von dieser Welt ist, sei die Botschaft der Kirche, sondern das irdische Reich sozialer Gerechtigkeit, das wir Menschen mit politischen Mitteln herbeiführen sollen, wodurch wir erst Christi Werk vollenden. Hinter dieser grundlegenden Veränderung des Verkündigungsauftrags und der Zielsetzung der Kirche steht ein doppeltes Motiv:

1. Die brennende und berechtigte Sorge um die Leiden vieler Menschen, insbesondere in der Dritten Welt, durch ungerechte soziale Strukturen. Der Wille, hier zu helfen und dabei tiefgreifende und weitausholende Strukturveränderungen durchzusetzen, ist berechtigt und zu begrüßen. Ob allerdings die Analyse der Ursachen der uns belastenden Weltprobleme richtig ist, die sich ganz auf das marxistische Arsenal gründet und die Welt mit der Brille des Marxismus betrachtet, dessen in 150 Jahren durch die Geschichte widerlegte Welterlösung nun als christliche Aufgabe angeboten wird, ist mindestens fraglich. Die Vertreter der politischen Theologie glauben alle, nur mit Hilfe des Marxismus die Welt retten zu können. So sagt Gollwitzer: "Sozialisten müssen nicht Christen sein, aber Christen müssen Sozialisten sein." Aber es sei anerkannt: hinter der Politisierung der christlichen Botschaft steht ein ernstes soziales Engagement. Und niemand, der verantwortlich denkt, wird sich den Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere in der Dritten Welt, entziehen wollen.

2. Das andere Motiv für die Politisierung des Christentums wird von niemandem so deutlich ausgesprochen wie von Dorothee Sölle. Sie hat Gott, so wie die Bibel ihn lehrt, für tot erklärt. Und nun legt sie die Heraufführung seines Reiches in unsere menschlichen Hände. Angeblich kann der heutige Mensch nicht mehr an den Gott im Jenseits glauben. Damit entfällt die vertikale Bindung des Glaubens. Sie muß durch die horizontale ersetzt werden. Auch so gibt es, nach Frau Sölle, Gott, aber nicht als Person uns gegenüber, sondern Gott geschieht, indem wir einander annehmen und lieben. Wir können Gott als Humanisierung der Welt realisieren. Es ist daher nur folgerichtig, wenn Dorothee Sölle den zweiten Vers von "Eine feste Burg ist unser Gott" durch die zweite Strophe der "Internationalen" ersetzt: "Es rettet uns kein höheres Wesen/kein Gott, kein Kaiser noch Tribun/uns aus dem Elend zu erlösen/müssen wir schon selber tun." Und sie fährt fort: "Ist der radikal-kritische und zugleich neue Möglichkeiten der Befreiung eröffnende Gehalt des Satzes 'Gott ist tot' verstanden, so ist der Weg zu 'Gott ist rot' nicht mehr weit ... Gott kann nur rot sein, wenn die Menschen Subjekte ihrer Geschichte werden. Die Subjekte der Befreiung sind wir selber, und jede theologische Fremdbestimmung durch einen ganz anderen Gott widerspricht nicht nur der Marxschen Annahme vom höchsten Wesen für den Menschen, das eben der Mensch sei, sie widerspricht auch dem Evangelium der Befreiung des Menschen für den Menschen. Insofern ist eine nichttheistische Theologie Vorbereitung einer sozialistischen." Viele Vertreter der politischen Theologie – insbesondere die vielen Mitläufer – werden so radikale Aussagen nicht mitvollziehen und sich wohl dagegen wehren, mit Frau Sölle in einen

Topf geworfen zu werden. Immerhin wurde sie als einziger deutscher Theologe vom Weltrat der Kirchen aufgefordert, bei der Weltkirchenkonferenz in Vancouver ein theologisches Referat zu halten. Und sie spricht tatsächlich ungeschützt und deutlich aus, was Vertreter der politischen Theologie denken: Den Himmel und den Christus des Glaubensbekenntnisses gibt es nicht. Die einzige Wirklichkeit, mit der wir zu rechnen haben, ist die Immanenz. Diese ist politisch zu gestalten. So müssen wir die Aufgabe Gottes selbst übernehmen und sein Reich auf dem Weg der Politik realisieren.

Es dürfte daher sichtbar geworden sein: die christliche Kirche und ihre Verkündigung sind in die tiefste Wandlung, um nicht zu sagen Krise, seit ihrer Entstehung vor 2000 Jahren geraten. Der Einschnitt ist sehr viel tiefgreifender, als es die Reformation oder die Aufklärung waren.

Die wichtigsten Strömungen

Wo und von wem wird die politische Theologie vertreten? Ein kurzer Überblick zeigt, daß sie sich in wenigen Jahren über den ganzen Globus ausgebreitet hat. Einige Gruppen schälen sich heraus:

„Die neue Theologie der Dritten Welt“ (Ecumenical Association of Third World Theologians) umfaßt die Black Theology in USA und Südafrika, die Theologie der Befreiung in Lateinamerika, die Homeland-Theology in Taiwan, Min Jung-Theologie in Südkorea. Sie ist auch in Indien und den Philippinen vertreten. Das berechtigte Motiv spielt eine Rolle, nicht durch westliche Denk- und Anschauungsformen überfremdet zu werden.

Die Urban And Rural Mission, die durch den Weltrat der Kirchen gefördert wird. Ihr geht es um ein Korrektiv der früheren Missionsarbeit, die zu stark durch die westlichen Heimatkirchen bestimmt war. Dagegen sollen die Kirchen der Dritten Welt sich den Lebensformen ihrer Länder anpassen. Aber es geht vor allem um die Schaffung eines sozialrevolutionären Bewußtseins unter den Christen für den Kampf um die gerechte Welt. Dies tut die „Theologie der Armen“, die bei der Weltmissionskonferenz in Melbourne 1980 einen Durchbruch erzielte.

Wohl am wichtigsten sind die „Christen für den Sozialismus“, die ihre programmatischen Tagungen in Santiago 1972 und in Quebec 1975 abhielten. Hier sind europäische und nordamerikanische Theologen gemeinsam führend. Sie erklären, der Christ könne nur Marxist sein, denn der Marxismus gibt die einzig richtige Analyse der Weltsituation. Nur mit seinen Mitteln könnten die Christen ihre Aufgabe erfüllen. Sie sollen in den etablierten Kirchen bleiben, um die in diesen gegebenen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen nutzen zu können. Zugleich sollen sie den Kampf in die Kirche tragen. Denn es geht um den Kampf gegen den „Antichristus“ in der bisherigen Kirche.

Theologisch exegetisch gründen sich die Christen für den Sozialismus auf die sogenannte materialistische Bibellektüre. Diese stellt fest, daß es nur eine historisch sichere Tatsache in den Evangelien gibt, nämlich, daß Jesus am Kreuz hingerichtet wurde. Da die Todesstrafe für Aufrührer war, sei er Sozialrevolutionär gewesen. Bereits das Alte Testament ist danach ein Buch des Klassenkampfes. Als die

Israelis aus Ägypten kamen, waren sie keine Religionsgemeinschaft, sondern unterdrückte Sklaven, welche die besitzenden Kanaanäer vertrieben.

Um noch ein Beispiel politischer Theologie zu erwähnen, sei auf die Konferenz der evangelischen Studentenpfarrer in der Bundesrepublik Deutschland verwiesen. So erklärten Studentenpfarrer, es sei nicht ihre Aufgabe, die christlichen Studenten an den Universitäten zu sammeln. Vielmehr finden sich in den evangelischen Studentengemeinden Christen mit Atheisten, Marxisten mit Hindus und Juden usw. zusammen. Was sie verbindet, sei der gemeinsame „Messianismus“, ein Begriff, der sich auf Ernst Blochs „Prinzip der Hoffnung“ bezieht. Aufgabe der Kirche sei nicht „der Tempel“, also die Anbetung Gottes, sondern „die Marschbegleitung der Verdammten dieser Erde“. Vorbilder sind Thomas Münzer, Ernst Bloch und Rosa Luxemburg, aber nicht Luther.

Alle diese Bewegungen finden eine Förderung, und zwar geistig wie organisatorisch von seiten des Weltrates der Kirchen. Es scheint aber, daß sie noch nicht tief in die Gemeinden – auch nicht in der Dritten Welt – eingedrungen sind. Die Laien wollen die Politisierung nicht.

Grundlinien der politischen Theologie

Was sind die gemeinsamen Grundlinien der politischen Theologie?

Die Ablehnung der westlichen theologischen Tradition, wie sie seit dem ersten großen Theologen, dem Apostel Paulus, die Kirche und ihre Verkündigung bestimmt hat. Für die Lehren der Trinität, der Christologie, der Anthropologie und der Rechtfertigung gibt es kein Interesse. Sie werden als individualistisch und als Ausdruck eines selbstgenügsamen quietistischen Christentums verstanden und hätten systemstabilisierend gewirkt.

In der bisherigen Theologie ist das theologische Erkenntnisprinzip die Heilige Schrift, aus der die Verkündigung, die Lehre der Kirche und die Bekenntnisse abgeleitet werden. Die Schrift ist die norma normans. Im Gegensatz dazu ist in der politischen Theologie die Beteiligung am Befreiungskampf und die dabei gemachte Glaubenserfahrung Voraussetzung und Quelle theologischer Erkenntnis. Erst im sozialen Engagement wird Jesus als der Vorkämpfer im revolutionären Kampf erkannt. Von da aus muß die Bibel neu gelesen werden. So erschließt sie sich als ein gesellschaftskritisches Buch, das zeigt, daß Gott auf seiten der Unterdrückten steht und die Aufgabe der Klassenkampf ist. In entsprechender Auswahl wird die Bibel verwendet.

Entscheidend ist die Eschatologie im Sinne einer säkularisierten Apokalyptik: Die Geschichte zielt auf die Herstellung des Reiches Gottes in dieser Welt. Nach der Theologie des deutschen evangelischen Professors Moltmann und des katholischen Professors Metz verwirklicht sich das Reich Gottes in Schüben, die je einen Schritt auf das Reich Gottes zu machen und so eine Antizipation des Reiches darstellen. Nach dem Brasilianer Gutierrez waren solche ersten Schritte in Richtung auf das Reich Gottes die Französische Revolution, die Russisch-bolschewistische Oktoberrevolution 1917 und Cuba 1959. Das kämpfende unterdrückte Volk wird dabei zur Inkarnation Christi. In seinen Leiden wiederholt

sich die Kreuzigung, und die revolutionären Siege sind die Auferstehung. Ernesto Cardenal sagt: "Befreiung ist ein Kampf, der nie endet ... bis wirklich das Reich Gottes auf Erden existent ist" und "... wir sehen in der Auferstehung keinen individuellen, sondern einen kollektiven Akt, der mit der Befreiung aller Menschen identisch ist. Das Reich Gottes, das Reich des Himmels, verstehe ich als die vollendete humanistische Gesellschaft. Weiterleben nach dem Tode bedeutet, sich heute für andere Menschen zu engagieren, denn in ihnen vermag ich fortzube stehen."

Die Geschichte ist der Kampfplatz zwischen Gott und dem Satan, ohne daß beide als Personen verstanden werden. Der Teufel ist personifiziert im frühen Kolonialismus, im Neokolonialismus, im Kapitalismus, im Militarismus und in der jüdisch-christlich-europäischen Kultur, die von Ulrich Duchrow als "Kultur der Gewalt" bezeichnet wird, die für alles Böse in unserer Welt verantwortlich ist. Denn die biblische Schöpfungsgeschichte sei pervertiert worden und habe die westliche Kultur als Inbegriff der Unterdrückung hervorgebracht. Wissenschaft mit Technik und Kapital sind die Mächte der westlichen Welt, die die übrige Welt gefangen hält. Duchrow, der Beauftragte der badischen Landeskirche für Ökumene und Dritte Welt ist, führt das so aus: "Kombiniert als Liebe zur Macht ergeben diese beiden biblischen Götzen der Moderne, Kapital und beherrschende Wissenschaft und Technik, folgende Konsequenzen:

- schrankenlose Ausbeutung der Natur (Zerstörung der Erde)
- Ausbeutung sogenannter Naturvölker, die nach Meinung der ethnozentrischen Europäer Materie, nicht Geist sind (Kolonialismus, Rassismus)
- Ausbeutung der Lohn- und Handarbeit durch Herren und Besitzer (Klassenherrschaft)
- Diskriminierung der Frau als Natur- und Sinneswesen (Sexismus)
- Verteidigung der Herrschaft des Besitzers mit Militärgewalt (Militarismus)

Wenn es wahr ist, daß die besondere Todesgefahr, die von unserer europäisch verwurzelten Zivilisation heute ausgeht, auf Perversion biblischer Wurzeln, ja, besonderer Gaben des biblischen Gottes ausgeht, dann muß der Kampf für Gerechtigkeit und Menschenwürde im eigenen Haus der Kirche beginnen, dann geht es nicht nur um eine bessere Gesellschaft, sondern um Christus und Antichristus, um Kirche und Antikirche."

Bei dieser Sicht der westlichen Zivilisation ist es verständlich, wenn Kooperation, ja Kampfgemeinschaft mit allen antikapitalistischen Kräften und antiwestlichen Widerstandsbewegungen, besonders mit dem Marxismus, gefordert wird.

Gewalt

Schließlich, und dies ist besonders gravierend, in diesem Kampf sind alle wirksamen Mittel, je nachdem die Situation der Revolution es erfordert, einsetzbar. Auch Gewalt ist legitim. So sagt Moltmann: "Die Machtstruktur der bestehenden Gesellschaft muß in ihrer Inhumanität als nackte Gewalt erwiesen werden. Gewaltanwendung ist deshalb nur die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel." Die Rechtfertigung vermittelt die Theologie des norwegischen Friedensforschers

Johann Galtung. Danach sind der Staat und die Gesellschaft es, die ständig den Menschen repressiv gewaltsam unterdrücken und seiner Lebensrechte berauben. Galtung nennt die Gewalt des Staates "strukturelle Gewalt". Die Menschen haben das Recht, darauf mit "personaler" bzw. "Gegengewalt" zu antworten. Ihr Widerstand ist legitim, weil vom Staat provoziert, der mit seiner repressiven strukturellen Gewalt die Gegengewalt erst hervorruft.

Damit können alle sogenannten Befreiungsbewegungen und auch ihre terroristischen Methoden vom Bombenlegen bis zu benzinegefüllten Halskrausen legitimiert werden. Mord am Establishment, das sich der Revolution entgegenstellt, und "Hinrichtung" von Kollaborateuren sind notwendige Kampfmaßnahmen, die sich gegen die strukturelle Gewalt wenden. Das Gewaltmonopol des Staates wird dabei grundsätzlich gelehnt, und der Staat wird als der Leviathan gesehen, der die Menschen unterdrückt und überwunden werden muß. Daß er nach Römer 13 die Aufgabe hat, Frieden und Gerechtigkeit zu wahren, die Schwachen zu schützen und ungerechte Gewalt zu verhindern, wird von der politischen Theologie nicht anerkannt. Das in Südafrika verfaßte Kairos-Dokument, das weltweit verbreitet wurde und den Einsatz von Gewalt im Kampf gegen die Apartheid christlich begründet, ist hierfür ein klassisches Beispiel. Gewiß sagen nicht alle, die die politische Theologie vertreten, ja zur Gewalt, aber es ist nicht erkennbar, daß innerhalb der unterschiedlichen Richtungen der politischen Theologie eine Diskussion über die Gewaltfrage im Gang ist. Bisher hat es überhaupt noch keine repräsentative Erklärung der evangelischen Kirche und der Ökumene zur Frage der Gewalt und zum Terrorismus gegeben. Vielmehr werden erhebliche finanzielle Mittel für terroristische Organisationen aus kirchlichen Kassen zur Verfügung gestellt.

Damit ist eine paradoxe Situation entstanden: Während der irdische Friede von den gleichen Kreisen in der Kirche zum höchsten christlichen und ethischen Wert erhoben wird und jede Form des Krieges zwischen den Staaten geächtet wird, ja der Friedensdienst als Soldat als nicht mit dem christlichen Glauben vereinbar dargestellt wird, wird der Bürgerkrieg als christliches Gebot proklamiert und die Anwendung von Gewalt wird legitimiert.

Abrüstung

Dieser Tatbestand erweist sich auf dem Hintergrund der weltweiten Abrüstungsdebatte als ganz besonders widersprüchlich. Den Supermächten, die ständig der Kriegstreiberei verdächtigt werden, ist es dank einer realistischen Abrüstungspolitik gelungen, durch die Verschrottung der Mittelstreckenraketen einen ersten großen Schritt zum Abbau der atomaren Rüstung und damit zur Verringerung der Gefahr für den Weltfrieden zu tun.

Ein solcher Fortschritt ist auf dem Gebiet des konventionellen Krieges nicht gelungen. Im Bereich des atomaren Patts war ein konventioneller Krieg nicht möglich, da er zur gegenseitigen Vernichtung geführt hätte. Dies hat uns vierzig Jahre Frieden beschert. Aber in der übrigen Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, im Nahen Osten, in Afghanistan und Afrika toben oder tobten konven-

tionelle Kriege mit allen Schrecken, ohne daß der UNO eine Begrenzung gelungen wäre.

Unterhalb dieser Schwelle hat sich eine dritte Art der Kriegsführung seit dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet: Die Guerilla oder der Terrorismus. Diese bedrohen den Frieden der Menschheit und jedes einzelnen sogar sehr viel mehr und näher als ein großer Krieg. Denn diese Art der Kriegsführung kann von jedem einzelnen und von jeder kleinen Gruppe, die mit der Gesellschaft unzufrieden ist und sich benachteiligt fühlt, etwa durch Zeitbomben im Supermarkt, die eine einkaufende Familie zerreissen, inszeniert werden, ohne daß Staat und Öffentlichkeit dies verhindern könnten.

Wer heute in der Welt zum Bürgerkrieg oder zur Revolution aufruft, muß wissen, daß dies zu dieser dritten Form des Krieges führt. Wer aus dem Evangelium "politisches Dynamit" macht und die Nachfolge Jesu als revolutionären Kampf gegen die böse westliche Gesellschaft und den tragenden Staat definiert, nimmt in Kauf, daß indoktrinierte junge Leute den Weg des Terrors als legitim ansehen. Nicht nur die jungen Palästinenser, die in den besetzten Gebieten Israels den Aufstand inszenieren, können sich durch solche Aufrufe ermutigt fühlen. Gollwitzer erklärt: "Die Kirche mit ihrem Evangelium trägt die Sprengkraft für diese Klassengesellschaft in sich. Sie gilt es freizumachen." Wenn Kirchenmänner das Christentum zu einer sozialen Kampfideologie uminterpretieren und dies zum Inhalt ihrer Verkündigung machen, so werden sie mitverantwortlich für einen entstehenden Weltbürgerkrieg, in dem Christen, Marxisten und andere Revolutionäre den Weltfrieden bedrohen. Dies abzulehnen, bedeutet nicht, sich mit den Verhältnissen dieser Welt abzufinden. Aber Reformen und wirkliche Verbesserungen sollten mit den Mitteln der Politik und unter Ausschluß von Gewalt durchgeführt werden; auch wenn es länger dauert. Vielleicht geht es sogar schneller, weil die Angst vor Gewalt entfällt.

Mißbräuchlicher Bezug auf das Barmer Bekenntnis

In der Bundesrepublik gibt es eine einflußreiche Gruppe von Theologieprofessoren und Theologen, die von sich selbst behaupten, sie führten die Tradition der Bekennenden Kirche fort, indem sie die politische Theologie vertreten. Sie behaupten, sich dabei auf die Barmer theologische Erklärung von 1934 berufen zu können. Die Berufung auf Barmen für die politische Theologie entbehrt jeder Grundlage. Diese Beanspruchung der Barmer Erklärung wird aber hingenommen, weil man sie nicht am Text der theologischen Erklärung überprüft. Faktisch widerspricht das Barmer theologische Bekenntnis in jeder seiner Thesen der politischen Theologie. Denn der Anlaß des Barmer Bekenntnisses war der Einbruch einer politischen Theologie, nämlich der nationalistischen politischen Theologie der Deutschen Christen. Und wichtigstes Anliegen des Barmer Bekenntnisses war die Zurückweisung unter dem Motto "Kirche muß Kirche bleiben". Jede Indienstnahme von Christus, Glaube und Kirche für jegliche Ideologie und politische Zielsetzung wurde abgewiesen. Nur in der Freiheit gegenüber der Politik – so sagt es Barmen – kann die Kirche ihren Verkündigungsauftrag gegenüber der

Welt und damit auch gegenüber der Politik erfüllen, nie, wenn sie selbst politische Partei wird.

Ein kurzer Überblick über die einzelnen Thesen soll das erhärten.

Die erste These erklärt die Heilige Schrift zur einigen und alleinigen Quelle für die Verkündigung von Christus. Diese Feststellung widerspricht der politischen Theologie, für welche Christus und der Auftrag der Kirche sich aus dem Befreiungskampf bzw. aus der marxistischen Analyse der Weltsituation ergibt, genau wie 1933 die Deutschen Christen den Auftrag der Kirche aus dem Aufbruch des Volkes ableiten wollten. Dies war auch das große und wichtige Anliegen, das Karl Barth in Barmen vertrat, der jede Geschichtstheologie als einen Irrglauben ablehnte.

Die zweite These zeigt, daß Christus aus den gottlosen Bindungen dieser Welt befreit und so zum Dienst an dieser Welt bereit macht. Im Gegensatz zur Forderung des Nationalsozialismus, im Bereich der Politik sei unser Gewissen ausgeschaltet, denn hier habe der Führer das alleinige Sagen, betont die zweite These, daß wir immer und überall Christus verantwortlich sind. Auf diese These beruft sich die politische Theologie gerne, indem sie in ihr den Auftrag zu finden glaubt, den gesamten Bereich der Politik als unmittelbaren Vollzug des Heilswerks Gottes zur Verwirklichung seines Reiches auf Erden zu verstehen. Davon steht aber nichts in der zweiten These, so selbstverständlich sie erklärt, daß wir in jeder Lage uns als Christen erweisen müssen. Aber damit erfüllen wir unsere irdische Pflicht und ergänzen nicht das Erlösungswerk Christi. Hans Asmussen hat in dem Vortrag, den die Barmer Synode als verbindliche Interpretation ihrer Erklärung bezeichnet hat, das Mißverständnis der politischen Theologie ausdrücklich abgelehnt, wenn er sagt: "Das Werk Christi ist nicht eine Teilerscheinung in einem in sich selbst ablaufenden Erlösungsprozeß der Menschen. Es ist auch in keinem Sinn Fundament für ein von Menschen zu leistendes Werk, sondern es ist alles sein und nur als sein Werk umfassend. Es leidet keinerlei Ergänzung und Unterstützung von seiten sündiger und ungläubiger oder gläubiger Menschen". Deutlicher kann die Hauptthese der politischen Theologie nicht abgelehnt werden, daß wir Menschen es seien, die auf Erden das Heilswerk Christi erst fortführen und vollenden müssen. Vielmehr bleibt unsere Aufgabe und unser Dienst, um mit Dietrich Bonhoeffer zu sprechen, im "Vorletzten".

Die dritte und vierte These lehnen diese Anpassung der Kirche an die politischen Strukturen dieser Welt ab, so damals an das Führerprinzip und heute wäre es der Klassenkampf.

Die fünfte These muß das große Ärgernis für die politische Theologie sein, weshalb die politische Theologie sie auch immer unterschlägt, denn sie lautet: "Fürchtet Gott, ehret den König!" (1. Petr. 2,17).

"Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnungen. Sie erinnert

an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden."

Man muß heute sinngemäß die Worte "staatliche Art" durch "Politik" ersetzen. Dann wird sichtbar, daß das Barmer Bekenntnis ganz scharf zwischen Staat und Kirche, zwischen Politik und Verkündigung unterscheidet. Das gilt auch und gerade, wenn beide, Staat und Kirche, Politik und Glaube, für die gleichen Menschen und die gleiche Welt verantwortlich sind, aber eben durchaus unterschiedlich.

Das wird durch die sechste These noch präzisiert, die sagt, die Aufgabe der Kirche sei die Verkündigung des Evangeliums durch Predigt und Sakrament für alle Menschen. Sie verwirft ausdrücklich die Indienststellung der Kirche für irgendwelche eigenmächtig gewählten Wünsche, Zwecke und Pläne. Also auch für politische und sozialistische Programme. Asmussen interpretiert das so, daß alle politischen Ziele "menschlich" sind und nicht mit dem Heilsplan Gottes in eins gesetzt werden dürfen.

Zusammenfassend ist festzustellen: die Barmer Theologische Erklärung widerspricht in allen Thesen der politischen Theologie. Sie lehnt jede Indienstnahme der Kirche für ein politisches Programm ab. Gerade so war sie von unerhörter politischer Bedeutung. Es gelang dem Nationalsozialismus nicht, die Kirche als ganze gleichzuschalten. Die glaubende Gemeinde blieb eine unbezwungene Schar, die in ihrem Gewissen an das Wort gebunden war und ihre Knie nicht vor dem Tier aus dem Abgrund beugen wollte, auch wenn sich diese Menschen nicht aus dem Reich des Tieres fortstehlen konnten, in das sie nun einmal hineingestellt waren.

Kirche und Politik

Natürlich darf es der Kirche nicht verwehrt werden, ihre Stimme zu erheben, wenn offensichtlich Unrecht geschieht und Verantwortliche nichts unternehmen. So hätte die Bekenkende Kirche in der Tat sehr viel deutlicher zur Judenfrage Stellung nehmen müssen, wie wir heute erkennen, wenn auch die Verbrechen in den ersten Jahren des Nationalsozialismus für die Öffentlichkeit noch keineswegs so sichtbar waren, wie man es heute im nachhinein sich vorstellt.

Die fünfte These von Barmen legitimiert eine solche Kritik der Kirche an Staat und Gesellschaft, wenn sie sagt: "Die Kirche erinnert an das Reich Gottes, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten". Auch muß sie zu großen ethischen Grundsatzfragen wie

Euthanasie, Abtreibung oder Genforschung ihr Votum abgeben. Aber die Kirche darf und kann nicht selbst zur politischen Partei werden, die ein politisches Programm als gottgewollt erklärt und die Verwirklichung dieses Programms ohne Wenn und Aber als vom Evangelium geboten hinstellt.

Damit verleugnet man den Jesus Christus des Neuen Testaments und die Kirche des dritten Artikels. Die Entscheidung der Kirche ist gefordert.

Gilt der erste Artikel des Glaubensbekenntnisses oder ist "Gott tot", und wird Gott nur durch uns im humanen Miteinander vollzogen?

Gilt der zweite Artikel mit der Erklärung Luthers: "Ich glaube, daß Jesus Christus, wahrhaftiger Gott vom Vater in Ewigkeit geboren, und auch wahrhaftiger Mensch von der Jungfrau Maria geboren, sei mein Herr, der mich verlornt und verdammten Menschen erlöst hat, erworben und gewonnen."

Gilt noch der dritte Artikel, daß die Kirche die Gemeinschaft der gerechtfertigten Sünder ist, oder ist sie die verschworene Schar christlicher Revolutionäre?

Die Kirche weicht heute der Entscheidung aus, zwischen biblischer Theologie und politischer Ideologie einen klaren Strich zu ziehen. Viele glauben aus Verantwortung für die Menschheit, die Frage des Glaubens zurückzustellen und das politische Handeln zum entscheidenden Kriterium machen zu sollen.

Die Ablehnung der politischen Theologie darf aber unter keinen Umständen so mißverstanden werden, daß der Christ sich auf die Innerlichkeit zurückzieht und die Welt sich selbst überlassen sollte. Es waren die Reformatoren Luther und Calvin, die dem weltlichen Werk – also Beruf und Politik – seine Ehre zurückgegeben und sie als das Feld der Bewährung der Christen erklärt haben. Nach der fünften Barmer These ereignet sich Politik "in der nicht-erlösten Welt". Aber gerade diese und keine andere Welt ist uns aufgegeben. Wir haben sie nicht in das Reich Gottes umzuwandeln, sondern sie so zu verwalten und zu gestalten, daß wir im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gut zusammenleben. Dies geschieht, so sagt die fünfte These, "nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens". So sollen wir z. B. unsere Kinder zu tüchtigen und rechtschaffenden Menschen erziehen, die sich hier Gott verantwortlich wissen, aber nicht zu Engeln. Gott braucht zur Erhaltung der Welt und zur Ernährung der Menschen Leute, die mit beiden Beinen auf dieser Erde stehen, aber auch erkennen, was und wie es besser gemacht werden kann.

Gerade so ist der Christ ein Bürger zweier Reiche, der zwischen dem Absoluten und dem Relativen zu unterscheiden weiß und dann auch für das unvollkommene Irdische dankbar ist. Wir sind Haushälter dieser Erde und sollen sie gut verwalten. Das Reich Gottes bringt Gott allein.

Beyond the Tragedy of the Commons: World Agriculture's Global Survival Strategies for the Third Millennium

by

Professor Ervin Laszlo, Ph. D.*

The Survival Problematique

Mechanized agriculture, new varieties of crops, and improved irrigation have revolutionized world food production since the end of World War II. Vast food surpluses have developed, and hopes grew that many previously food deficit countries will attain selfsufficiency. But energy costs and water shortages, soil degradation, and the persistent growth of human populations squashed such expectations. Surpluses became concentrated in a few countries, primarily in North America, while the deficit areas grew. Presently overproduction in a few societies coexists with malnutrition in many others.

Until mid-century, increases in world food production were achieved by bringing more land under cultivation. After that massive increases were attained through the use of chemical fertilizers, and later by new crop varieties. During the period from 1950 to 1986 the average consumption of fertilizers per unit of world population rose from 5 kg to 26 kg. This led to the overexploitation of agricultural lands and heavy dependence on further increments of fertilizers. Since it takes about a ton of petroleum to produce a ton of nitrogenous fertilizer, agricultural production took increasingly the form of converting fossil fuels into edible plants.

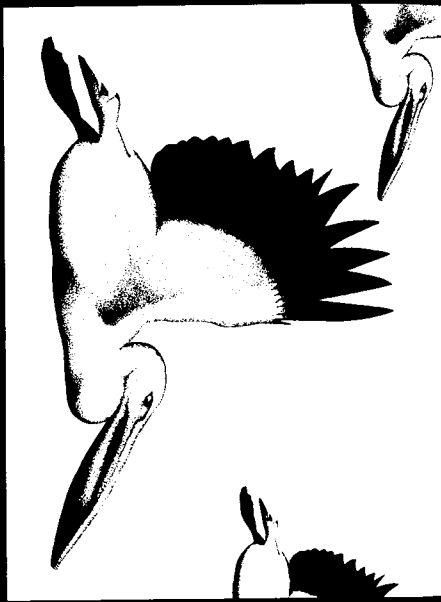
This process cannot be exported from the rich to the poor countries, nor can it be sustained for long even in affluent economies. The scarcity and ultimately the rising price of crude oil will force cutbacks on chemical fertilizers and on

* Professor Ervin Laszlo, Ph. D. is a well-known author of books such as "System, Structure and Experience" (New York 1969), "Introduction to Systems Philosophy" (New York 1972), "The Systems View of the World" (New York 1972), "The Relevance of General Systems Theory" (Ed., New York 1972) and "Global denken -- Die Neugestaltung der vernetzten Welt" (Rosenheim 1989), he is now Rector of the Vienna Academy (Wiener Akademie für Zukunftsfragen) and a Member of the Club of Rome; his text is based on a lecture given at the GATT-Uruguay-Round arranged by the Council of Europe, Strasbourg, the CEA, Brugg, and the Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Vienna on May 24th 1990 in the Congress Center in Igls and in the Congress Hall in Innsbruck.

Nestos

Bis zu 500 Pelikane
überwintern in den
Lagunen und Seen
am Nestos-Delta in
Nordost-Griechen-
land.

Störche und Singvögel aus
ganz Europa rasten zu Hundert-
tausenden in diesem riesigen
Feuchtgebiet.



Helfen auch Sie mit,
daß dieses einzig-
artige Europäische
Naturerbe erhalten
bleibt!

Spendenkonto: Nr. 333
Baden-Württembergische Bank
Stuttgart (BLZ 604 300 60)

Bitte senden Sie mir:
☐ Informationsmappe
(5,- DM liegen bei)
☐ Naturführer "Der Nestos"
(20,- DM liegen bei)

Senden Sie bitte diese Anzeige
mit Ihrer Anschrift an die:
Stiftung Europäisches Naturerbe
Güttingerstr. 19, 7760 Rodolfzell

N4

STIFTUNG
EUROPÄISCHES NATURERBE

the mechanization of agriculture, first of all in the poor countries. User restraint due to the overexploitation and pollution of soils will force cutbacks also in industrialized societies. Unless dependence on fossil-fuel based agriculture is reduced and reversed, spreading famine in the third world could create epidemics, mass migrations and open armed conflict. These effects would impact on the industrialized countries as well.

Currently pollution, overexploitation, and urban sprawl eat up about a thousand tons of the world's productive top soil each day. In about 35 percent of the world's cropland the rate of soil erosion exceeds the rate by which new soil forms. Under conditions of overpopulation and in the absence of adequate irrigation agricultural lands degrade rapidly. Drought, deforestation and climate change cut further into world food yields. The drought that hit in 1988 created a shock wave that traversed the world. In North America, it had the most severe effects ever recorded: the harvest fell by 31 percent in the U.S. and by 27 percent in Canada. Grain production dropped below domestic consumption. This left the over 100 countries that depended on North American food imports in a vulnerable situation. While the shortfalls in 1988 were largely made good from accumulated stocks, if similar droughts were to appear more frequently in coming years, such remedies would not be available. Failures of surplus producing harvests will become more tragic in coming years, as vast areas of the Middle East and Africa move deeper into food deficit and thus import dependence.

Water scarcity is a problem independently of droughts: water levels are falling in many areas due to the intensive irrigation required by "green revolution" strains. At the same time, both domestic and industrial demand for water is rising, and the threat of contamination through toxic wastes is growing.

The authoritative International Rice Research Institute in the Philippines estimates that in the next fifty years there will have to be a 50 percent increase in arable land and a doubling of yield per area of land to adequately feed a world population of eight billion people. Quite apart from the formidable problem of the underdeveloped countries of paying for food imports and assuring their proper distribution, the production targets themselves are not realistically attainable. If soil loss and deforestation continue, gains in new land areas will be offset by urbanization and desertification; if the price of fossil fuels rises the use of chemical fertilizers will be restricted; and if the greenhouse effect continues to warm the atmosphere, unfavorable weather patterns will cut down on the size of yields per area. And in any case, the human community will grow to more than eight billion in half a century--unless massive starvation decimates the populations.

The problem of world agriculture illustrates what the ecologist Garret Hardin called the "tragedy of the commons". Take a public grazing field -- known in England as the 'common' --, capable of supporting one hundred sheep. Assume

that there are ten shepherds using the field and each has a flock of ten sheep. Each shepherd wants to increase his flock so he could increase his profits. Each of them reasons that if he adds one more sheep, he increases his capital employed ten percent, while using only one percent more of the commons. Each shepherd may think that this is an eminently reasonable risk, and he would be a fool not to take it. The problem is that if all or most shepherds take the risk, the load on the commons would soon encounter a sustainability threshold. This is the point at which new grass cannot be regenerated in time to replace the grass removed by grazing sheep. The progress is nonlinear: there comes a time when a shepherd adds one more sheep, and the entire commons begins to erode. It is like adding more and more load to the camel, until the last straw breaks its back. Taking such a risk is not reasonable; it is suicidal.

The tragedy of the commons is the tragedy of shortsightedness in contemporary agricultural practices. Hardly any powerful "shepherd" is willing to face the costs of the long term, for fear of losing out in the short. In consequence the global commons is becoming rapidly overstressed. Take the following examples.

In China, the government now allows peasants to have larger families and to work the land more intensively, despite the fact that soil erosion already threatens fully one-third of the large country's utilizable grassland and there is a growing shortage of water for irrigation. For a time, there will be more food on local markets but, before long, the overstressed lands will collapse and so will the yields. While Chinese cabbages will become suddenly scarce, the Chinese people looking for the cabbages will be always more numerous.

In the Sahel, the governments used development aid to drill wells in the desert to assure dependable supplies of water. This prompted nomads to settle near by, with large families and livestock. Under the pressure of heavy grazing and firewood, the fragile ecosystems of the oases are collapsing. Instead of green pastures, only the desert is, growing.

In Indonesia, Green Revolution rice varieties and intensive cultivation increased domestic rice production, but the economy became stringly dependent on a continuous supply of resistant rice strains, chemical fertilizers, and pesticides. The economy of the country has difficulty coming up with the convertible currency to pay for these imports, while the soils require ever larger quantities of them to maintain productivity. At the same time the vast new ricegrowing areas push subsistence farmers into the hills, where cultivation produces poor yields and erodes marginal soils.

To combat major insect outbreaks, the Peruvian government introduced organic insecticides into the fertile Caneta Valley. Trees were cut down to allow the aerial spraying of the fields, but when the treatment was completed, it turns

out that it removed beneficial insects and birds together with the harmful ones. The quantity of pesticides had to be continuously increased as pests developed resistance to them. In the end certain species, which had not been harmful until then, were released from control and became pests themselves. The intervention began in the 1940s, and by 1955 the region was an economic disaster.

The overuse of lands through pesticides and chemical fertilizers is producing soil erosion in Europe, in Japan, as well as in North America. One-third of the cropland in the United States shows a marked decline in long-term productivity, endangering agricultural surpluses on which more than 100 developing countries now depend.

The causes of overstress in the global commons are not limited to agriculture: they are multiple and interdependent. One of the most basic is population.

Despite a much heralded decrease in fertility rates in some parts of the world, the population explosion is continuing. The upward revised UN demographic projections of 1990 show that, on the average, three people are added to the world population every second. The daily increment is 250,000 human beings, equivalent to the population of a large town. The annual figure is 88 million, more than the population of France. For the rest of this decade, the world population will continue to inflate by 90 to 100 million people each year. The demographic growth curve cannot flatten out because of the many young people who enter the age of fertility. Population stabilization could only occur at the end of the 21st century, and at a level not below 14 billion souls – unless, of course, famine took a major toll.

The third world has the overwhelming share of the population explosion. Three-fourth of the world's peoples lived in the third world already in 1983, and only one-fourth in the first and in the second. This proportion will grow in coming years: in the year 2000, 79 percent of the global population is expected to be in the developing countries, and in the year 2020, 83 percent. The population of Africa, the poorest of the poor continents, will triple in the 45 years between 1980 and 2025, growing from 500 million to a billion and a half. The population of Bangladesh is projected to double in the next 35 years, from 110 to 220 million, and similar growth rates will obtain in most parts of Asia, Africa, and Latin America.

Another factor of overstress is poverty. The human population of the globe presses at the outer edge of the commons' carrying capacity almost everywhere in the third world. The load keeps increasing. In 21 out of 35 low-income developing countries the overall daily calorie supply per capita was lower in 1985 than it was in 1965. There are 115 developing countries according to the U.N., and almost half of them have experienced falling per capita staple food consumption in the last 10 years. The number of critically impoverished coun-

tries is growing: in 1964 there were 24 states on the U.N.'s list of "least developed countries": today there are 42. There are at least 300 million Africans who are chronically malnourished, some 150 million with acute food deficiency, and more than 60 million on the edge of starvation. Nobody quite knows how many millions die of AIDs. The demographic explosion in Asia creates similar problems, as in most countries every hectare of arable land is already cultivated and millions live on mudbanks in the shadow of famine and disease. Countries everywhere in the third world are reporting falling life expectancy, rising infant mortality, and recurrent famine.

Resource-hungry technologies and irresponsible practices are yet another source of the overstress of the commons. It is estimated that a child coming into the world in the United States and living for 82 years will consume a total of 225 million liters of water, 21 thousand tons of gasoline, close to two hundred kg of steel, and the wood of a thousand trees. This level of resource consumption cannot be exported to the poorer parts of the globe: the environment would be depleted and overpolluted within a generation.

There are 200 billion tons of greenhouse gases pumped into the atmosphere each year, and an estimated 70,000 chemical compounds penetrate air, water, and soil. The result is salination, acid rain, and the warming of the global atmosphere. Poverty can create even more waste than affluence. Poland produces five times more sulfur dioxide and solid waste per unit of GNP than Western Europe. In the poorest parts of the third world top soil and forests are vanishing not because of excessive doses of chemical fertilizers and pesticides, but because of overgrazing and overcropping, the persistence of slash-and-burn agriculture, and reliance on firewood and dung for heating and cooking.

Pollution changes the thermal and chemical equilibrium of the earth's atmosphere and creates changed weather patterns. This has a negative impact on the growth of forests. As new weather patterns reach established vegetation zones, trees suffer. The problem is especially acute in the tropical forests where the trees have narrow tolerances: in such zones only slight temperature and rainfall variations were the rule. Critical areas of the rainforests of Central Africa and Brazil may die back if their water supply diminishes. Scientists at the Biosphere Project of the International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA) found that this would happen when atmospheric CO₂ levels reached double their present value. Not only the great tropical rainforests, even the boreal forests that ring the Northern Hemisphere from Scandinavia to Canada and Northern Siberia would be affected: projections show that with a doubling of atmospheric carbon dioxide, up to 40 percent of the boreal forest belt would be unable to support the present species of trees. Given long (30, 50 year-plus) tree growth cycles, a rapid warming trend would not allow forests to regenerate by themselves: there would not be enough time for replacement species to immigrate. Even reforestation would be rendered difficult, since the seedlings of the current species would die before reaching maturity, while the seedlings of species

more adapted to the coming conditions could not survive in the present climate. In this light, the entire vegetation cover of the planet appears at risk.

On an average, three thousand square meters of forest are lost per day. In areas such as the Amazon region of Brazil, where government and private enterprises covet great tracks of forest for pastures and development, deforestation proceeds at an accelerated pace. Forests are dwindling even in China, where millions of peasants and young people are routinely mobilized for tree planting. The growth of trees is now impaired in such distant and out-of-the-way places as Siberia and Mongolia. Deforestation is worldwide. Our planet had an estimated 6.2 billion hectares of forests when serious human interventions began with the Neolithic Revolution: today it has no more than 4.2 billion.

The loss of over a third of the earth's tree cover is a major cause of ecological disequilibria. Trees absorb CO₂, conserve water in the soil and prevent erosion, and shelter myriad plants, animal and insect species essential for biological diversity. But the number of trees that would have to be planted to reestablish balance is staggering. Some 130 million hectares would need to be reforested in the third world and about 40 million in the first, just to stabilize the major watersheds, achieve a 20-25 percent reduction in atmospheric carbon dioxide, and cover at the same time the most urgent demand for fuelwood and timber.

With present rates of emission of carbon dioxide and other greenhouse gases (methane, ozone, chlorofluorohydrocarbons and oxides of nitrogen), a global warming trend will unfold, raising in about forty years the average world temperature between 1.5 and 4.5 degrees Celsius. The long-term effects would impact on world agriculture. The monsoon would miss the Indian subcontinent and irrigate the deserts of central Asia; tropical Africa would dry out as water falls on the sands of the Sahara. The permafrost of Northern Canada and Siberia would melt, but expose soils not able to sustain intensive cultivation. A doubling of CO₂ would raise US temperatures by 6-8 Celsius. But already a 4.5 C warming would transform the U.S. Midwest into a dustbowl and drop the water level in Colorado. While Alaskan fish catches would increase thanks to warmer currents, California, deprived of the waters of the Colorado, would be unable to irrigate its vineyards and orchards. Lake Michigan would evaporate, and the wetlands of Louisiana would be lost to the sea.

Although temperatures will rise more in the tropics than at the poles, the polar regions would end up warm enough to melt some of the icecap, and the liberated waters would flow toward the equator and raise the level of the oceans. If the average temperature of the globe would rise by 1.5 C, the sea-level will rise some 20 cm. If there is a 4.5 C warm-up, the waters could rise by as much as 140 cm. This would be disastrous. More than 2 billion people – over a third of humanity – live within 60 km of a coast. While some of these densely inhabited regions are elevated, many others are near sealevel and would be inundated. Unless dikes and levees were built in time, the skyscrapers of New York would project like

islands in the sea, and London, Rome, Stockholm, Tokyo, and dozens of major cities would have canals instead of streets. And the million who inhabit such low-living regions as the greater part of Bangladesh would have to flee to higher altitudes, swarming over neighboring countries.

The factors that stress the global common are interdependent. Growth in human numbers increases the load on the environment and, while the per capita load is higher the more affluent the population, the load imposed by extreme poverty also creates serious, and often irreversible, degradation. Urban concentrations, industrial complexes, misused or inappropriate technologies, and unsuitable forms of energy create pollution, cause deforestation, trigger climate change, and reduce world agricultural yields. People forced into subsistence farming overexploit and erode the soils.

The burning of fossil fuels, deforestation, climate change, energy use, and the impact on agriculture are directly linked. Fossil-fuel based pollution creates acid rain, and acid rain kills trees. As trees die, the carbon stored in them is released into the environment. This adds to the CO₂ content of the atmosphere, reinforcing existing pollution and triggering climate change. Climate change in turn promotes forest die-back and depresses agricultural productivity.

The soil erosion-poverty syndrome forces marginal subsistence farmers beyond the edge of survival, and may force them to leave their native lands in search of survival. As the syndrome deepens, the flow of people seeking chances of survival may grow from a trickle to a tidal wave. Mexicans are already streaming into the U.S., and migration across these borders will doubtless grow in coming years. Another wave could develop at the southern shores of the Mediterranean as starving North Africans take to boats to try their luck in Europe. A third major wave could advance from China into the thinly settled regions of Siberia. Many others will follow if the greenhouse effects leads to coastal flooding. Such massive migrations, especially if they consist of people poorly adapted to social and economic conditions at their destinations, would produce major stresses in the engulfed regions and are likely to provoke serious social, economic and political tensions.

Historical Background

The overstress of a commons is an ancient phenomenon: it has been occurring and recurring since the beginning of civilization. Only the scale and extent of the overstress is new: in the past, if one commons was overexploited, populations could move to virgin areas or less exploited lands.

Despite the fact that human communities have been dependent on their primary productivity, they tended to overexploit their lands and forests. The agricultural societies of the ancient Near East were far greener than they are today: millennia

of habitation has lead to a vast spreading of the deserts. These civilizations have periodically reached population densities that exceeded the capacity of their lands to produce food in a sustainable manner.

Repeated crises were overcome through techniques of more intensive production: terracing, irrigation, crop selection, expanded animal husbandry, among others. But ultimately population grew to meet the more generous yields of more intensive production, and the next crisis was only a way down the road. Problems of overgrazing, deforestation, soil erosion, siltation, water-logging, soil salinization, and crop blight were among the long-term consequences of agricultural innovations. When a majority of communities would reach the outer threshold of sustainability in production, the local civilization would begin to decline. People began to emigrate, and those that remained were an easy prey to foreign conquerors. There was an ecological factor underlying the rise and fall of all the ancient civilizations.

European civilization did not do much better. At the dawn of the modern age European societies became dependent on overseas colonies for many of their primary resources. For the last two hundred years, the colonial powers also had another outlet: they exported their marginalized populations to the new world. As it happened, pre-Colombian America was settled by native population that stayed well within the regenerative thresholds of their environment: their myths included the veneration of nature and natural processes. European immigrants found a generous resource base on which to build a new frontier.

The success of modern technology encouraged societies to persist in the belief of infinitely expanding frontiers. But in regard to primary productivity, this belief proved illusory. Even as total food production rose, productivity per unit of energy input declined. Modern agriculture transformed crude oil, a non-renewable fossil resource, into edible biomass, an essentially renewable resource. By this token modern agriculture became an entropic process.

For a time, societies could overstress their commons without paying the price: their agricultural production supported a large urban population which developed the productive forces of industry. The revolutions wrought by industrial production transformed the frontier myths of colonial powers and new-world settlers into the myth of perpetual, technologically-fuelled and industrially based economic growth. Acting on this myth, the emigrants from the old continent acquired power and wealth, mining the new world's generous natural resources regardless of the fact that their practices were not indefinitely sustainable.

The commons is now presenting the bill. Modern societies operate not only at the outer edge of the sustainability of their own territories: they operate at the outer edge of the sustainability of the global commons. They still live

according to the heritage of the growth-culture of the first industrial revolution. In squeezing out further growth, agro-business trades long-term sustainability for short-term advantage. This is the contemporary tragedy of the commons. If the agricultural lands collapse, it will not be possible to divert capital to more productive investments — the essential resource base of primary productivity would be lacking.

The Policy Dimension

As long as there is still time, national governments must assume responsibility for preventing the irreversible overstress of the local and the global commons. There are experiments by European governments that tend in this direction. Small, neutrally oriented and relatively prosperous European countries have both the breathing space and the felt obligation to search for the pertinent policies. Traditionally, they have been involved in searching for what has been called a "middle Road" between the laissez-faire forms of capitalism and the classical variants of socialism. Today, they are searching for policies to assure social welfare and ecological sustainability.

The classical case of a search for the middle road has been that of Sweden. Since 1938, except for six years, that country has had a social democratic government, and for the past twenty it has enjoyed an exceptionally high living standard. The Swedish leadership earned worldwide fame for trying to practice what Alexander Dubcek was to call "socialism with a human face". It combined a market economy with ecological and social concerns. From the beginning, social benefits were on top of the list of governmental priorities, while nationalization was not on the list at all. But presently Sweden's experiment has its problems. Productivity increase has slowed and inflation is into double digits. The public welfare system is open to abuse by the public: the average working week dipped to 31 hours. And the Social Democratic Party itself is sliding in the public opinion polls.

While Sweden has been trying to create socialism with a human face, Austria's Volkspartei is now trying to create capitalism with a social face. The key concept is "eco-social market economy." The objective is to create a market-oriented social and environmental system using a variety of policy instruments. The central tenets range from certain elements of market regulation to new initiatives in public education. The operational goals are few but clear: environmental costs should be clearly recognizable and economically accountable; consumers know the environmental impact of their purchases; investment in ecologically sound technologies should receive public support; taxes should spur socially and ecologically adapted initiatives while taxation rates should remain minimal; and education should be the basis of environmental protection.

These are significant examples of what small, geopolitically neutral and relatively prosperous countries can do to avert the ultimate catastrophe of irreversible damaging the local and the global commons. On the global level, however, action by individual governments is insufficient. The need is for policies agreed on and executed by all governments jointly. No single national government can any longer shield its people from the effects of pollution and environmental degradation, any more than it can protect its citizens against external aggression. The global commons, the same as international security, call for global action. Neither aggression against nature, nor aggression against other societies, has solutions on the purely national level.

Environmental problems are serious, and they are becoming widely recognized. Some of the ecological balances have been irrevocably impaired: to a degree the greenhouse effect has become irreversible; the ozone layer has been thinned beyond self-recovery; large quantities of non-biodegradable toxics have accumulated, and countless species have been killed off and can never be regenerated. The fate of several tropical rainforests may have been sealed, and a third of the planet's land surface is threatened with desertification. With each passing day the degenerative process become more difficult to turn around.

As we have seen, a few national governments are becoming aware of the need to control such impacts. Austria has its eco-social market economy as a political platform, and the Bonn government announced that by the mid-90's Germany will include environmental costs in its national accounts—though this promise has been made difficult by unification with high-polluting East Germany. Environmental ministries have been created in most European countries, and ecological "green" parties are acquiring influence. The EC countries are joining forces in creating a European Environmental Agency to coordinate the ecological policies of member states. And, in contrast with the rigid of previous communist regimes — that contented themselves with declaring that there can be no pollution and no environmental problem under socialism — in January 1990 Gorbachev announced that the Soviet Union will undertake to "ecologize its politics".

International action in regard to the environment in general and agriculture in particular is in its early phases. The first Stockholm World Conference on the Environment gave rise to the creation of UNEP, the U.N.'s Nairobi-based environmental agency, and it is being followed by a second conference in 1992; and GATT pursues its dialogue on agriculture with the Uruguay Round. But decisive and enforceable measures to safeguard the global commons are lacking. The stewardship principle as regards resources within national territories, and the collective heritage principle regarding territories outside national borders, have been the subject of numerous declarations but little action. Nationstates maintain their sovereignty over the forests, wetlands, croplands, rivers, lakes, and continental shelves of the seas within their territory. Their use of the

territories often does violence to nature. Roman law specified "jus utendi et abutendi"—the right to use is at the same time the right to abuse. States would only rectify their behavior if instead of claiming the sovereign right to use nature as they please, they would subscribe to the principle that they are stewards of the biosphere and its manifold resources.

Global-level action would be needed to safeguard the balances and regenerative cycles of nature inter alia through such measures as setting and enforcing rigorous controls on the emission of chlorofluorocarbons (CFCs) as well as on the burning of fossil fuels; setting upper limits on the use of trace gases (such as carbon and nitrous oxides, hydrocarbons and methane); designing and implementing major reforestation programs; designating as much as 10 percent of the planet's land surface as protected areas for the on-site preservation of genetic resources; and carrying out soil conservation programs on impacted areas. In regard to agricultural production, effective worldwide measures would have to be taken to ensure that levels of soil salination and erosion do not transgress regenerative thresholds, and that production does not remain irrevocably committed to petroleum-based fertilizers and pesticides and gasoline-powered machinery.

Such measures, to be effective, would have to have the status of enforceable law. Enforcement presupposes, however, that the corresponding aspects of national sovereignty are transferred to a collectively constituted global-level authority with a mandate to safeguard natural cycles and maintain acceptable qualities in soil, water, and air.

Effective implementation presupposes the resolution of the problem of financing. Voluntary contributions of funds would be neither adequate nor reliable; and mandated contributions, if they are not to be coercive, need to identify the source of the funds. One possible source would be environmental taxation. For example, taxes could be introduced on the production and use of fossil and hazardous nuclear energies: this would create incentives for the research, development, and application of renewable, clean, and safe energies, and enhance energy efficiency. Taxes on polluted waste water and on clean water-use above specific thresholds would induce water recycling, internal purification, and efficiency in water use. Similarly, taxes on unsorted solid waste, and proportionately higher taxes on hazardous waste would prompt improvement in product design, productive processes, internal recycling and detoxification, as well as in technology choices and corresponding consumer preferences. Taxes could be levied even on urban and industrial sprawl, making it more efficient to clean up unused or derelict industrial and urban areas than to pave over virgin land. In this manner environmental taxes would not only raise funds for global-level joint operations: they would also have beneficial effects in re-orienting national economic activities along environmentally sound lines. They need not be an added burden on national economies: states could compensate for the additional taxes by reducing others, such as corporate and personal income taxes, and value-added taxes.

Conclusion

Awareness of, and concern with, environmental issues has been rising rapidly and is now penetrating national decision-making. International action, on the other hand, is still in an embryonic stage. And the importance of agriculture as the primary productivity basis of societies has not been sufficiently introduced into either national or international agendas.

The sustainability of world agriculture is of more than economic interest. It may be the crucial issue of human survival in the third millenium.

European Monetary Integration: a Canadian Perspective

by

Wendy Dobson*

At the outset let me note that my perspective on evolving European monetary arrangements is influenced by Canadian experience. In a world where exchange rate stability sometimes seems to be the exception rather than the rule, we in Canada have always watched with great interest the functioning of the European Monetary System. Many of us were somewhat sceptical about this rather bold experiment when it was first launched. Some felt that the arrangement would be unable to withstand the pressures that would arise from the diversity of economic structure, performance, and policy objectives among the participating countries. However, the passage of time and the durability of the EMS, despite occasional realignments, have proven the sceptics wrong. We look forward to an even tighter integration of European financial markets and currencies and a movement in the direction of a common European currency cannot be rejected out of the hand.

While we have great respect for the efforts of the Europeans at making a fixed exchange system work, it is unlikely that we in Canada would wish to follow suit. It may seem, that Canada would be a very natural and logical place for a fixed exchange rate policy. About 80 per cent of our trade is with the United States. Economic activity, prices, and interest rates in Canada closely parallel U.S. developments. We have negotiated a special trade agreement with our neighbours to the south which will eventually eliminate all duties on bilateral transactions. Despite all these ties, linkages, and points of contact, we still attach great value to our floating exchange rate policy and would not wish to see it replaced with a more rigid system. Indeed Canada has had more experience with a floating exchange rate than any other industrial country — 54 years so far in this century. Another aspect of the Canadian scene which may be of interest, as 1992 approaches, is our long experience with open financial markets and coping with large swings in international financial flows. There can be no question that the benefits which have flowed from this openness have easily outweighed any inconveniences caused by occasional erratic capital movements.

The advantages we see to a managed floating exchange rate for Canada are several. First, it means that our policy makers, economic analysts, and market participants do not have to decide what the "right" rate has to be. Our economy

* Mrs. Wendy Dobson is Associate Deputy Minister in the Department of Finance of Canada, Ottawa. Her essay is based on a lecture given at a conference of the intergroup "European Currency" in the European Parliament in Strasbourg in Spring 1989. This contribution will also be published in O. Franz (ed.): *European Currency in the Making*, Vol. 2, Libertas Publications, Sindelfingen 1990.

is one in which external economic circumstances constantly change and one with evolving economic structures. A floating currency is valuable in facilitating economic adjustment to these developments. The market provides, for the most part, an exchange rate which is appropriate to our balance of payments circumstances, given all the different events and forces at work. I recognize, of course, that exchange markets do not always seem to work as well as we may wish and that at the broader international level apparent misalignment of exchange rates among some of the major international currencies has been a cause for concern. While the Canadian authorities intervene in the foreign exchange market to maintain orderly trading conditions for the Canadian dollar, in general there is no attempt to dictate to the market what the appropriate value of the currency should be or the direction in which it should be headed — although there have been times when the authorities have acted with special vigour to quell speculative excesses.

We recognize that the advantages claimed for flexible exchange rates were perhaps oversold by some in the 1970s. A flexible exchange rate does not allow a country to operate as though it were in a vacuum; it is not an economic panacea. There are at least two conditions, possibly somewhat special to the Canadian economy which, however, have led us to place a higher value on exchange rate flexibility than perhaps most other countries do. The first is that we have had few restrictions on capital flows and historically there have been periods where recourse to foreign capital was a dominant feature of the economic landscape. Our recourse to foreign capital markets has been reflected in a balance of payments structure characterized by a net, but variable, inflow of funds on capital account and an offsetting deficit on current account. This aspect of our economy and foreign exchange market makes it much more difficult to define or to recognize an equilibrium exchange rate, and it necessarily involves more than simply looking at our international cost and price competitiveness. While trade patterns have a certain regularity and momentum, capital movements tend to be more erratic and, at any point in time, can be of sufficient scope and scale to overwhelm other transactions taking place in the international market.

The second special feature of our economy is that a large part of our industry and a good proportion of our export earnings are resource-based. This means that our balance of payments is significantly affected by commodity price cycles and terms-of-trade swings. Rather than inflating or deflating the entire economy on the basis of such movements, it has seemed to us that it is much more efficient and less costly to have the exchange rate act as a buffer and absorb directly some of the gains and losses that can arise from developments in international markets that are beyond our control.

At the most basic level, it is important to recognize that the exchange rate is a key price — some would say the key price — in an open economy such as ours. Why then should we take the one price that matters most and fix it at an arbitrary level, while the rest of the economy is based on and managed in accordance with market-oriented pricing and supply and demand principles? While this may be overstating the case, we do see the flexibility inherent in a floating rate

as being a critical element in macroeconomic adjustment, particularly in times of uncertainty and unexpected external shocks. It is one reason why, in the wake of the Free Trade Agreement with the U.S., we are doubly concerned about retaining real exchange rate flexibility, which will allow us to maintain competitiveness and enjoy the income and productivity gains that are certain to follow. We do not see the reduction of trade barriers between Canada and the United States as diminishing the role and value of exchange rate flexibility in promoting adjustment and equilibrium in our external accounts, indeed the contrary would seem to be true.

There are of course a number of risks in opting for a floating currency. It can be argued for example that between 1976 and 1986 we fell prey to one of these risks and our exchange rate depreciated steadily from over parity with the U.S. dollar to below seventy cents U.S. In any country, there is always the temptation and political pressure to make monetary policy just a little easier, to keep interest rates just a shade lower, and to run deficits just a bit higher than is desirable and necessary from a disciplined economic and financial management point of view. Over those ten years, our money aggregates broadly defined rose faster than those of the U.S., our inflation rate was higher, and our currency depreciated. Eventually the view became commonplace that the Canadian dollar would move down, but not up, and market expectations became asymmetric. We were on the way to losing the inherent benefits that a flexible exchange rate can confer. One lesson in this experience is that the role of exchange rate flexibility in promoting adjustment and equilibrium in the balance of payments can be severely hampered in an inflationary environment. As is well known, markets do not work well when distorted by inflation and this includes the foreign exchange market.

Canada has had two separate post-War experiences with a floating exchange rate regime. The first extended from late 1950 to 1962. The second started in mid-1970 and continues to the present. For both episodes, we have found floating a convenience and at times a necessity. When the dollar was floated the second time, in May 1970, it was in response to a strong balance of payments position placing upward pressure on the exchange rate. While one could argue that a discrete revaluation could have served the same purpose, it was not clear what the appropriate magnitude would have had to have been. With the commodity price boom in the early 1970s, there was further upward pressure on the dollar, which achieved its highest value in 1974. After 1976, balance of payments pressures emerged strongly in the other direction and these were accommodated by depreciation.

This experience with floating, as alluded to earlier, has not been totally flawless; nevertheless we feel that our adjustments to shifting balance of payments pressures would have been much more difficult and costly without exchange rate flexibility. While it hardly protects us against major adverse international economic developments, such as the sharp recession of 1981-82, it makes necessary adjustments to output prices, production costs, and real purchasing power or incomes easier and less disruptive than the alternative. That is, without this

flexibility, we would have to operate through deflation or inflation of the general level of wages and prices.

In recent years we have taken a preemptive approach toward the early emergence of inflationary pressures in order to prevent a recurrence of the cycle of depreciation and rising prices that tended to get built into the structure and the thinking of our consumers and entrepreneurs. Our economic performance has improved and, as a result, our currency has strengthened substantially against the U.S. dollar and regained some of the ground lost against overseas currencies in the 1985-87 depreciation of both North American currencies.

A number of observers have been critical of the system of generalized floating as it has evolved during the eighties. They point to the rise in the international value of the U.S. dollar in the first half of the eighties and its abrupt fall of some 40 per cent in the years thereafter. It has been argued that such misalignments, which have been disruptive of trade and investment patterns could have been avoided through better exchange rate management. Our views in this area are that the exchange rate movements were largely symptomatic of more fundamental policy problems. When particular countries become large net dissavers in an environment of high international capital mobility, the consequences for the external trade and financial accounts are generally predictable. The unsustainability of a high currency value in the face of persistent and growing current account deficits, not primarily flowing from the strength of capital formation, was also something of a foregone conclusion. By addressing the question of fiscal deficits and monetary and fiscal mix in a coordinated manner, such exchange rate pressures could have been tempered. Without adjustment of the underlying macroeconomic policies, exchange rates act as pressure valves that equilibrate and regulate the resultant international payments flows.

Since early 1985, the G-7 countries have, of course, taken a more active role in exchange markets. This has been done against a background of underlying policy adjustments which should be consistent with exchange rate stability. Public statements about appropriate movements in and levels of major currency relationships have been backed up by coordinated intervention in exchange markets, particularly in periods of turbulence or uncertainty. Yet the basic G-7 policy framework has remained one in which the ultimate success in achieving exchange rate correction and stability depends on adherence to sound macroeconomic and structural policies that promote sustainable non-inflationary growth.

Given this backdrop, what are my views as a Canadian on increased monetary integration in Europe? I subscribe to the IMF principles of countries choosing their exchange rate system, subject to fair practice principles, as they see fit. I see the benefits of enhanced discipline, stability in the trade environment, and confidence in the value and integrity of the domestic currency. My one reservation is not new. It relates to the risk that countries that come under balance of payments, competitiveness, or unemployment pressures will use means other than the exchange rate system to address these difficulties. That is, being cut off from the option of currency realignment, countries could turn to restricting

competition and market entry in order to protect their domestic industrial activities and balance of payments. In dealing with temporary adjustment problems care has to be exercised that measures are not inadvertently introduced which could have adverse effects over many years. We have seen the strength of protectionist forces and pressures in this decade and so far have successfully resisted the more pernicious proposals and plans to restrict foreign competition and to close off our domestic markets. It is largely in these contexts that we would be concerned about a more closely linked and integrated Europe. So long as the strengths and benefits of a "bigger and better" Europe are allowed to spill over in the international arena and the global economy, we strongly welcome it. To the extent that it provokes, perhaps not intentionally, more inward-looking policies and exclusivity toward countries outside the European sphere, we would of course find this evolution regrettable.

I recognize that some may have wondered whether Canada's closer trade arrangements with the U.S. are a potential source of trade diversion and a way of keeping others out of our North American markets. We for our part certainly do not view the Free Trade Agreement in that light. Rather, we see it as reinforcing the postwar movement to a more open international trading environment, which has been so important a factor in the rising living standards that we have all enjoyed. This conclusion also parallels our views on the potential macroeconomic implications of the single European market of 1992. In examining this issue we have concluded that the elimination of remaining Community barriers to the free circulation of goods, people, capital and services will raise Europe's potential economic growth and income levels and is likely to increase the demand for Canadian products. This should serve to encourage additional economic activity in Canada and help reduce our own macroeconomic imbalances.

Canada has operated for a long time with open capital markets and is committed to a process of their further liberalization. Accordingly, we support this aspect of the European 1992 initiative, as it is designed to accelerate the reduction of barriers to trade and to encourage the freer flow of capital, which was envisaged in the Treaty of Rome. In order to allow greater freedom of trade in financial services within the European Community, directives have been prepared covering banking, investment services and insurance. These measures, among other things, provide for a Single Licence concept, so that a financial institution established in one country will be able to offer financial services in any other EC country. Of necessity, the Single Licence is being combined with minimum EC-wide standards in areas such as capital adequacy and exposure limits for financial institutions.

Many of Canadian financial institutions operating in Europe look forward to the more open markets that Europe 1992 will bring. I see no reason why they should not expect to benefit fully from the process of liberalization including the Single Licence. One area of the directives that has created uncertainties, however, is the general area of reciprocity and how it might be implemented. We have been encouraged by the European Commission statement that there can be no question of depriving the subsidiaries of foreign firms already established

in EC member states of the rights they currently enjoy. It would be helpful, however, if it could be made clear that non-EC members will have the opportunity to benefit fully from the process of liberalization.

In fact the Canadian banking sector legislation has a reciprocity provision. The Canadian authorities, however, have ensured that this measure has not stood in the way of business decisions. We would, accordingly, be concerned if reciprocity provisions in EC financial services directives were employed in a way which could be characterized as protectionist. We would also be concerned that it would send the wrong signal to other countries that are going through a process of liberalization.

The views I have outlined are very much "a" rather than "the" Canadian perspective on European financial and monetary integration. Canadians will continue to watch with interest the evolution of intra-European financial and monetary relations, how these will be affected by "Europe 1992", and whether the European Monetary System will eventually coalesce to the point of a common currency. Canadians have always viewed the emergence of institutional mechanisms to promote European integration as a welcome sign. We understand, however, that is important for Europeans, Canadians, and the world more generally that these institutions be encouraged to evolve in a way that emphasizes economic interdependence on a global rather than just a European scale. I am confident that this will be the case.

USA: Machtverfall oder Machtkonsolidierung?

von

Prof. Dr. Johann Baptist Müller

Power, like love, is easier to experience
than to define or measure

Joseph S. Nye Jr.

Die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten stellen sich seit altersher als ein Arrangement dar, in dem bestimmte politische Gemeinwesen an Macht verlieren und andere an außenpolitischem Einfluß zunehmen. Fast jede historische Epoche weist einen Hegemon auf, der ihr seine Stempel aufdrückt. So kennt die Geschichtswissenschaft das Zeitalter Philipps II., das Heinrichs IV., das Ludwig des XIV. und das Napoleons¹. Metternich versuchte, mit der von ihm beherrschten Pentarchie ein europäisches Gleichgewicht zu schaffen². Sein System wurde von dem von Bismarck abgelöst. Die Weltpolitik war in der in Rede stehenden Zeit identisch mit europäischer Politik. Friedrich Lenz schreibt zu Recht: "Vom 16. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg waren Madrid und Wien, Paris und London, St. Petersburg und Berlin die Mittelpunkte des Weltgeschehens, und noch der erste Völkerbund tagte in Genf"³. Das europäische Zeitalter ging unaufhaltsam seinem Ende entgegen. Der Niedergang Europas bedeutete zugleich den Aufstieg der außereuropäischen Mächte Rußland und USA. Geoffrey Barraclough zufolge reicht "der schrittweise Aufstieg Rußlands und der Vereinigten Staaten zu Super-Mächten und die abnehmende Bedeutung der europäischen Staaten ... in Zeiten vor dem Beginn unseres Jahrhunderts zurück"⁴. Diese grundsätzliche Veränderung des weltpolitischen Mächteverhältnisses wurde von bedeutenden Gelehrten hellsehend prognostiziert. Schon 1835 schrieb Alexis de Tocqueville über Rußland und die USA: "Chacun d'eux semble appelé par un dessein secret de la Providence à tenir un jour dans ses mains les destinées de la moitié du monde"⁵. In einer ähnlichen Weise war es Constantin Frantz darum zu tun, auf die wachsende weltpolitische Bedeutung insbesondere der USA hinzuweisen. Constantin Frantz prognostizierte, daß die Metternichsche Pentarchie durch eine neue Tetrarchie abgelöst wird. Sie bestehe aus den Staaten England, Rußland, Frankreich und Nordamerika⁶. Er war der Ansicht, die USA würden

1 Vgl. dazu W. Windelband: Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit von 1494 bis Versailles, Darmstadt 1964, S. 66ff.

2 Vgl. dazu M. Stürmer: Der Erbe der Revolution und der Anwalt Europas, Diplomatie, Strategie und die Begründung des neuen Mächtesystems, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 241, 15. Okt. 1988.

3 F. Lenz: Die Vereinigten Staaten im Aufstieg zur Weltmacht, Stuttgart 1946, IX.

4 G. Barraclough: Tendenzen der Geschichte im 20. Jahrhundert, München 1967, S. 125.

5 A. de Tocqueville: De la démocratie en Amérique, Paris 1963, S. 215.

6 C. Frantz: Untersuchungen über das Europäische Gleichgewicht, Berlin 1859, S. 88.

im Laufe der geschichtlichen Entwicklung ihre stetig steigende ökonomische Macht auch in außenpolitische ummünzen. "Die nordamerikanische Demokratie ist so herrschsüchtig wie irgend eine andere Macht, und wenn sie ihre auswärtige Politik allerdings nur nach Handelsinteressen betreibt, so liegt es doch auf der Hand, daß auch die sogenannten politischen Fragen fast immer eine kommerzielle Seite haben"⁷. Constantin Frantz zufolge wird das "europäische Gleichgewicht in Zukunft im Lichte der Weltpolitik betrachtet"⁸ werden müssen. Neben Tocqueville und Frantz wies auch John Robert Seeley auf die stetig zunehmende außenpolitische Bedeutung der beiden Staaten Rußland und USA hin. Er prophezeite, daß beide politischen Gemeinwesen eines Tages "die Großstaaten der heutigen Zeit so weit überflügelt haben, wie einst die großen Flächenstaaten des 16. Jahrhunderts Florenz überragten"⁹.

Die Prognosen der drei in Rede stehenden Geschichtsdeuter sollten sich in einer frappierenden Weise bestätigen.

In dieser Abhandlung geht es zunächst darum, den Aufstieg der USA in den Blick zu rücken. Die Vereinigten Staaten von Amerika vergrößerten ihre Einwohnerzahl von 1816 bis 1920 von 7 Millionen Bürgern auf 106 Millionen¹⁰. Im Jahre 1910 gab es mehr Nordamerikaner als Franzosen und Engländer zusammen¹¹. Was die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der USA anlangt, so stieg der Anteil Amerikas an der Weltproduktion von 22 % im Jahre 1860 auf 42 % im Jahre 1913¹². Dagegen sank Europas Anteil in diesem Zeitraum von 75 auf 53 %¹³. Um die Jahrhundertwende fabrizierte Nordamerika mehr Stahl als Großbritannien und Deutschland zusammen¹⁴. Diese Spitzenposition haben die USA nicht mehr abgegeben. Seitdem behaupten sie sich unangefochten an der Spitze der Weltproduktion.

Der wirtschaftlichen Bedeutung der USA entspricht auch die politische. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die USA eine weltpolitische Stellung inne, wie sie ein Jahrhundert zuvor die Engländer besessen hatten. G. John Ikenberry schreibt zu Recht: "In 1947 and the following years, the United States appeared to hold the military and economic power needed to shape the terms of European reconstruction. With a monopoly on the atomic bomb, a massive ... standing army, and an industrial economy enlarged by the war, the United States appeared to have all the elements of hegemonic power"¹⁵. Die Weltmacht USA beherrscht heute auch das von ihr angeführte Nato-Bündnis. Die-

ses besteht nach einem Urteil des "Economist" aus einem Riesen und 15 Pygmäen¹⁶.

Es wird in letzter Zeit allerdings immer stärker in Zweifel gezogen, ob die USA noch als unangefochtene Weltmacht bezeichnet werden können. Viele Bücher und Aufsätze verdanken sich der Anstrengung, den Machtverfall dieses politischen Gemeinwesens und die Heraufkunft einer multipolaren Weltordnung nachzuweisen.

Die Rechtfertigung dieser Argumentation liegt zunächst in dem Umstand, daß die USA in letzter Zeit auf dem ökonomischen Feld erhebliche Rückschläge hinnehmen mußten. So schreibt Robert Gilpin: "Although the American economy is still the largest and most powerful in the world, it has declined relative to its competitors"¹⁷. Ähnlich heißt es bei Paul Kennedy: "In terms of commercial expertise, levels of training and education, efficiency of production, standards of income and ... of living, health and housing, the 'number-one' power of 1900 seemed to be losing its position"¹⁸.

Richard J. Barnett zufolge geht die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, der Weltwirtschaft ihren Stempel aufdrücken zu können, mehr und mehr verloren. Im Gegensatz zu früher bestimmten die Rivalen der USA in zunehmendem Maße die Weltwirtschaft. "The American economy is increasingly tied to a world economy over with the United States exercises progressively less control"¹⁹. Paul Kennedy lastet nicht zuletzt der Reagan-Administration an, dem ökonomischen Machtverlust der USA nicht energisch genug entgegengetreten zu sein. Sie habe vor allem den skandalösen Umstand zu vertreten, daß die USA zur größten Schuldnernation der Welt avancierten. "The Reagan-administration ... has turned the US from being the world's greatest creditor nation in the space of even seven years, a record unequalled in history"²⁰. Reagans Politik, die darauf aus war, die weltpolitische Rolle der USA zu stärken, habe paradoxerweise die USA in eine gefährliche finanzielle Abhängigkeit vom Ausland gebracht. So schreibt Richard J. Barnett: "The irony is that unexamined national-security policies, designed to protect the people of the United States from foreign coercion and interference, have had the unintended effect of ... giving non-Americans increasing control over the United States"²¹.

16 NATO versus Europe, in: The Economist, 1-7 April 1989, S. 15

17 R. Gilpin: American Policy in the Post-Reagan Era, in: Daedalus, 116 (1987), S. 42

18 P. Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987, S. 529

19 R. J. Barnett: Reflections. Rethinking National Strategy, in: The New Yorker, 21. 3. 1988, S. 104

20 P. Kennedy: Benighted State of America, in: The Times, 12. 3. 1988

21 R. J. Barnett, Reflections, a.a.O., S. 104. Der Verfasser dieses Aufsatzes ist übrigens keineswegs der Auffassung von Allan Bloom, daß der Einfluß der deutschen Philosophie und Soziologie auf das amerikanische Geistesleben zu einem gefährlichen "value relativism" geführt hat. Vgl. A. Bloom: The Closing of the American Mind, New York 1987, S. 141 und 154. Letzten Endes beruft sich auch der amerikanische Neokonservatismus, dem es wie kaum einer anderen kulturell-politischen Bewegung um die Stärkung des amerikanischen Ansehens in der Welt geht, auf deutsche Philosophen. Insbesondere Daniel Bell recurriert ausführlich auf Nietzsche und Max Weber. Bell verbindet diesen Rekurs auf das deutsche Denken mit einem herzhaftem Bekenntnis zur amerikanischen Tradition. Von Wertrelativismus ist in seinem gesamten Oeuvre auch nicht das mindeste zu spüren.

7 Ebda, S. 89

8 Ebda.

9 J. R. Seeley: Die Ausbreitung Englands. Hrsg. u. eingef. K. A. v. Müller, Berlin-Leipzig 1928, S. 216

10 F. Lenz, Die Vereinigten Staaten im Aufstieg zur Weltmacht, a.a.O., S. 24. Die Franzosen nahmen in diesem Zeitraum von 29 auf 39 Millionen und die Engländer und Iren von 18 auf 47,1 Millionen zu (Ebda.)

11 F. Sternberg: Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?, Köln-Berlin 1961, S. 23

12 F. Lenz, Die Vereinigten Staaten im Aufstieg zur Weltmacht, a.a.O. S. 25

13 Ebda.

14 Ebda, S. 27. Vgl. dazu auch G. J. Ikenberry: Rethinking the Origins of American Hegemony, in: Political Science Quarterly, 104 (1989), S. 375ff

15 Ikenberry, a.a.O., S. 391

Die Überrüstung der USA habe nicht nur eine Verschuldung zur Folge gehabt, die die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten entscheidend gefährdet. Auf sie sei es auch zurückzuführen, daß die Erhaltung bzw. der Ausbau der Infrastruktur der USA sträflich vernachlässigt wurde. Der Versuch, den Krieg durch Überrüstung zu verhindern, habe zu kriegsähnlichen Zuständen in den amerikanischen Städten geführt. "Much of this sacrifice has been deemed necessary to maintain the war-prevention system we call 'deterrence', but the sacrifice has caused some of our inner cities to look as if the war had already taken place"²²

Die allein auf die militärische Abschreckung eingeeengte Perspektive vieler amerikanischer Strategen und Politiker übersehe, daß diese in Rede stehende Überrüstung auf die Dauer nicht aufrechterhalten könne. Die Rechtfertigung dieser Behauptung liegt zuerst in der reduzierten Wirtschaftskraft der USA. Dem weltweiten militärischen Engagement der USA fehle es an der notwendigen ökonomischen Basis. Paul Kennedy zufolge lehrt nicht die Geschichte, daß jeder Staat eines Tages den Zenit seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit erreicht und auf diese Weise zur Kürzung seiner Militärausgaben gezwungen wird. "As each great power has risen in the ranks, boosted by its expanding material base, it has tended to devote more and more of its resources to military protection to guard its interests, to deter (or defeat) jealous rivals. Affording that protection is not such a great problem when the home economy is growing swiftly; when, however, the nation concerned becomes 'mature' and its growth rates slow down, it becomes ever more difficult to maintain its extensive military and strategic obligations in the face of newer, faster-growing challengers"²³. Auch die USA entgehen auf diese Weise kaum ihrem Schicksal, ihre globalen Interessen nicht mehr wahrnehmen zu können. "The faltering great power thus runs the risk ... of 'imperial overstretch', a widening gap between its global interests and obligations and its own capacity to defend them all"²⁴.

Die imperialistische Überanstrengung der USA führe notwendigerweise zu einer Stärkung all derjenigen Rivalen der USA, die prozentual weniger Geld für die Rüstung ausgeben. So befinde sich vor allem Japan in der vorteilhaften Lage, auf Grund seiner geringen Militärausgaben die USA langsam aber sicher auf dem Weltmarkt auskonkurrieren zu können²⁵. Ihm stehe die Möglichkeit offen, konkurrenzfähige zivile Güter zu entwickeln, mit denen es die mit der Entwicklung militärischer Güter beschäftigten Amerikaner aus dem Weltmarkt drängen könne. Daß nun die USA ihre beherrschende Rolle auf dem Weltmarkt schon verloren haben bzw. in naher Zukunft verlieren werden, steht für eine Vielzahl von Autoren ohne weiteres fest. So gehören für Robert Gilpin die ökonomische Hegemonie der Vereinigten Staaten endgültig der Vergangenheit an. Der bedeutende Gelehrte spricht von einer "transition to a new international economic order from the declining era of American hegemony"²⁶. Ähnlich drückt sich

²² Ebda, S. 108

²³ P. Kennedy, *Benighted State of America*, a.a.O.

²⁴ Ebda.

²⁵ R. J. Barnett: *Reflections. The Four Pillars*, in: *The New Yorker*, 9. 3. 1987, S. 87; dazu auch: "The chief commercial rivals of the United States direct much smaller share of their scientific and engineering talent to the military market, and since their military investment is relatively low, these nations, notably Japan, have been able to compete successfully in the world market by devising and developing better, cheaper civilian products" (Ebda.).

²⁶ R. Gilpin: *The Political Economy of International Relations*. Princeton 1987, S. 406

Richard J. Barnett aus: "Increasingly, the economy of the United States is branch of the world economy, while the world economy is less and less under American control!"²⁷.

Auch Robert A. Keohane zufolge werden die USA kaum jemals mehr diejenige wirtschaftliche Bedeutung erlangen, die sie vor ungefähr drei Dezennien innehatten. "It seems unlikely that the United States will reassume the dominant position that it had during the 1950s, or than any other country will come to occupy such a position"²⁸. Ebenso ist Karl Kaiser der Auffassung, daß die USA ihre ökonomische Hegemonialstellung weitgehend eingebüßt haben. "Die Vereinigten Staaten haben ihre Position als der wirtschaftliche Riese verloren, der einst die "Weltwirtschaft der Nachkriegszeit beherrschte und prägte. Aus dem Hauptgläubiger der Welt wurde ihr größter Schuldner ... Nicht Isolationismus, sondern Mangel an Ressourcen untergräbt die traditionelle Weltrolle der Vereinigten Staaten"²⁹.

Wie die ökonomische Vorherrschaft der USA, so gehörte auch ihre militärische Hegemonie der Vergangenheit an. Ihre Fähigkeit, ihren Rivalen und Partnern ihren außenpolitischen Willen aufzwingen zu können, lasse langsam aber sicher nach. David Calleo bezeichnet die USA als einen "hegemon in decay"³⁰. Die Amerikaner hätten sich mit einer Weltordnung abzufinden, in der sie ihre ehemals beherrschende Rolle endgültig verloren haben. Es handele sich dabei um eine "plural world in which the United States is no longer supreme"³¹. Wie aussichtslos der Versuch sei, Amerikas Weltgeltung unter allem Umständen erhalten zu wollen, zeige die gescheiterte Machtpolitik Ronald Reagans. Norman Birnbaum bezeichnet den Reaganismus als letzte verzweifelte Anstrengung, die "ideologische Hegemonie"³² der Vereinigten Staaten zu prolongieren. Statt sich einer ökonomisch nicht mehr zu rechtfertigenden Machtpolitik zu verschreiben, sollten sich die USA zu einer friedlichen, weniger hegemonalen Zwecken dienenden Außenpolitik durchringen. Norman Birnbaum ruft die Amerikaner auf, ihren Beitrag zur "Pazifizierung des Globus"³³ zu leisten und einer aggressiv-hegemonialen Außenpolitik abzusagen.

Die Bücher und Aufsätze der sogenannten "Niedergangstheoretiker" sind keineswegs ohne Kritik geblieben. Für eine Vielzahl von Politikern, Ökonomen und Historikern offenbaren sich diese Publikationen als der Versuch, weitab von streng wissenschaftlicher Gedankenführung und Argumentationsweise den persönlichen und politischen Vorurteilen freien Lauf zu lassen. Der Abschied von der faktenverpflichteten Wissenschaft sei unübersehbar, die Distanz zur intellektuellen Redlichkeit augenfällig. Samuel Huntington zufolge kreierten die Auto-

²⁷ R. J. Barnett, *Reflections. The Four Pillars*, a. a. O., S. 87

²⁸ R. O. Keohane: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984, S. 244

²⁹ K. Kaiser: Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt im nächsten Jahrzehnt, in: *Europa Archiv*, 43 (1988), S. 700

³⁰ D. P. Calleo: *Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance*, New York 1987, S. 220

³¹ Ebda, S. 219

³² N. Birnbaum: Das Modell 'Amerika' – Anspruch und Wirklichkeit, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 35 (1988), S. 859

³³ Ebda.

ren der in Rede stehenden Veröffentlichungen einen Gedankenkosmos, der dem Geiste der realitätsbezogenen Wissenschaftlichkeit weitgehend widerspricht. "With some exceptions, declinist writings do not elaborate testable propositions involving independent and dependent variables"³⁴. Was sich zumeist gerne als streng wissenschaftliche Analyse ausbebe, entpuppe sich bei Lichte besehen sehr oft als das Ergebnis einer oberflächlichen Fakteninterpretation. "With a rather broad brush, they tend to paint an impressionistic picture of ... decline"³⁵. In ähnlicher Weise gewinnt auch für Jeffrey E. Garten die Literatur der Niedergangspropheten im Spannungsfeld von Oberflächlichkeit und Vorurteil ihre Konturen. Deshalb könne sie kaum den Anspruch erheben, wissenschaftlich ernst genommen zu werden. "All the discussion about hegemony, bipolar arrangements, and pluralistic leadership is no more than foggy political science theorizing"³⁶.

Dabei werfen diese Kritiker den Niedergangsprognostikern vor, in doppelter Weise gegen das Prinzip der Wissenschaftlichkeit verstoßen zu haben. Zum einen seien ihre Aussagen über das Ausmaß des amerikanischen Niedergangs insuffizient. Zum anderen würden sie ein völlig falsches Bild von denjenigen Faktoren vermitteln, die die weltpolitische Position der USA bestimmen. In diesem Sinne stellt Samuel P. Huntington über die Niedergangstheoretiker fest: "Their argument fails; it is seriously weak on both the extent and causes of decline"³⁷.

Was den Umfang des ökonomischen Niedergangs der USA anlangt, so weisen die Kritiker Paul Kennedys und seiner Gesinnungsfreunde darauf hin, daß ihre Zahlen wenig Aussagekraft besitzen. So dürfe man sich von der Tatsache, daß der Anteil der USA am Weltbruttosozialprodukt von 40 bis 45% in den Vierziger und Fünfziger Jahren auf 20 bis 25% in den späten Sechziger Jahren herabgesunken sei, nicht allzu stark beeindruckt lassen. Samuel P. Huntington warnt davor, den amerikanischen Anteil am Weltmarkt in den Fünfziger Jahren als eine statistische Größe zu betrachten, deren Normalität nicht in Zweifel gezogen werden dürfe. Er stelle eher die Ausnahme als die Regel dar. "A situation in which one country accounted for up to 50 percent of the global economic action was clearly a temporary product of the war."³⁸ Dagegen sei es durchaus angebracht, das heutige Prozentverhältnis als eine angemessene Größe zu betrachten. Es bringe die amerikanische Stärke sinnfällig zum Ausdruck. Ein Viertel des gesamten Weltsozialprodukts zu erstellen, deute auf eine leistungsfähige Volkswirtschaft hin. Dabei könne überhaupt keine Rede davon sein, daß sich dieses Verhältnis in absehbarer Zeit vermindern werde. Aus diesem Grunde sei man gezwungen, den

34 S. P. Huntington: The U. S. — Decline or Renewal?, in: Foreign Affairs, 67 (1988/89), S. 77.

35 Ebda.

36 J. E. Garten: Is American Decline Inevitable?, in: World Policy Journal, 5 (1987/88), S. 163.

37 S. P. Huntington, The U. S. — Decline or Renewal?, a.a.O., S. 77.

38 Ebda, S. 82. Vgl. dazu auch Joseph S. Nye Jr.: "1950 is a misleading date for comparisons because the United States was strengthened by World War II, while other nations were devastated. In that sense, American preponderance in the 1950s was misleading, like the boy on the block who dominates while others are sick in bed." J. S. Nye: Still in the Game, in: World Monitor, March 1990, S. 42f.

von Kennedy und seinen Gesinnungsfreunden verwendeten Begriff der Hegemonie in einem präziseren Licht zu sehen. Von einem bestimmten Standpunkt aus betrachtet, könne durchaus keine Rede davon sein, daß die Vereinigten Staaten ihre ökonomische Hegemonie eingebüßt hätten. "If 'hegemony' means having 40 percent or more of world economic activity... American hegemony disappeared long ago. If hegemony means producing 20 to 25 percent of the world product and twice as much as any other individual country, American hegemony looks quite secure"³⁹. Dabei gibt es sogar Autoren, die eine Wiedererstarkung der amerikanischen Wirtschaft prognostizieren. So geht Owen Harris davon aus, daß die gegenwärtige Wachstumsrate der amerikanischen Ökonomie auf die Dauer zu einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Position der USA führe. "At present growth rates, the US share of the combined US-Western Europe-Japan Gross Domestic Product will rise, not fall; and in thirty years its GDP will have gone from 75 percent higher than that of the USSR to 100 percent higher"⁴⁰.

Was die Defizite der amerikanischen Handelsbilanz und des amerikanischen Haushalts anlangt, so seien diese weniger auf eine strukturelle Schwäche der amerikanischen Wirtschaft zurückzuführen, sondern als die Folge der gescheiterten Wirtschaftspolitik Reagans anzusehen. Samuel P. Huntington zufolge sei aus diesem Grund durchaus möglich, sie über kurz oder lang aus der Welt zu schaffen. "The deficits stem from the weakness, not of the American economy, but of Reagan economics. Produced quickly by one set of policies, they can be reversed almost as quickly by another set of policies"⁴¹. Nicht zuletzt das Handelsbilanzdefizit der USA beginne sich zurückzubilden. Die amerikanischen Exporterfolge seien mehr als nur ein Strohfeuer. "The trade deficit began to decrease with the rapid expansion of American exports in 1988"⁴².

Die Kritiker der Niedergangsliteratur nahmen nicht zuletzt auch die Behauptung ins Visier, die USA gäben zu viel Geld für die Rüstung aus. Während Kennedy und seine Gesinnungsfreunde davon ausgehen, daß der amerikanische Rüstungshaushalt einen zu hohen Umfang angenommen habe, sind ihre Kritiker der Auffassung, daß der Anteil der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt recht eigentlich vermindert worden sei. So schreibt W. W. Rostow: "As a proportion of GNP, US military expenditures have declined from 13,2 percent at the peak of the Korean war, to 8,9 percent at the peak of hostilities in Southeast Asia (1967), to 6,5 percent in the fourth quarter of 1987"⁴³. Joseph S. Nye weist in diesem Zusammenhang auf die erstaunliche Tatsache hin, daß der in Rede stehende Rüstungsanteil selbst nach der Hochrüstung Reagans geringer sei als zu den Zeiten

39 Ebda, S. 84. Vgl. dazu auch: "According to one estimate ... the United States had 44.1 percent of the gross product of a total of 15 major countries in 1950, 31.6 percent of this total in 1980, and will have a projected 29.2 percent of the total in 2010. In that year, according to this estimate, the U.S. GNP of 7.859 billion dollars (in 1986 dollars) will still be twice that of China (3.791 billion dollars), Japan (3.714 billion dollars) and the Soviet Union (2.873 billion dollars)", Ebda.

40 O. Harris: The Rise of American Decline, in: Commentary, 85 (1988), S. 35.

41 S. P. Huntington, The U. S. — Decline or Renewal?, a.a.O., S. 79.

42 Ebda, S. 80.

43 W. W. Rostow: Beware of Historians Bearing False Analogies, in: Foreign Affairs, Spring 1988, S. 866.

Eisenhowers und Kennedys. "Even after Reagan's build up, the current US defense outlay is about 6 per cent of GNP and is lower than those of the Eisenhower and Kennedy administrations"⁴⁴.

Mit der Behauptung, daß ein umfänglicher Militärhaushalt einer Volkswirtschaft grundsätzlich Schaden zufüge, seien Kennedy und seine Gesinnungsfreunde Opfer eines eindimensionalen Denkens geworden. Sie gingen allzusehr von der Behauptung aus, daß Militärausgaben ohne weiteres als Bürde für eine prosperierende Volkswirtschaft anzusehen seien. Dabei könne die Spannung zwischen militärischen und zivilen Ausgaben keineswegs in einem nur negativen Lichte interpretiert werden. Der Blick für die positiven Wirkungen der Militärausgaben auf den zivilen Sektor werde eindeutig verstellt, wenn man a priori von den negativen Auswirkungen der Rüstung überzeugt sei. Joseph S. Nye zufolge ist es äußerst schwierig, wissenschaftlich überzeugende Beweise für die destruktiven Folgen von Militärausgaben für die zivile Wirtschaft zu formulieren. "It is difficult to find careful and balanced economic studies that show that defense spending has a negative net impact on the economy"⁴⁵. Der Rüstungsprozeß spiegele eine Vielfalt wieder, die kaum mit einem vorurteilsbehafteten Denken aufgeschlüsselt werden kann. "The myriad effects of defense spending are very complex, and the net effect is difficult to sort out"⁴⁶.

In der sog. "Niedergangsliteratur" werde nicht zuletzt auch zu wenig der Tatsache Rechnung getragen, daß es kaum einen im vorhinein determinierten Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum einerseits und den Militärausgaben andererseits gibt. So schreibt W. W. Rostow: "A relative reduction in military outlays does not automatically translate into a higher growth rate, nor is a relatively high rate of growth incompatible with a relatively high rate of military expenditures"⁴⁷. Es sei beispielsweise völlig ungerechtfertigt, Japans spektakuläres Wirtschaftswachstum auf dessen geringen Militärhaushalt zurückzuführen. Sowohl Südkorea, Südafrika und Taiwan augenfällige Gegenbeispiele dar.⁴⁸ Insbesondere Taiwan zeigt W. W. Rostow zufolge, daß sich exzessiv hohe Militärausgaben durchaus mit einem hohen wirtschaftlichen Wachstum verbinden lassen. "Taiwan, with 20 percent of US GNP per capita and a proportionate military outlay higher than the United States, enjoys a per capita rate growth almost four times higher"⁴⁹.

Aus diesem Grunde sei es keineswegs ausgemacht, daß eine Verringerung des amerikanischen Rüstungshaushaltes zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums der USA führte. Rostow verweist in diesem Zusammenhang auf das englische Beispiel. In Großbritannien habe die Reduktion der Militärausgaben keineswegs einen entsprechenden Anstieg des Sozialprodukts zur Folge gehabt. Ganz im Gegenteil. Die Reduktion der militärischen Ausgaben sei mit einem weiteren wirtschaftlichen Abstieg einhergegangen.

44 J. S. Nye: Understating U. S. Strength, in: Foreign Policy, Nr. 72., Fall 1988, S. 115
45 Ebda.

46 Ebda.

47 W. W. Rostow, Beware of Historians Bearing False Analogies, a.a.O., S. 866

48 Vgl. dazu J. S. Nye, Understating U. S. Strength, a.a.O., S. 115; R. N. Haass: The Use (and Mainly Misuse) of History, in: Orbis, 32 (1988), S. 415

49 W. W. Rostow, Beware of Historians Bearing False Analogies, a.a.O., S. 866

"The Burden of UK military expenditures declined in the years down to 1978, while the economy continued to deteriorate"⁵⁰. Auch in den USA seien die Militärausgaben im Jahre 1970 drastisch reduziert worden, ohne daß diese politische Entscheidung einen entsprechenden Anstieg des Wirtschaftswachstums zur Folge gehabt habe.⁵¹

Es hieße also einer deterministisch-eindimensionalen Politikbetrachtung das Wort reden, wollte man von einer drastischen Einschränkung der amerikanischen Rüstungsausgaben die Lösung der die USA bedrohenden Probleme erwarten. Richard N. Haass zufolge werden die wahren Dimensionen verzerrt, wenn man die radikale Abrüstung in den Katalog der politischen Hauptforderungen aufnehme. Vor allem Kennedy übersehe diesen Sachverhalt. "He does not consider ... that the near-term economic benefit from the savings in defense ... might be more than overwhelmed by the long-range costs resulting from unwarranted retrenchment"⁵².

In ein kritisches Licht wird auch die Behauptung all derjenigen gerückt, die den USA eine imperialistische Außenpolitik vorwerfen. Im Begriff des "imperial overstretch"⁵³ von Paul Kennedy schwingt ja überdeutlich der Vorwurf mit, die Vereinigten Staaten hätten sich in der Vergangenheit einer illegitimen Großmachtspolitik befleißigt und einer expansionistischen Außenpolitik das Wort geredet. Insbesondere Kennedy wird vorgeworfen, einen zu undifferenzierten Imperialismusbegriff zu verwenden. Der von ihm verwendete Begriff trage alle Züge einer politischen Kampfvokabel. Sein Bedeutungshof sei so emotional-politisch bestimmt, daß er zu einer streng wissenschaftlichen Beurteilung von außenpolitischen Sachverhalten kaum verwendet werden könne. Joseph S. Nye geht im Gegensatz zu Kennedy sogar davon aus, daß die Nachkriegspolitik der USA eher antiimperialistisch bestimmt gewesen sei. Dies treffe vor allem auf die Behandlung der ehemaligen Kriegsgegner zu.⁵⁴ Nye schreibt: "Rather than seeking hegemony over its allies, the United States opted to stimulate their economic revival."⁵⁵ Aus diesem Grunde kann Jeffrey Garten zufolge der Rückgang des außenpolitischen Einflusses der USA eher als Erfolg denn als Mißerfolg der amerikanischen Politik gewertet werden. "It is...an erosion that results more from the successes of our policies than from their failures".⁵⁶

50 Ebda.

51 Ebda. Vgl. dazu noch: "Something of the same could be said of the American economy in the 1970s, when military expenditures declined to a trough of just under five percent of GNP in 1979", Ebda. Bei dieser Diskussion über den Zusammenhang zwischen militärischer und wirtschaftlicher Stärke muß auch beachtet werden, daß ökonomisch starke Staaten militärisch schwach und wirtschaftlich schwache Gemeinwesen militärisch durchaus stark sein können. So weisen die arabischen Ölstaaten trotz ihrer wirtschaftlichen Macht ein eher geringes außenpolitisches Einflußpotential auf. Umgekehrt zeigen die Sowjetunion, Indien und die Volksrepublik China, daß militärische Stärke durchaus mit ökonomischer Schwäche einhergehen kann. Vgl. dazu R. N. Haass, The Use (and Mainly Misuse) of History, a.a.O., S. 413
52 R. N. Haass, The Use (and Mainly Misuse) of History, a.a.O., S. 414; vgl. dazu auch noch A. L. Friedberg: The Strategic Implications of Relative Economic Decline, in: Political Science Quarterly, 104 (1989), S. 401ff

53 Vgl. dazu Fußnote 24

54 J. S. Nye, Understating U. S. Strength, a.a.O., S. 107

55 Ebda.

56 J. E. Garten, Is American Decline Inevitable?, a.a.O., S. 162

Der Imperialismusvorwurf Kennedys ist auch schwerlich mit der Tatsache in Übereinstimmung zu bringen, daß viele Staaten die USA inständig bitten, ihr weltweites militärisches Engagement aufrechtzuerhalten. Nicht wenige Staaten fürchten in der Tat, die USA könnten sich auf ihre isolationistische Tradition besinnen und ihre Truppen auf ihre geopolitische Festung zurückziehen. Was die europäischen Verhältnisse anlangt, so schreibt Samuel P. Huntington völlig zu Recht: "Neither Germans, French, Dutch nor (some say) the Soviets are eager for the United States to pull out of Europe"⁵⁷. Dasselbe trifft Huntington zufolge auf die südostasiatische Region zu. "Many others worry deeply that an American withdrawal from Southeast Asia would leave them to the tender mercies of the Soviets and the Japanese"⁵⁸. Es sei nicht zuletzt der Volksrepublik China darum zu tun, amerikanische Truppen in Japan und Korea stationiert zu wissen.⁵⁹

Die Diskussion um den Rückgang und den Zerfall der amerikanischen wirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Macht hat sich auch mit der Frage auseinanderzusetzen, wer denn in der Lage ist, das von den USA angeblich geschaffene Machtvakuum zu füllen? Die Kritiker Kennedys und seiner Gesinnungsgenossen sind dezidiert der Auffassung, daß es zur Zeit kein einziger Staat vermag, es mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Kennedy und seine Freunde hätten diesen Tatbestand völlig außer Acht gelassen.

Was die UdSSR anlangt, so sei sie nur vordergründig ein ernsthafter Rivale. In Wahrheit sei sie es, deren außenpolitische Macht in der letzten Zeit die stärksten Einbußen habe hinnehmen müssen. Wollte man den ganzen Abstand ermessen, der die außenpolitische Macht der Sowjetunion von derjenigen der USA trenne, so genüge ein Blick auf die dramatisch-katastrophale Lage der sowjetischen Wirtschaft. So schreibt Joseph S. Nye: "Its economy has suffered a serious deceleration of the growth rates that previously allowed Soviet expansionism"⁶⁰. Darüber hinaus habe die Sowjetunion Probleme zu bewältigen, die den USA weitgehend unbekannt seien. Sie habe vor allem ein Regime von Satelliten im Zaume zu halten, die als Klienten-Staaten in immer stärkerem Maße auf ihre Unabhängigkeit pochen. Der früher von der Sowjetunion gänzlich dominierte Ostblock treibt heute nahezu führerlos dahin. Letzten Endes haben die einst so mächtigen Sowjetführer die Kontrolle über ihr Reich verloren. Daß eine derart instabil gewordene Macht kaum mehr die Weltherrschaft anzutreten imstande ist, ergibt sich von selber. Aus diesem Grund stellt für viele Autoren gerade die UdSSR ein augenfälliges Beispiel für die These von der imperialistischen Überforderung dar. "The Soviet Union is the power suffering from imperial overstretch"⁶¹. Nicht die USA, sondern die Sowjetunion unterhalte einen militärischen Apparat, der ihre ökonomischen Möglichkeiten bei weitem übersteige. Wenn es noch eines Beweises für die gravierenden Probleme der UdSSR bedurft

57 S. P. Huntington, *The U. S. — Decline or Renewal?*, a.a.O., S. 91

58 Ebd.

59 Ebd.

60 J. S. Nye, *Understating U. S. Strength*, a.a.O., S. 117; vgl. auch S. Thielbeer: Die Rüstung wird unbezahlbar. Halbierung des sowjetischen Militärbudgets?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 176, 2. 8. 1989

61 Ebd.

hätte, so wäre sie mit dem Hinweis auf den hohen Anteil der Militärausgaben am Brutto-Sozialprodukt der Sowjetunion geliefert. Aus diesem Grunde wagt Samuel P. Huntington die Behauptung: "The declinists' thesis is clearly more relevant to the Soviet Union, which apparently ... spends 17 to 18 percent or more of its GNP for military purposes"⁶². Timothy Garton Ash ist ebenfalls der Auffassung, daß sich das sowjetische Imperium im Niedergang befindet. Er spricht von der "Ottomanisierung" des sowjetischen Imperiums.⁶³

Auch die Volksrepublik China kommt als ernsthafter Konkurrent für die USA kaum in Frage. Dieses politische Gemeinwesen weist ein ausgesprochenes Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und außenpolitischer Macht auf. Ganz im Gegensatz zu Wilhelm Fucks, der im Jahre 1965 einen spektakulären Machtanstieg Chinas prognostiziert hatte⁶⁴, gehen die meisten Wissenschaftler heute davon aus, daß dieses Land in absehbarer Zeit keine Großmachtrolle spielen werde. Die technologische Infrastruktur dieses Landes hinkt weit hinter derjenigen der Sowjetunion und der USA hinterher. Aus diesem Grunde wird es China in naher Zukunft kaum gelingen, ins Konzert der Weltmächte einzutreten. Joseph S. Nye hat recht, wenn er schreibt: "The prospect is slight that the PRC will become an equal contender on a global scale in the next half century"⁶⁵. Der Ansicht von Nye stimmt auch Anthony Hartley zu: "The rise of China as a competitor for supremacy in the international system is a good way off yet"⁶⁶. Das Massaker von Peking hat aller Welt vor Augen geführt, daß China kaum jene internationale Legitimität besitzt, um in der nahen Zukunft als Weltmacht agieren zu können. Jürgen Domes zufolge machen "sterbende Regime ... nur noch Fehler"⁶⁷.

Sowenig China Aussichten besitzt, den Weltmachtrang der USA streitig machen zu können, sowenig wird es Japan gelingen, den Status einer Supermacht zu erreichen. Seine expansionistisch-imperialistische Vergangenheit wird es in absehbarer Zeit verhindern, daß Japans ökonomische Macht in eine entsprechende militärisch-außenpolitische umgemünzt werden kann. Die Angst seiner Konkurrenten wird dieses zu verhindern wissen.⁶⁸

Jeffrey Garten zufolge wird Japan wegen seiner Vergangenheit in dem Maße an

62 S. P. Huntington, *The U. S. — Decline or Renewal?*, a.a.O., S. 86

63 T. Garton Ash: Der Niedergang des sowjetischen Imperiums, in: *Lettre international*, Heft 3, 1988, S. 19. Vgl. dazu auch: "Ich meine damit eine sehr vage Analogie zum Niedergang des Osmanenreiches, eines langen, langsamen Prozesses imperialen Niedergangs", Ebd.; siehe dazu auch A. C. Goldberg: *Soviet Imperial Decline and the Emerging Balance of Power*, in: *The Washington Quarterly*, Winter 1990, S. 157ff

64 Fucks schrieb: "Wir entnehmen unserem Diagramm, daß im Jahre 1970 die chinesische und die russische Macht etwa gleich geworden sein werden und je 29 Prozent der Summe der Macht der drei Staaten ausmachen. Die amerikanische Macht dagegen beträgt noch 42 Prozent der Summe. Dieses Verhältnis verändert sich, wie das Diagramm zeigt, schnell. Bereits im Jahre 1980 dürfte die chinesische Macht so groß sein wie die der beiden anderen Völker zusammengenommen". W. Fucks: *Formeln zur Macht. Prognosen über Völker, Wirtschaft, Potentiale*, Stuttgart 1965, S. 169

65 J. S. Nye, *Understating U. S. Strength*, a.a.O., S. 118

66 A. Hartley: *End of the American Empire?*, in: *Encounter*, July/August 1988, S. 6

67 J. Domes: Sterbende Regime machen nur noch Fehler. Folgerungen aus dem Massaker von Peking, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 139, 20. 6. 1989

68 Vgl. dazu J. E. Garten, *Is American Decline Inevitable?*, a.a.O., S. 16

außenpolitischem Einfluß verlieren, in dem es an militärischer Stärke gewinnt⁶⁹. Viele Japanexperten sind auch der Auffassung, daß sich das stürmische Wirtschaftswachstum dieses Landes in naher Zukunft normalisieren wird.⁷⁰ Auch aus diesem Grunde wird es wenig wahrscheinlich sein, daß Japan in den Rang einer weltpolitischen Supermacht aufzusteigen in der Lage ist. Deshalb ist Samuel P. Huntington zuzustimmen, wenn er schreibt: "Japan has neither the size, natural resources, military strength, diplomatic affiliates nor, most important, the ideological appeal to be a twentieth-century superpower"⁷¹. Japan, das sich durch ein spekulatives Finanzgebarren, durch politische Skandale und durch eine rücksichtslose Handelspolitik negativ auszeichnet, wird deshalb kaum in der Lage sein, die Weltmachtrolle der USA zu übernehmen.

Auch die Europäische Gemeinschaft wird kaum als weltpolitischer Rivale der USA auftreten können. Solange dieser Verbund von zwölf Einzelstaaten noch nicht zu einem Bundesstaat verschmolzen ist, wird die außenpolitische Macht Europas zu wünschen übriglassen. Der wirtschaftliche Riese Europas muß erst noch unter Beweis stellen, daß er seine politische Zwergexistenz zu überwinden in der Lage ist. Aus diesem Grunde gelangt Richard N. Haass zu dem für Europa wenig schmeichelhaften Urteil: "Western Europe will continue to be less than the sum of its parts owing to political decisions ... Europeans will continue to exert less influence on Europe ... than calculations of economic might alone would suggest"⁷².

Trotz aller Kritik, die an Kennedy und seinen Gesinnungsfreunden geleistet werden muß, ist es nicht zuletzt ihr Verdienst, die Politikanalytiker unserer Zeit zum Nachdenken über die wirkliche Stärke der USA gezwungen zu haben. Eine nüchterne und vorurteilslose Analyse dieses Problemkomplexes wird kaum um die Einsicht herumkommen, daß die USA auf abschbare Zeit keinen ernst zu nehmenden weltpolitischen Rivalen zu fürchten haben. Keine andere Macht wird es mit den USA an wirtschaftlicher, militärischer und politischer Stärke aufnehmen können. Joseph S. Nye ist zuzustimmen, wenn er schreibt: "With more than one fifth of world military expenditures and global economic product, the United States still is the most powerful state in the world and will very likely remain that way far into the future"⁷³. Dieser Auffassung schließen sich auch andere Autoren an. So heißt es bei Richard N. Haass: "There is no single state or constellation of powers ready to challenge the United States for primacy"⁷⁴. Auch ein im Verhältnis zu früher weniger einflußreiches Amerika wird Rostow zufolge an der Spitze aller Nationen stehen. "The answer for the United States at this historical interval, when its relative power and influence, while diminished, still transcends by far that of any other power"⁷⁵. Auch Zbigniew Brzezinski

69 Vgl. dazu: "One could argue that the stronger Japan gets militarily the less political clout it will have, given suspicions still lingering from World War II", Ebda. S. 161

70 Vgl. S. P. Huntington, *The U.S. - Decline or Renewal?*, a.a.O., S. 83.

71 Ebda. S. 92, siehe dazu auch J. S. Nye, *Still in the Game*, a.a.O., S. 47

72 R. N. Haass, *The Use (and Mainly Misuse) of History*, a.a.O., S. 417

73 J. S. Nye, *Understating U.S. Strength*, a.a.O., S. 108

74 R. N. Haass, *The Use (and Mainly Misuse) of History*, a.a.O., S. 418

75 W. W. Rostow, *Beware of Historians Bearing False Analogies*, a.a.O., S. 868

teilt diesen Standpunkt: "In the years to come no alternative to a leading American world role is likely to develop, and America's partners will continue to want the United States to play that role"⁷⁶.

Die Kritiker Paul Kennedys und seiner intellektuellen Entourage erblicken in prüfungsbedürftigen Machtvergleichen keineswegs den schwächsten Punkt der sog. "Declinists". Als wissenschaftlicher Hauptfehler wird der den Abstieg der USA prophezeienden und konstatierenden Literatur angelastet, sich einer ökonomistischen Denkweise verschrieben zu haben. Wenn es ein Leitmotiv gebe, das die Gedanken von Kennedy und seiner Freunde zusammenhalte, so sei das die kaum verhüllt vorgetragene Auffassung, daß dem ökonomischen Unterbau ein bestimmter politischer Überbau entspreche. Auch wenn sich die Repräsentanten dieser Denkweise keineswegs als überzeugte Marxisten zu erkennen geben, so sei ihr Argumentationsmodus keineswegs als antimarxistisch einzustufen. Insbesondere die Behauptungen und Prognosen Kennedys fügten sich einer Politikanalyse, die dem eindimensionalen Panökonomismus Marxscher Provenienz eindeutig Sukkurs erweise. Owen Harris zufolge sei der, den Marxismus eigentlich ablehnende Kennedy einer Denkweise erlegen, deren Verwandtschaft mit der ökonomistischen Politik- und Geschichtserklärung überdeutlich zutage trete. "Though he himself is not a Marxist, his dilemma is precisely the one that Marxists have faced over the years in trying to articulate the theory on an economic 'foundation' and political-cultural-ideological 'superstructure'"⁷⁷. Auch Richard N. Haass lastet Kennedy an, mit Hilfe der ökonomischen Geschichtsbetrachtung die heutige Weltposition der USA untersucht zu haben. Er bezeichnet Kennedys monokausale Methode als ein *Mixtum compositum* "of economic and historic determinism"⁷⁸.

Der so auf den ökonomischen Erklärungsfaktor versessene Kennedy hat in der Tat geflissentlich übersehen, daß es neben den wirtschaftlichen Bestimmungs-determinanten noch andere historische Wirkfaktoren gibt. Seine auf die ökonomische Fragestellung eingeengte Perspektive läßt vor allem die ideologischen Determinanten außer acht. Er übersieht nicht zuletzt die überragende Bedeutung der Religion im historisch-politischen Entscheidungsprozeß. Aus diesem Grunde schreibt James Joll völlig zu Recht: "In his emphasis on material factors such as economic growth Professor Kennedy sometimes prefers to omit the immeasurable... religious faith"⁷⁹. Ebenso wirft Anthony Hartley Kennedy vor, den Bestimmungsfaktor Religion gänzlich übersehen zu haben. "Religion... is almost totally excluded as a factor affecting political power"⁸⁰. Überhaupt sei es

Kennedy entgangen, daß das gesamte kulturelle Universum einen entscheidenden 76 Z. Brzezinski: *America's New Geostrategy*, in: *Foreign Affairs*, 1988, S. 699; ähnlich urteilt der "Economist", wenn er schreibt: "America's economy has weaknesses, no doubt, but it is a giant with a cold, not a pigmy with a cancer", Yes, you are the superpower, in: *The Economist*, 24. 2. 1990, vgl. dazu auch Ch. Krauthammer: *Decline Theory Lives On*, *Undeterred by the Facts*, in: *International Herald Tribune*, 15. 3. 1990.

77 Vgl. O. Harris, *The Rise of American Decline*, a.a.O., S. 33; Harris vergleicht ein Engelszitat mit einem Kennedy-Zitat und kommt zu dem Schluß, daß bei beiden Autoren eine panökonomische Denkweise zu konstatieren sei, Ebda.

78 R. N. Haass, *The Use (and Mainly Misuse) of History*, a.a.O., S. 412

79 J. Joll: *The Cost of Bigness*, in: *New York Review of Books*, 4. 2. 1988, S. 21

80 A. Hartley, *End of the American Empire*, a.a.O., S. 3

Einfluß auf die politischen Entscheidungen habe. In diesem Zusammenhang schreibt Hartley: "The pursuit of scientific knowledge, the creation of art, literature, and music — all these things influence the destinies of nations in ways that are not as easy to quantify as military and economic strength and are, hence, liable to be ignored"⁸¹.

Bei der Suche nach den Faktoren, die die Stärke eines bestimmten Staates bestimmen, muß auch die Loyalität seiner Bürger in Rechnung gestellt werden. Die Kraft eines bestimmten politischen Gemeinwesens stammt zu einem nicht geringen Maße aus der Unterstützung, die ihm die einzelnen Bürger gewähren. David S. Landes lastet Kennedy an, ausgerechnet diesen wichtigen Wirkfaktor gänzlich vernachlässigt zu haben. "The general aspect of the story that Kennedy should have done more with concerns the imponderables: those aspects of power that derive from social values and attitudes — the web of human links and loyalties, the sense of identity, the force of commitment and purpose"⁸². Die militärische Schlagkraft eines bestimmten Landes hänge in entscheidendem Maße davon ab, in welcher Weise seine Bürger für ihn zu kämpfen bereit sind. "Armies need arms and bodies, but they also need morale and tenacity and fury"⁸³. Obgleich dieser Aspekt äußerst schwierig zu bestimmen sei⁸⁴, dürfe er bei einer genügend tiefen Politikanalyse nicht außer acht gelassen werden.⁸⁵ Wie für David S. Landes, so bestimmt auch für James Joll das nationale Bewußtsein der Bürger die außenpolitische Stärke eines bestimmten Staates. Die Kraft, die Joll als "national fervor"⁸⁶ bezeichnet, trage in entscheidendem Maße zur Machtsteigerung eines bestimmten Gemeinwesens bei. Wie Landes, so lastet auch Joll Kennedy an, diesen Faktor unberücksichtigt gelassen zu haben.⁸⁷

Die Kritiker Kennedys und seiner Gesinnungsfreunde lasten dieser Denkschule nicht zuletzt an, gegen den von ihr prognostizierten und konstatierten Machtverfall der USA im Grunde nichts einzuwenden zu haben. Sie sei so sehr vom Gedanken einer linearen Entwicklung der Geschichte bestimmt, daß ihr der Gedanke einer Regenerationsfähigkeit der USA überhaupt nicht mehr in den Sinne komme. Statt nach Mitteln und Wegen zu sinnen, den Einfluß der USA auf der weltpolitischen Bühne wieder zu erhöhen, zeichnet sie das Schreckbild des unabwendbaren Machtverfalls dieses Landes. Besonders nachhaltig geht W. W. Rostow in diesem Zusammenhang mit Kennedy ins Gericht. "My most fundamental disagreement with Kennedy is his tendency to regard history as linear. He clearly believes ... that society cannot regenerate"⁸⁸. Folgerichtig werde in Kennedys Werk über den Niedergang der Vereinigten Staaten jeglicher Aufruf zu einer Stärkung der amerikanischen Machtposition als der Versuch rechtsgerichteter Politiker denunziert, gegen den historischen Strom schwimmen zu wollen.⁸⁹

81 Ebda, S. 9

82 D. S. Landes: Power Shortage, in: The New Republic, 29. 2. 1988, S. 36

83 Ebda.

84 Ebda.

85 Ebda.

86 J. Joll, The Cost of Bigness, a.a.O., S. 21

87 Ebda.

88 W. W. Rostow, Beware of Historians Bearing False Analogies, a.a.O., S. 867

89 Ebda

Die letzten Endes immer noch unangefochtene Weltmachtrolle der USA bedeutet allerdings keineswegs, daß ihrer Gesellschafts- und Staatsform ubiquitäre Wirkkraft zukommen wird. Ganz im Gegensatz zu der Auffassung von Francis Fukuyama, der von der "völligen Erschöpfung aller Alternativen zum westlichen Liberalismus"⁹⁰ ausgeht, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, in wie starkem Maße sich der Illiberalismus als attraktiv erwiesen hat und auch erweist. Wenn Fukuyama davon spricht, daß wir vor der "allgemeinen Einführung der westlichen Demokratie"⁹¹ stehen, so ist diese Behauptung bar aller Wirklichkeitsadäquanz. Wie schon Condorcet⁹², so ist auch Fukuyama einem Geschichtsoptimismus erlegen, der seine Herkunft aus utopischen Antrieben kaum verbergen kann. Nicht zuletzt ein Blick auf die politischen Regime der Dritten Welt lehrt uns, wie weit wir zur Zeit von der "allgemeinen Einführung der westlichen Demokratie als finaler Regierungsform"⁹³ entfernt sind. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, daß der Siegeszug der Marktwirtschaft keineswegs das Ende politischer Repression bedeuten muß. Pinochet verband den Wirtschaftsliberalismus der Chicago School ohne Skrupel mit politischer Unterdrückung. Josef Joffe zufolge florieren im "heutigen Singapur ... die Gefängniswärter genau so gut wie die Geschäftsleute"⁹⁴. Auch ein Blick auf die Sowjetunion zeigt augenfällig, wie wenig fundiert die Geschichtsprophetie Fukuyamas letzten Endes ist. Dieses Land steuert eher auf einen illiberalen Bonapartismus als auf eine liberale Demokratie zu.⁹⁵ In diese Richtung verweist nicht zuletzt die zunehmende Bedeutung ausgesprochen illiberaler Bewegungen. So ist von der Pamjat-Gruppe⁹⁶ kaum anzunehmen, daß sie die liberalismusfeindlichen Kräfte in der Sowjetunion stärkt. Dabei ist kaum ein politisches Regime dieser Erde davor gefeit, von ethnozentrisch-illiberalen Doktrinen nicht beeinflusst zu werden. Aus diesem Grunde gibt es namhafte Autoren, die selbst dem Faschismus in der zukünftigen Welt politische Chancen einräumen. Allan Bloom geht davon aus, "daß der Faschismus Zukunft hat, wenn er nicht gar nicht Zukunft ist"⁹⁷. Ähnlich fürchtet Pierre Hassner die Heraufkunft eines auf "Resentiments, Angst, Haß und Hysterie beruhenden primitiven Faschismus"⁹⁸.

90 F. Fukuyama: Das Ende der Geschichte?, in: Europäische Rundschau, 17 (1989), S. 3

91 Ebda., S. 4

92 Vgl. J. B. Müller: Der Liberalismus in der Identitätskrise, in: C. Klinger-R. Stäblein (Hrsg.): Identitätskrise und Surrogatsidentitäten, Frankfurt/M.-New York 1989, S. 240

93 F. Fukuyama, Das Ende der Geschichte, a.a.O., S. 4. Eine kritische Analyse der Fukuyamaschen Geschichtsbetrachtung findet sich auch bei S. P. Huntington: No Exit. The Errors of Endism, in: The National Interest, Fall 1989, S. 3ff

94 J. Joffe: Kein Endsieg in der Geschichte, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 225, 30. 9.-1. 10. 1989

95 Vgl. dazu B. Crozier: Slouching toward Democracy?, in: National Review, 1. 4. 1990; L. Luks: Bonapartismus in der Sowjetunion? Zur Diskussion über das von Gorbatschow eingeführte Präsidialsystem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 82, 6. 4. 1990

96 Vgl. dazu "Was ist die Vereinigung 'Pamjat'?", in: Kontinent, 1 (1988), S. 54ff; C. Gerstenmaier: Die chauvinistische Vereinigung "Pamjat". Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 30, 5. 2. 1990; A. Sinjawski: Der neue russische Antisemitismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 298, 23. 12. 1989; G. Nivat: Der russische Nationalismus gestern und heute, in: Schweizer Monatshefte, 66 (1986), S. 37ff

97 A. Bloom: Der Faschismus hat Zukunft, in: Europäische Rundschau, 17 (1989), S. 30

98 P. Hassner: Kein Ende der Wachsamkeit, in: Europäische Rundschau, 17 (1989), S. 35

Es ist also keineswegs ausgemacht, daß die liberale Politik- und Wirtschaftsform endgültig über den Geist der Unfreiheit triumphieren wird. Aus diesem Grunde ist der Liberalismus in seinem Verteidigungskampf darauf angewiesen, mächtige Fürsprecher zu haben. Der Anwalt der freiheitlichen Ordnung wird es aus diesem Grunde mit Genugtuung und Zustimmung zur Kenntnis nehmen, daß die Weltmachtrolle der USA letzten Endes nicht in Gefahr ist.⁹⁹

⁹⁹ Vgl. dazu auch "Diskurse über Amerikas Rolle in der Welt", in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 16, 21./22. 1. 1990

35 Jahre österreichische Neutralität

von

Ernest F.ENZELSBERGER

Vor nunmehr 35 Jahren, am 26. Oktober 1955 beschloß der Nationalrat das österreichische Neutralitätsgesetz im Range eines innerstaatlichen Verfassungsgesetzes. Seither war dieses Rechtsinstitut zu den verschiedensten Anlässen Gegenstand kontroversieller wissenschaftlicher und politischer Diskussionen. Dabei zieht sich die Frage einer Vereinbarkeit zwischen dauernder Neutralität und EG-Beitritt wie ein roter Faden durch die jahrzehntelangen Erörterungen. Aber nicht seine Neutralität selbst, sondern ihre übertriebenen Auslegungen drohen Österreich in besorgniserregende außenpolitische Sackgassen zu manövrieren. Es erscheint daher nützlich, sich in einem größeren historischen Zusammenhang ins Gedächtnis zurückzurufen, was einst an der Wiege der dauernden Neutralität Österreichs stand und was von ihren "Vätern" unter dieser Neutralität verstanden wurde.

Das Ergebnis ist verblüffend eindeutig: Es handelte sich und handelt sich noch immer um eine "militärische Neutralität". Und ebenso klar ist der retrospektive Schluß, daß alle Aufdonnerung des österreichischen Neutralitätsbegriffs zwecks besserer Erreichung ganz anders gearteter (außen-)politischer Ziele geschehen ist. Eine Rückführung zu den Quellen dürfte ein Gebot der Stunde sein, und soll im folgenden versucht werden. Es wäre nämlich nichts anderes als politischer Masochismus, sich mit einer großen Neutralitätsgeste die Tür zur EG selbst zuzuschlagen.

Die österreichische Neutralität ist eine logisch konsequente Folge der geopolitischen Lage des Landes, der internationalen Gegebenheiten und des Willens des österreichischen Volkes, in staatlicher Unabhängigkeit zu leben. Die Neutralität Österreichs ist in diesem Sinne nicht nur freiwillig übernommen, sondern bewußt erstrebt, sie hat daher keinen politischen oder moralischen Eigenwert, sondern bezieht ihren Wert aus dem Zweck, für den sie gewählt wurde, nämlich aus der Wahrnehmung der unabhängigen Existenz und der äußeren Sicherheit des Landes.

Das Institut der immerwährenden oder dauernden Neutralität ist im Völkerrecht eindeutig umschrieben. Grundsätzlich stellt sich der Neutralitätszustand als Rechtsverhältnis zwischen den Kriegsführenden und dem Neutralen, also mindestens drei Parteien dar, wobei zwischen den Neutralen und den am Kriege beteiligten Staaten der Friedenszustand weiterbesteht. Das Neutralitätsrecht verbietet allerdings für diesen Fall eine Reihe von im Frieden erlaubten Aktivitäten, die eine Einmischung in den Krieg darstellen würden. Als Verpflichtungen auf der

Seite des neutralen Staates sieht der bekannte österreichische Völkerrechtsgelehrte Alfred Verdross die folgenden:

- Enthaltungspflichten,
- Verhinderungspflichten,
- Pflicht zur Unparteilichkeit,
- Duldungspflichten.

Diesen Pflichten des neutralen Staates stehen die Pflichten der Kriegführenden gegenüber, die sich vor allem darauf erstrecken, das Gebiet des Neutralen als unverletztlich zu achten. Für den dauernd Neutralen stellt die dauernde Neutralität also eine Art Privileg dar.

Diese privilegierte internationale Stellung macht es verständlich, daß die immerwährende Neutralität in der diplomatischen Staatengeschichte nur sehr selten gewährt wurde, erstmals war dies bei der Schweiz der Fall.

Mit Inhalt erfüllt und funktionsfähig wird aber der völkerrechtliche Status der dauernden Neutralität erst durch eine entsprechende Neutralitätspolitik. Erst Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit machen den Status der Neutralität politisch wirksam. Die internationale Staatengemeinschaft muß die Überzeugung gewinnen, daß der immerwährend Neutrale in künftigen Konflikten tatsächlich neutral bleiben will und es auch kann. Ein wesentliches Ziel der Neutralitätspolitik ist die Wahrung eines hohen Maßes an Entscheidungs- und Handlungsfreiheit für den Neutralen auf allen Gebieten der staatlichen Willensbildung. Diese Fähigkeit darf nicht nur rechtlich, sondern sie muß sich auch in tatsächlicher Bewegungsfreiheit niederschlagen. Nur so wird der Neutrale glaubwürdig, seine Verpflichtungen übernehmen zu können, in künftigen Konflikten die Regeln des Neutralitätsrechtes zu beachten.

Die Führung einer Neutralitätspolitik war in der Vergangenheit Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Ohne darauf an dieser Stelle näher eingehen zu können, sei hier die "Prophylaxe-Theorie" genannt. Die unter dieser Bezeichnung zusammengefaßten Thesen haben als gemeinsamen Kern die Aussage, daß die dauernde Neutralität nur die Vorwegnahme der Entscheidung über die Teilnahme oder Nichtteilnahme an einem künftigen Krieg, somit nichts anderes als eine gelegentliche Neutralität sei, nur daß sie ein für allemal erklärt wurde. Sie könne daher in Friedenszeiten keinerlei rechtliche Wirkungen ausüben.

Als interessantester Vertreter dieser Theorie gilt der an der Universität in Graz lehrende Univ.-Prof. Dr. Konrad Ginther. Er geht davon aus, daß es für einen dauernd neutralen Staat nur eine Hauptverpflichtung gebe, nämlich die Neutralität und Unabhängigkeit zu wahren, keinen Krieg zu beginnen und eine Neutralitätspolitik zu führen.

Die Normen des künftig vom Neutralen im Falle eines Krieges zu befolgenden Neutralitätsrechtes sind nach Ansicht Ginthers für diesen bloße Tatsachen, die er für die Bestimmung seiner Politik ebenso zu berücksichtigen haben wird, wie andere außerrechtliche Umstände auch. Die Rechtspflicht zur Führung einer Neutralitätspolitik hält der Autor aber für inoperabel, für eine "Leerformel par excellence". Sie bedeute lediglich, daß der dauernd Neutrale die politischen Folgen seiner Verpflichtung, sich in einem künftigen Krieg neutral verhalten zu müs-

sen, bereits im Frieden wahrzunehmen habe. Die Feststellung, welche Folgen hier zum Tragen kommen, sei dem politischen Urteil des Neutralen anheim gestellt.

In diesem Punkt ist Ginthers Argumentation aber nicht schlüssig. Denn eine Rechtsnorm, die nicht als Maßstab eines Verhaltens des Normadressaten herangezogen werden kann, entbehrt sowohl aus rechtstheoretischer, als auch aus rechtssoziologischer Sicht des Charakters einer Rechtsnorm.

Darauf hat schon der große österreichische Rechtsphilosoph Hans Kelsen, der Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung in seinem Hauptwerk "Reine Rechtslehre" hingewiesen. Kelsen, ein gemäßigter Rechtspositivist, geht in seiner Rechtslehre von einer grundsätzlichen Unterscheidung von Sein und Sollen aus und sieht das Recht als einen normativen Gegenstand, als ein System in normativen Aussagen formulierter Regeln. Es gibt für ihn keinen Staat als soziales und juristisches Phänomen, sondern (für eine juristische Betrachtung) nur ein Phänomen "Staat", das wiederum mit der Rechtsordnung identisch ist. Die Realität der Rechtsnorm ist damit ihre faktische Gültigkeit in den unterschiedlichsten Handlungen, während das, was nicht de facto gilt, auch keine Norm sein kann. Diese Position schließt freilich eine deskriptive Untersuchung sozialer Erscheinungen nicht aus, will sie aber von der rechtswissenschaftlichen Betrachtung der Normensetzungen, -begründungen und -legitimationen streng trennen. Kelsen, der 1881 in Prag geboren wurde und 1973 in Berkeley/Kalifornien verstarb, hatte sich auch schon früh völkerrechtlichen Fragen zugewandt. Seine kurze demokratietheoretische Untersuchung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" ist ein in alle Welt Sprachen übersetzter Klassiker der staatsrechtlichen Literatur geworden.

Mit stolzgeschwellter Brust haben Fernsehmoderatoren und verschiedene Kommentatoren über sowjetisches "Lob" für die österreichische Neutralität berichtet. Dieser in einem Interview des sowjetischen Außenministers im Frühjahr 1990 gemachte Versuch, Österreich durch Lob wieder einmal nach alter Schule auf die sowjetische Neutralitätsauffassung festzulegen, wurde offenbar nirgends als solcher bemerkt. Es störte auch niemanden, daß im Interview die Neutralität in einem diffusen Zusammenhang mit der "strikten Achtung" der "bestehenden territorial-politischen und sozialen Realitäten" gebracht worden ist.

Dafür wurde in den vergangenen Wochen um so deutlicher über jene hergefallen, die die Neutralität als eine "militärische Neutralität" bezeichneten. SPÖ-Klubobmann Univ.-Doz. Dr. Heinz Fischer warf dem christlich-demokratischen Außenminister Dr. Alois Mock (ÖVP) indirekt sogar einen "Verrat" an der Neutralität vor. Dies, nachdem ein Papier von Mock-Beratern angeraten hatte, die österreichische Neutralität als eine "militärische" zu sehen.

Um so seltsamer klang dafür die Rede des österreichischen Bundeskanzlers als er im Parlament ausdrücklich von der "militärischen Neutralität" sprach, die "keinerlei Verpflichtungen" auf anderen Gebieten mit sich bringe. Freilich: Diese Rede stammte von dem legendären Bundeskanzler Ing. Julius Raab (ÖVP), und sie wurde am 26. Oktober 1955 anlässlich der Beschlußfassung des Neutralitätsgesetzes gehalten. Zur juristisch korrekten Interpretation der an jenem Tag von

Österreich "aus freien Stücken" deklarierten immerwährenden Neutralität ist freilich die Heranziehung der Rede des damaligen Regierungschefs zweifellos legitimer, als Aussagen heutiger Politiker, oder die außenpolitische Praxis, die seit Ende der 60er Jahre um sich gegriffen hat.

Diese führte gelegentlich dazu, daß speziell in der "Ära Kreisky" streckenweise nicht mehr von Neutralität, sondern von Neutralismus die Rede war und Österreich bedenklich nahe an die außenpolitische Haltung der Blockfreien rückte. Dies läßt sich beispielsweise anhand des Abstimmungsverhaltens in der UNO-Generalversammlung deutlich nachweisen.

Eine noch authentischere Interpretationshilfe im neu entbrannten Streit, was Neutralität eigentlich meint, bieten zweifellos die erläuternden Bemerkungen der Bundesregierung. Mit diesen hat das damalige großkoalitionäre ÖVP/SPÖ-Kabinett am 19. Juli 1955 im Konsens aller Regierungsmitglieder das Neutralitätsgesetz ins Parlament geschickt. Darin steht folgendes zu lesen:

"Die dauernde Neutralität ist mit der Zugehörigkeit zu internationalen Staatenorganisationen durchaus vereinbar, sofern diese nicht einen militärischen Charakter haben. Die immer mehr zunehmende Verstärkung wechselseitiger Beziehungen der Staaten auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und humanitärem Gebiet macht die Absonderung eines Staates von dieser internationalen Zusammenarbeit geradezu unmöglich."

Fast noch deutlicher in die gleiche Richtung gehen zwei Äußerungen sozialistischer Provenienz aus jenem Jahr 1955. Bruno Kreisky, damals Staatssekretär im Außenministerium, der übrigens auch noch drei Jahre später davon sprach, daß es eigentlich falsch sei, außerhalb von Kriegszeiten von Neutralität zu reden, sagte im August 1955 beim Europäischen Forum im kleinen Tiroler Gebirgsdorf in Alpbach:

"Die praktische Frage, in welchem Ausmaß sich Österreich an den Integrationsbestrebungen Europas beteiligen wird, wird sehr wesentlich davon abhängen, in welchem Maße diese Bestrebungen durch die weltpolitische Entspannung verstärkten Auftrieb erhalten werden. Österreich wird jeder konstruktiven, aufbauenden Konzeption seine Kraft leihen. Jedwede sinnvolle Verflechtung übernationaler Interessen einer größeren Völkergemeinschaft wird von Österreich aufmerksamst geprüft und mit großer Aufgeschlossenheit akzeptiert werden."

Auch die sozialistische "Arbeiter-Zeitung", Parteiorgan der SPÖ, wußte damals noch, daß "Neutralität die verschiedensten Bedeutungen haben kann." Rein rhetorisch wird in einem Artikel die Frage aufgeworfen: "Soll Österreich nicht mehr entscheiden können, welchen internationalen Organisationen es beitreten will? Aber eine solche Neutralität in politischen Fragen ist ja auch gar nicht von Österreich verlangt worden."

Der zwingende Schluß aus allen diesen Stellungnahmen rund um die Neutralitätserklärung Österreichs ist zweifellos, daß die Bedenken gegen eine Teilnahme an einer politischen Union (zu der sich die EG entwickeln soll) erst neueren Datums sind. Historisch wird man den Beginn dieses geänderten Neutralitätsverständ-

nisses vor allem in die Phase des späteren Kreisky (er war von 1970 bis 1984 Bundeskanzler), Dr. Rudolf Kirchschläger (Bundespräsident von 1974 bis 1986) und Dr. Kurt Waldheim (Außenminister von 1968 bis 1970) einordnen müssen, als diese noch als Diplomaten und Minister aktiv waren.

Kirchschläger war u. a. zur Zeit der CSSR-Krise Gesandter in Prag und wurde später Außenminister. Ihren Höhepunkt fand diese Richtung zweifellos unter den Außenministern Willibald Pahr und Erwin Lanc, während unter Leopold Gratz und Dr. Peter Jankowitsch die Überinterpretation der Neutralität schon wieder abgebremst wurde.

Zweifellos bedeutet der verbriefte Wille, voll der EG beizutreten, eine klare und definitive Abkehr von einer 20jährigen Neutralitätsinterpretation sowie eine Rückkehr zur ursprünglichen Bedeutung dieser Selbstverpflichtung Österreichs. Daß diese Rückinterpretation der Neutralität in eine Reihe von Beteuerungen verpackt wurde, an der heimischen Neutralitätspolitik habe sich "gar nichts verändert", hat also sicherlich nicht den Tatsachen entsprochen.

Die unbeschränkte Teilnahmemöglichkeiten an der diskutierten politischen EG-Union heißt nun aber freilich nicht, daß auch eine eventuelle militärische Integration voll möglich wäre - auch wenn diese Bereitschaft zur Teilnahme an dieser gleichsam über-übernächsten EG-Möglichkeit von manchen westlichen Maximalisten ultimativ gefordert wird. Die immerwährende militärischen Neutralität ist damit nur schwer vereinbar, auch wenn sie nicht überinterpretiert wird.

Lösbar wird das Problem aber durchaus auch ohne Widerruf der Neutralitätserklärung, wenn man das Muster der gegenwärtigen DDR-Debatte heranzieht. Für die DDR sind in den letzten Monaten (auch von Bonn, wo manche nun die Österreicher gleichschalten wollen), sehr viele Modelle entwickelt worden, wie die DDR zwar der EG und sogar der NATO als politisches Mitglied angehören könnte, zugleich aber von der militärischen Integration befreit sein würde. Beispielsweise könnte es neben einer EG-eigenen Truppe (wenn es dieses utopische Gebilde je geben sollte) auf österreichischem Boden weiterhin das österreichische Bundesheer geben, nur müßten sich die Österreicher verpflichten, dafür relativ genausoviel auszugeben, wie der Rest der EG, damit es keine Verzerrungen der wirtschaftlichen Lage durch einseitige Einsparungen von Verteidigungsausgaben gibt.

Über solche Modelle ernster nachzudenken, wäre heute eine der wichtigsten Aufgaben des österreichischen Außenministeriums. Jene EG-Länder, die von einer gesamteuropäischen Armee träumen, wollen nämlich schon jetzt konkrete Antworten auf diese hypothetische Frage. In Wien hat man freilich beschlossen, von sich aus das Neutralitätsthema überhaupt nicht anzuschneiden. Man glaubt - meiner Meinung nach zu Unrecht - daß sich die EG damit abfinden wird, diese Frage erst am Schluß der Beitrittsverhandlungen zu diskutieren.

Heute muß man jedenfalls realistischere davon ausgehen, daß Österreich seine Neutralität nicht widerrufen wird und auch nicht widerrufen will. Dabei ist durchaus offen, ob Wien das überhaupt tun könnte.

Viele Völkerrechtler sehen in der erwähnten Neutralitätserklärung und deren teils ausdrückliche, teils stillschweigende Annahme durch die meisten Staaten ein vertragsähnliches Verhältnis. Überdies habe im Moskauer Memorandum 1955 Österreichs Regierungsspitze die immerwährende Neutralität Österreichs gelobt und dafür schließlich den Staatsvertrag erhalten.

Andererseits, wie etwa der spätere Außenminister Dr. Willibald Pahr als einstiger Chef des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, argumentieren, daß Österreich durch ein Verfassungsgesetz, das neuerlich der Welt mitgeteilt wird, die Neutralitätserklärung wieder aufheben könnte.

Politisch und historisch argumentieren weiter viele, daß die Neutralität einen Zusammenhang mit den geopolitischen Strukturen in Europa hatte, deren Änderung auch an der Neutralität etwas ändert. Für einen Kleinstaat bleibt es aber jedenfalls wichtig, Rechtspflichten nur behutsam zu ändern, berechenbar und verlässlich zu bleiben. Die Änderung des Umfelds der Neutralität ist auch deutlich aus der Diskussion in den beiden anderen klassisch neutralen Staaten Europas ablesbar. Auch wenn in Schweden und der Schweiz offiziell so wie in Österreich noch an einer unveränderten Neutralität festgehalten wird, so erklärt ein schwedischer Vizeaußenminister schon öffentlich: "Neutralität ist weder Endziel noch Selbstzweck". Der schwedische Oberbefehlshaber will sogar die Bündnisfreiheit des Landes in Frage stellen, und in der Schweiz stellt eine offizielle Studie des Auswärtigen Departements ebenfalls eine völlig neue Neutralitätsauffassung zur Debatte, die mit einem EG-Beitritt vereinbar wäre.

Bleibt man aber jedenfalls einmal beim prinzipiellen Festhalten an der Neutralität, dann ergibt sich daraus ein klarer Pflichtenkatalog, der lange nicht das umfaßt, was in der jüngsten Epoche der österreichischen Geschichte dazu behauptet worden ist, der aber militärisch ganz klar ist. Im Neutralitätsgesetz heißt es:

1. Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

2. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Auch die Ergänzung dieses Pflichtenkatalogs durch die "Erläuternden Bemerkungen" geht in die gleiche klare, eben rein militärische Richtung:

"Der neutrale Staat ist verpflichtet, die Unversehrtheit seines Staatsgebildes gegen Angriffe von außen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen: die dauernde Neutralität ist somit meist auch eine bewaffnete Neutralität ... Bei allen Kriegen zwischen anderen Staaten hat der dauernd neutrale Staat – so wie alle anderen nur in dem betreffenden Krieg neutralen Staaten – die Normen des völkerrechtlichen Neutralitätsrechtes zu beobachten.

Damit ist der Inhalt der dauernden Neutralität dargelegt. Ein dauernd neutraler Staat bleibt in seinen sonstigen völkerrechtlichen Grundrechten vollkommen unbeschränkt. Auch die Schweiz hat ihre Neutralität in diesem Sinne gehandhabt.

Der dauernd neutrale Staat ist in der Gestaltung seiner Außen- und seiner Innenpolitik keinen weiteren als den o. a. Beschränkungen unterworfen."

In der Völkerrechtslehre wird dazu noch die Pflicht (siehe oben) hinzugefügt, daß man eine Neutralitätspolitik betreiben muß, die schon zu Friedenszeiten verhindert, daß das immerwährend neutrale Land in einen Krieg verwickelt wird (Vorwirkungen der dauernden Neutralität). Eine solche Politik betreiben aber in Wahrheit alle zivilisierten Länder, wenn man von der Beistandspflicht aufgrund von Militärpakt absteht.

Auch das Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 zwischen der sowjetischen und der österreichischen Regierung bietet keine weiteren Interpretationsakzente. In der Schlüsselpassage heißt es:

"Im Sinne der von Österreich bereits auf der Konferenz von Berlin im Jahre 1954 abgegebenen Erklärung, keinen militärischen Bündnissen beizutreten und militärische Stützpunkte auf seinem Gebiete nicht zuzulassen, wird die österreichische Bundesregierung eine Deklaration in einer Form abgeben, die Österreich international dazu verpflichtet, immerwährend eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird."

Daß es dabei nicht um ein sklavisch zu befolgendes Muster gehen kann, erwies sich schon im gleichen Jahr, als Österreich mit ausdrücklicher Zustimmung der UdSSR in die UNO aufgenommen wurde, während die Schweiz den Vereinten Nationen bis heute ferngeblieben ist. Das Motiv dafür ist jedoch die Abneigung des direkt-demokratisch mitbestimmenden Schweizer Stimmbürgers gegen die von der Dritten Welt dominierten UN und nicht die oft vorgeschobene Neutralität. Ähnliches gilt auch für das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EG. Werden nun heute die Ursachen dafür analysiert, daß sich vor allem in der sozialistischen Alleinregierung die Neutralitätsauffassung verschoben hat, dann kommt man zu mehreren Gründen. Zum einen war der Begriff der Neutralität ein ungeheuer populärer, so daß man unter dieser Überschrift jedes Element eigentlich sozialistischer Außenpolitik bequem verkaufen konnte. Da hat Österreich, wie bereits angedeutet, etwa bei internationalen Konferenzen immer mehr "Verständnis" für die damals sehr aktiven und aggressiven Blockfreien aufgebracht, was ideologische Gründe hatte, aber mit dem wirksamen Stempel "Neutralitätspolitik" versehen wurde. Auch die sozialistische Nahost- und Ost-West-Politik wurde so gekennzeichnet.

Manche in der SPÖ fanden in der Neutralität auch einen brauchbaren Hebel, um Österreich geistig vom Westen wegzurücken, der als kapitalistisch, bürgerlich oder neoimperialistisch mißbilligt wurde. Bei dieser Überinterpretation störte es sie nicht, daß gleichzeitig eine der echten Pflichten der Neutralität, nämlich die Verteidigungsfähigkeit, bedenklich vernachlässigt wurde.

Zum zweiten Male wurde einfach das Wissen um die Neutralität verschlampt, die immer mehr zu einem Allzweckvehikel für Sonntagsreden degenerierte. Der Neutrale wurde unterschwellig immer mehr zum Besseren und zum selbsternannten Schiedsrichter über alle weltpolitischen Fragen. Das kam wieder dem politischen Interesse Bruno Kreiskys entgegen, der gerne alle Probleme der Welt mit einem gewissen besserwisserischen Ton kommentierte. Und noch heute zeigen

Meinungsumfragen eine verwirrende Ahnungslosigkeit der Menschen über die eigentlichen Inhalte der Neutralität.

Das machte es natürlich leicht, nach Belieben jemanden zum Verräter an ihr zu stempeln.

Zum Dritten brachte die Neutralität in Zeiten der Ostkonfrontation aber auch durchaus konkrete Renditen für Österreich. Wenn sich Ost und West in einer Frage nicht einigen konnten, so ergab sich meist als logische Lösung, daß der Standort einer internationalen Konferenz oder Organisation an ein neutrales Land vergeben wurde, daß ein Bürger eines solchen Landes mit einer internationalen Spitzenfunktion betraut wurde und daß neutrale Diplomaten immer öfters als Ausformulierer von Verhandlungskompromissen zu Ehren kamen. Ich erwähne an dieser Stelle die Generalsekretäre des Europarates, die Österreicher Dr. Lujo Toncic Sorinj und Dr. Franz Karasek, den Generalsekretär der Vereinten Nationen Dr. Kurt Waldheim und den Generalsekretär der EFTA, Reich. Dabei konnten neutrale Diplomaten auch immer wieder eigene Ideen und Interessen einbringen. Seit sich freilich die europäischen Kraftlinien nicht mehr im Niemandsland zwischen Ost und West, sondern nur noch in den westlichen Metropolen treffen, ist es mit dieser Rendite aus.

Zum Vierten hat man sich zur Interpretation der Neutralität nach Jahren des Verschlampens an die Völkerrechtler gewandt. Und diese scheinen der Versuchung der Überinterpretation deshalb ein wenig erlegen zu sein, weil doch dadurch der Einfluß der Völkerrechtler als staatstragende Berater immer größer wurde.

Fünftens und wohl am wichtigsten ist aber der Zusammenhang mit dem damaligen Kräfteverhältnis in Europa. Österreich fühlte sich wirklich sehr stark im Kräftefeld der damals in Mitteleuropa militärisch dominierten Sowjetunion. Aber statt mit kleinen, mühsamen Schritten immer wieder zu versuchen, aus diesem bedrohlichen Schatten herauszukommen, wurde das Verbleiben noch als neutralitätspolitisch notwendig erklärt. Damit hat man sich zwar innerösterreichisch viele kritische Fragen erspart, der Bewegungsfreiheit des Landes aber keinen guten Dienst erwiesen.

Eine typische Stimme dabei, die auch noch im April 1989 solche Zusammenhänge herstellte, ist die des prominentesten österreichischen Völkerrechtlers, Univ. Prof. Dr. Karl Zemanek (Universität Wien). Er argumentiert gegen die von den Erläuternden Bemerkungen 1955 voll gedeckte Auffassung, der Neutrale sei in der Gestaltung der Neutralitätspolitik frei und entscheide allein über sie:

„Hier liegt eine zu starke Vereinfachung vor: So frei ist der Neutrale wieder nicht. Denn Neutralitätspolitik richtet sich ihrem Zweck nach an andere Staaten, und ob diese ein bestimmtes Verhalten als einem Neutralen als angemessen erachten, entscheiden – leider – sie. Es erscheint mir nicht wahrscheinlich, daß beispielsweise die Sowjetunion einem Staat, der das Afghanistan- und Polenembargo gegen sie mitgemacht hat, als neutral ansehen würde.“

Denkt man diese Argumentation konsequent durch, ist die Folgerung zwingend, daß die Sowjetunion jedes ihr mißliebige Verhalten Österreichs als „einem Neutralen unangemessen“ erklären kann. Das ist wohl eine schlimmere Einbuße an

Souveränität als die freiwillig erfolgende Übertragung von Kompetenzen an die EG. In der Gemeinschaft wird Österreich überdies ein größeres Mitspracherecht haben, als es seiner Größe entspricht. Die Verteilung der Stimmrechte in der EG bevorzugt nämlich alle Kleinstaaten.

Zwischen den Polen „Verzicht auf EG-Beitritt“ und „Verzicht auf die Neutralität“ ergibt die nüchterne Analyse eine durchaus praktikable Lösung. Die Neutralität muß dazu nur auf ihre historische Bedeutung zurückgeführt werden. Und vor allem muß man sich darüber im klaren sein, daß sie nur ein Mittel und nie ein letzter Zweck der Republik sein kann.

Dieser letzte Zweck liegt ja nicht in einem Völkerrechtsinstitut, sondern im kollektiven wie im individuellen Glück der Österreicher, in Gerechtigkeit und Frieden, in Wohlstand und Freiheit.

Der folgende Text des holländischen Liberalen drs. Florus A. Wijsenbeek MdEP, eines in weiten Kreisen geschätzten Experten der europäischen Verkehrs- und Rechtspolitik sowie eines ebenso erfrischend wie überzeugend agierenden Verfechters der Idee der europäischen Integration, stammt noch aus der Zeit vor dem Abschluß des innerdeutschen Staatsvertrages, des „Vier-plus-Zwei“-Abkommens sowie der Eingliederung der neuen deutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Freistaat Sachsen in das einheitliche Staatsgefüge der Bundesrepublik Deutschland, deren Mitgliedschaft in der EG sowie in der NATO dadurch in keiner Weise tangiert wird. Wijsenbeeks Text gibt dabei Argumente, Positionen und zuweilen auch Befürchtungen wieder, die mitten im geschichtlichen Vorgang, der zu diesen Ergebnissen führte, von unseren europäischen Freunden und Partnern vorgetragen wurden und die – über den augenblicklichen Kontext ihrer Entstehung hinaus – zu berücksichtigen keine künftige deutsche Politik wird versäumen dürfen.

LIBERTAS

Demokratie

von

drs. Florus A. Wijsenbeek MdEP

Gegen Ende des Jahres 1989 hat die Demokratie innerhalb weniger Wochen eine atemberaubende Entwicklung genommen. So entwickelte sich binnen kürzester Frist der demokratische Entscheidungsprozeß in den Ländern Mittel- und Osteuropas, mit Ausnahme des Umsturzes in Rumänien, sogar mit friedlichen Mitteln und unter Mitwirkung vormals diktatorischer Führer, wenn diese auch bisweilen nolens volens erfolgte.

Was macht eigentlich die Demokratie zu einem so unverzichtbaren Bestandteil des Zusammenlebens, daß die Menschen bereit sind, dafür zu sterben und der Waffengewalt zu trotzen? Mehr denn je muß uns dies ins Bewußtsein rufen, in welcher privilegierten Situation wir in den vergangenen vierzig Jahren gelebt haben und wie beschämend eigentlich die niedrige Mitgliederzahl unserer politischen Parteien oder die geringe Wahlbeteiligung in manchen demokratisch regierten Ländern zuweilen ist.

Wer könnte in diesen Tagen, im neuesten Heft dieser Zeitschrift, nicht über die Entwicklungen in Osteuropa schreiben und sprechen – wohl niemand, meint auch der Autor dieses Artikels.

Natürlich hat sich auch die Europäische Gemeinschaft eingehend mit den Entwicklungen im anderen Teil Europas befaßt. Der Europäische Rat von Straßburg wurde weitgehend von diesem Thema beherrscht, in unerhört raschem Tempo wurden Kooperationsvereinbarungen mit der Sowjetunion, mit Polen und mit Ungarn abgeschlossen. Wo dies nötig war, wurden Soforthilfe und Kredite zugesagt. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse besuchte die NATO und den (für außenpolitische Angelegenheiten zuständigen) Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments, was ein Novum darstellte. Er stellte dort verschiedene Fragen, die zuvor in der Plenarsitzung, auch aus Anlaß des Zehn-Punkte-Plans von Bundeskanzler Kohl zur deutsch-deutschen Zusammenarbeit, ebenfalls die Debatte beherrscht hatten: wie reagieren wir auf den immer häufiger und lauter zu vernehmenden Ruf nach deutscher Wiedervereinigung? Wie betrachten wir anderen europäischen Länder, die ihre Vergangenheit noch nicht vergessen haben, deutsche Politiker, die über ihr "einig Vaterland" sprechen, und was noch beunruhigender ist, darüber singen? Inwieweit kann die Gemeinschaft dem vertraglich festgelegten Bestreben, jedes europäische Land, das den Beitritt beantragt, ernsthaft als Bewerber zu betrachten, gerecht werden? Immerhin ist das noch eine relativ einfache Frage im Vergleich zu der früher und ausdrücklicher gestellten deutschen Frage. Sind wir für die Wiedervereinigung? Können wir darüber mitbestimmen?

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft erfolgte zweifellos auch mit dem Ziel, Deutschland einzubinden und die Gefahr eines erneuten Krieges mit diesem Land auszuschließen. In der Anfangszeit der europäischen Zusammenarbeit verhielt sich die Bundesrepublik Deutschland vorbildlich. Sie war zunächst froh, sich überhaupt beteiligen zu dürfen. In den Vertrag von Rom wurde ein Zusatzprotokoll aufgenommen, in dem ausdrücklich die deutsche Teilung und der Wille zur Wiedervereinigung anerkannt wurden, ohne daß jemand voraussah, daß damit noch für dieselbe Generation politische Konsequenzen verbunden sein würden. Die beiden deutschen Staaten waren jeder für sich so fest in zwei verschiedenen politischen Systemen verankert, was die Trennung so eindeutig und konsequent machte, daß das Lippenbekenntnis in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, in der das Streben nach der deutschen Einheit als Ziel genannt wurde, völlig ungefährlich erschien. Man dachte so etwa: "Laßt die Leute doch so denken, sie tun damit ja niemandem weh und verhalten sich ruhig".

In dem dem EWG-Vertrag beigelegten Protokoll wurde festgelegt, daß der Handel (auf den der EWG-Vertrag aufgrund des wirtschaftlichen Charakters anwendbar war) zwischen den beiden deutschen Staaten nicht als Handel zwischen der Gemeinschaft und einem Drittland angesehen wird. Damit erwuchsen der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Jahre erhebliche wirtschaftliche Vorteile, da sie ohne Entrichtung von Einfuhrzöllen verschiedene Halbfertigwaren zu einem günstigeren Tarif erwarb als die Konkurrenten in den anderen EG-Ländern.

Auch in verschiedenen Einzelregelungen der Gemeinschaft, so z.B. beim "Zahnarztbeschuß" von 1978, wurden spezielle Bestimmungen für die DDR berücksichtigt. Darin sah niemand ein Problem, da man doch keinerlei Folgen absehen konnte, nachdem das Land praktisch hermetisch von der Außenwelt abgeschnitten war.

Mit "Schmidt Schnauze" war es mit der vorbildlichen Haltung der Deutschen vorbei, und der inzwischen wirtschaftlich stärkste Mitgliedstaat der Gemeinschaft begann, Forderungen zu stellen. Die Deutschen wollten zwar Europäer, nicht jedoch "Euro-payer", d.h. die Zahlmeister Europas, sein. Daß andererseits der DDR für alle möglichen Vereinbarungen ohne Murren oder Forderungen erhebliche Beträge gezahlt wurden, stieß nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. Damit hätte dem sorgfältigen Beobachter bereits klar sein können, was für die Bundesrepublik Vorrang hatte, nämlich nicht die Gemeinschaft, sondern die Präambel des Grundgesetzes. Als ich während einer FDP-Sitzung darauf hinwies, wurde ich von dem neben mir sitzenden Genscher beinahe vom Podium geworfen.

Ist es nun für die Bundesdeutschen eine Frage des "Entweder-Oder" (im übertragenen Sinne) geworden: entweder EG und NATO oder Wiedervereinigung und Neutralität? Diese Frage wird sicherlich nicht so direkt gestellt werden, sie muß jedoch beantwortet werden, um so mehr, als sie von Schewardnadse in Brüssel aufgeworfen wurde.

Wenn wir dann feststellen, daß die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft insofern eines ihrer ursprünglichen Ziele erreicht haben, als nämlich die Bundesrepublik Deutschland ohne erheblichen Schaden für die eigene Wirtschaft und andere Volkswirtschaften die EG nicht mehr verlassen kann, dann muß die Fragestellung eigentlich noch anders lauten: eine weitergehende politische Integration in Europa oder ein neutraler und loser Zusammenschluß, in dem wie im Europarat verschiedene Angelegenheiten auf ad hoc-Basis geregelt werden, eine supranationale Autorität jedoch nicht mehr vorhanden ist und sicher auch nicht weiter gestärkt wird? Es wird sicherlich Politiker wie Frau Thatcher geben, die dies für einen verlockenden Vorschlag halten, da die nationale Souveränität dann nicht mehr in Gefahr ist. Wir jedoch sind damit natürlich nicht einverstanden; aus politischen wie aus wirtschaftlichen Überlegungen bleibe ich Verfechter einer stärkeren Integration. Dann halte ich es auch ohne weiteres für denkbar, daß die Frage einer weiteren Ausdehnung der Gemeinschaft mit der jüngsten Ablehnung der Türkei noch nicht vom Tisch ist, da viele Länder nicht von einem so starken wirtschaftlich und politisch integrierten Europa ausgeschlossen sein wollen. Es gibt eine ganze Reihe neuer Bewerberländer, die näher liegen und europäischer sind als die Türkei: Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen.

In dieser Aufzählung fehlt zunächst einmal die DDR, da ich nicht sicher bin, ob es sich angesichts der Protokolle in den EG-Verträgen in diesem Fall tatsächlich um einen formalen Beitritt handeln würde. Ich habe nun wirklich große Mühe mit dem Gedanken, daß die EG durch die deutsch-deutsche Zusammenarbeit innerhalb kurzer Zeit informell und ohne besonderen Vertrag und parlamentarische Zustimmung um die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erweitert wird, so wie auch Bayern, Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer Teil der Gemeinschaft sind. Danke, nein!

Dies sage ich nicht so sehr, weil ich politisch gesehen größere Bedenken gegen Herrn Modrow und seine Genossen hätte als gegen Achille Occhetto von der PCI, Jose Maria Aznar von der Partido Popular oder die dänische Anti-EG-Bewegung, sondern vielmehr, weil in diesem Land das gesamte System wirtschaftlich, gesellschaftlich, ökologisch, juristisch und politisch zu weit von uns entfernt ist, um sich ganz plötzlich an die übrige Gemeinschaft anpassen zu können.

Das beste, was wir vorläufig als EG tun können, so wie wir dies beispielsweise auch mit EFTA-Ländern wie Österreich, Norwegen und der Schweiz tun, ist der Abschluß verschiedener Vereinbarungen, mit denen wir die Politik in immer mehr Bereichen aufeinander abstimmen.

Den früheren russischen Satellitenstaaten müssen wir, allen voran die Bundesrepublik, sehr umfassend und wo immer wir dies tun können Wirtschaftshilfe und Kredite gewähren, Rumänien in erster Linie die am stärksten benötigte humanitäre Hilfe; daran können die Mitglieder des Europäischen Parlaments persönlich mitwirken.

Religionsgesetze außerhalb der Verfassung

von

D. Dr. Karl-Heinz van Kooten

Die Religionsfreiheit in vollem Umfang ist die Voraussetzung für Religionsgesetze innerhalb und außerhalb der Staatsverfassungen.* Die oekumenische Versammlung in Uppsala hat 1968, basierend auf historische Entwicklungen und angesichts des Zerfalls der Staaten in politische und ideologische Blöcke, sich noch einmal grundlegend zur Religionsfreiheit geäußert: "Die volle Anwendung der Religionsfreiheit auf Einzelne und Organisationen und das freie Recht für alle Menschen, gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, dem eigenen Gewissen zu folgen, ist von grundlegender Bedeutung für alle menschlichen Freiheiten."

Die Situation ist nach diesem Bekenntnis aus dem Bereich der Oekumene seit einigen Jahren insofern verändert, als auch die römisch-katholische Kirche durch ihre Erklärung zur Religionsfreiheit auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil im Jahre 1965 Stellung genommen hat: "Das Vatikanische Konzil erklärt, daß die menschliche Person das Recht auf Religionsfreiheit hat. Die Freiheit besteht darin, daß alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang, sowohl von Seiten einzelner wie von gesellschaftlichen Gruppen, wie von jeder menschlicher Gewalt, so daß in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich als einzelner oder in Verbindung mit anderen – innerhalb der gebührenden Grenzen – nach seinem Gewissen zu handeln." Weiter erklärt das Konzil, das Recht auf Religionsfreiheit sei in Wahrheit auf die Würde des Menschen, auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geoffenbarte Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird. Dieses Recht der menschlichen Person auf Religionsfreiheit muß in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, daß es zum verbindlichen staatsbürgerlichen Recht wird. Damit ist seitens der katholischen Kirche angesichts der veränderten Situation des Pluralismus von Religionen und Weltanschauungen und in Abkehr von früheren Standpunkten eine neue Position bezogen, in der weithin eine Übereinstimmung mit der Stellungnahme anderer Kirchen erreicht wurde.

* Der vorliegende Text geht auf einen Vortrag zurück, den der Verfasser im November 1989 in Miskolc/Ungarn im Rahmen eines Seminars der EURAG – Europäische Vereinigung für interregionale Zusammenarbeit gehalten hat. Die Bedeutung des Textes ergibt sich aus dem gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Diskussionsstand in den Ländern Ost- und Südosteuropas, wobei unter anderem um die Sicherung der Religionsfreiheit nicht nur durch Verfassungsbestimmungen, sondern auch durch spezielle Gesetze mit Anwendungscharakter gerungen wird.

Diese Verlautbarungen und Feststellungen haben einerseits innerkirchlich die Bedeutung, daß die Kirchen die Religionsfreiheit, wie vorher ausgeführt, in diesem Sinn erklären, sich auch damit gegenseitig in ihren Eigenarten anerkennen, andererseits aber auch für das Verhältnis von Kirche und Staat von Bedeutung sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 die verfassungsrechtliche Garantie der Religionsfreiheit in ihren individualrechtlichen und korporativen Bezügen unmittelbar in der in Artikel 1, Abs. 1 unantastbar erklärten "Würde des Menschen" festgeschrieben. Sie beherrscht als oberster Wert das gesamte Wertsystem der Grundrechte, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Die zentrale grundrechtliche Festschreibung und damit auch Gewährleistung der Religionsfreiheit findet sich in den Bestimmungen des Grundgesetzes in Artikel 4, Absätze 1 und 2 und hat die in der Weimarer Reichsverfassung vom 11. 8. 1919 in den Artikeln 136, Abs. 1-4 und den die Kirchenfreiheit betreffenden Bestimmungen des Artikels 137, Abs. 1-3 gemäß Artikel 140 Grundgesetz als Bestandteil der Verfassung aufgenommen.

Ebenso wie Artikel 8 der UN-Deklaration der Menschenrechte und Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleisteten Artikel 4, Abs. 1+2 des Grundgesetzes die Religionsfreiheit nicht nur als Bürgerrecht, sondern als Menschenrecht, das allen Personen, die sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhalten, zusteht.

Die vom Grundgesetz übernommenen und vorher zitierten Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung von 1919 gestehen den Religionsgesellschaften zu, daß sie ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze. Der Status als "Körperschaft öffentlichen Rechts", soweit er vorher schon zugebilligt war, blieb auch weiterhin erhalten. Auf Antrag konnte dieser Status als Körperschaft öffentlichen Rechts auch anderen, vornehmlich kleineren gewährt werden. Auf weitere diese Artikel ergänzende Regelungen wird auf die Länder im föderativen Staatsverband als zuständige Organe verwiesen. Hier ist dann der Raum gegeben für Religionsgesetze außerhalb der Verfassung.

Sie sind aber nur denkbar auf der Grundlage der Rechtsbestimmungen, die durch das Grundgesetz vorgegeben sind. Auf die mit den Ländern getroffenen Verträge mit den Kirchen soll etwas später noch einmal eingegangen werden. Der Status der Körperschaft öffentlichen Rechts bedarf, wie schon ausgeführt, der staatlichen Anerkennung. Er beruht auf dieser Anerkennung. Dieser Status ist ein öffentlicher. Die sich daraus ergebenden Folgerungen sind das eigene Besteuerungsrecht, staatliche Rechtshilfspflichten, die Ordnung und Verwaltung der eigenen Angelegenheiten, u. a. m. Solange die Kirchen sich als Volkskirchen verstehen, wird sich der Körperschaftsstatus aus der Sicht der Kirchen als angemessen darstellen. Ich meine aber, daß diese Statusfrage für administrative Belange und für die Zusammenarbeit oder auch Abgrenzung von Kirche und Staat von Bedeutung sein kann. Für die unverzichtbare Freiheit des öffentlichen Wirkens der Kirchen kommt es auf den Status "Körperschaft öffentlichen Rechts" oder

nicht wahrlich nicht an. Dies gilt umso weniger, da der Bereich der sachlichen Öffentlichkeit sich längst nicht mehr mit dem Bereich des staatlichen öffentlichen Rechts deckt.

Ausgehend von den Möglichkeiten in der Weimarer Reichsverfassung haben die Religionsgesellschaften nach 1919 ihre alten Verfassungen teilweise überarbeitet oder neu gefaßt und damit im evangelischen Bereich die Rolle des Königs als "summus episcopus" und den staatlichen Einfluß aufgehoben und neue Ordnungen für die Struktur und das Leben in ihren Kirchen verfaßt. Nach 1945 sind auch diese nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Kirchenverfassungen in einigen evangelischen Territorialkirchen oder Kirchen besonderen Zuschnitts entweder durch neue Verfassungen ersetzt oder die bestehenden geändert worden. Die neuen Kirchenverfassungen bauten die neuen Möglichkeiten der Weimarer Reichsverfassung in ihre rechtlichen Bestimmungen ein. Das wesentliche Merkmal im Bereich der evangelischen Kirchenorganisation lief auf die parochial-volkskirchliche Grundstruktur hinaus. In meiner reformierten Heimatkirche waren in der Kirchenverfassung von 1922 diese Grundstrukturen deutlich in der presbyterialen-synodalen Leitlinie erkennbar, wenn auch die Lösung von den alten Begriffen hinsichtlich des Kirchenregiments aus königlich-preussischer Zeit bis 1918 nicht einfach schien und noch etliche Jahrzehnte dauerte. Die Vielfalt der geltenden Regelungen und die nach 1945 einsetzende größere Offenheit für sachgemäße Veränderungen und Angleichungen spiegeln das Spannungsverhältnis zwischen den Aufgaben mehr seelsorgerlicher Art in den Kirchengemeinden auf der einen Seite und denen in den Aufgaben einer Landeskirche andererseits wieder.

Es gibt neben den großen Kirchen und zahlreichen kleineren Religionsgesellschaften, die den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts haben, eine Reihe von kleineren Religionsgesellschaften, deren Rechtsfähigkeit in der Bundesrepublik auf den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches basiert. Grundlage ist der Artikel 140 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Sie haben für die Teilnahme am Rechtsleben den Status von rechtsfähigen oder nicht rechtsfähigen Vereinen nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Auf den ersten Blick könnte der unkritische Betrachter gegenüber den Religionsgesellschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts diesen Status des Vereins als geringfügiger bewerten und mit weltlichen oder sozialen Vereinen, wie etwa Kegel-, Gesangs-, Kultur-, Kaninchenzucht-, Rassehund- und Traditionsvereine u. a. m. in eine Reihe stellen, die alle den gleichen Normen des Bürgerlichen Gesetzbuches unterliegen. Die Rechtsstellung dieser Religionsgesellschaften ist damit jedoch nur teilweise gekennzeichnet. Die über den Status des Bürgerlich-rechtlichen hinausgehende Bedeutung ist die, daß auch die Religionsgesellschaften an den verfassungsrechtlichen Grundbestimmungen teilhaben, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, wie schon vorher ausgeführt, festgeschrieben hat. So kann man sagen, daß diese Religionsgesellschaften trotz aller Unterschiede hinsichtlich ihrer Größe und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung in weiterem Sinne denselben verfassungsrechtlichen Status inne haben, wie die

großen Religionsgesellschaften. Auch sie sind in das Staatskirchenrecht einbezogen.

Auf eine etwaige Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat in Ungarn eingehend, würde ich persönlich generell für alle Religionsgesellschaften in der Republik Ungarn die besondere Bedeutung dadurch hervorheben, daß ein ähnlicher Status, der der Körperschaft des öffentlichen Rechts ähnlich ist oder gleichkommt, zugestanden wird. Dieses könnte geschehen durch eine Garantienorm in der Verfassung und etwa in einem Religionsgesetz ergänzend zur Verfassungsbestimmung ausgeführt, wobei der Bezug zwischen Verfassungsbestimmung und ausführendem Gesetz deutlich werden müßte. Wenn schon Gelegenheit ist, nach dem Auslaufen einer Geschichtsepoche, die von kurzer Dauer war, gerade das Verhältnis "Staat-Kirche" oder "Kirche und Staat" auf neuen Boden zu stellen, um damit die Weite, aber auch die Grenzen eines demokratischen Staates zu verdeutlichen, wird die Relevanz der Kirchen als eine der wichtigen Gruppen in der Gesellschaft deutlich. Das vorher Gesagte über Weite und Grenzen des Staates gilt also auch in gleicher Weise für die Religionsgesellschaften. Die Freiheit der Religionsausübung, wie sie in einigen sozialistischen Ländern festgeschrieben ist, verweist die Religionsgesellschaften allein auf kultische Handlungen und engt damit gewaltig ein. Der biblische Auftrag aber weist zumindest für die Kirchen über den Kirchenraum hinaus in die Welt und an die Welt. Wo dieses nicht respektiert wird, sind Konflikte, unter Umständen sehr tiefreichende Konflikte, zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften vorgegeben. Ohne auf einzelne Beispiele einzugehen darf ich wohl sagen, daß die meisten Staaten, die sich zum Herrn über die Religionsgesellschaften aufgeschwungen haben, am Ende mit ihrer doktrinären Ideologie und damit mit ihrer Einschnürungspolitik gegen die Religion auf der Strecke blieben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 fand die Formel vom "Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen" aufgrund der Erfahrungen des Kampfes der Kirchen gegen den Nationalsozialismus große Bedeutung. Es wurde bestimmend für das neue und nahe Verhältnis von Kirche und Staat. Seine staatsrechtliche Fixierung erfolgte erstmals in der Präambel des Kirchenvertrages des Landes Niedersachsen mit den evangelischen Kirchen im Lande Niedersachsen vom 19. 3. 1955. In diesem Vertrag heißt es: "In Übereinstimmung über den Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen und ihre Eigenständigkeit". Diese Formel vom Öffentlichkeitsauftrag hat dann auch Aufnahme gefunden in den Kirchenverträgen von Schleswig-Holstein (1957), Hessen (1960) und Rheinland-Pfalz (1962). Außerdem wurde dieser Terminus auch in den Briefen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (2. 7. 1970) an die evangelische und katholische Kirche anlässlich der Berliner Vereinbarungen der Kirchen mit dem Senat von Berlin offiziell in Anspruch genommen und anerkannt. Erstmals hat damit auch die römisch-katholische Kirche diese Formulierung offiziell für sich anerkannt.

"Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen" meint in der exakten Terminologie: Der Herr der Kirche und sein Evangelium erheben den Anspruch auf Öffentlichkeit. Die Kirche hat daraus einen Öffentlichkeitsauftrag. Um diesem Auftrag gerecht werden zu können, erheben die Kirchen einen Anspruch auf öffentliche Wirk-

samkeit im gesellschaftlichen Bereich. Sie suchen die Anerkennung dieses Anspruchs durch das staatliche Recht zu erlangen.

Mit der Anerkennung des Öffentlichkeitsanspruchs der Kirchen gibt das politische Gemeinwesen zu erkennen, daß es sich die öffentliche Verkündigung der Kirchen und die daraus resultierende Anrede an Gesellschaft und Staat und damit auch den sozialen Dienst der Kirchen gefallen läßt, diesen Ernst nimmt, dessen auch begehrt und ihn fördert.

Einige der zwischen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und den Kirchen abgeschlossenen Verträge habe ich angeführt. Sie stehen hinsichtlich ihrer Bedeutung für eine Vielzahl weiterer vertraglicher Abmachungen zwischen Kirchen und staatlichen Stellen, die ich nicht einzeln hier anführen kann.

Festzuhalten bleibt, daß die Artikel des Grundgesetzes mit der Übernahme der Artikel der Weimarer Reichsverfassung die Religionsgesellschaften betreffend die Grundlage gebildet haben für die normativen Verträge und Abmachungen auf den Ebenen unterhalb der Artikel des Grundgesetzes.

Die ungarische Situation fußt sicher auf anderen historischen Entwicklungen als die in der Bundesrepublik Deutschland. Die Struktur des ungarischen Staates weist sicher andere Verhältnisse aus als die staatliche Struktur der Bundesrepublik. Aber in der so bedeutsamen Epoche der Neugestaltung des Staates sollten die Regelungen zwischen den Religionsgesellschaften und dem ungarischen Staat auf eine neue Ebene gestellt werden mit den Möglichkeiten, daß auch auf Komitatebene zweiseitige Verträge ausgehandelt werden können, die auch in Ungarn den "Öffentlichkeitsanspruch" der Religionsgesellschaften anerkennen und fördern.

Literatur:

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 und Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. 4. 1951, Hrsg. Land Niedersachsen, Hannover 1961

Evangelisches Staatslexikon, 2. Aufl. Kreuzverlag, Stuttgart 1975

Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, I-II. Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1974

K. Schön: Kirche, Staat und Politik, in: Schön, Politische Denkformen. Essays, Libertas Verlag, Sindelfingen 1986, S. 98-132

Rechtssammlung der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland, Loseblattausgabe, Bd. I, 1/2, S. 1-47

Recht nach Gottes Wort. Menschenrechte und Grundrechte in Gesellschaft und Kirche, Hrsg. Synode der Evangelisch-reformierten Kirchen in Nordwestdeutschland, Neukirchner Verlag, Neukirchen 1989

"Wir guten Europäer" —

Europa und Europäertum in Nietzsches Kulturethik*

von

Prof. Dr. Josef Nolte

Nietzsche ist in jeder Hinsicht ein europäischer Fall. Sowohl in den analytischen und diagnostischen Kräften, die er freigesetzt hat, als auch in der Wirkung der zerstörerischen Mißverständnisse, die sich an seinen Namen heften, ist sein Einfluß keineswegs nur auf die neuere deutsche Geistesgeschichte beschränkt. Eher kann gesagt werden, daß es so etwas wie eine deutsche Haftung für Nietzsches weitreichende Wirkung gibt und daß diese Haftung immer wieder in einer sorgfältigen Interpretation seines Werkes gesichert werden muß. Bei dieser Aufgabe haben wir, das mag vorangestellt sein, in letzter Zeit erfreuliche Hilfe aus den europäischen Nachbarländern erfahren. Namentlich die inzwischen maßgebliche Edition von Nietzsches Werken durch die beiden Italiener Giorgio Colli und Mazzino Montinari hat die Nietzsche-Forschung bedeutend vorangebracht.

Wer des weiteren den plausiblen Rat von Mazzino Montinari befolgt und sich aufs "Nietzsche Lesen" verlegt, gerät zum eigenen Erstaunen rasch in Wortfelder und Zusammenhänge, die der vorausgegangenen Nietzsche-Forschung zumindest entgangen zu sein scheinen. Dazu gehört ganz zweifellos Nietzsches weitgefächertes Reden über Europa, europäisch, Europäer und Europäertum, das bisher kaum zur Kenntnis genommen wurde und auch in dem hier vorgestellten Versuch keinesfalls im vollen Sachumfang aufgearbeitet werden kann. So kann z.B. im folgenden nicht auf die zum Thema Europa gehörenden Komplementärfragen — etwa seinem Bild von den Deutschen, seine Reichs-Kritik — und auch nicht auf seine über das Gesamtwerk hin verstreuten völkerpsychologischen und universalhistorischen Einsichten eingegangen werden.

Ferner kann an dieser Stelle nicht im einzelnen auf die Quellen von Nietzsches Europa-Ansichten geachtet werden, obwohl auch hier gilt, daß er ein gewaltiges Rohmaterial von historischen, politischen, soziologischen, ethnologischen, ökonomischen und sogar diplomatischen Informationen angehäuft und verarbeitet hat, was schon auf den ersten Blick in seinen nachgelassenen Fragmenten und den daraus rekonstruierbaren persönlichen Lese-Programmen ersichtlich ist.

Nicht berücksichtigt werden kann zudem der für unseren Zusammenhang eigentlich unverzichtbare Komplex der politischen und politologischen Rezeption von

* Leicht geänderter Text eines Vortrags, den der Autor am 29. 9. 1984 auf dem Internationalen Nietzsche-Kolloquium in Sils Maria (Schweiz) gehalten hat. Die Zitate folgen der kritischen Gesamtausgabe — Friedrich Nietzsche: Sämtliche Werke, Band 1-15. Hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Berlin 1980ff, hier abgekürzt als SW, wobei die anschließenden Zahlen den betreffenden Band sowie die jeweilige Seite bezeichnen. Eine wichtige Hilfe zur philologischen und philosophischen Arbeit stellt überdies die Schrift von M. Montinari "Nietzsche lesen" (Berlin-New York 1984) dar.

Nietzsches Denken. Immerhin muß wenigstens angemerkt werden, daß mit A. Bäumlers Buch über "Nietzsche — der Philosoph und Politiker" (München 1931) eine immer noch herausfordernde, aber abwegige Deutung von Nietzsches Gesamtabsicht vorgelegt wurde. Nicht übergangen werden darf jedoch auch die deutlich gegen Bäumler gerichtete Nietzsche-Anthologie "Kritik und Zukunft der Kultur. Aus Friedrich Nietzsches Werken für die Gegenwart ausgewählt", die J. P. Mayer 1935 in der "Europäischen Reihe" des Rascher Verlags (Leipzig, Zürich und Wien) herausgebracht hat. Im Vorwort dieser Anthologie wird angemerkt: "Es ist vielleicht nötig, die gesamteuropäische, die Völker und Nationen gleichsam transzendierende Sicht Nietzsches...herauszuarbeiten".**

1

Das Vorausgeschickte führt bereits zur Sache selbst und läßt das Gewicht des hier in Angriff genommenen Themas erkennen. Nietzsche selbst spricht auf Schritt und Tritt davon — vor allem in den achtziger Jahren und mit zunehmender Dringlichkeit noch im letzten Jahr sowie in den letzten Monaten seiner Wirksamkeit von Oktober bis Dezember 1888. So heißt es in einem Brief an Georg Brandes vom 2. Dezember 1887 aus Nizza: "Verehrter Herr, ein paar Leser, die man bei sich selbst in Ehren hält und sonst keine Leser — so gehört es in der That zu meinen Wünschen... Es macht mir aufrichtige Freude, daß ein solcher guter Europäer und Cultur-Missionär, wie Sie es sind, fürderhin unter sie gehören will." Und an Rug-

** Wirklich aufschlußreiche, die Wahrheitskriterien wissenschaftlicher Theoriebildung vernünftig erfüllende und formal einwandfreie Untersuchungen zu Nietzsches Gesamtwerk sowie zu einzelnen Aspekten desselben sind nach wie vor ebenso eine Seltenheit wie vernünftige Wertungen und Ortungen lediglich der Intentionen Nietzsches. Von den älteren Analysen, Interpretationen und Einschätzungen dieser Art seien hier nur folgende angeführt: E. Bertram: Nietzsche. Versuch einer Mythologie, Berlin 1918; A. Messer: Erläuterungen zu Nietzsches Zarathustra, Stuttgart 1922; F. Brentano: Nietzsche als Nachahmer Jesu, in: A. Kastil (Hrsg.): Die Lehre Jesu und ihre bleibende Bedeutung, Leipzig 1922; A. Vetter: Nietzsche, München 1926; M. Scheler: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik, Halle 1913/16; ders.: Das Ressentiment im Aufbau der Moralen, Bern 1955; N. Hartmann: Ethik, Berlin 1926; O. Becker: Nietzsches Beweise für seine Lehre von der ewigen Wiederkunft, in: Blätter f. deutsche Philosophie, Bd. 9 (1936), Heft 4 (siehe dazu noch die mit den kosmologischen Ergebnissen Einsteins, Friedmans, Gödels, Reichenbachs und Hawkings vielfach korrespondierenden Argumente in: K. Hübner: Kritik der wissenschaftlichen Vernunft, Freiburg-München 1978); H. Freyer: Friedrich Nietzsche 1844-1900, in: W. Andreas-W. Scholz (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Neue deutsche Biographie, Bd. IV., Berlin 1936; A. Gehlen: Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied-Berlin 1963 (zum Vergleich der Lehre Nietzsches mit Paretos Soziologie); K. Mannheim: Wissenssoziologie, Neuwied-Berlin 1964; J. Maritain: Humanisme integral, Paris 1936; H. Heimsoeth: Macht und Geist in Nietzsches Geschichtsphilosophie, Köln 1938; ders.: Nietzsches Idee der Geschichte, Tübingen 1938; ders.: Metaphysische Voraussetzungen und Antriebe in Nietzsches "Immoralismus", Berlin 1955; K. Löwith: Von Hegel zu Nietzsche. Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts. Marx und Kierkegaard (1941), 5. Aufl., Stuttgart 1964 (Neuausgabe: Löwith, Sämtliche Schriften, Bd. 4, Stuttgart 1981ff); ders.: Sämtliche Schriften, Bd. 6. Nietzsche, Stuttgart 1981ff (enthält u. a. "Nietzsches Philosophie der ewigen Wiederkehr des Gleichen" (1935), "Kierkegaard und Nietzsche" (1933), "Nietzsche, der Philosoph unserer Zeit" (1936), "Friedrich Nietzsche" (1944), "Nietzsches Doctrine of Eternal Reason" (1945), "Nietzsche" (1956), "Nietzsche nach sechzig Jahren" (1960), "Nietzsches "Vorspiel einer Philosophie der Zukunft" (1959), "Nietzsches antichristliche Bergpredigt" (1962)); G. Benn: Nach dem Nihilismus. Vorrede zu einem Buch (1931), in: Benn, Provokiertes Leben, Berlin 1955; K. Jaspers: Nietzsche und das Christentum (1938), 2. Aufl., München 1952; O. F.

gero Bonghi schreibt Nietzsche Ende 1888 aus Turin nach Rom: "Ich würde einen außerordentlichen Werth darauf legen, von Ihnen den Italienern vorgestellt zu werden. Ich habe jetzt meine Leser überall, lauter ausgesuchte Intelligenzen – Msr. Taine gehört zu ihnen, bewährte, in hohen Stellen und Pflichten erprobte Charaktere – in Wien, in St. Petersburg, in Stockholm, in Paris, in New York – ich habe sie nicht in Deutschland: kein Wunder, daß keiner mich auch in Italien hört! – Wie kann ein Volk von ernsthaften Menschen, das erste Volk Europas, sich mit dieser Heerden-Rasse par excellence einlassen?"

Seine fundamentalpolitische Polemik gegen das neudeutsche Hohenzollern-Reich und die neuen Deutschen darin, die er als "Heerden-Rasse" bezeichnet – wird zur prinzipiellen Kritik des europäischen Nationalismus, wenn er (ebenfalls an Bonghi) Ende 1888 Sätze herausschleudert wie diese: "Diese Aufreizung zur Selbstsucht der Völker wird als große Politik, als Pflicht beinahe in Europa empfunden und gelehrt!... Damit muß man ein Ende machen – und ich bin stark genug dazu."

An Georg Brandes gewendet, schreibt Nietzsche Anfang Dezember 1888 in einem Briefentwurf: "Siegen wir, so haben wir die Erdregierung in den Händen – den Weltfrieden eingerechnet... Wir haben die absurden Grenzen der Rasse, Nation und Stände überwunden: es giebt nur noch Rangordnung zwischen Mensch und Mensch und zwar eine ungeheuer lange Leiter von Rangordnung."

Im Kontext dieser, nur auf den ersten Blick überspannt erscheinenden Äußerungen Nietzsches wird auch sein Brief an Franz Overbeck vom 18. Oktober 1888

Bollnow: Maß und Vermessenheit des Menschen, Göttingen 1962; E. Fink: Nietzsches Philosophie, Freiburg 1973; B. Welte: Nietzsches Atheismus und das Christentum, Freiburg-München 1958; A. Camus: Le Mythe de Sisyphe, Paris 1942; Th. Mann: Nietzsches Philosophie im Lichte unserer Erfahrung, in: Neue Studien, Frankfurt a. M. 1948; E. Heller: The Desinherited Mind, Cambridge 1952 (zu Nietzsches Verhältnis zu Goethe, Rilke und J. Burckhardt); W. Kaufmann: Nietzsche. Philosoph - Psychologist - Antichrist, Princeton 1956; G. Deleuze: Nietzsche et la philosophie, Paris 1962; J. Wahl: Le Probleme du temps chez Nietzsche, in: Revue de metaphysique et de morale, No. 4, 1961; ders.: Nietzsche et la pensee contemporaine, in: Bulletin de la Societe Francaise d'Etudes Nietzscheennes, No. 2, Nouvelle Serie, Mars 1963; A. C. Danto: Nietzsche as Philosopher, New York 1965; E. Biser: 'Gott ist tot' – Nietzsches Destruktion des christlichen Bewußtseins, München 1962; ders.: Nietzsche und Dante. Ein werkbiographischer Strukturvergleich, in: Nietzsche-Studien, V. Berlin 1976; ders.: Das Desiderat einer Nietzsche-Hermeneutik, in: Nietzsche-Studien, IX. Berlin 1980; ders.: Nietzsches Kritik des christlichen Gottesbegriffs und ihre theologischen Konsequenzen, in: Philosophisches Jahrbuch, 78 (1971); ders.: Der kritische Nachahmer Jesu. Ein Beitrag zur Nietzsche-Deutung, in: G. K. Kaltenbrunner (Hrsg.): Antichristliche Konservative. Religionskritik von rechts, Freiburg-Basel-Wien 1982; W. Müller-Lauter: Nietzsche. Seine Philosophie der Gegensätze und die Gegensätze seiner Philosophie, Berlin 1971; H. Steffen (Hrsg.): Nietzsche. Werk und Wirkungen, Göttingen 1974. Zu den neueren Arbeiten, die den Verdacht aufkommen lassen, daß sie diese Liste fortsetzen, gehören – neben Montinaris bereits angeführtem Buch – zweifellos: K. Hübner: Die Wahrheit des Mythos, München 1985 (zu Nietzsches Lehre vom Ursprung der Tragödie); B. Donnellan: Nietzsche and the French Moralists, London 1982; G. Colli: Distanz und Pathos. Einleitungen zu Nietzsches Werken, Berlin-New York 1982; G. Abel: Nietzsche. Die Dynamik der Willen zur Macht und die ewige Wiederkehr, Berlin-New York 1984; M. Djuric: Nietzsche und die Metaphysik, Berlin-New York 1985; J. Derrida: Esperons. Les Styles de Nietzsche, Paris 1986. Zum Stellenwert Europas in Nietzsches Lehre empfiehlt sich lediglich K. Schön: Nietzsche, les Allemands et l'Europe, in: Bulletin de la Societe Francaise d'Etudes Nietzscheennes, No. 2, Nouvelle Serie, Mars 1963, wiederabgedruckt in: K. Schön: Politische Denkformen. Essays, Sindelfingen 1986. Dagegen wirkt M. Heidegger: Friedrich Nietzsche, 1-2., Pfullingen 1961 – da Nietzsche (Kant oder Hegel ähnlich) für Heideggers Deutungsver-such im Wesentlichen unzugänglich blieb und Heideggers Lehre selbst von Nietzsche aufge-

und die darin ausgesprochene Deutschen-Kritik begreiflich, wo es heißt: "Diese unverantwortliche Rasse, die alle großen malheurs der Cultur auf dem Gewissen hat und in allen entscheidenden Momenten der Geschichte etwas 'Anderes' im Kopfe hatte (die Reformation zur Zeit der Renaissance; Kantische Philosophie als eben eine wissenschaftliche Denkweise in England und Frankreich mit Mühe erreicht war; 'Freiheitskriege' beim Erscheinen Napoleons, des einzigen, der bisher stark genug war, aus Europa eine politische und wirtschaftliche Einheit zu bilden), hat heute das 'Reich', diese Recrudescenz der Kleinstaaterei und des Cultur-Atomismus, im Kopfe, in einem Augenblicke, wo die große Werthfrage zum ersten Mal gestellt wird."

Diese Welle seiner zunehmend heftiger werdenden Deutschland-Kritik erreicht – in der Gestalt eines überschwenglichen Italien-Lobes – gerade im Jahr 1888 auch noch seinen Naumburger Familienkreis. Einen Reflex darauf stellt der Antwortbrief der Mutter vom 30. Dezember 1888 dar, der mit den hellsichtigen Sätzen endet: "Aber nicht wahr, Maaß und Ziel halten mit dem 'produktiv sein', damit kein Rückschlag für Deine Gesundheit daraus entsteht!... das arme Deutschland, das Heimathland, scheint keine Gnade mehr zu finden!..."

Schon diese wenigen Stellen können das starke Interesse Nietzsches an dem Gesamtkomplex Europa und Europäertum belegen und sind geeignet, seinem politischen Denken und der eng damit verbundenen Kulturethik auf die Spur zu kommen.

Dies kann vielleicht am besten so geschehen, daß zunächst nach der Rolle gefragt wird, welche die über das gesamte Werk hin verstreuten Aussagen Nietzsches zum Wortfeld Europa und Europäertum für seinen Sprachgebrauch und sein Denken haben. Allerdings ist in der Themenstellung schon gesagt, daß die europabezogenen Aussagen Nietzsches Elemente seiner Kulturethik enthalten, wobei das Recht, zu dem Neologismus "Kulturethik" und vor allem das weitergehende Recht, mit diesem Wort ein Gesamtanliegen Nietzsches zu charakterisieren, noch eigens zu erbringen ist. Es wird bei so viel Kühnheit dann zuletzt nicht verwundern, wenn einige Bemerkungen zur Frage einer Kulturkritik nach Nietzsche – post et secundum – riskiert werden.

deckten Symptomen unterliegt – zwar als überaus wichtig, jedoch weniger für Nietzsches als für Heideggers Verständnis. Ähnlich mißglückte der einzige, einigermaßen intelligent unternommene Versuch vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus aus, Nietzsche als bloßen, einem "Irrationalismus" verfallenen "Ideologen des deutschen Imperialismus" zu "entlarven" in: G. Lukacs: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin 1954; ders.: Der deutsche Faschismus und Nietzsche (1943), in: Lukacs, Schicksalswende, Berlin 1956. Manche Strömungen des Neomarxismus, nicht zuletzt die "kritische Theorie" der Frankfurter Schule verdankten der Fernwirkung Nietzsches allerdings Beträchtliches, wie ein tiefe Einsichten in Nietzsches Lehre komprimierender Kurzes davon zeugen. Siehe dazu E. Bloch: Der Impuls Nietzsches (1913), in: Bloch, Durch die Wüste, Berlin 1923; H. Marcuse: Über den affirmativen Charakter der Kultur (1937), in: Marcuse, Kultur und Gesellschaft, 1. Frankfurt a. M. 1965; T. W. Adorno: Aus Sils Maria (1966), in: Adorno, Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt a. M. 1967.

Was den Gesamtkomplex Europa und Europäertum angeht, so ist es – nicht nur aus darstellungstechnischen Gründen – nützlich, zunächst einen Überblick über den Sprachgebrauch Nietzsches, das heißt über seine Verwendung des Wortfeldes Europa, europäisch, Europäer, Europäertum, übereuropäisch usw. zu geben, bevor in einem mehr systematischen Durchgang gleichsam der "Sitz im Leben" Nietzsches für diesen Sprachgebrauch herausgeschält wird.

Ein Überblick über den Sprachgebrauch Nietzsches setzt am besten bei einigen formalen und strukturellen Beobachtungen an, um dann die inhaltlichen Dimensionen dieses Sprachgebrauchs aufzuzeigen.

Im Gesamtregister der kritischen Studienausgabe, das Jörg Salaquarda verfertigt hat, ist das Wortfeld Europa, europäisch, usw. in seiner Gesamtheit für die Werke und die nachgelassenen Fragmente zuversichtlich zusammengestellt. Dort ist mindestens vierhundert Mal das Wort Europa, zweihundertachtzig Mal das Wort Europäer und dreihundertzwanzig Mal das Wort europäisch in Werken, Briefen und Fragmenten registriert.

Zu dieser auffälligen Häufigkeit tritt noch die formale Beobachtung, daß Nietzsche insbesondere das Wort "Europäer" mit starker Emphase und Intensität benutzt, was bereits auf ein systematisches Gewicht dieses Sprachgebrauchs vorverweist. So heißt es in "Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben": "Überstolzer Europäer des neunzehnten Jahrhunderts, du rasest! Dein Wissen vollendet nicht die Natur, sondern tötet nur Deine eigene" (SW 1,313). In "Menschliches, Allzumenschliches" meldet sich dann bereits die im ganzen Werk wiederkehrende Formel vom "Guten Europäer" an. Es heißt dort: "So soll man sich nur ungescheut als guten Europäer ausgeben und durch die That an der Verschmelzung der Nationen arbeiten, wobei die Deutschen durch ihre alte bewährte Eigenschaft, Dolmetscher und Vermittler der Völker zu sein, mitzuhelfen vermögen" (SW 2,309). In der zweiten Vorrede zu "Menschliches, Allzumenschliches" heißt es geradezu in Fanfarentönen: "Ihr Siegreichen, ihr Zeit-Überwinder, ihr Gesundesten, ihr Stärksten, ihr guten Europäer!", wobei er selbst seine Pathos-Formel vom guten Europäer unterstrichen hat. Im Zarathustra findet sich die Stelle: "Und da stehe ich als Europäer. Ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen." (SW 16,363), was für den sich lebenslänglich als Lutheraner verstehenden Nietzsche wirklich sehr hochgegriffen ist. So verwundert es nicht, wenn im Nachlaß Titel-Entwürfe zu Schriften überliefert sind wie: "Die guten Europäer. Vorschläge zur Züchtung eines neuen Adels von Friedrich Nietzsche" (SW 11,234) oder "Der Spiegel. Eine Gelegenheit zur Selbstbespiegelung für Europäer. Von Friedrich Nietzsche" (SW 11,476).

Strukturell ist noch anzumerken, daß der Sprachgebrauch Nietzsches für politisch-geographische Begriffe wie Europa, europäisch und Europäer zunehmend großflächiger und panoramischer, in gewisser Weise auch pauschaler und floskelhafter wird. Dabei kann er auf eine typologisierende und multiperspektivische Verwendung des Europa-Begriffs bei Schopenhauer und Jacob Burckhardt, aber

auch bei Tocqueville, Taine, und Gobineau zurückgreifen, die ihrerseits wiederum dem Sprachgebrauch Voltaires und Herders verpflichtet sind. Bei den genannten Autoren impliziert die Bezeichnung Europa jeweils moralische, historische, politische und kulturelle Sinnbezüge.

Was die inhaltliche Dimension des Wortfeldes Europa angeht, so ist aufs ganze bei Nietzsche eine große Bedeutungsfülle zu konstatieren, die jedoch dadurch differenziert ist, daß Nietzsche diese Begriffe teils in herkömmlicher Weise, teils jedoch in sehr eigenwilliger Zurechtlegung benützt.

Dabei lohnt es sich durchaus auch einen Blick auf seine mehr traditionelle Verwendung des Wortfeldes Europa zu werfen, weil darin die permanente Vitalität seines Interesses für die fundamentalpolitischen Fragen seiner Epoche zum Ausdruck kommt. So reflektiert und transzendiert er ganz ausdrücklich den rein geographischen und historisch-politischen Begriff von Europa, wenn er in "Menschliches, Allzumenschliches" (und dort in dem Buch: Der Wanderer und sein Schatten) vermerkt: "Hier, wo 'modern' und 'europäisch' fast gleichgesetzt sind wird unter Europa viel mehr als eine Landstrecke verstanden, die das geographische, die kleine Halbinsel Asiens umfaßt. Namentlich gehört Amerika hinzu, soweit es eben eine Tochter unserer Cultur ist. Andererseits fällt nicht einmal ganz Europa unter den Cultur-Begriff Europa, sondern nur alle Völker und Völkertheile, welche in Griechen-, Römer-, Juden- und Christentum ihre gemeinsame Vergangenheit haben" (SW 2,684).

Ist Nietzsche bereits mit der Akzentuierung eines eher kultur-physiognomisch bestimmten Europabegriffs bereits ein gutes Stück weit bei der Zubereitung seines eigenen Wortgebrauchs angekommen, so muß doch hinzugefügt werden, daß er namentlich bei der Verwendung der Kontinent- und Raumbezeichnung Europa einen kulturpolitischen und geistespolitischen Sinn bevorzugt, der überdies zumeist kulturkritisch angesetzt ist, ja seine Kulturkritik sowohl in ihrer allgemeinen Richtung als auch in ihrer das Deutsche Reich betreffenden Zuspitzung trägt.

In seiner Schrift "Fröhliche Wissenschaft" spricht er denn auch vom "Schatten über Europa" (SW 3,547), weist aber gleichzeitig hin auf Napoleon, "der das eine Europa wollte, wie man weiß und dies als Herrin der Erde" (SW 3,609). Der "Schatten" besteht, wie der Kontext ausweist, darin, daß Europa – namentlich im Norden – in die Phase einer "Vergutmüthigung", d.h. einer Dekadenz eingetreten ist, welche die europäische Aufgabe, "Herrin der Erde" zu sein oder zu werden, in der Gegenwart verunmöglicht. Seine komplementäre Forderung geht darum auf die "Vermännlichung" Europas (SW 3,604).

Der Europa-Begriff gehört vor allem seit der mittleren Werkphase Nietzsches zum festen Instrumentarium seiner Kulturkritik. Seine äußerste Schärfe allerdings erlangt der Begriff erst in der zunehmend offener, aber auch pauschaler werdenden Deutschland- bzw. Deutschen-Kritik. Die beiden immer wieder zitierten Aussagen über die Deutschen in "Ecce homo" – und dann nochmals in "Antichrist" sowie in den Briefen des Jahres 1888 – lauten: "Die Deutschen haben Europa um die letzte große Kulturerte gebracht, die es für Europa heimgab, – um die der Renaissance" (SW 6,250). Und der andere Hauptvor-

wurf: "Die Deutschen haben endlich, als auf der Brücke zwischen zwei Jahrhunderten eine force majeure von Genie und Wille sichtbar wurde, stark genug, aus Europa eine Einheit, eine politische und wirtschaftliche Einheit zum Zwecke der Erdregierung zu schaffen, mit ihren 'Freiheitskriegen' Europa um den Sinn – um das Wunder von Sinn in der Existenz Napoleons gebracht" (SW 6,361).

Zum Instrument seiner Kulturkritik wird der Sache nach dann vor allem die Nihilismusthese, wobei Nietzsche die damit zutage geförderte und zur Rede gestellte Grunddimension des Nihilismus durchgängig und regelmäßig mit dem Adjektiv "europäisch" versieht und immer wieder betont, daß dieser "europäische Nihilismus" Folge der "europäischen Moralistik" ist (SW 12,123).

Bereits dieser knappe Abriß über Nietzsches Sprachgebrauch läßt jedoch deutlich werden, was ohnehin zu vermuten stand: daß nämlich der anscheinend so unterschiedenen Rede Nietzsches über "Europa", "europäischen Nihilismus" und den "guten Europäer" durchaus eine systematische Konsequenz innewohnt, die sowohl formal als auch ihrem Ideengehalt nach beschreibbar ist und letztlich im existentiellen Erfahrungsbereich sowie im Bereich der politischen Wünschbarkeiten Nietzsches gründet.

In formaler Hinsicht kann gesagt werden, daß der "Culturbegriff Europa" das Kampffeld und die Bühne ist, auf welchem sich die Praxis des "europäischen Nihilismus" abspielt. Diese Praxis, die es nach Nietzsche zu bejahen gilt, verlangt ein Ja zum Leben und dieses Ja ist nur durch den neuen Menschen, den Übermenschen, eben den "guten Europäer" zu erbringen, der als großes Exemplar wie Napoleon oder Goethe bzw. in den "europäischen Büchern" – etwa der französischen Moralschriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts – gleichsam als Brückenkopf noch in Erinnerung ist; der aber auch als Atavismus und Vorgriff – nicht zuletzt in Nietzsche selbst – begegnet oder in dessen Konfigurationen Zarathustra, Prinz Vogelfrei bzw. im Narren Yorick auftritt.

Nietzsche hat dieser Deutung selber Ausdruck verliehen, wenn er in den nachgelassenen Fragmenten aus dem Jahre 1888 über die von ihm in den "Zarathustra" hineinkomponierte Begriffsfigur "Der gute Europäer" in der folgenden Weise spricht: "Als er ihn nämlich ansah, schrak Zarathustra sein Herz zusammen: so zum Verwechseln ihm selber ähnlich sah sein Nachfolger aus; in der Tracht und dem Bart nicht allein, sondern in der ganzen Art. Wer bist Du? fragte Zarathustra heftig. Oder bin ich's selber? Was treibst Du mit mir, du Possenreißer? Oder wie nenne ich Dich? Vergib mir, oh Zarathustra, diese Mummerei, antwortet der Doppelgänger und Schatten, und willst Du einen Namen für mich, so nenne mich den guten Europäer... Willst Du mich endlich den 'ewigen Juden' heißen, so zürne ich nicht: Ihm gleich bin ich immer unterwegs – nur daß ich weder Jude noch auch ewig bin."

Damit ist gesagt, daß "Der gute Europäer" eine für Nietzsches Denken zentrale Gestalt ist und daß diese Gestalt den transitorischen und transzendentalen Bedürfnissen seines Denkens angepaßt wird, indem er als Tentativ – als Anreiz – Vergangenheit und Zukunft überwölbt, als Typus den Gegensatz von Individualität und Gesellschaft ausgleicht und letztlich als eine Art Zentralperspektive oder Fluchtpunkt das gleitende Denken Nietzsches vor Resignation bewahrt.

Kein Wunder, daß er sich bis in die letzten Tage und Briefe des Jahres 1888 fast

autosuggestiv an diese seine Begriffsgestalt vom "Guten Europäer" hält und auch inhaltlich hängt seine Vorstellung vom "Guten Europäer" stets an den Hauptworten und Hauptsachen seiner Lehre; sei es, daß der "Gute Europäer" als "freier Geist", als "zukünftiger Mensch" Gegenstand der Zucht- und Züchtungsüberlegungen ist; sei es, daß Europa – namentlich in kultureller Hinsicht – zur "Erdregierung" tauglich gemacht werden soll; oder sei es, daß es nur der Schauplatz und Austragungsort jenes epochalen Durchgangsdramas ist, das Nietzsche als "Europäischen Nihilismus" bezeichnet. Stets jedoch sind diese Hauptsachen und Hauptstücke seiner Lehre mit der Signatur europäisch, Europa, Europäer usw. versehen. Nur ist anzumerken, daß Nietzsche – so wenig er auch den Vorrang und Anspruch Europas auf die "Erdregierung" aufgibt – durchaus den drohenden Rangverlust unseres Kontinents sieht und voraussieht.

Beeinflußt von Tocqueville, Taine und nicht zuletzt von Jacob Burckhardt sieht er die großen Landkonglomerate Amerika und Rußland als Weltpotenzen heraufkommen und folgert aus der Bedrohlichkeit Rußlands geradezu, "daß Europa sich gleichermaßen entschließen müßte, bedrohlich zu werden, nämlich einen Willen zu bekommen durch das Mittel einer über Europa herrschenden Kaste, einen langen furchtbaren Willen, der sich über Jahrtausende ein Ziel setzen könnte" (in: Jenseits von gut und böse, SW 5,139). An anderer Stelle kann es aber auch heißen: "Wir brauchen ein unbedingtes Zusammengehen mit Rußland. Keine amerikanische Zukunft!" Und noch genauer sagt er in diesem Zusammenhang: "Ich denke, wir wollen uns weder in christliche noch amerikanische Perspektiven einengen." Und er variiert diesen Gedanken an der gleichen Stelle: "Eine europäische Politik ist unhaltbar geworden und die Einengung gar in christliche Perspektiven ein Malheur" (SW 11,239).

Seine "Große Politik" denkt er deshalb über-europäisch, wie an anderer Stelle große Musik für ihn "über-europäische Musik" ist. Für den "Guten Europäer" fordert er deshalb konsequent: "Schritt für Schritt umfänglicher werden, über-nationaler, europäischer, übereuropäischer, morgenländischer, endlich griechischer." Und er fügt hinzu: "Wer unter solchen Imperativen lebt, wer weiß, was dem eines Tages begegnen kann, vielleicht eben – ein neuer Tag" (SW 11,682). Klar ist ihm auch, daß jeder rassische oder politische Eurozentrismus verfehlt wäre und der transitorischen Struktur des Geschichtsablaufs widerspräche. Er wendet sich deshalb "gegen den Irrtum, als ob unsere Zeit den höchsten Typus Mensch darstelle" (SW 12,223). Stattdessen gilt es seinen Worten zufolge eine "Welt-Perspektive" einzüben. In solcher Weltperspektive spottet er über jene, die das Gefühl nicht loswerden, "den Gang der Cultur" spiele sich in Europa ab und wir Europäer seien selber "eine Art abgekürzter Weltprozeß" (SW 13,111). Und ein spätes Fragment zu Zarathustra lautet: "Ob du gleich ein Weiser bist, der aus dem Morgenlande kommt: halten wir dich doch für den besten Europäer, denn du lachst über unsere Völker und Völkerdienerei" (SW 14,331).

Aus diesen weitgespannten Gedankenzügen vom "Guten Europäer" und "Großer Politik" ist es dann auch zu begreifen, wenn er in realistischer Einschätzung der europäischen Machtmöglichkeiten eine Art "politische Gräzistik" durchkalkuliert, die davon ausgeht, daß wie Griechenland – obwohl durch Rom besiegt – die damalige Welt kulturell weiterbeherrschte, so auch Europa über das langfris-

tig als siegreich angesehene Rußland herrschen könne.

Was die Vorzüge des "Guten Europäers" angeht, so decken diese sich ausnahmslos mit seinen Zukunftsgestalten des "Übermenschen" sowie mit den Qualitäten der großen Ausnahmestaturen oder auch "Rätselmenschen", wie er etwa Leonardo da Vinci und Goethe bezeichnen kann. Er fragt: "Diese guten Europäer, die wir sind: Was zeichnet uns vor den Menschen der Vaterländer aus?" Seine Antwort: "Der Atheismus und Immoralismus; ein Jenseits von gut und böse; daß wir abseits, wohlhabend, stark sind, unsere Fähigkeit zur Heimatlosigkeit, unsere Ironie auf die Presse, unsere disciplina voluntatis. So verstanden sind wir die 'guten Europäer', die Herren der Erde, die Gesetzgeber der Zukunft." Und er fügt in diesem Zusammenhang noch an, er sei "zu gut gereist, zu gut unterrichtet, zu verwöhnt, um an die Unzucht des Nationalismus zu glauben" (SW 3,630). So verstanden stellt Nietzsche den heimatlosen, modernen Menschen als guten Europäer gegen jede "verlogene Rassenselbstbewunderung" (SW 3,631). "Wir sind mit einem Worte" – so kann er seine Auffassungen zusammenfassen – "und es soll unser Ehrenwort sein! – gute Europäer, die Erben Europas" (SW 3,631).

In der Vorrede von "Jenseits von gut und böse" wird dieser Ton noch genauer: "Aber wir, die wir weder Jesuiten, noch Demokraten, noch selbst Deutsche genug sind, wir guten Europäer und freien, sehr freien Geister..." (SW 5,12). Damit spricht er seine Adressaten an und nimmt sich selbst hinein in den pädagogisch, politisch und ethisch begriffenen "Kreis", der zwischen Lehrern und Schülern, zwischen Herrschern und Völkern, zwischen Gesetzgebern und Glaubenden besteht. Bis zuletzt beschwört er dieses Einverständnis und Einvernehmen zwischen den "Guten Europäern", wie er seine Leser und sich selbst tituliert. In der 1888 nochmals umgeschriebenen Vorrede zu "Menschliches, Allzumenschliches" sagt er deshalb: "So will ich denn was ich heute zu sagen habe, ausschließlich jenen Europäern ins Ohr sagen, denen dieses Buch von Anfang an gewidmet war und die Deutschen, nämlich die guten Deutschen außer Acht lassen, sie haben Nothwendigeres zu thun, als mir zuzuhören, daran ist kein Zweifel" (SW 4,117). In der revidierten Vorrede zur "Fröhlichen Wissenschaft" heißt es noch deutlicher: "Wie wenige oder wie viele es sein mögen. Es fehlt unter den Europäern von heute nicht an solchen, die ein Recht haben, sich in einem auszeichnenden und ehrenden Sinne Heimathlose zu nennen. – Und diese Wenigen oder Vielen sind es vornehmlich, an welche dies Buch sich wie an seine selbstbestimmten Hörer wendet" (SW 14,276).

III

An dieser Stelle ist es angezeigt, den Blick nochmals zurückzuwenden und das Zwischenergebnis dieses Diskurses für den weiteren Verlauf der Frage festzuhalten.

Wenn die bisherigen Beobachtungen zum Sprachgebrauch und zum politischen Denken Nietzsches zutreffen, so nimmt sein Zug um Zug intensiver und expressiver ausgestaltetes Reden von "Europa", vom "europäischen Nihilismus" oder

vom "Guten Europäer" eine zentrale Stelle in der Gesamtintention und Systematik seines Werkes ein.

Im Untertitel dieses Versuchs wird deshalb auch behauptet, daß Nietzsches Begriffe von Europa und Europäertum Elemente seiner Kulturethik darstellen und daß seine Gesamtphilosophie mithin auf eine ungeschriebene neue Moral hinausläuft, wofür hier – durchaus in Kenntnis von Nietzsches Moralkritik – vorsichtshalber der Kunstbegriff "Kulturethik" verwendet wird. Näherhin ist deshalb an dieser Stelle nach dem Recht zu fragen, Nietzsches Philosophie als Kulturethik zu charakterisieren und es wird ferner zu ermitteln sein, welche Grundzüge eine solche Kulturethik beherrschen und welche Rolle sein – so wird man sagen dürfen – Europäismus dabei spielt.

Um Nietzsche selbst zur Sprache zu bringen, so sieht er sich "als Zuschauer der europäischen Dinge vor einen geheimnisvollen und ungelesenen Text hingestellt" (SW 12,175). Dieser "Text" ist die europäische Kultur und ihre Zukunft, näherhin ihre bedrohte Zukunft. Nietzsche sagt sehr deutlich, die größte Gefahr für Europa sei, "die Stimme für die Seele Europas zu verlieren" und macht in "Jenseits von gut und böse" im Hinblick auf die Geschichte der deutschen Musik klar, daß er diese Gefahr vor allem als Kulturverlust ansieht: "Dieser Schumann war bereits nur noch ein deutsches Ereignis – kein europäisches mehr, wie Beethoven es war, wie in noch umfänglicherem Maße Mozart es gewesen ist" (SW 5,188). Und er schätzt in seinem Fragment der spätesten Zeit den "Cultur-Komplex" als sein Vorzugsinteresse ein (SW 12,425). Demzufolge bemüht er sich nach eigenem Bekunden um einen "Gesamtanblick des zukünftigen Europäers". Bereits an seinen Verleger Schmeitzner hatte er anlässlich der Herausgabe des "Zarathustra" am 20. Juni 1878 geschrieben: "Wer kann jetzt sagen, wo Anfang wo Niedergang ist und dürfte sich vor Irrthum sicher fühlen? Verhehlen will ich aber nicht, daß ich von ganzem Herzen das Erscheinen meines freigeisterrischen Lichtbuches in einem Augenblick segne, wo die Wolken sich schwarz über Europas Culturhimmel sammeln und die Verdunkelungs-Absicht fast als Moralität gerechnet wird" (SW 14, 315).

Ansichts solcher Gefahren sieht Nietzsche sich herausgefordert zur Rettung der europäischen Kultur und damit – wie er es auffaßt – der Kultur überhaupt, wobei ihm Rettung nicht bloße Erhaltung und Fortschritt, sondern Überbietung, Steigerung und Verschwendung bedeutet.

Diese moralische Grundentscheidung Nietzsches, sich selbst zur Rettung der europäischen Kultur aufzubieten und die damit verbundene Verantwortung sowie das klarsichtig erbrachte Lebensopfer werden im Versuch dieser Darstellung mit dem Neologismus "Kulturethik" beschrieben. In diesem Begriff verschlingen sich die pädagogischen, politischen und moralischen Absichten, die Nietzsche ständig verfolgt hat. "Ich muß die Moral aufheben, um meinen moralischen Willen durchzusetzen", heißt es in einer dialektischen Notiz der späten Jahre. Dabei sieht er sich voll Ernst als "einen Denker, der die Zukunft Europas auf seinem Gewissen hat" – was bei ihm so viel heißt, daß er sich ein Gewissen aus Europa macht.

Ebenfalls aus Kulturverantwortung kann er sich dann "Gesetzgeber und Versucher neuer Möglichkeiten" (SW 14,369) nennen. Eben diese Verantwortung führt ihn zu seiner "großen Politik", von der seine Notizhefte und Briefe von 1885-1888 immer lauter und offener sprechen. Das Ergebnis dieser "großen Politik" ist nach Nietzsches Meinung, "daß den guten Europäern ihre große Aufgabe in die Hände fällt: Die Leitung und Überwachung der gesamten Erd-Cultur." Er fordert deshalb an gleicher Stelle in "Menschliches, Allzumenschliches" (SW 2,602 und 642) die – wie er es nennt – "europäischen Bücher" und sagt ausdrücklich, daß "Europa in dreißig sehr alten, nie veraltenden Büchern lebt".

Wenn diese Zeugnisse zusammengelesen werden, so ist Nietzsche möglicherweise selber als der "europäische Culturmissionär" anzusehen, als welchen er – wie eingangs erwähnt wurde – den Dänen Georg Brandes nicht ohne einige Ironie tituliert hatte. Seine Kulturverantwortung wäre demnach eine Art Gesamtantrieb seiner Philosophie, Kulturethik wäre so gesehen das "Gesamtinteresse", dem sein Denken gleichsam instrumentell dient.

Aus diesem Gesamtinteresse heraus ist – wie er einmal notiert – "Europa zu fassen als Cultur-Centrum" (SW 11,42). Alles strebt deshalb nach Nietzsche zur Synthese der europäischen Vergangenheit "in höchsten geistigen Typen". So genießt Goethe als Tentativ – als Versuchsfigur – und Brückentypus den Vorrang vor Napoleon. Denn Goethe hat, "indem er eine Kultur imaginierte", die volle Erbschaft der schon erreichten Humanität, während Napoleon "Europa als politische Einheit concipierend" (SW 13,415), in den Dienst der "großen Politik" stellt. Im Dienst einer solchen Kulturverantwortung steht dann des weiteren für Nietzsche jeder "gute Europäer". Man muß sich jedoch – Nietzsches eigenen Worten zufolge – "von vielem losgebunden haben, was gerade uns Europäer von heute drückt, hemmt, niederhält, schwermacht. Der Mensch eines solchen Jenseits, der die obersten Werthmaßstäbe seiner Zeit selbst in Sicht haben will, hat dazu vorerst nötig, diese Zeit, in sich selbst zu überwinden" (SW 3,683). Dieses zeitenüberwindende Moment wird an anderer Stelle seines Werkes in die Formel gefaßt, daß der Europäer "Krieg führen" müsse gegen das 18. Jahrhundert. Nur daß Nietzsche mit "Krieg führen" nicht Sedan, Langemarck, Stalingrad oder My Lay meint, sondern daß "Krieg führen" bei ihm eine Metapher ist für die Auseinandersetzung darüber, wie das Beste zu erreichen wäre.

Wenn diese Hypothesen und Analysen zutreffen, so kann gesagt werden, daß Nietzsche seine philosophische Arbeit nicht so sehr aus Erkenntnisdrang als vielmehr aus Kulturverantwortung auf sich genommen hat und daß mithin seine Gesamtintention als Kulturethik zu charakterisieren ist. Allerdings bleibt dabei die Frage offen, wie die Gesamtintention dieser Kulturethik bestimmt ist, welches die Grundabsichten Nietzsches in moralischer Hinsicht sind.

Zur Beantwortung dieser Frage genügt es nicht, die wiederholt über sein Werk hin verstreuten Tugendkataloge vom "guten Europäer" und "Übermenschen" aufzuzählen, sondern es kommt auf die Reflexivität und Moralität an, die hinter Nietzsches Umwertungsarbeit und Philosophie überhaupt steht. Denn: "Rechtschaffenheit, Gleichgültigkeit, Ressentimentfreiheit, Stärke, Mut, Einsamkeit,

Fernstenliebe, neues Gewissen, großer Stil, Nüchternheit, Ehrfurcht vor sich selbst, Heiterkeit", die im "Antichrist" als Tugendsspiegel des neuen Menschen aufgezählt werden, stehen nicht für sich selbst sondern dienen der Rettung – und das heißt bei Nietzsche stets der Steigerung – der menschlichen Kultur. Dabei ist Nietzsche – und das macht seinen philosophischen Rang aus – der Auffassung, daß solche Rettung und Steigerung der menschlichen Kultur nur im großen Individuum, im "freien Geist" zum Austrag und zur Geltung kommt.

"Daß es dergleichen freie Geister einmal geben könnte, daß unser Europa unter seinen Söhnen von Morgen und Übermorgen solche muntere und verwegene Gesellen haben wird, leibhaftig und handgreiflich und nicht nur, wie in meinem Falle, als Schemen und Einsiedler-Schattenspiel: daran möchte ich am wenigsten zweifeln. Ich sehe sie bereits kommen, langsam, langsam", heißt es in "Menschliches, Allzumenschliches" (SW 2,15). Hinter dieser geheimen Hoffnung aber, von der Nietzsche immer wieder raunt und sich bis zuletzt nicht abbringen läßt, steht eine Moralität, deren Grundzüge hier vielleicht als Geschichtsbereitschaft, Ressentimentfreiheit, Widerstandsfähigkeit und Menschenfreundlichkeit zu umschreiben sind. Er hat diese Grundzüge dann in der für ihn spezifisch agonalen und heroischen Weise ausgeformt und dabei das Mißverständnis – oder gar Selbstmißverständnis – erzeugt, an den rational-politischen Tugenden der Gerechtigkeit, des Maßes und der Tapferkeit läge ihm nicht. Dieses Mißverständnis kann behoben werden, sobald man Nietzsche liest und behoben werden kann auch das Mißverständnis, er sei in seiner Kulturethik über Glaube, Hoffnung und Liebe hinausgelangt. Vielmehr ist er zu diesen Grundhaltungen durchgedrungen – und zwar im natürlichsten Sinne.

Bei so viel Unvorsichtigkeit mag es zum Schluß noch hingenommen werden, wenn an diese Interpretation der politischen und kulturethischen Grundbestrebungen Nietzsches ganz knapp noch die Frage einer Kulturethik nach Nietzsche – post et secundum – angerissen wird. Dabei kann vorausgeschickt werden, was Gottfried Benn 1940 in seinen Gedanken über "Züchtung" festgehalten hat. Er sagt: "Was die Lage des Menschen von 1940, der auf geistige Fragen und Forderungen angewiesen ist, von der Nietzsches kennzeichnend unterscheidet, ist vor allem, daß er die Beziehungen zum Öffentlichen und Pädagogisch-Politischen abgebrochen hat, die die Werke Nietzsches, namentlich der achtziger Jahre, leidenschaftlich pflegte." Dieser politische Erfahrungsverlust und Beteiligungsmangel der Philosophie post Nietzsche hat seit 1940 eher noch zugenommen und mündet in dem für wissenschaftlich gehaltenen Verzicht auf jede Universalperspektive und jeden "Welt-Willen" – um eine Wendung von Edgar Salin zu gebrauchen. Die Frage nach einer Verantwortung für die Gesamtkultur und mithin die Frage nach einer Kulturethik scheint angesichts der Selbstblagen, denen Europa sich im 20. Jahrhundert ausgesetzt hat, einigermaßen obsolet zu sein.

Dennoch ist im Hinblick auf unsere eigene Gegenwart nicht zu verkennen, daß angesichts des real existierenden "europäischen Nihilismus" das Bedürfnis nach universalen Orientierungen wächst. Dabei ist die Gefahr nicht zu verkennen, daß in dieser Situation auch totalitäre Tröstungen und sich holistisch gebende Selbst-

tröstungen erneut Konjunktur bekommen, sei es in idyllischer oder in dramatischer Weise.

Von solchen Tröstungen ganz und gar zu unterscheiden sind jedoch Überlegungen, die unter dem vorläufigen Namen "Kulturethik" nach der Vertretbarkeit und Verantwortbarkeit unserer Kultur fragen und sich dabei der Traditionen solchen Fragens erinnern und versichern wollen.

Zu den Traditionen höchster Nachdenklichkeit über den europäischen Kulturprozeß und seiner Rettung gehört ganz zweifelsfrei das Werk Nietzsches und nicht selten wurde deshalb versucht, secundum Nietzsche eine Kulturethik zu konstituieren. Eine solche Kulturethik secundum Nietzsche läuft gewöhnlich nicht auf eine eindimensionale Kulturfortschrittsmoral und auch nicht auf einen melodramatischen Kulturpessimismus hinaus, sondern stellt — zumal seit Heidegger und seinen Schülern — den dionysischen Selbstverzehr und die Heiterkeit einer Weltbejahung in den Vordergrund.

So stellt Hermann Wein im Schlußkapitel seines Buches "Positives Antichristentum. Nietzsches Christusbild im Brennpunkt nachchristlicher Anthropologie" (1962) die Haltungen der Redlichkeit und des "Sich-Schenken-Lassens" als letzte Tugenden heraus und sieht als Früchte dieser Tugenden Momente wie "Erfüllter Augenblick" und "Reiches Selbst" an. Nicht weit davon entfernt setzt Walter Bröcker in seiner Schrift "Das was kommt — gesehen von Nietzsche und Hölderlin" (1964) sich für die Wiederzulassung des Mythos und das — wie er es nennt — "Beseelen der Wirklichkeit" ein.

So ehrenwert solche Rückgriffe auf Nietzsche auch sind, so wenig vermögen sie in einer Situation des verschärften Nihilismus Ressentimentfreiheit, Widerstandsfähigkeit, Menschlichkeit und Geschichtsbereitschaft auszulösen, da eben nur ein privat begrenztes Glück die Folge solcher Ratschläge wie "Erfüllter Augenblick" und "Reiches Selbst" ausmacht. Mit solchen privatistischen Moralaratschlägen wird jedoch auch Nietzsches Anliegen einer Weltbeteiligung und Kulturverantwortung nicht adäquat aufgenommen und schon gar nicht wird dabei dessen Satz berücksichtigt, wonach wir "wilderer Zeiten" entgegengehen.

Ansätze zu einer geistesgegenwärtigen Kulturethik werden deshalb eher davon ausgehen, daß die Analysen und Diagnosen Nietzsches keine Rezepturen und schnellen Lösungen bereithalten. Allerdings kann Nietzsches umfängliches Denken in verschiedener Hinsicht zu einer kulturethischen Neubesinnung beitragen.

Zum einen vermag eine fundamentalkritische Analyse von Nietzsches eigener Philosophie den Ort unserer gegenwärtigen Ohnmacht zu beschreiben und zum anderen kann Nietzsches Ernst durchaus ein eingreifendes Denken auslösen, wie dies etwa in den kulturethischen Beiträgen von Hans Jonas der Fall ist.

In seiner "Fröhlichen Wissenschaft" nimmt Nietzsche ja bereits den "Amerikaner-Glauben von heute" wahr, der immer mehr auch ein Europäer-Glaube geworden ist, insofern "der einzelne überzeugt ist, ungefähr Alles zu können, ungefähr jeder Rolle gewachsen zu sein." Und er kann an anderer Stelle gerade den Aktivismus seiner Gegenwart als Bedrohung der Kultur und des Lebens ansehen.

Nur daß Nietzsches "Wille zur Macht" diese von ihm deutlich erkannten Gefahren und Tendenzen eher begünstigt und in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts so-

gar katalysiert hat! Hier wäre dann auch der Ort einer Sachkritik an Nietzsche in kulturethischer Hinsicht. Denn der "europäische Nihilismus" wird nicht durch Nihilismus überwunden. Nietzsche, der auch sonst zur Selbstmedikation und Homöopathie neigt, hat sich trotz seiner glänzenden kulturpathologischen Diagnose in der Therapie ganz offensichtlich verortet. ***

Damit ist jedoch seine hochgemute — und zuweilen auch nicht ohne Ironie und Selbstironie vorgebrachte — Vision vom "guten Europäer" keineswegs schon ad absurdum geführt, sondern stellt als Ausdruck einer frei gewählten Kulturverantwortung auch in ihrer polemischen Zuspitzung und agonalen Durchführung ein bedeutendes Vermächtnis für die Zukunft in Europa dar. Doch müssen wir wissen: Ohne "Krieg", das heißt ohne Auseinandersetzung und Kampf ist das Beste nicht zu haben.

*** Siehe dazu die zuvor angeführten Nietzsche-Deutungen von M. Scheler, N. Hartmann, O. Becker, K. Hübner, H. Freyer, A. Gehlen, K. Mannheim, J. Maritain und K. Löwith sowie F. Tönnies: Der Nietzsche-Kultus. Eine Kritik, Leipzig 1897.

Das Konzept rein politischen Handelns bei Machiavelli

von

Markus Schubert

Machiavellis Theorie ist wohl zeitlos. Die immer wieder neu gestellte Frage, ob der Legitimität oder der Effizienz bei der Bewertung eines Staatsgebildes Priorität eingeräumt werden soll, hat Machiavelli für sich eindeutig entschieden. Die Abwägung durfte dem Florentiner nicht schwer gefallen sein: Die Krise der politischen Herrschaft, in der sich seine Republik eingangs des 16. Jahrhunderts befand, rief förmlich nach einer Stärkung der zentralistisch entworfenen an J. Bodins Staatslehre erinnernden Staatsmacht im Sinne der Machtfülle eines einzigen und unteilbaren Souveräns. Das Konzept, das Machiavelli in seinem "Il principe" zur Errettung des Staates in Italien entwirft, wirkt herausgelöst aus seiner zeitgeschichtlichen Umgebung wie ein allgemeingültiges Notstandsprogramm.

Was ist das revolutionär Neue an diesem verehrten wie verachteten Werk, dem man sich offenbar nicht ohne Emotionen nähren kann? Was präsentieren die dauerhaft geltenden, wohl verdienstvollen Einsichten Machiavellis und inwieweit schuf die Epoche der Renaissance erst Voraussetzungen für jenes Verständnis von Mensch und Staat, das im "Il Principe" zum Ausdruck gelangt?

Das Menschenbild der Renaissance und Machiavelli

Es wäre unzulässig, Machiavellis Gedankengut isoliert von der ihn umgebenden Epoche der Renaissance zu betrachten und zu bewerten. Um den jungen Staatsdiener der Republik Florenz herum herrscht Aufbruchstimmung. Handel und Kunst blühen auf, der Mensch besinnt sich auf seine eigene Schöpfungskraft, entdeckt von neuem seine Individualität, anstatt sich nur als Teil einer statischen Gesellschaftsstruktur zu verstehen, der sich allzu direkt aus seinem Verhältnis zum Übergeordneten, zum Überirdischen definiert. Diese neue Dynamik, die das Weltbild und die Autorität der päpstlichen Kirche merklich ins Wanken bringt, erfaßt freilich noch nicht die unteren Gesellschaftsschichten, aber schon am Beispiel Machiavellis wird deutlich, daß auch ein aus einfachen Verhältnissen Entstammender durchaus Karriere machen kann¹ – das Leistungsprinzip beginnt sich durchzusetzen. Nicht mehr einzig der Glauben, sondern zunehmend Wissen ist gefragt.

1 Machiavelli wurde am 3. Mai 1476 als Sohn einer verarmten Patrizierfamilie in Florenz geboren, erreichte aber hohe Staatsämter, leitete zahlreiche diplomatische Gesandtschaften, war eine Art "Sicherheitsberater" Soderinis, mit dem zusammen er 1512 nach der Rückkehr der Medici seines Amtes enthoben wurde.

Die gründliche Säkularisierung menschlichen Lebens läßt allerdings eine gewisse Orientierungslosigkeit zurück, so wird die gottgegebene Ordnung durch ein stabiles, weltliches Gebilde ersetzt – die Umriss des modernen Staates werden geboren.

Dabei werden an die Staatslenker, die über institutionalisierte Macht verfügen d. h. politische Herrschaft ausüben, ganz neue Anforderungen gestellt. Allein mit Gottvertrauen ist im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat mehr zu machen. Geschichte wird durch Politik gestaltet, der Mensch greift ganz bewußt mit seinen Zielsetzungen und Mitteleinsätzen in den historischen Ablauf ein, dessen Zukunft in aller, von individuellen Entscheidungen abhängigen Konsistenz offensteht und nicht länger determiniert ist.²

Für den Fürsten, der seine Monarchie nach diesem neuen, ebenso befreienden wie ihm zusätzlich Verantwortung aufbürdendem Konzept regieren muß, entwirft Machiavelli mit seinem "Il Principe" eine Handlungsanweisung, die die Selbsterhaltung von Monarch und Staat zur obersten Norm erhebt.³

Krisen und stabile Phasen in der Geschichte der Staaten

Machiavelli glaubt, nach sorgfältigem Studium der Geschichte⁴, eine Regelmäßigkeit im Geschichtsverlauf der einzelnen Staaten feststellen zu können. Demnach sei nicht etwa ein kontinuierlicher Aufstieg oder Abstieg zu beobachten, vielmehr durchlaufen für Machiavelli die Staaten zyklische Phasen von Krisen und Blütezeiten. Diesem ewigen Auf und Ab kann zwar auch die Politik nicht ausweichen, aber eine Phase staatlicher Stabilität kann verlängert werden, wenn man Krisenpotential in einer Mischverfassung kanalisiert und institutionalisiert.⁵

Seine stabilste Entwicklungsstufe erreicht ein Staat bei weitreichender Demokratie; glückliche und freie Bürger stützen einen Staat, mit dem sie zufrieden sind. In seinen "Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio" von 1513 prüft Machiavelli dies für Republiken äußerst eingehend. Florenz befindet sich zur Zeit der Niederschrift seines "Il Principe", in einer schweren Staatskrise, die sich aus jahrzehntelangen inneren Machtkämpfen, in die vor allem die vermögende und einflußreiche Familie der Medici verwickelt ist, nährt.⁶ Dazu:

2 Vgl. A. Augustinus: De civitate Dei, in: Augustinus, Ausgewählte Schriften, 1-3. Kempten-München 1911; A. M. T. S. Boethius: De consolatione philosophiae, Turnhout 1957; Thomas v. Aquino: Summa theologiae, in: Thomas v. Aquino, Opera omnia, IV-XII., Editio Leonina, Roma 1888-1906.

3 "Il Principe", 1513 entstanden, ist mit einem Vorwort "ad Magnificum Laurentium Medicem" versehen, was oft als Anbiederung des stellunglosen Machiavelli an die herrschende Familie der Medici verstanden wurde.

4 Machiavellis Vorgehensweise dürfte an manchen Stellen dem modernen wissenschaftlichen Umgang mit antiken Quellen nicht ganz gerecht werden.

5 Mit der Mischverfassung greift Machiavelli die Gedanken Polybios' wieder auf; zur Mischverfassung siehe v. a. H. Münkler: Machiavelli, Frankfurt/M 1984, S. 106-127, u. 369-380.

6 Durch Handels- und Geldgeschäfte zu Vermögen und Einfluß gekommene Familie; herausragende Vertreter Cosimo de' Medici (1389-1464) und Lorenzo de' Medici (1449-1492); zu den Medici und zur Krise der Republik siehe Münkler, a.a.O. S. 129-240.

kommt eine existenzielle außenpolitische Bedrohung der Republik Florenz und ganz Italiens durch das Hegemonialstreben der großen zentralistisch regierten Nationalstaaten Frankreich und Spanien.

Diese Krise bietet einem entschlossenen Fürsten jedoch die Gelegenheit zu einem Neuanfang, wenn er die Gelegenheit nur erkennt und sich bei seinen Entscheidungen, Zielformulierungen und Mitteleinsätzen dieser Erkenntnis als eines der unabdingbaren Wahrheitskriterien bedient. Die Sorge darüber, daß diese Chance ungenutzt verstreichen könnte, veranlaßt den aus dem Staatsdienst entlassenen Machiavelli zur Abfassung einer engagierten und leidenschaftlichen Schrift – eben des "Il Principe".

Machiavellis Politologie als anwendungsorientierte Wirklichkeitsbeschreibung

Machiavelli ist eigentlich gar kein Theoretiker der Politik oder der Politikwissenschaft, sondern er schreibt über und für die politische Praxis. Seine verschiedenen politischen, militärischen und diplomatischen Ämter in den Diensten der Republik Florenz haben ihm einen reichen Erfahrungsschatz und einen Einblick in den politischen Alltag italienischer Städte und Regionalstaaten verschafft. Zur Ergänzung der Herleitung seiner Ratschläge im "Il Principe" zieht Machiavelli zum Teil durchaus willkürlich anmutende Beispiele aus der Antike heran, wie ja die Renaissance in Vielem direkt an die Antike anknüpfte.

Machiavelli wendet sich mit "Il Principe" unmittelbar an die Monarchen und verzichtet dabei darauf, für diese eine Vision jenes idealen Staates zu entwerfen, an den er ohnehin nicht glaubt. Machiavelli will, so deutet er in der Einleitung zu Kapitel 15 des "Il Principe" an,⁷ etwas gänzlich Neues versuchen und im Leben so darstellen "wie es ist" und nicht "wie es sein sollte".⁸ Machiavellis Abhandlung soll nach seinem Willen eine "cosa utile"⁹, etwas Nützliches sein: praxisnah, konkret und unmittelbar anwendbar. Machiavelli ist somit, so könnte es in der Terminologie der heutigen Sozialwissenschaften ausgedrückt werden, der Begründer jedes empirisch-analytischen, positivistischen Ansatzes¹⁰ in der Politikwissenschaft, wenn nicht sogar der Begründer einer eigenständigen neuzeitlichen Politikwissenschaft überhaupt, denn nach dem bisherigen Verständnis war die Politik "Bestandteil der praktischen Philosophie, die auch die 'Oikonomik' und die 'Ethik' umfaßt."¹¹ Die Politische Wissenschaft wird bei Machiavelli zur "Wirklichkeitswissenschaft".¹²

Wenn aber nun Problemstellungen der Metaphysik und der Ethik aus dem Horizont der Politikwissenschaft völlig ausgeklammert werden, mit Hilfe der Anle-

7 N. Machiavelli: *Il Principe/Der Fürst*, Stuttgart 1986 (ed. Ph. Rippel); zum Quellenstudium eignen sich insbesondere folgende Ausgaben: N. Machiavelli: *Opera omnia*, 1-11. (ed. Bertelli) Milano-Verona 1968-1982; ders.: *Tutte le opere* (ed. Martelli), Firenze 1971; ders.: *Il Principe*, Torino 1979; ders.: *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*, Torino 1983.

8 Machiavelli, *Il Principe*, (ed. Rippel), S. 119

9 Ebda., S. 118

10 Siehe zur Definition U. v. Alemann-E. Forndran: *Methodik der Politikwissenschaft*, Stuttgart 1985, S. 46ff

11 zitiert nach K. Schön: *Politische Denkformen. Essays*, Sindelfingen 1986, S. 45

12 ebda., S. 47

gung welcher Maßstäbe wird das Handeln des Politikers, speziell des Fürsten, dann gemessen?

Der ideale Fürst als Fuchs und Löwe

Nachdem Machiavelli in den ersten 14 Kapiteln des "Il Principe" zunächst seinen Untersuchungsgegenstand von anderen Gegenständen abgrenzt, wendet er sich als dann den Eigenschaften des Fürsten zu. Nach der schon zitierten Einleitung beginnen die Ausführungen, die Machiavelli bei der Nachwelt einen "schlechten" Ruf eingetragen haben: Die Einteilung der Eigenschaften aufgrund dessen, ob sie "gut" oder "böse" sind, tritt in den Hintergrund zugunsten einer Bewertung dieser Eigenschaften im Hinblick darauf, ob sie herrschaftsstabilisierend sind oder solche, die dem Ansehen des Fürsten eher schaden und seine Autorität in Frage stellen. Das Ziel jeden fürstlichen Handelns ist der Erhalt der Machtstellung des Fürsten, und so "ist es nötig, daß er den schlechten Ruf derjenigen Laster zu vermeiden weiß, die ihm die Herrschaft kosten würden".¹³ Eigenschaften, Entscheidungen und Handlungsweisen des jeweiligen Fürsten werden nicht unterm' Gesichtspunkt ethischen Wertbezugs und sittlicher Normen beurteilt, sondern nur im Hinblick auf den Grad ihrer Nützlichkeit für die Stabilisierung der fürstlichen Machtstellung. So darf der Fürst "knauserig" sein, wenn er dafür "seine Untertanen nicht auszuplündern braucht" (Kap. 16), er darf sich allerdings, so die Unterscheidung Machiavellis, nicht den Haß der Untertanen zuziehen, indem er habgierig nach deren Eigentum trachtet, "denn die Menschen vergessen schneller den Tod ihres Vaters als den Verlust ihres Erbes" (Kap. 17).

Vielleicht am umstrittensten war immer schon das 18. Kapitel von "Il Principe", das davon handelt, "inwieweit die Fürsten ihr Wort halten müssen". Nüchtern argumentiert Machiavelli mit der "Erfahrung unserer Tage", die erweist, daß die ehrlichen Menschen den Schurken zumeist unterliegen. Wer also Erfolg haben will, muß sich erfolgssicherer Methoden bedienen, auch der Ehrliche kommt nur mit Unehrlichkeit und moralisch zu verurteilenden Mitteln zum Ziel. Die Anwendung von List und Gewalt muß der Fürst in Betracht ziehen; er muß wie Fuchs und Löwe sein können, in der Terminologie der zeitgenössischen Fabel-literatur beschrieben.

Natürlich ist ein moralisch "guter" Fürst vorzuziehen, aber um den Anforderungen seiner Zeit zu entsprechen, "ist es also nicht erforderlich, alle ... guten Eigenschaften wirklich zu besitzen, wohl aber den Anschein zu erwecken, sie zu besitzen." (Kap. 18) – postuliert Machiavelli. Die Schlechtigkeit oder sogar Boshaftigkeit des Fürsten rechtfertigt sich nicht aus sich selbst, sondern außerhalb der Geltung moralischer Kategorien dadurch, daß sie im Interesse des Staates liegt. Nirgendwo bezeichnet Machiavelli "schlechte" oder gar "böse" Eigenschaften bzw. Handlungen als "gut" – im Gegenteil: In Kapitel 8, in dem er die Erlangung der Macht durch Verbrechen behandelt, schränkt Machiavelli

13 Alle Zitate nach der Edition von Rippel; Zitatbelege fortan nur mit Kapitelangabe im Text.

explizit ein: "Grausamkeiten (können) gut oder schlecht angewandt werden. Gut angewandt kann man solche nennen — wenn es erlaubt ist, vom Schlechten etwas Gutes zu sagen —, die man auf einen Schlag ausführt aufgrund der Notwendigkeit, sich zu sichern, und bei denen man dann nicht verharrt, sondern sie — soweit wie möglich — in Wohltaten für die Untertanen verwandelt." (Kap. 8) In diesem kurzen Textabschnitt wird deutlich, daß sich Machiavelli durchaus der größtenteils komplexitätsbedingten Problematik seiner Wertvorstellungen bewußt war, einen allerdings bloß moralisierenden möglichen Einwand aber sofort mit dem Hinweis auf die Zweckmäßigkeit, um "sich zu sichern", beantwortet hat.

Überdies impliziert diese Stelle auch einen Hinweis auf den Notstandsprogrammcharakter des "Il Principe", in dem hier eine Perspektive der Wandlung des Fürsten für die Zeit suggeriert wird, in welcher erst einmal Stabilität erreicht sein könnte.

Nur Pöbel — Zum Menschenbild Machiavellis

Jedes Volk hat den Fürsten, den es verdient. Es mangelt im "Il Principe" nicht an verächtlichen Bemerkungen Machiavellis über seine Zeitgenossen. "Denn man kann von den Menschen im allgemeinen sagen, daß sie undankbar, wankelmütig, unaufrichtig, heuchlerisch, furchtsam und habgierig sind." heißt es einmal (in Kap. 17), und "der Pöbel läßt sich immer von dem Schein und dem Erfolg mitreißen; und auf der Welt gibt es nur Pöbel" (Kap. 18). Solche Menschen rechtfertigen die Schlechtigkeit des Fürsten. Machiavelli bringt es in Kapitel 18 so auf einen Nenner: "Wären alle Menschen gut, dann wäre diese Regel (sein Wort nicht zu halten, Anm. d. Verf.) schlecht; da sie aber schlecht sind und ihr Wort Dir gegenüber nicht halten würden, brauchst Du auch Dein Wort ihnen gegenüber nicht zu halten." Machiavellis überaus misanthropisches Menschenbild ist allerdings als Hypothese formuliert, davon zeugt auch der Konjunktiv im obigen Zitat ("nicht halten würden"). Weil der Fürst aber allen Anforderungen und Umständen angepaßt sein muß, hat er sich nach Machiavelli auch mit der Schlechtigkeit seiner Untertanen abzufinden und sich darauf einzustellen.

Um die schlechten bzw. böartigen Eigenschaften, die allen Menschen innewohnen, — Machiavelli faßt sie mit dem Begriff "ambizione" (dt. etwa Ehrsucht) zusammen — einzudämmen, sei, wie schon bei Platon, ein starker Staat das geeignete Mittel, lehrt Machiavelli: Mit seinen erzieherischen Mitteln kann ein solcher Staat die Menschen zwar nicht in vollständig gute Wesen verwandeln, aber doch ein extrem triebhaftes Durchschlagen der menschlichen Bosheit verhindern. Voraussetzung dafür ist aber immer, daß ein Fürst, ein "uomo virtuoso" vorangeht, dem Gemeinwesen vorsteht, rücksichtslos auch gegen die loyalen Bürger vorgeht, um erst dann in den Hintergrund zu treten, wenn die Bürger selbst in der Lage sind, den Staat auch in einer stärker von demokratischen Elementen geprägten Ordnung der politischen Herrschaft zu stützen, ja freiwillig mitzutragen.

Machiavelli schließt den "Il principe" mit einem leidenschaftlichen Appell zur Errichtung eines einigen und starken Italiens durch einen "neuen Fürsten". Ein Fürst, der dieses Programm verwirklicht hätte, hat sich nicht gefunden. Im Gegenteil: Spätere Herrscher benutzten den "Il Principe" einseitig, dessen Intentionen verkennend oder gar verfälschend, nur noch zur Legitimierung ihrer Gewaltherrschaft und ihrer Rücksichtslosigkeit bei der Erlangung von Macht.

Die normative Kraft des Faktischen —

Zur Kritik an Machiavelli und am Machiavellismus

Wie Machiavellis Lehre einerseits dankbare Leser gefunden hat, die die Ratschläge des Florentiners auf ihre Weise anwendeten, so schlug dem Werk Machiavellis, namentlich dem "Il Principe" grenzenlose Verachtung entgegen. Seine Schriften wurden verbrannt und auf den Index librorum prohibitorum gesetzt.¹⁴ Der Autor selbst, der Sachverhalte beim Namen genannt und auf den Begriff gebracht hatte, die später ohne sein Zutun Realität wurden, wurde zur personalisierten Schlechtigkeit, "Machiavellismus" und "Machiavellist" wurden zu Schimpfwörtern, mit denen man einen politischen Gegner in der Öffentlichkeit noch heute beliebig diffamieren kann.

Heute ist die Kritik allerdings differenzierter geworden, wenngleich immer noch eine Polarisierung zwischen Anhängern und Kritikern Machiavellis vorherrscht, was von Machiavelli insofern "provziert" wurde, als er alle Probleme mit einem streng disjunktiven Entweder-Oder-Schema anging. Rene König kritisierte die "systematische Umstürzung der Werte"¹⁵ im "Il Principe" und fragt: "Kann man Freiheit erwerben, indem man Verderben auf Verderben türmt?"¹⁶ Ebenso stellt Frank Deppe das politische Programm Machiavellis in Frage, stuft es als "eine frühe Variante jenes modernen Empirismus"¹⁷ ein, den Deppe ablehnt, weil er eine "reine Faktizität der staatlich-politischen Gewalt" abstreitet. Wer Zustände nur beschreibe, akzeptiere sie und erhebe sie zur Norm, so sein Fazit: Man fällt so, wie Forsthooff dies kritisch beschrieb, der normativen Kraft des Faktischen anheim. Herfried Münkler dagegen nähert sich Machiavelli verständnisvoll, aber nicht apologetisch: "Machiavelli hat als erster erkannt, daß Politik und Moral nicht in derselben Rechnung aufgehen."¹⁸ — schreibt er am Ende seines Standardwerkes "Machiavelli" (1984) und sieht, wie früher H. Freyer und K. Schön, Machiavelli als Begründer einer modernen Politikwissenschaft.

August Buck steht Machiavelli ebenfalls mit dem Selbstbewußtsein eines an Hobbes und an C. Schmitt geschulten Aufgeklärten gegenüber und lobt sogar

14 H. Fenske, u.a. (Hrsg.): Geschichte der politischen Ideen, Frankfurt/M 1987, S. 252
15 R. König: Niccolò Machiavelli. Zur Krisenanalyse einer Zeitenwende, Erlenbach-Zürich 1941, S. 185

16 Ebda., S. 289; siehe noch: J. Burnham: Die Machiavellisten. Verteidiger der Freiheit, Zürich 1949; L. Strauss: Thoughts on Machiavelli, Glencoe, Ill. 1958

17 F. Deppe: Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987, S. 22; vgl. noch E. Forsthooff: Rechtsstaat im Wandel, 2. Aufl., München 1976.

18 Münkler, Machiavelli, a.a.O. S. 397; siehe dazu noch H. Freyer: Machiavelli, Leipzig 1938; Schön, Politische Denkformen, a.a.O.; J. Maritain: The End of Machiavellism, in: The Review of Politics, 4 (1942).

dessen "geniale Einseitigkeit"¹⁹, da erst seine Reduzierung des Menschen auf den "homo politicus" die "Entdeckung der Autonomie der Politik"²⁰ möglich gemacht habe.

Stabilität und Staatsraison

Niccolo Machiavelli hat mit seinem Fürstenspiegel "Il Principe" versucht, auf die Fragen seiner Zeit eine befriedigende Antwort zu finden, indem er dem krisengeschüttelten Italien die Giftkur einer Fürstenherrschaft verordnete, in der der mit starker Autorität versehene Principe nuovo über Recht und Gesetz steht, um dieses durchsetzen zu können. Machiavelli kann als Begründer des modernen Staates, als Garant für Recht und Ordnung und als Begründer der Idee der Staatsraison gelten.

Diese Antwort Machiavellis wirft aber eine Reihe weiterer Fragen auf, auf die er allerdings keine Antwort zu geben vermochte. Die konsequente Tilgung ethischer wie sittlicher Maßstäbe politischen Handelns bei ihm bleibt bedenklich, die übersteigerte Bewertung des Staates (dessen Begriff als "lo stato" noch nicht klar definiert wurde) wird aber angesichts der Unsicherheit, die die Republik Florenz erfaßt hatte, und der auch Machiavelli (durch seine Demission 1512) zum Opfer fiel, verständlich. Machiavelli hat zwar klargestellt, daß die von ihm erteilten Vorschläge für den "Principe nuovo" nur eine Ausnahmeregelung sein können, um den Fürst für den Weg aus der Krise mit umfassenden Vollmachten auszustatten, doch bleibt im "Il Principe" offen, wie der "geeignete" Fürst ausgewählt werden sollte, der diese verantwortungsvolle Rolle hätte spielen können, ferner mit welchen Mitteln die nationalstaatliche Einigung Italiens vonstatten gehen sollte und schließlich wer den Fürsten zur Errichtung einer liberalen und demokratischen Ordnung im Falle einer eingetretenen politischen Machtstabilisierung bewegen sollte, denn im Zuge der "Befreiung Italiens" hätte der Fürst im Interesse der Staatserhaltung immerhin alle Grausamkeiten begehen, falsche Versprechungen machen und seine Untertanen in Furcht und Schrecken versetzen können. Ohne Zweifel: Machiavelli schwebte dabei eine heroische und integre Gestalt vor. Was konnte ihn aber angesichts seiner sonstigen Misanthropie "im politischen Geschäft" zu einer solchen Annahme bewegen? War der "Principe" vielleicht doch nur eine Art "Gefälligkeitsgutachten" für die Medici, von denen sich der frustrierte Staatssekretär a. D. eine neue Anstellung erhoffte, obwohl alles, was wir über Machiavelli wissen, dagegen spricht?

¹⁹ A. Buck: Machiavelli, Darmstadt 1985, S. 168

²⁰ Ebda, a.a.O.; vgl. noch Th. Hobbes: Leviathan, Neuwied-Berlin 1966; J. J. Rousseau: Du contrat social, in: Rousseau, Oeuvres complètes, 2. Paris 1971; Montesquieu: Dossier de l'Esprit des Lois, in: Montesquieu, Oeuvres complètes, 2. Paris 1951; G. W. F. Hegel: Über die Verfassung Deutschlands, in: Hegel, Sämtliche Werke, VII., Leipzig 1923; C. Schmitt: der Begriff des Politischen, München 1932; L. Barlay: Paradigmen und Ideen politischen Handelns, in: LIBERTAS, 2/1986, ferner K. Kluxen: Politik und menschliche Existenz bei Machiavelli, Stuttgart 1967; D. McIntosh: The Modernity of Machiavelli, in: Political Theory, 2/1984; H. Münkler: Im Namen des Staates. Die Begründung der Staatsraison in der Frühen Neuzeit, Frankfurt/M 1987.

"Discorsi" und "Il Principe" ergeben zusammen jedenfalls ein lückenloses, konsistentes und schlüssiges Konzept: Demokratie ist für Machiavellis Konzept die Regel, schrankenlose Fürstenherrschaft kommt als Ausnahme nur dann zur Anwendung, wenn es die Umstände verlangen – dann aber erschreckend konsequent – um die Krise zu verkürzen.

Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit in Europa: Die "Nouvelles Equipes Internationales" (NEI)

von

Jürgen Hollstein, M. A.

Frühformen internationaler Zusammenarbeit

Im Gegensatz zur internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien, die schon 1864 ihre "Erste Internationale" in Form der "Internationalen Arbeiterassoziation" gründeten und somit schon sehr früh organisatorische Formen für den supranationalen Austausch fanden, können sich die christlichen Parteien nicht auf eine so weit zurückreichende Tradition berufen.

Trotzdem muß auch in diesem ideologischen Lager die Suche nach den Anfängen einer internationalen Zusammenarbeit mit einem Rückblick in das 19. Jahrhundert ansetzen, wenngleich nicht davon ausgegangen werden darf, einen organisatorisch und ideologisch so einheitlichen Zusammenschluß wie die sozialistische Internationale vorzufinden.

Einer derartigen Vorstellung widerspricht allein die außerordentliche Uneinheitlichkeit, die die jeweiligen nationalen christlichen Organisationen im Europa des 19. Jahrhundert aufwiesen.¹

Unter Berücksichtigung dieser Prämissen können erste "Vorläufer des christlichen Internationalismus"² schon bei dem Franzosen Robert de Lamennais (1782 – 1854) und seiner 1830 gegründeten Zeitschrift "L'Avenir" angenommen werden. Dieses Sprachrohr einer katholischen, politisch jedoch eher liberal und sozial geprägten Gruppe um Lamennais beeinflußt nicht nur in Frankreich, sondern auch über dessen Grenzen hinaus die Entwicklung eines Modells der christlichen Demokratie, wie es an der Wende zum 20. Jahrhundert von Luigi Sturzo wiederaufgegriffen wurde.³

Als weitere, sehr frühe Vorläuferform im 19. Jahrhundert können wohl die vielen katholischen Vereinigungen und ständisch gegliederten Vereine gelten, die sich unabhängig voneinander gründeten, jedoch innerhalb der einzelnen Bewegungen schon sehr früh versuchten, sich auf internationaler Ebene zu organisieren.⁴

Zu einer übernationalen Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien im engeren Sinne konnte es jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg kommen, als mehrere derartige Parteien gegründet worden waren und die Notwendigkeit einer europäischen Organisation erkannt wurde.

Die Initiative ging von Luigi Sturzo aus, der 1919 mit dem "Partito Popolare Italiano" eine eigenständige christdemokratische Partei in Italien gegründet hatte. Schon zwei Jahre später, 1921, reiste er gemeinsam mit Alcide de Gasperi und zwei weiteren Parteifreunden nach Deutschland. Seine Besuche führten ihn in München zur Bayerischen Volkspartei sowie in Köln und Berlin zu Vertretern des Zentrums. Weder der junge italienische Abgeordnete de Gasperi noch der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, die sich anlässlich eines Empfangs erstmals begegneten, ahnten wohl zu diesem Zeitpunkt, daß sie 30 Jahre später als Protagonisten des neuen Europas in den NEI eine entscheidende Rolle spielen sollten.⁵ Während dieser Reise mußte Sturzo schon an eine europäische Organisation christlicher Parteien gedacht haben, deren Gründung er nach seiner Rückkehr in einem Memorandum an den Parteivorsitz anregte. Diesem ersten Versuch scheint jedoch nicht viel Erfolg geschieden gewesen zu sein, da die führenden Politiker des "Partito Popolare Italiano" nach der Machtübernahme Mussolinis 1924 das Land verlassen mußten. Einzig Alcide de Gasperi verblieb in Italien, wo er nach kurzer Haft in der vatikanischen Bibliothek untertauchen konnte.

Sturzo nutzte sein Exil in Paris, um Kontakte zu dem im November 1924 gegründeten "Parti Democratique Populaire" zu knüpfen.⁶ Er war die erste parlamentarische Vertretung der christlich-demokratischen Bewegung Frankreichs, die sich erst relativ spät aus 14 Abgeordneten um Auguste Champetier de Ribes konstituiert hatte. Unter ihnen befanden sich u.a. Robert Schumann, Raymond Laurent und Marcel Prelot, der die Schriften SturzOs ins Französische übersetzt hatte. Die Zusammenarbeit dieser demokratischen Volkspartei und der exilierten italienischen Christdemokraten führte im Dezember 1925 zu einem ersten internationalen Kongreß christlicher Parteien in Paris, bei dem Politiker, Parlamentarier und Parteiführer aus Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Polen und Litauen anwesend waren.⁷

Aus diesem ersten offiziellen Zusammentreffen, dem wohl regionale und persönliche Kontakte der Parteien vorausgingen,⁸ entwickelten sich regelmäßige Kongresse,⁹ an denen in den nachfolgenden Jahren auch Repräsentanten aus Holland, Luxemburg, Österreich, Bayern,¹⁰ der Schweiz und der Tschechoslowakei teilnahmen.

Ein organisatorisches Zentrum konnte 1928 mit den "Secretariat international de liaison et d'information" geschaffen werden, das seinen Sitz in Paris nahm. Neben Sturzo spielte ein weiterer Italiener, Francesco Ferrari, bei der Einrichtung dieses Büros der christlichen Parteien eine wichtige Rolle. Ferrari war als Mitglied des "Partito Popolare Italiano" ebenfalls exiliert und hatte sich in Löwen niedergelassen, von wo aus er sich der Pflege der internationalen Beziehungen der christlichen Parteien widmete.

Das Pariser Sekretariat kann möglicherweise als Keimzelle der späteren Organisation der "Nouvelles Equipes Internationales" angesehen werden, es ist jedoch in seiner Bedeutung nicht mit diesen oder gar den gleichzeitig existierenden sozialistischen Organisationen zu vergleichen.

Obwohl zwischen 1926 und 1935 mehrere kleinere Kongresse durchgeführt wurden, befriedigte die Arbeit des Büros offensichtlich nicht, und auch sein wesentlicher Inspirator, Luigi Sturzo, äußerte sich unzufrieden über die "meist unverbindlichen Aussprachen und Begegnungen".¹¹

Auf Grund der außenpolitischen Konstellation gestalteten sich die europäischen internationalen Begegnungen ab 1933 immer schwieriger und wurden mit dem Kriegsbeginn 1939 schließlich ganz unterbrochen.

Sturzo hielt jedoch weiterhin an seinem Gedanken der übernationalen Zusammenarbeit fest und knüpfte Kontakte zu christlichen Politikern, die in Großbritannien oder den USA Exil gefunden hatten. Nachdem er selbst nach England exiliert war, gründete er dort schon 1940 die Bewegung "People and Freedom", die das "Secretariat ..." weiterführte und sich vornehmlich an christliche Politiker Europas richtete, die – z. T. mit ihren Regierungen – im Ländlichen Exil lebten. In dieses Beziehungsgeflecht christlicher Exilpolitiker wurden auch die USA aufgenommen, woran wohl v. a. die Amerikanerin Miss Barbara Barclay Carter beteiligt war, die gemeinsam mit Sturzo eine Zeitschrift mit dem Titel "People and Freedom" herausgab.

Nachdem in der dargestellten Weise zumindest eine rudimentäre Organisationsstruktur über die Wirren des Zweiten Weltkrieges gerettet worden war, gründete Sturzo u. a. in Zusammenarbeit mit baskischen und katalanischen Emigranten 1945 in London einen "Service d'information international démocrate-chrétien", der die Nachfolge des Pariser Büros antreten sollte.

Abgesehen von einigen personellen Koinzidenzen, scheint eine direkte Linie von dieser Londoner Institution zu den Ansätzen und der Gründung der NEI jedoch nicht nachweisbar zu sein.¹²

Neben der beschriebenen Entwicklung der Vorläuferformen einer internationalen Zusammenarbeit von den völpolitischen Verbindungen des 19. Jahrhunderts bis zu dem Engagement und den Verdiensten SturzOs werden in der Forschung weitere Gespräche für die Zwischenkriegszeit nur an zwei vereinzellen Stellen angesprochen.¹³

Peter Diem und Rudolf Lewandowski erwähnen internationale Gespräche zwischen christlich-demokratischen Parteien unter dem Titel "Equipes Internationales", die von dem ansonsten unbekannten französischen Senator Pezet organisiert worden sein sollen. Die internationalen Parteiführer sollen diesen Gesprächen jedoch keine Bedeutung zugemessen haben.

Es scheint sich dabei vielmehr um eine eigene, gesonderte Initiative gehandelt zu haben, die in keinem direkten Zusammenhang mit den Aktivitäten SturzOs stand und auch bei der Gründung der NEI nicht expressiv erwähnt wurde.

Die interessante und auffällige Vorwegnahme des Namens "Equipes Internationales" und die Wiederaufnahme in der Benennung "Nouvelles Equipes Internationales" kann jedoch aus dem Archivmaterial der NEI nicht geklärt werden.¹⁴

Eventuell vorhandene Unterlagen über die "Equipes Internationales" könnten den Zusammenhang möglicherweise erhellen.

Die Gründung der "Nouvelles Equipes Internationales" (NEI)

Die Gründungsgeschichte der NEI wird in der Literatur zumeist nur sehr knapp, undifferenziert und oft widersprüchlich dargestellt. Dies liegt nicht nur an der schlechten Quellenlage,¹⁵ sondern auch an den Autoren, die in vielen Fällen an der Entwicklung der NEI beteiligt waren und sich an ihre persönlichen Erfahrungen erinnern. Sie stützen sich nur selten auf allgemein zugängliche Dokumente, legen vielmehr in den meisten Fällen persönliche Archive oder Erinnerungen zugrunde.¹⁶

Vor der eigentlichen Gründung müssen die ersten informellen Kontakte untersucht werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den NEI stehen.

Als früheste Kontaktaufnahme muß wohl die Reise des jungen Studenten Rudolf Lewandowski angesehen werden, die er 1946 im Auftrag des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Felix Hurdes, nach Paris unternahm, um eine erste Verbindung zwischen der ÖVP und dem MRP herzustellen.¹⁷ Etwa gleichzeitig, Ende 1946 reiste der Kaufmann Jules Soyeur im Auftrag des belgischen Christdemokraten nach Paris, um Gespräche mit Robert Bichet, einem ehemaligen französischen Minister und ersten Präsidenten der NEI, zu führen, bei denen er von dem Dominikanerpater Lebreton unterstützt wurde.

Neben Österreich, Belgien und Frankreich war auch die Schweizer Konservative Volkspartei in Luzern schon sehr früh an internationalen Gesprächen interessiert.¹⁸ So scheint es sogar 1946 zu einem Treffen verschiedener Parteien in der Schweiz gekommen zu sein, das jedoch nur unzureichend dokumentiert ist. Einzelne Autoren¹⁹ erwähnen eine Begegnung in Montreux, andere Zeitzeugen berichten nichts über ein solches Treffen.

Eine sehr knappe Selbstdarstellung der NEI,²⁰ die nur 1,5 maschinenschriftliche Seiten umfaßt und ohne Datum und Verfasser überliefert ist, vermerkt:

"Déjà en 1946, a eu lieu la première rencontre en Suisse, réunion en laquelle le parti Conservateur Suisse a invité divers partis, de cet esprit, afin d'échanger leurs points de vue."

Da dies jedoch die einzigen Hinweise auf das Jahr 1946 sind und bei kritischer Überprüfung keine weiteren Aussagen enthalten, müssen sie im folgenden weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Die beiden dargestellten Reisen sowie das Interesse der Schweizer lassen zwei erste Achsen zwischen Wien und Luzern einerseits und Paris und Brüssel andererseits erkennen. Lewandowski²¹ führt an, daß schon diese ersten Kontakte auf Anregung Lebretons unter der Bezeichnung "Nouvelles Equipes Internationales" geführt wurden.

Auf diese vorläufige Benennung könnten sich auch fünf Briefe des Generalsekretärs des "Parti social chrétien de Belgique", Desiré Lamalle, beziehen, der schon am 3. Januar 1947 (!) davon spricht, daß in Paris die "Nouvelles Equipes Internationales" gegründet worden seien, und Jules Soyeur, den künftigen Generalsekretär, als Ansprechpartner nennt.

„Nous vous signalons qu'aux fins d'établir des relations entre les partis de notre tendance, une association vient d'être fondée intitulée „Les Nouvelles Equipes Internationales" dont le siège sera à Paris. Monsieur Soyeur, 46bis, av. Maréchal Joffre, St-Germain-en-Laye, Seine et Oise, Paris, en est le Secrétaire général.“²²

Möglicherweise können somit die ersten Januartage 1947 als „terminus ante quem“ für die Gründung der NEI angesehen werden. In den Akten finden sich keine sonstigen Materialien für einen Zeitpunkt von dem 3. Januar 1947.

Das erste anhand der vorliegenden Akten dokumentierte Nachkriegstreffen christdemokratischer Politiker fand vom 27. Februar bis 2. März 1947 in Luzern²³ statt. Dieses „Internationale Convenium christlicher Staatsmänner Europas“, das auf Initiative der Schweizerischen Konservativen Volkspartei zustandekam, beweist einmal mehr deren Interesse sowie die Bedeutung, die dieser Partei zukommt, die als einzige ihren organisatorischen Apparat unbeschadet über die Wirren der Kriegsjahre hatte retten können.

Die Präsenzliste der offiziellen Delegierten verzeichnet neben den schweizerischen Gastgeber Delegationen aus Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und Österreich sowie sieben Vertreter der konservativen Parteipresse der Schweiz.

Besondere Beachtung verdient die Vertreterin Englands, Miss Barbara Barclay Carter, die sich schon in der ersten Hälfte der 40er Jahre für die internationale christdemokratische Kooperation eingesetzt hatte.

Interessanterweise wird Jules Soyeur aus der belgischen Delegation schon als „Generalsekretär der NEI“ vermerkt. Dies ist ein weiteres Indiz für die Gründung der NEI Ende des Jahres 1946.

Leider fehlen in der Akte alle weiteren Angaben über dieses Treffen: weder Tagesordnung, Planungen oder Protokolle scheinen im Bestand des ACDP vorhanden zu sein.

Das Protokoll der Sitzung des Comité Executif (CE) vom 18. und 19. November 1949,²⁴ das im Anhang einen „Bilan moral des NEI depuis leur création“ enthält, gibt einen kurzen Hinweis und verzeichnet:

„Rencontre de Lucerne – Mars 1947“

Premiers contacts qui font apparaitre de grosses divergences sur les buts à atteindre.

Pas de décisions.“

Eine ungezeichnete, handschriftliche Notiz vom 1. Juli 1947²⁵ vermerkt dazu detaillierter:

„... (rencontre de Lucerne) ou la position très ferme des délégués belges a évité de faire dévier un débat sur les question qui vont retenir notre attention, ...“.

Das Luzerner Treffen war also eine der ersten Begegnungen von Delegationen aus mehreren europäischen Ländern, konnte aber auf Grund der zahlreichen unterschiedlichen Standpunkte, insbesondere der nicht kompromißbereiten belgischen Delegierten, nicht zu konkreten Beschlüssen gelangen. Für die Darstellung der Gründungsgeschichte der NEI muß allerdings festgehalten werden, daß das CE die Luzerner Begegnung der NEI-Geschichte zurechnet.

Als erstes unzweifelhaftes Auftreten der NEI muß die konstituierende Zusam-

menkunft vom 31. März 1947 angesehen werden, die im „Palace Hôtel“ in Chaudfontaine stattfand.

„La première réunion des membres effectifs des NEI, s'est tenue à Chaudfontaine, le samedi 31 mars, au Palace Hôtel.“

Il a été réaffirmé par tous que la base de groupement des personnalités politiques, sociales et économiques, au sein des NEI est et ne peut être que la proclamation lancée en mars 1947, par le Secrétariat Général, sauf nouvelle décision ultérieure prise par les membres effectifs des NEI. Le présent procès-verbal rappelle le texte de cette proclamation.

„Il doit être réaffirmé avec force:

– que notre civilisation est fondée sur la conscience de la valeur irréductible de la personne humaine et le sens de sa dignité profonde.

– qu'il importe pour la défense et l'épanouissement démocratique toujours plus large de notre civilisation, de rechercher l'harmonie dans les réalisations sociales, politiques et économiques de toutes les nations.

Les „Nouvelles Equipes Internationales“ ont été fondées en vue d'établir des contacts réguliers, entre personnalités politiques et sociales d'inspiration démocrate populaire, Par la confrontation des programmes politiques respectifs, des résultats d'expériences, par de larges échanges de vue sur des problèmes précis, ces contacts doivent permettre de grouper les éléments actifs d'une politique efficace, démocratique et sociale. Les „Nouvelles Equipes Internationales“ ont pour but de réaliser et d'entretenir une atmosphère nécessaire de compréhension amicale et de collaboration loyale, indispensable à l'élaboration d'une paix constructive.“²⁶

Diese erste Proklamation der NEI enthält die wichtigsten Elemente ihres Selbstverständnisses und beschreibt in Vorwegnahme der späteren Satzung schon die wesentlichen Grundsätze und Ziele der Vereinigung.

Die Mitglieder bekennen sich nachdrücklich zur Anerkennung der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und seiner Würde sowie zur Notwendigkeit, den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Nationen freundschaftlich zu fördern, um so zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. Aus dieser Überzeugung wurden die NEI als Institution gegründet, die es christdemokratischen inspirierten Persönlichkeiten ermöglichen soll, regelmäßig Kontakte zu pflegen.

Diese Begegnungen, bei denen Erfahrungen ausgetauscht, programmatische Fragen diskutiert und konkrete Probleme besprochen werden sollen, wollen zu einer Stärkung des christlich-demokratischen Einflusses im europäischen Neuaufbau beitragen.

Um diese Pläne realisieren zu können, werden aus den Mitgliedern ein Vorstand (Comité d'honneur) sowie ein geschäftsführendes Gremium (Comité Executif) bestimmt, darüber hinaus werden einzelne Mitglieder beauftragt, Kontakte mit weiteren Ländern aufzunehmen (anglophone Länder, Italien, Skandinavien, Tschechoslowakei).

Lewandowski²⁷ erwähnt ein Treffen christlich-demokratischer Repräsentanten, bei dem auch provisorische Statuten angenommen und die ausführenden Gremi-

en gewählt wurden, datiert dies jedoch auf April 1947 und verlegt es in das Sekretariat des MRP nach Paris. Es bleibt ungeklärt, ob es sich hierbei um eine weitere Zusammenkunft mit fast gleicher Tagesordnung gehandelt hat.

Als Gründungskongreß der NEI wird der erste Kongreß in Chaudfontaine vom Juni 1947 bezeichnet. Obwohl keine Gründungszeremonie abgehalten wurde und kein "offizielles" Gründungsdokument vorliegt, gilt Chaudfontaine im Selbstverständnis der NEI zumindest als "formation définitive des NEI".²⁸

Zusammenfassend kann die Gründungsgeschichte der NEI also als eine sich langsam vollziehende Entwicklung von mehreren kleineren Zusammenkünften bis zur Vorbereitung und Durchführung des ersten gemeinsamen Kongresses beschrieben werden. Der ursprüngliche Antrieb geht dabei nicht von einer zentralen Person aus, sondern setzt sich aus den individuellen Interessen verschiedener christlich-demokratischer Parteien Europas zusammen.

Die anfänglich eher informellen Begegnungen verfestigten sich rasch zu einer multinationalen Organisation, die sich das Ziel setzt, das neuzugestaltende Europa prägend zu beeinflussen. Sehr bald setzt sich die Überzeugung durch, daß dies nur unter Einbeziehung der deutschen Christdemokraten zu verwirklichen ist.

Europäische Probleme im Rahmen der NEI

1. Das deutsche Problem

Der im deutschen Sprachgebrauch eher unübliche Begriff des "deutschen Problems" darf nicht verwechselt werden mit der in der Nachkriegszeit bis hin zur aktuellen Politik immer wieder diskutierten "deutschen Frage", die die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier selbständiger Staaten in unterschiedlichen Blocksystemen meint.

In direkter Anlehnung an die Quellen wurde der Ausdruck "Deutsches Problem" als wörtliche Übersetzung des Titels "Le problème allemand" gewählt, unter dem der zweite NEI-Kongreß 1948 in Luxemburg stattfand. Der hier gewählte Begriff bezeichnet vielmehr einen komplexen Problemkreis, der mit folgenden Fragen²⁹ umrissen werden kann:

- a) Welche grundsätzlichen Aspekte müssen bei der Beschäftigung mit Deutschland berücksichtigt werden?
- b) Welche Gegebenheiten sind aus der aktuellen Situation entstanden?
- c) Wie kann ein Friede mit Deutschland herbeigeführt werden?

Diese nur wenig konkreten Fragestellungen lassen erkennen, wie vielschichtig das angesprochene Problem ist. Die Tatsache, daß die NEI diesem Themenkomplex einen eigenen Kongreß widmeten, zeigt, von welcher großen Bedeutung das Problem in den ersten Nachkriegsjahren auch für die europäischen Christdemokraten war.

Am Luxemburger Kongreß 1948 nahmen insgesamt 82 Delegierte aus 19 Nationen teil, darunter auch Deutschland, das – ähnlich wie Schweden – einen Beobachterstatus einnahm.³⁰ Neben der o. a. Fragebogenaktion beschäftigte sich der Kongreß in verschiedenen Berichten mit dem gestellten Thema. Der Luxembur-

ger Pierre Frieden erläuterte den "Aspect culturel et spirituel du problème allemand", der belgische Delegierte Desiré Lamalle sprach über den "Aspect économique du problème allemand" und der Niederländer P. J. Sarrerens erörterte die politischen Grundzüge. Darüber hinaus hielt Konrad Adenauer als Chef der deutschen Delegation eine vielbeachtete Rede, deren Text leider nicht im Original überliefert ist.³¹

Die kritische Betrachtung des Berichts von Pierre Frieden über die kulturellen und geistigen Aspekte des deutschen Volkes zeigt sehr anschaulich, wie Deutschland drei Jahre nach der Zerschlagung des NS-Regimes von Europa eingeschätzt wurde.

Die Beschreibung des deutschen Charakters³² beschränkt sich über weite Strecken darauf, Gemeinplätze und Vorurteile aufzulisten. So wird beispielsweise unter dem Stichwort "L'esprit allemand: ses idées" ein angeblicher deutscher Individualismus angeführt:

"L'esprit allemand a plus de difficultés ... à se subordonner spontanément à un ordre et une discipline générale (...) L'Allemand est plus rebelle ..."

In ähnlicher Weise wird auch versucht, einen typisch deutschen Illusionismus, eine deutsche Maßlosigkeit, ("L'Allemand aime à se sentir engagé dans un rôle important, colossal. Il se veut et se sent très important.") und die Arbeitsleiden-schaft der Deutschen "nachzuweisen".

Es kann nicht Inhalt und Ziel dieser Untersuchung sein zu entscheiden, inwieweit diese Aussagen über den Charakter eines Volkes zutreffend sind oder sein können. Auffallend ist vielmehr, mit welcher Selbstverständlichkeit derartige Behauptungen präsentiert und akzeptiert wurden. Eine Analyse der vorgebrachten Argumentation zeigt, daß das Bild Deutschlands in Westeuropa noch immer in erster Linie von der deutschen Romantik, einigen wenigen Philosophen (Fichte, Nietzsche, Spengler, Rickert) und einem unbestimmten Konglomerat von Vorurteilen geprägt ist.

Dem gegenüber steht ein ähnliches unbestimmtes Bild, das den Charakter anderer Völker darstellen soll. In diesen groben Verallgemeinerungen werden insbesondere Deutsche und Franzosen kontrastiert.

„Le Français se glorifie d'une civilisation qu'il veut universelle. L'Allemand insiste sur la particularité allemande de sa culture. (...)“

L'Allemand a la passion du travail, sa religion est toujours en mouvement. Le loisir lui est inconnu. Il l'organise même, parce qu'il se sent incapable de l'utiliser.

Le Français réclame le loisir, l'heure insoucieuse où il peut jouir de la vie: être homme. Pour l'Allemand, être homme, cela signifie: travailler, s'agiter.“

Neben diesen oftmals erschreckenden Vereinfachungen wird jedoch an einigen Stellen auch ein gewisses Verständnis für die deutsche Situation erkennbar. So verdammt Pierre Frieden nicht etwa die Deutschen wegen ihrer Geschichte, sondern er räumt ein, daß eine ähnliche Verkettung ungünstiger Umstände auch in anderen Ländern zu einem ähnlichen Geschichtsablauf hätte führen können. Unter Betonung seiner christlichen Überzeugung geht er hierbei vom Universalismus der menschlichen Natur aus.

"Il serait dangereux, en politique, de meconnaître cet universalisme. Tout peuple est capable de tout; même les camps de concentration et les tortures les plus barbares ne sont le privilège d'aucun peuple. (...) Eh bien! le nazisme s'est préparé non seulement en Allemagne, mais dans l'Europe entière. (...) Mais, quel que soit le diagnostic établi, il est certain que le peuple allemand est bien malade, que l'Europe ne l'est pas moins; qui si nous voulons la guérison, il faut appliquer d'abord une thérapeutique générale."

Obwohl die deutsche Schuldhaftigkeit für die Geschichte nicht verschwiegen wird, läßt dieses Bewußtsein einer nicht allein den Deutschen anzulastenden Schuld doch deutlich den Willen erkennen, die aktuelle Situation in einer gemeinsamen Anstrengung zu überwinden und gemeinsam etwas Neues zu schaffen.

"Et il faut que le peuple allemand reconnaisse ses fautes: ... on a discuté le problème de la culpabilité collective; mieux vaut aborder celui de la guérison collective par l'éducation."

Als Mittel dieser gemeinsamen Anstrengung wird eine Erziehung/Umerziehung angesehen, die es ermöglichen soll, in Deutschland und Europa die starken antichristlichen, nihilistischen und materialistischen Tendenzen zu überwinden. In ähnlicher Weise wird auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte eine gemeinsame Anstrengung zur Lösung der akuten Probleme und zur langfristigen europäischen Zusammenarbeit mit einem gleichberechtigten Deutschland propagiert. Die aktuellen Probleme ergeben sich v. a. aus den Widersprüchlichkeiten, der im Potsdamer Vertrag festgeschriebenen wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und den politischen Realitäten zur Zonenverwaltung sowie der bizonalen Zusammenarbeit.

Es handelt sich zu Beginn des Jahres 1948 hierbei v. a. um das Flüchtlings- und Grundnährungsproblem, Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Kohle ... u. a. durch mangelnde Transportkapazitäten, die Frage der Geld-, Preis- und Lohnentwicklung, Neuorganisation der Schwerindustrie, Produktionsbeschränkungen sowie Reparationsleistungen und Demontagefragen.

Neben dem erklärten Ziel der Westmächte und der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft wieder zu beleben, muß als weiteres Interesse ein zu verhinderndes militärisches Erstarken berücksichtigt werden. Vor allem Frankreich fürchtete, daß aus einer raschen Wiederbelebung ein deutscher Militarismus resultieren könnte, der den Frieden in Westeuropa hätte gefährden können.

Aus diesem Grunde schien es unabdingbar, daß zumindest gewisse Produktionsbereiche einer internationalen Kontrolle zu unterstehen hätten:

"Ce contrôle devrait d'abord s'assurer que les destructions imposées s'opèrent dans les délais prévus et que les limitations maintenues sont observées.

S'assurer aussi que le potentiel industriel licite ne sera pas détourné de fins civiles et pacifique vers des fins militaires. (...)

Les contrôles seront nécessaires, durant une période de transition qui peut être longue. (...)

En effet, on ne peut à la fois, éliminer par des mesures économiques tout danger d'une renaissance de la puissance armée de l'Allemagne et mettre l'Allemagne en état de se suffire."

Dieser Konflikt zwischen zwei divergierenden, aber gleichberechtigten Zielen macht es notwendig, in einer gemeinsamen Initiative Deutschland und Europa wiederaufzubauen und miteinander zu verflechten.

"Plus on réfléchit à ce problème, et plus on n'aperçoit qu'une seule méthode efficace:

reconstruire l'Allemagne et l'Europe ensemble."

Mit diesem Weg verbindet sich jedoch der nicht nur von Konrad Adenauer immer wieder betonte Anspruch auf eine Gleichberechtigung Deutschlands. Auch im Bericht Lamalles³³ läßt sich erkennen, daß dies einer der Anreize für Deutschland sein kann, sich engagiert an der Erfüllung der selbstgestellten Aufgabe zu beteiligen.

"Un espoir peut s'offrir toutefois dès aujourd'hui aux Allemands: coopérer à la reconstruction de l'Europe. A eux de s'en montrer dignes, c'est à ce prix seulement qu'ils pourront avoir l'ambition de participer demain à une fédération d'Occident en „partenaires bénévoles et souverains."

Die Rede Adenauers anläßlich des Luxemburger NEI-Kongresses nahm alle diese Aspekte wieder auf, unterstützte sie und nutzte gleichzeitig diese erste Gelegenheit, vor einem großen internationalen Auditorium zu sprechen, um einige weitere Themenbereiche anzusprechen.

Der CDU-Vorsitzende der Bi-Zone äußerte sich dankbar, daß niemand der Redner die Kollektivschuldfrage angesprochen hatte, erklärte aber gleichzeitig, daß er eine derartige Erklärung ablehne.

Neben dieser Klarstellung sprach er mit der schlechten Ernährungslage ein heikles Thema an, das sich v. a. an die westlichen Besatzungsmächte richtete.

"Das deutsche Volk hat seit dem Zusammenbruch die Tugend der Geduld und des Ertragens bewiesen, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann.

Trotz der schweren materiellen Notlage, trotz seelischer und physischer Verzweiflung ist es im allgemeinen arbeitssam und pflichttreu.

Man muß bedenken, daß 1550 Kalorien pro Tag für die Ernährung einer erwachsenen Person, die dazu vielfach nur noch auf dem Papier stehen, nichts anderes als den standardisierten Hungertod für ein Volk bedeuten. Dieser Hunger zwingt unsere Menschen zur Übertretung der Gesetze am laufenden Band.

Niemand kann dies verhindern."³⁴

Diese deutlich formulierte Kritik, die in Ansätzen einen fast drohenden Charakter aufweist, zumindest aber ein weitgehendes Verständnis von den Alliierten fordert, wirkt um so erstaunlicher, wenn man sich die Begleitumstände in Erinnerung ruft. Konrad Adenauer, nur durch den Vorsitz der CDU in der Bi-Zone legitimiert, nahm mit einer kleinen Delegation als Beobachter am Kongreß teil, ohne jedoch Mitglied der NEI zu sein.

Obwohl die Kontakte zu den europäischen Christdemokraten noch recht locker waren, wagte er schon, auf derartige Mißstände deutlich hinzuweisen. Ein so selbstbewußtes Auftreten wäre so sicherlich nicht jedem Politiker möglich gewesen. Neben seiner starken Persönlichkeit kam Adenauer sicherlich ein gewisses Seniorat und seine untadelige, vom Nationalsozialismus nicht infizierte Vergangenheit zugute.

Ein weiterer Kritikpunkt war das oftmals selbstherrliche Verhalten der Militärregierungen. Durch ihre Intervention in alle Bereiche machten sie es den Regierungen der deutschen Länder unmöglich, die erwünschte Selbstverantwortung zu praktizieren.

“Der Begriff Militärregierung ist ein Widerspruch in sich. Das Militär kann befehlen und gehorchen, aber nicht regieren.”

Hierin dokumentiert sich nicht nur die aus anderen Zusammenhängen bekannte Geringschätzung Adenauers für das politische Verständnis hoher Militärs. Darüber hinaus wird auch spürbar, wie peinlich genau der spätere Bundeskanzler auf die noch geringen Möglichkeiten der Selbstverwaltung bedacht ist und unerbittlich auf jeden Verstoß hinweist. Im letzten Teil seiner Rede entwickelte er seine “langgehegten Ideen westdeutscher und deutsch-französischer Zusammenarbeit”,³⁵ die hier eine ihrer frühesten Formulierungen auf einer internationalen Plattform fanden.³⁶

Adenauer selbst, wie auch die übrigen Delegierten des Kongresses bewerteten seine Rede als großen Erfolg, der einen frühen Schritt auf dem Weg der deutsch-französischen Aussöhnung darstellt.

Als weitere Etappe muß sicherlich sein Zusammentreffen mit Georges Bidault im Herbst 1948 angesehen werden, das im Rahmen der “Genfer Sitzungen” erfolgte.

Neben dieser weitgehend positiven Beurteilung muß anhand einer weiteren Quelle ein besonderer Blick auf die Beurteilung des deutschen Problems durch Frankreich geworfen werden. Ein ungezeichnetes, auf den 27. Juni 1948 datiertes Exposé trägt den Titel “Le problème allemand et la France”.³⁷

Zu Beginn des Textes weist der Autor auf die noch immer im Bewußtsein der Völker vorhandene Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich hin:

“Depuis près de 80 ans, c'est l'Allemagne qui plonge la France dans le malheur. 1870-1914-1940.”

Davon ausgehend analysiert er die aktuelle internationale Situation und kommt zu dem Schluß, daß die größte aktuelle Gefahr von der Sowjetunion ausgehe. Das deutsche Problem könne daher mit drei zentralen Fragen beschrieben werden:

1. Welche Pläne hat die UdSSR mit Deutschland?
 2. Will Deutschland auf die russischen Absichten eingehen?
 3. Wie kann eine neue deutsch-russische Allianz vermieden werden, ohne daß Deutschland über Gebühr von der Uneinigkeit der Siegermächte profitiert?
- In Beantwortung der ersten Frage glaubt der Autor davon ausgehen zu können, daß die UdSSR versuche, Deutschland als Alliierten zu gewinnen. Anreiz für ein kommunistisches Deutschland könne beispielsweise das Versprechen der politischen Einheit oder aber die Rückgabe besetzter polnischer Gebiete sein. Die zweite Frage wird weniger sicher beantwortet; der Autor geht davon aus, daß eine von ihm unterstellte deutsche Wankelmütigkeit und Unzuverlässigkeit kein sicheres Bollwerk gegen die kommunistische Versuchung sein können. “Les Allemands sont souples et savent être opportunistes. (...) Les Allemands n'ont pas la passion de la liberté, ils préfèrent un régime d'autorité. (...)”

En conclusion: les Allemands peuvent être tentés de jouer la carte russe et communiste pour des raisons d'intérêt national, s'ajoutant à l'attraction que le système communiste lui-même peut exercer sur eux.”

Vor diesem Hintergrund wird schließlich die Position erörtert, die Frankreich gegenüber Deutschland einnehmen solle. Eine erste Maxime für die französische Politik müsse es sein zu verhindern, daß Deutschland unter sowjetischen Einfluß gerate und so zum UdSSR-Alliierten werde. Eine zu starke Unterstützung und Stärkung Deutschlands enthalte andererseits die Gefahr, daß Deutschland die Zugeständnisse Frankreichs ausnütze, um schließlich doch zur Sowjetunion überzuschnellen.

“Ce risque est réel; il faut lui accorder une attention particulière et, pour se prémunir contre lui, il faut prendre certaines précautions, notamment conserver certains moyens de pression et d'actions efficaces.”

Dies ist schon eine Aussage für Frankreichs politisches Vorgehen, für das jedoch die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands Voraussetzung ist.

Die Hauptforderungen der französischen Deutschlandpolitik lassen sich anhand des Textes wie folgt thesenartig zusammenfassen:

- ein einheitliches Deutschland muß föderativ organisiert werden;
- eine zukünftige deutsche Regierung darf nur in von den Alliierten gestellten Rahmenbedingungen arbeiten;
- Reparationszahlungen müssen über einen 10- bis 20-jährigen Zeitraum in einem erträglichen und realistischen Maß beibehalten werden;
- es darf keine deutsche Wiederbewaffnung geben, die alliierte Besatzung ist bis zur endgültigen Stabilisierung aufrechtzuerhalten;
- Deutschland muß in die internationale Gemeinschaft zurückkehren, bleibt dabei jedoch einer supranationalen Kontrolle unterworfen.

Umstritten scheint allerdings das konkrete politische Vorgehen gewesen zu sein, das nötig war, um die definierten Ziele zu realisieren. Der Autor wirft Frankreich vor, eine zu zögernde und zu wenig selbstbewußte Deutschlandpolitik zu betreiben. Im Vergleich mit England und Amerika werde dieser Mangel an Initiative, Engagement und Geschicklichkeit besonders deutlich.

“En matière internationale, ils ‘les Français’ réagissent trop tard et, quand ils ont compris, ils hésitent à tirer les conséquences pratiques des constatations qu'ils ont faites. (...)”

Tout en ayant leurs défauts, nos alliés anglo-saxons, plus rapides et plus larges, nous sont à cet égard supérieurs. (...)”

Dans cette difficile partie dont l'Allemagne sera l'enjeu, il faudra beaucoup, d'imagination, d'initiative et d'adresse. Puissions-nous, nous Français, aider nos alliés et ne pas les entraver et les retarder simplement pour garder de vaines apparences et donner satisfaction aux préjugés de notre opinion.”

Gleichezeitig behält der Autor immer die Garantie der französischen Sicherheit im Auge. Neben Amerika sieht er v. a. ein geeintes Europa und ein wiedererstarktes Frankreich als Garanten dieser Sicherheit an.

Ein französisches Wiedererstarken scheint jedoch angesichts der innenpolitischen Lage nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich. Der relativ hohe Anteil

organisierter Kommunisten, eine von den strukturellen Nachkriegsproblemen entmutigte Bevölkerung sowie die innerparteilichen Zwistigkeiten machten es Robert Schumann nicht leicht, christdemokratische Politik durchzusetzen.

Die französische Equipe der NEI bemühte sich, konkrete Vorschläge zur Lösung des deutschen Problems auszuarbeiten, die Arbeit des Luxemburger Kongresses kann es hingegen nur sein, diesen Problemkreis zu erörtern und Denkanstöße zu geben. Die reale Umsetzung christlich-demokratischer Perspektiven trifft oftmals auf vielfältige Schwierigkeiten in den verschiedenen Mitgliedsländern.

Zusammenfassend muß für die französische Politik ein deutlicher Widerspruch zwischen dem Willen zum Wiederaufbau Deutschlands einerseits und einer Furcht von einem zu stark werdenden Deutschland andererseits festgehalten werden. Der Kongreß bot Gelegenheit, diese Grundsätze zu formulieren und mit anderen, v. a. den deutschen Vorstellungen zu vergleichen, um so langfristig zu einer Angleichung der Interessen zu gelangen.

Etwa gleichzeitig mit dem Luxemburger Kongreß veröffentlicht die französische Regierung eine Stellungnahme zum Bericht der Internationalen Handelskammer, der den Kongreßteilnehmern zugänglich gemacht wurde.³⁹

Einige kurze Zitate sollen abschließend zeigen, wie beträchtlich die Unterschiede zwischen den oftmals idealistischen Forderungen der NEI und der realen Politik der (christ-demokratisch geführten!) französischen Regierung waren.

"Du point de vue commercial (...) l'économie allemande est, en effet, plutôt concurrente que complémentaire de celle de la France. (...)

Du point de vue politique, enfin, la restauration de l'économie allemande constituerait une menace intolérable pour la sécurité de l'Allemagne, ruinée par la guerre, ne peut être favorisée. (...)

Les conclusions de la Chambre de Commerce sont en contradictions avec l'intérêt de la France ... aillent à la reconstruction de l'Allemagne, plutôt qu'à la sienne propre."

2. Die europäische Neuordnung

Die Politik der europäischen Integration, deren Wurzeln bei der extensiven Auslegung bis ins Mittelalter zurückreichen,⁴⁰ fand nach 1945 eine Situation vor, deren Begleitumstände nicht mit früheren Ausgangspositionen vergleichbar waren.

Niemals zuvor hatte es in der Geschichte der europäischen Einigungsversuche einen so radikalen Einschnitt gegeben, der auf Grund der globalen Entscheidung von 1945 die Notwendigkeit und die Chancen eines Neubeginns darstellte.

Die Realisierungsmöglichkeit beschränkte sich zwar auf den kleineren Rahmen Westeuropas, konnte jedoch auf die Erfahrungen eines gemeinsamen Widerstandes gegen Nationalsozialismus und Faschismus zurückgreifen und im Sinne der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion das verzweigte Einigungspotential zusammenfassen.⁴¹

Darüber hinaus wuchs seit Kriegsende in vielen Ländern eine breite Europa-Bewegung, die ein eher emotionales Bedürfnis nach Einigung verkörperte.

Diese Chancen zu einem "Wiederaufbau mit den günstigen Möglichkeiten zur Modernisierung und Industrialisierung, der die traditionellen Formen nationalstaatlicher Kooperation erzwingt"⁴² lag in vielen europäischen Ländern in der Hand der christlichen Demokratie, die faktisch die einzige große "europäische" Partei darstellte.⁴³

Im folgenden soll dargestellt werden, welche Motivationen und Antriebskräfte die Christdemokraten in den NEI bewegten, welche Grundwerte sie für Europa verwirklicht sehen wollten und wie sie sich eine Realisierung dieses Europas vorstellten.

2/a. Die politische Neuordnung

"L'ère des nations est finie en Europe – voici venir celle des fédérations."⁴⁴

Dieser programmatische Ausspruch des jungen französischen NEI-Mitgliedes Pierre Belleville stellt die radikalste und am weitesten gehende Forderung für den europäischen Integrationsprozeß dar, der v. a. in den Anfangsjahren gestellt wurde. Sie zielte auf die Errichtung eines föderativen europäischen Bundesstaates, der mit einem gemeinsamen Parlament mit zentraler Gesetzgebungskompetenz, zentraler Regierung sowie gesamt-europäischer Judikative und Exekutive zu den "Vereinigten Staaten von Europa" werden sollte.

Innerhalb der NEI scheint die föderative Lösung v. a. von deutscher Seite vertreten worden zu sein. So formulierte Konrad Adenauer 1948 auf dem Luxemburger Kongreß⁴⁵ den "Gedanken einer europäischen Föderation" in einem geeinten Europa, Bruno Dörpinghaus sprach 1950 in einem Brief an Robert Bichet von einem "föderativ aufgebauten Europa, das unser aller Ziel ist".⁴⁶

Die Einrichtung einer mit eindeutigen Kompetenzen ausgestatteten europäischen Regierung scheiterte jedoch v. a. an Großbritannien, das auf seiner Eigenständigkeit und Unabhängigkeit beharrte. Diese streng autonome Haltung wird in einem Exposé aus dem Jahre 1953 deutlich, das unter dem Titel "La Grande-Bretagne et le Commonwealth"⁴⁷ jeden Föderalismus ablehnte, der die Existenz des Commonwealth gefährden könne.

In einer Hierarchie der englischen Interessen steht Europa somit immer hinter dem außereuropäischen englischen Engagement.

"On ne peut pas permettre au Commonwealth de se briser. Et cela veut dire que ce pays ne peut pas s'enrouler dans une Fédération Européenne.

Notre appartenance au Commonwealth britannique et sa conservation doivent être la pierre de touche de notre politique étrangère et impériale."

Die kontinentaleuropäischen Nationen waren sich dagegen weitgehend einig, die Integration voranzutreiben, wenn auch – abgesehen von der Ablehnung des föderativen Modells – das anzustrebende Endziel und die zu verwendende Methode noch unbestimmt waren.

Einigkeit bestand ebenfalls über die Grundwerte, die für ein künftiges geeintes Europa Geltung haben sollten. Diese Werte werden von den NEI an verschiedenen Stellen definiert⁴⁸ und können in wenigen Punkten zusammengefaßt werden.

Es handelt sich um die auf die französische Verfassung von 1791 zurückgehenden Menschenrechte und Grundrechte im sozialen Bereich, die im Laufe des 19. Jahrhunderts den Menschenrechten hinzugefügt worden waren. Im hier besonders betonten christlichen Sinn beinhalten diese auch die Konfessions- bzw. Privatschulfreiheit sowie das Prinzip der Subsidiarität, das zu den Grundelementen der christlichen Demokratie gezählt werden muß. Darüber hinaus wird sehr unbestimmt die "Ideenwelt eines christlichen Humanismus" in einem gesamteuropäischen Gefüge, das sich von den "veralteten Einkreisungsvorstellungen" abgekehrt hat, beschworen, ohne diese Formel jedoch mit konkreten Inhalten zu füllen. Wie schon angedeutet wurde, bleibt es weitgehend bei einer abstrakten Vorstellung von einem geeinten Europa, ohne daß jedoch die NEI hierzu konkrete Vorschläge oder Anregungen ausgearbeitet hätten.

Auch die Analyse der für dieses Ziel verwendeten Begriffe gibt keine klare Auskunft über die konkrete Verwirklichung. Es bleibt bei Formulierungen wie "la construction de l'Europe", "l'Europe unie", "l'intégration européenne", "l'unification européenne", "la renaissance de l'Europe", ...

Während die NEI keine direkten Initiativen ergriffen und möglicherweise nicht ergreifen konnten,⁴⁹ reagierten sie aber auf die verschiedenen Anläufe zur Errichtung europäischer Organisationen bzw. zur sektoralen Integration. In dem hier dargestellten Zeitraum handelt es sich dabei um den Europarat, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Im Gegensatz zur grundsätzlichen Abkehr der NEI von der Idee eines europäischen, föderativen Bundesstaates läßt sich in der Beurteilung des Europarates der Wunsch nach einem mit konkreten Kompetenzen ausgestatteten europäischen Organ erkennen.

Vor dem Beschluß zur Gründung des Europarates (28.1.1949) hatten sich die NEI in der Resolution zum Haager Kongreß (September 1948) für ein rein beratendes Gremium ohne exekutive oder legislative Vollmachten ausgesprochen.

„Aussi se prononcent-elles ‚NEI‘ pour la convocation d'une assemblée européenne, étant entendu que cette assemblée sera purement consultative sans pouvoir d'exécution, ni de législation.“⁵⁰

Im April 1950 äußerten sie sich in der Sorrenter Resolution zugunsten einer derartigen Autorität und verlangten diese für den Europarat.

„Les NEI ... souhaitent ... que le Conseil de l'Europe institue au plus tôt une autorité politique européenne dotée d'un pouvoir effectif.“⁵¹

In diesem grundsätzlichen Gegensatz zwischen der Forderung nach einer überstaatlichen Instanz und dem Beharren auf voller staatlicher Autonomie konnte in Form eines "europäischen supranationalen Funktionalismus"⁵² ein Kompromiß erreicht werden. Dieser von Jean Monnet und Robert Schuman forcierte Ansatz geht davon aus, daß die Einzelstaaten nicht ihre gesamte Souveränität an eine supranationale Institution verlieren, sondern nur einen eng begrenzten Teil abtreten.

Der im Mai 1950 durch Robert Schuman vorgelegte Plan sah ein derartiges Vorgehen für den zentralen Bereich der Kohle- und Stahlproduktion vor. Die NEI erkannten diesen über die rein wirtschaftlichen Fragen hinausgehenden Aspekt

des Schuman-Planes und begrüßten diese Chance zu einer sektoralen Integration. Die Resolution des 1951 in Bad Ems abgehaltenen Kongresses vermerkt dazu:

„... attend avec confiance la réalisation des prochains objectifs de l'intégration européenne... notamment l'adaptation rapide par les parlements nationaux de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.“⁵³

Noch deutlicher äußerte sich bei dieser Gelegenheit Heinrich von Brentano in seiner Rede.

„Ce traité représente une étape particulièrement essentielle sur le chemin de l'Union européenne.“

On y transfère, pour la première fois, des droits de souveraineté à une Haute Autorité supranationale. Pour la première fois ... un organe politique européen peut prendre des décisions.“⁵⁴

Auch die EVG wurde in diesem Sinne als Möglichkeit einer sektoralen Integration angesehen, die eine weitere Säule für eine zukünftige "Politische Gemeinschaft" darstellen sollte.

Das Scheitern der EVG im Jahr 1954 zog neben den militärischen Konsequenzen v. a. einen Vertrauensverlust und eine zunehmende Skepsis der Völker Europas gegenüber der europäischen Integration nach sich, was von den NEI besonders bedauert wurde:

„Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß nach dem Scheitern der EVG ... in den Völkern Europas die Skepsis, ob es wirklich zu einem Fortschritt auf dem Weg zu der Integration Europas kommt, sehr gewachsen ist.“⁵⁵

Das Nichtzustandekommen der EVG bedeutete – trotz der teilweisen Kompensation durch die Römischen Verträge – einen schweren Rückschlag auf dem Weg zu einer politisch tatsächlich integrierten "Europäischen Gemeinschaft".

Zusammenfassend muß als elementares Problem der politischen Neuordnung die Souveränität des einzelnen Staates angesehen werden.

Die NEI beschäftigten sich auf ihrem Kongreß 1953 in Tours ausführlich mit dieser Problematik und versuchten, zwischen den zuwiderlaufenden Positionen zu vermitteln. Ein konkretes Ergebnis konnte jedoch nicht erreicht werden, auch wenn sich die Mehrzahl der Teilnehmer für die Schaffung einer politischen "Europäischen Gemeinschaft" aussprach.

Die Resolution stellte abschließend fest:

„Les NEI veilleront à ce que, d'une part, les tâches européennes étant précisées, les organes de la Communauté soient pourvus d'une Autorité à la mesure de ces tâches et que, d'autre part, les Etats conservent les prérogatives nécessaires à la gestion des intérêts qui demeurent leur domaine, ...“⁵⁶

Für den hier betrachteten Zeitraum muß somit der "supranationale Funktionalismus" als Chance zur sektoralen Integration angenommen werden.

2/b. Die wirtschaftliche Neuordnung

Die wirtschaftlichen Konzepte der europäischen christdemokratischen Parteien wurden im Rahmen der Gesamt-NEI nur relativ selten thematisiert.⁵⁷ Die NEI konnten als Parteiorganisation nicht wirtschaftspolitisch initiativ werden, dies blieb vielmehr den in ihnen organisierten politischen Mandatsträgern in den einzelnen Nationen vorbehalten.

Trotzdem wurden allgemeine wirtschaftspolitische Grundsätze der christlich-demokratischen Parteien formuliert, die im folgenden referiert werden sollen. Darüber hinaus muß die Reaktion der NEI auf Wirtschaftsentwicklungen und einzelne Ereignisse dargestellt werden.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der ökonomischen Entwicklung Deutschlands und ihrer Beurteilung aus französischer Sicht.

Die sicherlich am weitesten reichende Initiative der frühen Nachkriegszeit war der Schuman-Plan, hinter dem weitere Zusammenschlüsse, wie etwa die Benelux-Union oder der Europäische Wirtschaftsrat, zurückstehen.

Die wirtschaftspolitischen Maximen der europäischen Christdemokratie werden an verschiedenen Stellen angesprochen⁵⁸ und können in einigen Punkten zusammengefaßt werden.

Als Hauptziel dieser Wirtschaftspolitik muß das "Bien-être de l'homme", d. h. die Sicherung der Grundbedürfnisse des Menschen und darüber hinaus die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards, angesehen werden.

Dieses Ziel soll mit einer privatwirtschaftlich orientierten Politik erreicht werden, die sich sowohl gegen die Mängel eines schrankenlosen Liberalismus wie auch gegen einen eingehenden staatlichen Dirigismus ausspricht. Zwischen diesen beiden Extremen soll durch eine behutsame staatliche Zielsetzung eine menschliche, soziale Wirtschaftspolitik verwirklicht werden, deren Endziel ein gemeinsamer, europäischer Markt in einer internationalen Kooperation darstellt. Expansion und Wirtschaftswachstum werden dabei als Möglichkeit zur Vollbeschäftigung angesehen.

In Fragen der unternehmerischen Mitbestimmung wird das Montanmitbestimmungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Mai 1951 als vorbildhaft angesehen.

Die Analyse dieser kurz skizzierten wirtschaftspolitischen Leitlinien zeigt, daß diese weitgehend dem in der Bundesrepublik vertretenen Prinzip der sozialen Marktwirtschaft folgen.

Bevor allerdings die deutsche Wirtschaftsordnung durch Ludwig Erhard durchgesetzt werden konnte, war es zu einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit über die Zukunft der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Im Vorfeld des Luxemburger Kongresses vom Januar 1948 stellte die französische Regierung ihre Haltung zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands deutlich dar.⁵⁹

Es handelt sich um die Stellungnahme der französischen Regierung zu einem Bericht der Internationalen Handelskammer, die ein Ankurbeln der deutschen

Wirtschaft durch großzügige und vorteilhafte Konditionen der Siegermächte gefordert hatte.

Frankreich sah dadurch jedoch die eigenen ökonomischen Chancen gefährdet, für die Deutschland eine ernstzunehmende Konkurrenz darstellte.

"Du point de vue commercial, ..., l'économie allemande est, en effet, plutôt concurrente que complémentaire de celle de la France, et notre pays n'a pas les mêmes raisons de souhaiter un relèvement inconditionné d'activités rivales des siennes propres."

Neben der Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen werden auch Bedenken gegenüber den politischen Konsequenzen deutlich. Frankreich befürchtete auch hier — ebenso wie diese Einwände schon bei der Darstellung des deutschen Problems aufgezeigt wurden —, daß durch die Wiederlegung einer gewissen wirtschaftlichen Potenz die französische Sicherheit bedroht werde.

"Du point de vue politique, enfin, la restauration de l'économie allemande reconstituerait une menace intolérable pour que la sécurité de notre pays, qui, selon les déclarations souvent répétées du Gouvernement Français, est la préoccupation dominante de la politique française, en Allemagne."

Dies zeigt, daß auch die christdemokratische Regierung unter Robert Schuman (24.11.1947 — 19.07.1948) noch weitgehend von einem tiefen Mißtrauen gegenüber Deutschland geprägt war.

Die Luxemburger Resolution geht schon von einer notwendigen Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in ein europäisches Konzept aus, besteht aber noch auf einer internationalen Kontrolle, die einen Mißbrauch für militärische Absichten ausschließen soll.

"Intégrée dans le plan économique européen, l'économie allemande doit contribuer à l'équilibre de l'économie européenne. Contrôlée (plus spécialement dans la Ruhr, fournisseur indispensable de l'Europe entière) elle doit prévenir toute possibilité de réarmement, afin que l'Allemagne ne puisse jamais redevenir un danger militaire pour ses voisins."⁶⁰

Diese Element der Kontrolle einer ansonsten weitgehend gleichberechtigten deutschen Wirtschaftsentwicklung fand in stark modifizierter Form seine Verwirklichung in dem am 9. Mai 1950 öffentlich bekanntgegebenen Schuman-Plan. Die erste Reaktion der NEI auf diesen Plan des französischen Außenministers, der die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorsah,⁶¹ findet sich in einer Resolution der NEI-Jugendorganisation vom 30. Juni 1950.

"Die internationale Sektion der Jugend der NEI geht von der Überlegung aus, daß der Schuman-Plan in seinem hauptsächlichen politischen Endziel niemals zu einer Befriedigung und Stabilisierung Europas führen kann, wenn man nicht die europäischen Völker zu diesem hohen Ideal bekehren kann und die psychologischen Schwierigkeiten im besonderen in den industriellen Gegenden überwinden kann."⁶²

Diese erste Stellungnahme bezeugt schon ein Charakteristikum, das bei der Beurteilung der EGKS immer wieder ins Auge fällt: das Projekt wird in erster Linie als Politikum angesehen, der zunächst wirtschaftspolitische Ansatz wird zumeist nur von Fachleuten erörtert. Untypisch ist allerdings die in der Resolution er-

kennbare Skepsis gegenüber dem Plan. Das Exekutivkomitee der NEI, das am 1./2. Juli 1950 in Paris tagte, äußerte sich sehr viel zuversichtlicher und optimistischer, unterstrich aber ebenfalls v. a. die politische Bedeutung des Planes. "C'est d'abord un plan de paix entre la France et l'Allemagne. C'est aussi un plan d'organisation de l'Europe."⁶³

Besonders die französische Equipe begrüßte in einer eigenen Stellungnahme die Initiative ihres Parteifreundes.

Einschränkend wurde jedoch die ablehnende Haltung Großbritanniens bedauert, die den vollen Erfolg des Projekts gefährden könnte.

Diese positive Einstellung zum Schuman-Plan blieb für die NEI in den folgenden Jahren gültig.

Nachdem Großbritannien diesen Plan endgültig abgelehnt und sich primär auf das Commonwealth fixiert hatte, verfolgten die NEI die Pariser Verhandlungen, die Vertragsunterzeichnung bis zum Inkrafttreten des Vertrages am 25. Juli 1952 wohlwollend und unterstrichen die Bedeutung des Projekts für die Entwicklung der europäischen Integration.

Erst beim Freiburger Kongreß (1952), als die Hohe Behörde der Montanunion ihre Arbeit im August 1952 aufgenommen hatte, meldete sich die deutsche Equipe mit einigen kritischen Anmerkungen zu Wort. Unter dem Titel "Soziale Seiten des Schumanplans"⁶⁴ wiesen sie nachdrücklich auf die möglichen Gefahren einer überstaatlichen Technokratie hin, wenn sich nicht alle Organe der Ge-

meinschaft streng an die vereinbarten Vorschriften hielten.

Weiterhin wurde die Verantwortung der Hohen Behörde bei eventuellen langfristigen Strukturwandlungen, bei der angestrebten Freizügigkeit für die Arbeitnehmer sowie bei der Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der beteiligten Länder betont.

Das weitgehend erfolgreiche und problemlose Funktionieren der Montanunion führte dazu, daß die EGKS in den nachfolgenden Jahren immer wieder als Beispiel für eine gelungene europäische Integration angeführt wurde.⁶⁵

Diese Beispielhaftigkeit, mit der die Montanunion bewiesen hatte, daß eine supranationale Autorität den europäischen Gedanken erfolgreich verwirklichen konnte, ist eines der zentralen Elemente, die bei der Beschäftigung mit dem Schuman-Plan immer wieder auffallen.

Die NEI sahen in ihm ihre Grundauffassung bestätigt und fühlten sich ermutigt, auch weiterhin den Prozeß der europäischen Integration nach dem Modell der hier verwirklichten supranationalen Autorität zu verfolgen.

Einschränkend muß für die Folgezeit jedoch berücksichtigt werden, daß das nächste Projekt, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die ähnlich organisiert war, scheiterte. Am Ende des hier betrachteten Zeitraums weitete sich der Blickwinkel der NEI von der Sicherung der wirtschaftlichen Grundbedürfnisse, die anfangs im Mittelpunkt gestanden hatten, hin zur Einbeziehung der Atomenergie und der immer weiter fortschreitenden Elektronik.

Darüber hinaus blieb der gemeinsame europäische Markt ein zentrales wirtschaftspolitisches Ziel der NEI.⁶⁶

Er hatte v. a. die völlige zwischenstaatliche Liberalisierung, die Aufhebung der Schutzzölle, das monetäre Gleichgewicht, den freien Kapitalmarkt sowie die Errichtung einer übernationalen Behörde zum Ziel, die diese Freiheiten garantieren sollte.

Diese Forderungen implizierten jedoch eine so grundsätzliche Umstrukturierung der europäischen Wirtschaftsordnung, daß dieses ehrgeizige Ziel der NEI und anderer europäischer Organisationen auch dreißig Jahre später noch nicht verwirklicht ist.

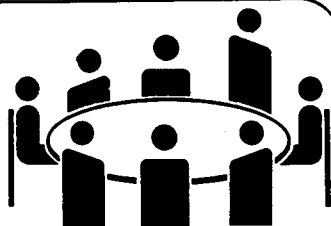
Zusammenfassend muß der Schuman-Plan in der Beurteilung der NEI als das zentrale Element der wirtschaftlichen Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg angesehen werden. In ihm waren grundsätzliche christdemokratische Positionen enthalten, und sein Erfolg wurde als Beweis für die Richtigkeit dieser wirtschaftspolitischen Orientierung angesehen.

2/c. Die soziale Neuordnung

Die Neugestaltung Europas im Sinne der christdemokratischen Parteien beinhaltete neben dem politischen und dem wirtschaftlichen Faktor auch einen damit sehr eng verbundenen sozialen Aspekt.

Da es sich hierbei um eine Problematik handelt, die insbesondere für den Verband christlicher Parteien von zentraler Bedeutung zu sein scheint, mag es ver-

Seminar Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des "Drumherum", hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referatensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen,
Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320.**

wundern, daß sich die NEI an keiner Stelle programmatisch zu diesem Problemkreis geäußert haben. Das Fehlen eines einheitlichen Sozialprogramms könnte sich jedoch aus der Tatsache erklären, daß eine weitgehende Einigkeit über die Notwendigkeit des Engagements und über die sozialpolitische Zielsetzung herrschte. Die Grundsätze der christlichen Ethik, der sich alle in den NEI vertretenen Personen verpflichtet fühlten, müssen daher als Grundlage für jedes sozialpolitische Handeln angesehen werden.

"Es geht meines Erachtens weniger darum, eine christlich-demokratische Lehre zu entwickeln. Diese Lehre ist an sich schon mit der christlichen Ethik selbst gegeben und durch die christlichen Sozialwissenschaftler aller Länder sehr stark entwickelt worden."⁶⁷

Darüber hinaus wurde in der gezielten Sozialpolitik eine Möglichkeit gesehen, systemstabilisierend zu wirken und so den oftmals verführerischen Anreizen sozialistischer oder kommunistischer Politik entgegenzuwirken.

"Nous sommes convaincus de fournir une contribution fondamentale à la justice sociale avec cette politique émanant de l'esprit chrétien pour la conservation de la paix intérieure et par cela pour la défense de l'Europe contre le péril bolcheviste."⁶⁸

Die nationalen Parteien verfolgten gemäß diesen Grundsätzen weitgehend unabhängig voneinander und unabhängig von einer starren doktrinen Fixierung eine auf die spezifischen Bedürfnisse ihrer Länder ausgerichtete Sozialpolitik, deren jeweilige Verwirklichung in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen nicht ausführlich dargestellt werden kann. Es soll im folgenden vielmehr versucht werden, die vereinzelt, v. a. im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik, erwähnten sozialpolitischen Konzeptionen der NEI zusammenzufassen.

Die Sozialpolitik der europäischen Länder in den ersten Jahren der NEI war vornehmlich von der Linderung der akuten Not der Nachkriegszeit geprägt. Dies traf in besonderer Weise für Deutschland zu, dessen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln einer Überlebenshilfe gleichkam, die in der Resolution des Luxemburger Kongresses bereits 1948 gefordert wurde.

Eng verbunden mit dieser Problematik ist auch die Flüchtlingsfrage, die die deutsche Sozialpolitik der Nachkriegsjahre vor immense Probleme gestellt hat. Die französische Equipe betonte in einem auf dem Haager Kongreß (September 1948) angenommenen Antrag die Solidarität der NEI mit allen Flüchtlingen; die Hauptverantwortung und die Handlungsnotwendigkeit lag jedoch in erster Linie bei den deutschen Behörden.

"La délégation française présente la motion suivante: 'Les NEI affirment leur solidarité avec toutes les personnes déplacées par suite de persécution et décident de mettre tout en oeuvre dans un esprit de solidarité pour que tous les remèdes efficaces soient adoptés à leur douloureuse situation...'⁶⁹

Es wäre sicherlich verfehlt, in diesem Antrag schon ein Einschwenken der französischen Christdemokraten auf dem Weg der Annäherung an Deutschland zu sehen; es bleibt jedoch beachtenswert, wie früh sich die französische Equipe für ein spezifisch deutsches Problem interessiert und engagiert hat. Wie bereits erwähnt wurde, standen die sozialpolitischen Konzeptionen der europäischen

Christdemokraten in einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Prosperität und Wachstum als unabdingbare Voraussetzung jeder sozialpolitischen Betätigung angesehen wurden. Gleichzeitig wurde aber auch die prinzipielle Vorrangstellung des Menschen vor den wirtschaftlichen Interessen betont.

"L'axiome de base de la doctrine sociale chrétienne est le primat de la personne humaine, c'est-à-dire la primauté de l'humain sur l'économie."⁷⁰

"Il est juste qu'une bonne politique d'économie nationale est l'hypothèse pour une bonne politique sociale. (...) D'après la conception social chrétienne l'homme est l'être central aussi au point de vue de l'économie."⁷¹

Die Umsetzung dieses Grundsatzes führte zu den konkreten Forderungen nach Vollbeschäftigung, gewerkschaftlicher Mitbestimmung, freier Berufswahl, Sicherung des Mindestlohnes, Freizügigkeit zwischen den europäischen Ländern sowie nach der Vermeidung einer übergroßen industriellen Konzentration, die zur Proletarisierung hätte führen müssen.⁷²

Die allgemeine Sozialpolitik im weiteren Sinne, d. h. nicht im unmittelbaren Bezug zu Wirtschaftsfragen, ging von der Idee der sozialen Gerechtigkeit als Grundlage für den Umgang unter Menschen und Nationen aus.⁷³

"Nous croyons enlever avec une telle politique de justice sociale pour l'homme non seulement la tentation aux appels bolchévistes mais aussi le rendre fort qu'ils gardent la conscience de la dignité humaine et agissent conformément à leurs idées politiques."⁷⁴

Daraus ergab sich die konkrete Aufgabenstellung einer Verbesserung des Lebensstandards etwa durch die Sicherung und die stetige Erhöhung des Einkommens, durch angemessene soziale Sicherung beispielsweise im Bereich der Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge sowie durch die Schaffung neuen Eigentums, vornehmlich im Bereich des Wohnungsbaus.⁷⁵

Über die Prämissen dieser Projekte bestand unter den europäischen christdemokratischen Parteien eine unangefochtene Einigkeit. Niemand, auch nicht die als "marxistisch" diffamierte MRP-Delegation,⁷⁶ kritisierte oder bezweifelte den Grundsatz der Subsidiarität, die die Eigenverantwortung, die Selbstbestimmung und -hilfe höher bewertete als einen staatlichen Eingriff, der rasch zu Bevormundung und Kollektivierung führen kann.

Gleichzeitig bestand jedoch Einigkeit darüber, daß diese Ziele nur in einem durch den Staat geschützten Rahmen verwirklicht werden konnten, in dem auch Solidarität gegenüber Schwächeren, Christlichkeit ... gewährleistet waren. Unangestastet blieben darüber hinaus die Eigentumsrechte, die in der christlichen Ethik untrennbar mit der sich aus ihnen ergebenden sozialen Verantwortung verbunden sind.

Die so umrissenen Prinzipien und Zielsetzungen der sozialen Neugestaltung Europas im Sinne der NEI-Mitglieder konnten nur durch die jeweiligen Equipen in ihren Ländern in konkrete Politik umgesetzt werden. Erst die Bewertung und die Reaktion auf diese Umsetzungen fallen wieder in den hier zugrundegelegten Untersuchungsrahmen der internationalen Zusammenarbeit.

Als Beispiel für die weitgehende Verwirklichung der christdemokratischen Forderungen wies Benvenuti⁷⁷ auf die Bundesrepublik hin, deren Gesetze zur Mon-

tanmitbestimmung, zum Lastenausgleich ... sowie zu deren Wirtschaftskonzeption der sozialen Marktwirtschaft als sozialpolitische Erfolge angesehen werden müßten.

Über diese Errungenschaften hinaus bleiben die NEI weiterhin darauf bedacht, langfristig eine größtmögliche Einheit Europas zu erreichen.

"... unsere Hauptfunktion nicht darin besteht, das ererbte Sozialgebäude auszubessern, aber es vielmehr entsprechend dem Zweck, dem es dienen soll, von Grund auf zu erneuern."⁷⁸

Dabei ging man von der Hoffnung aus, daß es nach Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit leichter sein werde, auch das noch immer erhoffte Endziel eines politisch geeigneten Europas zu erreichen.⁷⁹

3. Das deutsch-französische Verhältnis

Nachdem im voranstehenden Kapitel die gesamteuropäischen Konzeptionen der NEI vorgestellt wurden, wendet sich die Darstellung im folgenden dem bilateralen Verhältnis zwischen den europäischen Kernländern Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu.

Das Verhältnis beider Staaten zueinander war seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer dauerhaften, systematisch geschürten "Erbfeindschaft" bestimmt, die durch drei Kriege (1870/71; 1914 – 18; 1940 – 45) im Gedächtnis aller Generationen fest verwurzelt war.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, welcher hoher Stellenwert dem deutsch-französischen Verhältnis in einem zukünftigen Europa eingeräumt werden mußte. Es handelt sich bei dieser Beziehung um ein zentrales Thema, dessen Behandlung über den gesamten hier dargestellten Zeitraum kontinuierlich verfolgt werden kann.

Das nachstehende Kapitel stellt die verschiedenen Formen dar, in denen sich die NEI dieses Problems angenommen haben, weist darüber hinaus bestehende Unstimmigkeiten nach und beleuchtet die Rolle der NEI für die deutsch-französische Annäherung.

Die Auseinandersetzungen mit den deutsch-französischen Beziehungen im Rahmen der NEI verliefen auf vier Ebenen:

1. Veranstaltungen, die sich ausschließlich diesem Problemkreis widmeten (Schluchsee, Royaumont 1950),
2. Veranstaltungen, die sich u. a. mit diesem Komplex beschäftigten (Luxemburg 1948, Bad Ems 1951),
3. Reden und Exposés,
4. pauschalisierte Grundüberzeugungen.

ad 1. Die Jugendorganisation der NEI widmete sich 1950 in zwei Wochenendbegegnungen zwischen Deutschen und Franzosen dem Verhältnis ihrer Länder zueinander.⁸⁰

Beide Veranstaltungen dienten in erster Linie dem persönlichen Kennenlernen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen jüngeren Generation

und dem direkten Meinungsaustausch. Obwohl sich die Delegationen rasch über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele einigten, ist anfangs auf französischer Seite noch ein gewisses Mißtrauen gegenüber Deutschland zu erkennen.

"Les Français n'ont pas hésité à dire nettement à leurs interlocuteurs que la responsabilité de trois guerres en 70 ans et la renaissance, dans la bouche des MM Schumacher et Dehler, du nationalisme de Bismarck et d'Hitler, ne pouvaient que provoquer en France un sentiment de méfiance et d'alerte..."⁸¹

In politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sind sich die Delegierten der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bewußt, die eine *conditio sine qua non* für die angestrebte europäische Einheit darstellt.

Als gemeinsames Ziel wird im Rahmen eines politisch und wirtschaftlich geeinten, demokratischen, dynamischen und offenen Europas angestrebt, das sich gegenüber den Großmächten behaupten kann.

"Cependant nous savons que l'unification économique aidera beaucoup à rapprocher les deux peuples de France et d'Allemagne. Si nous arrivons à trancher le problème économique, nous verrons que la fosse politique qui nous sépare n'est pas si profond. Nous devons agir si nous ne voulons pas que l'évolution qui vient de l'Est et aussi d'Amérique, nous devance."⁸²

ad 2. Im weitesten Sinne müssen auch die beiden NEI-Kongresse von 1948 in Luxemburg und 1951 in Bad Ems einbezogen werden in die Erörterung des deutsch-französischen Verhältnisses im Rahmen der NEI.

Der Luxemburger Kongreß beschäftigte sich explizit mit dem "Deutschen Problem" und setzte dabei einen deutlichen Schwerpunkt auf die französischen Interessen (s. o., Kap. VI.1). Dem Emser Kongreß kam durch die Wahl des Tagungsortes ein besonderer Symbolgehalt zu, der die Stellung Deutschlands innerhalb der NEI deutlich macht. Darüber hinaus sollte die Veranstaltung auch inhaltlich unter dem Zeichen der deutsch-französischen Annäherung stehen.

„Le congrès sera placé sous le signe de la réconciliation franco-allemande; lorsque cette réconciliation sera effective, l'Europe pourra se faire plus facilement.“⁸³

ad 3. Besondere Beachtung findet das deutsch-französische Verhältnis in drei Exposés bzw. Reden, die sich diesem Themenkomplex widmen. Es handelt sich um das schon dargestellte ungezeichnete Expöse "Le problème allemand et la France" (s. o., Kap. VI.1) vom 27.6.1948, den ebenfalls ungezeichneten Entwurf "Deutschland, Frankreich und Europa" von 1951⁸⁴ sowie den Redebeitrag Heinrich von Brentanos anläßlich des Kongresses in Tours 1953.⁸⁵ Die vergleichende Analyse dieser drei Dokumente ergibt zwei interessante Aspekte.

Eine skeptische, von Mißtrauen geprägte Haltung Frankreichs ist nur in dem frühesten Exposé von 1948 zu erkennen, in dem der französische Autor noch unsicher über die deutsche Entwicklung ist und in jedem Fall eine Wiederherstellung der französischen Machtposition als primäres Ziel ansieht. Eine derartige Grundhaltung ist in den späteren Dokumenten nicht mehr spürbar, da mittlerweile der Kurs der deutschen Politik deutlich geworden war und die Initiative

der Montanunion sowie der EVG das französische Mißtrauen weitgehend hatten schwinden lassen.

Darüber hinaus ist erkennbar, daß sich die Beschäftigung mit dem deutsch-französischen Verhältnis von einem eng bilateralen Problem ausdehnt auf die Beziehung der beiden Länder im europäischen Rahmen.

Diese beiden Dokumente von 1951 und 1953 betrachten nicht mehr ausschließlich die deutsch-französische Relation, sondern sie stellen diese in einen direkten Bezug zur gesamteuropäischen Entwicklung. Übereinstimmend kommen sie zu dem Ergebnis, daß die Versöhnung zwischen den beiden Staaten ein großes Ziel ist, das jedoch nicht um seiner selbst willen angestrebt werden muß, vielmehr wird die Aussöhnung als erster Schritt auf dem Weg zu einer weitergehenden europäischen Einigung angesehen, deren Kernstück sie sein soll.

"Tant que nous restons sur le plan des Etats, une véritable réconciliation franco-allemande pourrait être difficile. (...) Ce n'est pas une alliance franco-allemande qu'il nous faut mais un cadre politique commun Il nous faut une réconciliation générale."⁸⁶

ad 4. Die bislang dargestellten Überzeugungen von der Notwendigkeit des deutsch-französischen Ausgleichs und der darüber hinausgehenden Einbindung dieser Versöhnung in die neue Europakonzeption fanden ihren Ausdruck während des gesamten hier betrachteten Untersuchungszeitraums.

Die früheste Erwähnung findet sich in Adenauers Rede beim Luxemburger Kongreß 1948.

"... denn der Gedanke einer europäischen Föderation steht und fällt mit einer freundlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich."⁸⁷

Einige Jahre später griff Adenauer diesen Gedanken in Bad Ems wieder auf und betonte, daß es sich dabei um eine notwendige Voraussetzung für die europäische Integration handele.

"L'intégration politique de l'Europe ne regarde pas exclusivement la France et l'Allemagne. Il est bien évident que l'entente entre la France et l'Allemagne en est une condition première."⁸⁸

In ähnlicher Weise äußerten sich bei dieser Gelegenheit auch Henri Teitgen ("Un 'rapprochement' franco-allemand est évidemment désirable, ...")⁸⁹ und Heinrich von Brentano ("On a souvent dit que l'essence d'une union européenne résidait en un équilibre des contrastes entre la France et l'Allemagne.")⁹⁰

Auch in den späteren Jahren blieb das deutsch-französische Verhältnis für die NEI ein aktuelles Thema.

So schrieb beispielsweise der Niederländer W. J. Schuyt am 28.1.1954 an Dr. Konrad Kraske: "Grundsätzlich doch handelt es sich in der Europäischen Zusammenarbeit um ein neues Verständnis zwischen den Deutschen und den Franzosen."⁹¹

Der NEI-Präsident de Schryver nannte anlässlich des Brügger Kongresses als wichtiges Ziel "la réconciliation et l'entente entre la France et l'Allemagne, dans une atmosphère de compréhension et sur des bases durables. Sans la collaboration efficaces et mutuelles de ces deux, l'Europe ne peut se faire."⁹²

Neben diesen durchweg positiven Ansätzen, Aufrufen und Bekenntnissen darf je-

doch nicht übersehen werden, daß sich im Rahmen der NEI auch Unstimmigkeiten im deutsch-französischen Verhältnis zeigten.

In dem 1951 entstandenen Exposé "Deutschland, Frankreich und Europa" wird beklagt, daß Frankreich durch eine "besonders engherzige Deutschlandpolitik in bezug auf wesentliche Fragen des innerdeutschen Konsolidierungsprozesses wie auch in seiner starren Besatzungspolitik"⁹³ den deutschen Interessen nachhaltig schade.

Unstimmigkeiten werden auch in einem Brief deutlich, der innerhalb der deutschen Delegation am 6. 11. 1952 von Dr. Strickroth an den Kanzleramtsmitarbeiter Dr. Lenz gesandt wurde.⁹⁴ Er bezieht sich darin auf aktuelle Schwierigkeiten zwischen Paris und Bonn, ohne daß sich diese jedoch direkt auf die NEI beziehen.

Als letztes Beispiel sei auf die Vorbereitung des Kongresses von Tours hingewiesen, der terminlich mit den deutschen Bundestagswahlen kollidierte. Robert Bichet bedauerte, daß diese Terminüberschneidung unvermeidlich gewesen sei und hoffte trotzdem auf eine möglichst große deutsche Delegation. Aus einem Schreiben vom 10.8.1953 von Dr. Kraske an Dr. Lenz⁹⁵ geht jedoch hervor, daß eine Terminverschiebung um eine Woche möglich gewesen wäre, jedoch nicht im Interesse Bichets gelegen habe.

Trotz dieser Einschränkungen muß zusammenfassend festgehalten werden, daß die NEI eine interessante Rolle bei der Wiederherstellung der deutsch-französischen Beziehungen gespielt haben. Sie boten eine wichtige Kontaktmöglichkeit zwischen der deutschen christdemokratischen Regierung und einflußreichen französischen Persönlichkeiten.

In beiden Nationen nutzten sowohl Partei- wie auch Regierungsvertreter diese Möglichkeit, um die deutsch-französische Aussöhnung vorzubereiten und somit die traditionelle "Erbfeindschaft" erfolgreich abzubauen.

Unterhalb der offiziellen Regierungsebene muß den NEI dabei in einem eher informellen Bereich eine wichtige, bislang nicht berücksichtigte Rolle zuerkannt werden.

Es wäre sicherlich notwendig, diese sehr aufschlußreiche Entwicklung über den Zeitpunkt 1955 hinaus weiterzuverfolgen bis zum Abschluß des Freundschaftsvertrages 1963; dies würde jedoch über den hier zugrundegelegten Rahmen der Untersuchung hinausgehen.

4. Die Saarfrage

Innerhalb der hier vorgelegten Untersuchung, die den deutsch-französischen Beziehungen im Rahmen der NEI besondere Aufmerksamkeit widmet, darf eine Betrachtung des Saarproblems, das dieses Verhältnis bis 1957 fortwährend zu beeinträchtigen drohte, nicht versäumt werden.

Obwohl die Saarfrage im Rahmen der NEI nur selten und immer als zweitrangiges Problem behandelt wurde, können einige erhellende Aussagen zur NEI-Equipe des Saarlandes sowie zum Verhältnis Deutschlands zur Saar bzw. zu Frankreich gemacht werden.

Bei der am 16.9.1948 anlässlich des Haager NEI-Kongresses zustande gekommenen Sitzung des Comité Executif setzte sich Robert Bichet nachdrücklich für die Erlaubnis zur Errichtung einer saarländischen NEI-Equipe ein.

Auf Grund der ungeklärten Rechtslage des Saarlandes sollte diese zu gründende Equipe vorerst als Provisorium anerkannt werden und erst nach der endgültigen Entscheidung des Saarproblems einen definitiven Status erhalten.

Die Erlaubnis, eine derartige weitere Equipe einzurichten, wurde von allen Mitgliedern begrüßt und – wie das Protokoll eigens vermerkt⁹⁶ – besonders von Konrad Adenauer befürwortet. Die Gründung der NEI-Equipe im Saarland erfolgte schließlich am 6. März 1949 unter dem Vorsitz von Minister Erwin Müller,⁹⁷ der der profranzösischen Christlichen Volkspartei des Saarlandes (CVP) angehörte, die mit Johannes Hoffmann auch den Ministerpräsidenten stellte. Noch bevor die CVP am 9.12.1951 als korporative Mitglied in die NEI aufgenommen wurde, war die ausschließlich aus CVP-Mitgliedern bestehende Equipe schon seit 1949 als stimmberechtigtes Mitglied im Exekutivkomitee und in allen Ausschüssen vertreten und nahm mit relativ starken Delegationen an den NEI-Aktivitäten teil.

Nach der Wiedergründung der "Christlich-Demokratischen Union des Saarlandes" wandte sich diese am 14.3.1952 an die NEI, um ihre Gründung anzuzeigen und gleichzeitig die Aufnahme zu beantragen. Unter Berufung auf die NEI-Statuten, die eine gleichzeitige Mitgliedschaft zweier in einem Land konkurrierender Parteien nicht vorsahen, wurde dieser Antrag am 21.5.1952 beschieden.

"Les statuts des NEI précisent que seule peut exister une Equipe par pays. Dans la Sarre, l'Equipe est constituée d'un Parti démocrate chrétien, présidé par Monsieur Hoffmann. En conséquence, le C.E. m'a chargé de vous indiquer que dans l'état actuel de nos statuts, votre demande était irrécevable."⁹⁸

Die saarländische NEI-Equipe war also während des gesamten hier betrachteten Zeitraums von der profranzösisch orientierten CVP dominiert und verteidigte ihre Monopolstellung erfolgreich gegen die für die Rückkehr nach Deutschland eintretende Saar-CDU.

Diese Situation wirft die Frage nach dem gegenseitigen Verhältnis der saarländischen und der deutschen Equipe im Rahmen der NEI auf.

Die Existenz einer anerkannten, selbständigen NEI-Equipe des Saarlandes, die zudem noch von einer Partei gestellt wurde, die in der wichtigen Frage der staatlichen Zugehörigkeit des Saarlandes eine diametral entgegengesetzte Position vertrat, mußte bei der CDU einige Schwierigkeiten verursachen.

Nachdem Adenauer 1948 – wohl in einer Fehleinschätzung der Entwicklung – der Einrichtung einer NEI-Equipe Saar zugestimmt hatte (s. o.), kam es 1951 zu ersten Verwirrungen. In der Sitzung des CDU-Bundesparteivorstandes vom 6.9.1951⁹⁹ forderte Jakob Kaiser die Einladung von Vertretern der Saaropposition zum NEI-Kongreß in Bad Ems. Diese Anspielung auf die am 21.5.1951 verbundene Demokratische Partei Saar (DPS) muß sicherlich dahingehend interpretiert werden, daß es sich dabei um ein Signal handeln sollte, der CVP nicht den alleinigen Repräsentationsanspruch für das Saarland zu überlassen.

Eine deutliche Unsicherheit der deutschen Delegierten im Umgang mit ihren

Landsleuten aus dem Saarland ist in einem Brief von Dr. Strickrodt an den Kanzleramtsminister Dr. Lenz vom 6.11.1952 zu erkennen:

"Wir stehen aber innerhalb der NEI immer wieder vor der politischen Frage, wie wir uns zu den Saar-Delegierten verhalten sollen. (...) Nachdem die Verhältnisse sich mit der Hoffmann-Partei zugespitzt haben, weiß ich nicht recht, wie man deren Freunden innerhalb der NEI begegnen soll. Der dortige Rahmen läßt irgendwelche Proteste gegen die undemokratischen Zustände an der Saar und die mangelhafte Legitimation der Hoffmann-Partei kaum zu. Man würde also am besten tun, diese Spannungsmomente zu ignorieren."¹⁰⁰

Dies zeigt u. a., daß das Problem nicht nur auf die beiden deutschen Equipen beschränkt zu sein schien, sondern darüber hinaus auch die jeweiligen politischen Freunde betraf und so zu einem größeren Konflikt innerhalb der NEI hätte werden können.

Eine ähnliche Taktik der Verdrängung des Problems läßt sich anlässlich der deutschen Teilnahme an den Saarbrücker Studententagen für Studenten 1953 erkennen. Für diese internationale Studententagung, die das Thema "Droits et limites du Pacifisme" behandelte, waren drei deutsche studentische Teilnehmer sowie Adolf Süsterhenn als Referent gemeldet. Nachdem der Bundeskanzler sich im Mai 1953 grundsätzlich für die deutsche Teilnahme ausgesprochen hatte,¹⁰¹ bestätigte Dr. Strickrodt in einem Brief an Dr. Bruno Heck, daß "wir uns der Saarbrückener Tagung gegenüber in die Rolle des Totschweigens begeben haben."¹⁰²

Diese Beispiele zeigen, daß es zwischen den Equipen der Bundesrepublik und des Saarlandes immer wieder zu gewissen Schwierigkeiten und Unsicherheiten gekommen ist, die nie ausgeräumt werden konnten.

Die CDU verhielt sich zumeist zurückhaltend gegenüber der von ihr als undemokratisch und als nur unzureichend legitimiert angesehenen CVP, ohne dabei jedoch ihren Anspruch, auch für das Saarland verantwortlich zu sein, aufzugeben. Dieser Anspruch auf Gesamtverantwortung äußerte sich beispielsweise anlässlich des Kongresses in Freiburg, bei dem der Berichterstatter Benvenuti in einem Detail unvollständig über das Saarland berichtet hatte. Dr. Strickrodt wies in einem Schreiben vom 11.9.1952 an den Präsidenten korrigierend darauf hin und vermerkte:

"Wir fühlen uns verpflichtet, auf diesen Punkt hinzuweisen, um nicht unsere an anderer Stelle sich als erforderlich erweisende Stellungnahme zu diesem Problem zu präjudizieren."¹⁰³

Im Gegensatz zu den dargestellten Problemkreisen wurden die eigentlichen deutsch-französischen Differenzen über die Saar im Rahmen der NEI nur sehr selten angesprochen. Bei der schon mehrfach erwähnten bilateralen Jugendbegegnung in Schluchsee ging der französische Redner Christian Beullac auf die Saarfrage ein, betonte den französischen Anspruch und bezeichnete die Saar als Prüfstein für den guten Willen Deutschlands. Er maß dem Problem jedoch keine allzu große Bedeutung zu und ging davon aus, daß es sich im europäischen Rahmen von selbst regeln werde.

"De toute façon le problème sarrois perdra de son acuité dans le cadre européen."¹⁰⁴

Der deutsche Redner Dr. Six nannte die Situation unbefriedigend für die Deutschen, ließ aber erkennen, daß Deutschland möglicherweise einer "europäischen Lösung" zustimmen könnte. Drei Jahre später, am 18.04.1953, bezeichnete Graf Sprenckley die Saarfrage im Exekutivkomitee als vornehmlich wirtschaftliches Problem, das nur wenig mit nationalem Prestige zu tun habe und mittels einer wirtschaftlichen Einigung schnell beseitigt werden könne.

"En ce qui concerne la Sarre, il s'agit surtout d'une question économique, moins d'une question de prestige. Lorsque la question économique sera réglée, la question politique la sera aussi."¹⁰⁵

Diese knappen und emotionslosen Aussagen stimmen in keiner Weise überein mit der ansonsten leidenschaftlich geführten Diskussion um die Zugehörigkeit des Saarlandes. Wichtige Etappen der Saarpolitik wie beispielsweise die assoziierte Mitgliedschaft im Europarat (15.05.1950), die Saarkonvention (20.05.1953), das Saarstatut sowie die darin vorgesehene Volksabstimmung (23.10.1955) wurden nicht thematisiert. Diese auffallende Zurückhaltung muß wohl damit erklärt werden, daß sowohl Deutschland als auch Frankreich die NEI nicht als geeignetes Forum ansahen, ihre Unstimmigkeiten um das Saarland auszutragen.

Im Gegensatz dazu scheint aber die saarländische CVP-Regierung die NEI-Saar bewußt für ihre profranzösischen Aktivitäten eingesetzt zu haben. Schmidt¹⁰⁶ berichtet, daß den NEI im Abstimmungskampf 1955 der Status und die Rechte einer politischen Partei verliehen worden seien, um die CVP-Regierung zu unterstützen. Diese Episode erscheint jedoch eher als Unikum denn als signifikanter Hinweis für die Behandlung der Saarfrage im Rahmen der NEI.

5. Die europäische Verteidigung

Die Debatte um die Organisation einer gemeinsamen europäischen militärischen Verteidigung stellt eine der am leidenschaftlichsten geführten Diskussionen der Nachkriegszeit dar. V.a. in Deutschland führte die Frage eines deutschen Wehrbeitrages zu einem weiten Auseinanderklaffen der öffentlichen Meinung, und mit der Demission Gustav Heinemanns als Bundesinnenminister am 09.10.1950 erreichte diese Kontroverse einen dramatischen Höhepunkt.

Innerhalb der NEI wurde der Komplex der europäischen Verteidigung nur am Rande anderer Themen berührt; keine Veranstaltung beschäftigte sich ausdrücklich mit dieser Frage. Schon einige Monate nach der Gründung der NATO am 4. April 1949 hatte sich Lucius D. Clay als Privatmann für die Aufstellung europäischer Streitkräfte unter Einbeziehung der Deutschen ausgesprochen.¹⁰⁷ Dagegen wandten sich nicht nur die Sprecher der Alliierten, sondern auch Konrad Adenauer, der sich als Bundeskanzler prinzipiell gegen jede Wiederaufrüstung aussprach.¹⁰⁸

Eine weitere Festschreibung fand die Situation durch ein Gesetz zur Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung, das die Alliierte Hochkommission am 24. Mai 1950 veröffentlicht hatte und das am 1. Juni in Kraft trat.¹⁰⁹

Der Ausbruch des Koreakrieges veränderte jedoch das allgemeine Bewußtsein dahingehend, daß Churchill schon am 11. August 1950 im Europarat eine euro-

päische Armee fordern konnte. Diesem Schritt folgten das "Sicherheitsmemorandum" Adenauers (19.08.1950) an McCloy sowie die New Yorker Außenministerkonferenz (12.09. — 23.09.1950),¹¹⁰ bevor der gaullistische Abgeordnete Rene Plevin am 26.10.1950 in der französischen Nationalversammlung einen Plan zur Aufstellung einer europäischen Armee vorlegte (Plevin-Plan bzw. Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)).

Die früheste Beschäftigung der NEI mit der Verteidigungsproblematik muß noch vor der Vorstellung des Plevin-Planes angesetzt werden.

Im Abschlußbericht einer Studientagung der NEI-Jugendsektion vom 29.09. bis 02.10.1950 in Konstanz heißt es:

"Secteur militaire: (...)

Pour des raisons psychologiques et techniques, l'efficacité de la défense européenne serait renforcée par la création d'organes supranationaux chargés de pouvoirs déterminés et étendus à tous les pays participants."¹¹¹

Hier findet man schon einen der zentralen Ansätze der EVG, nämlich die Errichtung einer supranationalen Behörde, an die ein Teil der nationalen Souveränität abgetreten wird. Das Vorbild hierfür ist die von Robert Schumann angeregte Montanunion.

Die NEI reagierten uneingeschränkt positiv auf den von Plevin eingebrachten Plan. Auf dem 1951 in Bad Ems abgehaltenen Kongreß äußerten sich Konrad Adenauer und der französische Berichterstatter Henri Teitgen zustimmend zur EVG, in der sie nicht nur den Aspekt der militärischen Verteidigungsbereitschaft, sondern auch und in erster Linie einen weiteren Schritt zur europäischen Integration sahen.

"On est bien généralement convaincu qu'une Communauté européenne, une intégration européenne n'est pas possible sans l'incorporation de la République fédérale d'Allemagne. Dans l'exécution du Plan Schuman, dans la création d'une Communauté européenne de défense, c'est-à-dire, soulignons-le dans la création d'une armée européenne et non d'une armée de coalition européenne, je vois le chemin sûr et unique de créer une Europe intégrée, (...) la seule possibilité de sauver la paix."¹¹²

Auch Teitgen sprach dies in seiner Rede an:

"Il apparaît donc nécessaire d'organiser une forte armée d'Europe pour l'intégrer dans l'armée atlantique. Mais il y a plus. Sachons comprendre qu'une occasion incomparable s'offre à nous d'unifier l'Europe, d'en faire mieux qu'une alliance ou qu'une association, un tout organiquement uni, bref notre commun pays. (...) Une armée européenne sous une autorité spécialisée certes, mais européenne, voilà une des tâches essentielles qui s'impose à nous."¹¹³

In den NEI herrschte Einigkeit über die Möglichkeit, durch die Verwirklichung der EVG einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa gehen zu können.

Auch die deutsche Beteiligung ist für die Mitgliedsländer unproblematisch, sogar Frankreich scheint die Furcht vor einem wiederbewaffneten Deutschland verloren zu haben bzw. zu verdrängen, wenn es eng in eine internationale Organisation eingebunden und einer echten supranationalen Autorität unterworfen ist.

Der Franzose Teilgen forderte eine weitgehende Gleichbehandlung Deutschlands mit all seinen Rechten und Pflichten, die der Forderung nach vollständiger Souveränität teilweise recht nahe kommt.

"Il semble bien acquis que l'Allemagne ne pourrait pas à la fois s'intégrer dans l'Europe Occidentale et refuser toute participation à la défense commune. (...) L'Allemagne ne peut pas être intégrée dans l'Europe et y demeurer dans une position d'infériorité: ... l'Allemagne dans cet état de fait n'a pas l'égalité des droits, mais elle est libre d'accepter ou de refuser son intégration dans l'Europe occidentale. Personne ne songe à l'y contraindre, mais personne n'a non plus à lui en payer le prix. ... il s'agit d'un pacte de collaboration pour un but commun. La collaboration comporte nécessairement égalité devant les charges et dans les droits." ¹¹⁴

Diese Feststellung läßt in Ansätzen schon erkennen, welches Unverständnis die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit bei den NEI-Mitgliedern hervorrief.

Die Wehrdebatte und alle mit der "Remilitarisierung" verbundenen Probleme wurden in Deutschland äußerst kontrovers und verbissen diskutiert, ¹¹⁵ während die anderen NEI-Mitgliedsländer dafür nur sehr wenig Verständnis aufbringen konnten.

Dieses wird auch in einem Zeitschriftenbericht ¹¹⁶ deutlich, in dem der — offensichtlich französische — Autor sich darüber wundert, daß es für Deutschland nicht selbstverständlich ist, sich an einer Verteidigungsgemeinschaft zu beteiligen und somit die Einigung Europas voranzutreiben.

"Il semble normal de demander à la République Fédérale Allemande de contribuer à l'effort commun puisqu'il s'agit aussi de sa propre défense. (...)

Les réactions de l'opinion allemande montrèrent vite que les Allemands ne tenaient pas à profiter aussitôt de l'occasion qui leur était offerte de retrouver des armes."

Besonders die französische Equipe der NEI drängte darauf, daß Deutschland den ihm zukommenden Anteil an einer militärischen Verteidigung Europas übernehmen sollte.

Gerard Etienne, der französische Berichterstatter in der Commission Economique et Sociale der NEI, formulierte dies in einem Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen der westlichen Wiederbewaffnung auf den Lebensstandard.

"Cette coordination européenne du réarmement est l'unique moyen de supprimer le paradoxe dangereux d'une Allemagne fédérale qui ne réarme pas encors, mais qui bénéficie déjà du réarmement des autres. (...)

Une armée européenne, ou des éléments allemands trouveraient leur place, est une solution." ¹¹⁷

Nach dem Scheitern des EVG-Vertrages, dessen Ratifizierung die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 abgelehnt hatte, kam es beim NEI-Kongreß in Brügge (10./11.09.1954) zu einigen weiteren kurzen Aussagen der NEI-Mitglieder. ¹¹⁸ Der deutsche Delegierte Dr. Adolf Süsterhenn bedauerte das Scheitern der EVG und sah darin einen Rückschlag für den europäischen Integrationsprozeß.

Ähnlich äußerte sich der NEI-Präsident de Schryver, der den Verlust einer Chance für Europa beklagte, jedoch auf eine andere, wenn auch weniger vorteilhafte Kompromißlösung hoffte.

Dagegen sah der französische Gesandte Robert Lecourt in der Ablehnung nur einen "échec provisoire", der nicht endgültig sein werde. Er hoffte seinerseits auf einen Kompromißvertrag, der ebenfalls die zentralen Elemente der europäischen Integration und den supranationalen Charakter enthalten werden.

"Rien n'est perdu. La question préalable signifie qu'il n'y a pas lieu à débat sur les deux traités."

Echec Provisoire."

Auch der 1955 in Salzburg stattfindende Kongreß ¹¹⁹ beschränkte sich auf das Bedauern über die Nicht-Akzeptanz der EVG, konnte aber nur auf Alternativen hoffen, ohne konkrete Perspektiven dafür zu erkennen.

In einem von dem Kongreß verabschiedeten Manifest wird jedoch wiederum deutlich, daß mit dem Scheitern der EVG eine Chance zur weiteren europäischen Integration als verloren angesehen werden muß.

"Au lendemain du vote intervenu le 30 août dernier à l'assemblée nationale française, la nécessité est plus que jamais urgente pour les peuples européens de prendre conscience de leur solidarité, de maintenir, ainsi que de construire des institutions supranationales avec des pouvoirs réels que les rendent capables de diriger leur destin."

En raison de l'urgence il est nécessaire que les pays de l'Europe libre organisent sans nouveau retard leur défense, mais les négociations en cours sur la participation de l'Allemagne à la défense européenne, ne doivent pas faire oublier le but essentiel qui est la construction de l'Europe unie." ¹²⁰

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die NEI in der EVG neben dem militärischen Aspekt v. a. eine Chance sahen, die europäische Integration voranzutreiben. Trotz heftiger Auseinandersetzungen in den Mitgliedsländern herrschte bei den Christdemokraten weitgehend Übereinstimmung und Zustimmung zur EVG. Die Notwendigkeit einer Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Armee blieb unbestritten, und es wurde nicht ausgeschlossen, daß die Bundesrepublik durch die gleichberechtigte Teilnahme einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Souveränität gehen konnte. Das Scheitern der EVG, das durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse in der französischen Nationalversammlung verursacht wurde, kann nicht den NEI angelastet werden, vielmehr muß hervorgehoben werden, daß der MRP als einzige geschlossene Fraktion für die EVG gestimmt hat.

Kritisch muß jedoch angemerkt werden, daß die NEI nach 1954 nicht die Initiative ergriffen haben, in modifizierter Form eine andere Verteidigungsorganisation vorzubereiten.

Der in den Pariser Verträgen enthaltene Beistandspakt der "Westeuropäischen Union" (WEU) fand während des hier untersuchten Zeitraums innerhalb der NEI keine Beachtung.

Rückblickend scheint insbesondere eine militärische Integration nach dem Mo-

dell der supranationalen Kontrolle als zum Scheitern verurteilt gewesen zu sein. Es ist erstaunlich, daß sich gerade die in den NEI vertretenen, eher konservativen Parteien bereit fanden, die Streitkräfte aus der nationalen Kontrolle auszugliedern und einer supranationalen Autorität zu unterstellen. Der hier dargestellte Enthusiasmus ging wohl zu weit und konnte v. a. von den in der französischen Nationalversammlung vertretenen Konservativen, die die Armee in traditioneller Weise als den Inbegriff der Nationalstaatlichkeit ansahen, nicht geteilt werden. In einer über die NEI hinausgehenden Betrachtung der Geschichte der europäischen Integration muß das Scheitern der EVG als der vielleicht verhängnisvollste Rückschlag angesehen werden.

Mit ihm endete unweigerlich die Europa-Euphorie der Nachkriegszeit und das nationale Element der Politik gelangte zeitweilig wieder in den Vordergrund. Allen Beteiligten wurde deutlich, daß bis zur politischen Integration Europas ein längerer und mühevollerer Weg zu gehen sein würde, als sie bislang angenommen hatten.

Andererseits hatte die Sechser-Gemeinschaft der Montan-Union mit der EVG Kontroverse ihre erste schwierige Zerreißprobe erfolgreich bestanden. Die ausführlichen und intensiven Verhandlungen der Nationen hatten außerdem dazu geführt, daß Deutschland nun endgültig als Partner der Westmächte anerkannt war.

Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu Kap. II, Grundlagen der christlichen Demokratie, in: Hollstein, Jürgen: Die Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien in Europa im Rahmen der "Nouvelles Equipes Internationales", Köln 1987. (MS).
- 2) Vgl. dazu Horner, Franz: Konservative und christ-demokratische Parteien in Europa, Wien/München 1981, S. 61.
- 3) Vgl. Horner, Franz, a.a.O.
- 4) Vgl. Fogarty, Michael P.: Christliche Parteien in Westeuropa 1820 – 1953 Freiburg/B. 1959 S. 1ff sowie Horner, Franz, a.a.O. S. 62.
- 5) Vgl. Allemeyer, Werner: Christliche Demokratie in Europa und Lateinamerika. Geschichte, Strukturen, Programme, Bonn 1964, S. 51ff.
- 6) Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Adenauer – Der Aufstieg: 1876 – 1952, Stuttgart 1986, Seite 869.
- 7) Vgl. Allemeyer, Werner, a.a.O., S. 14ff.
- 8) Vgl. Horner, Franz, a.a.O., S. 64 sowie Hahn, Josef Karl/Fugmann, Friedrich: Die europäische christlich-demokratische Union zwischen europäischem Anspruch und nationalen Realitäten, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976, S. 258.
- 9) Vgl. Hahn/Fugmann, a.a.O., S. 258.
- 10) Bayern wird nur von Lewandowski in seinem Bericht "Der Traum von Europa" in: RM vom 15.06.1973 erwähnt.
- 11) Hahn/Fugmann, a.a.O., S. 258.
- 12) Die Aktivitäten der Bewegung "People and Freedom" sowie des "Service d'information international democratechretien" scheinen in der historischen Forschung bislang keine Beachtung gefunden zu haben.
- 13) Vgl. Diem, Peter: Die Europäische Union Christlicher Demokraten (UECD). Entstehungs-Arbeitsweise-Aufgabenstellung, in: Um Parlament und Partei. Alfred Maleta zum 70. Ge-

burtstag, hrsg. von Andreas Khol, Robert Prantner und Alfred Stirnemann, Graz-Wien-Köln 1976, S. 362 sowie Lewandowski, Rudolf: Europa verpflichtet – Die Anfänge der christlich-demokratischen Parteien, in: RM vom 10.09.1971.

14) Zur Benennung der NEI siehe Fn. 15 ff.

15) Die entsprechenden Akten – ACDP, NEI, IX-002-100/1 – sind weitgehend un bearbeitet, geben jedoch auch keinen genauen Aufschluß über die Gründungsgeschichte.

16) Dies gilt v. a. für die Arbeiten von Lewandowski, hier: Das Europa der christlichen Demokratie, in: Khol, Andreas/Prantner, Robert/Stirnemann, Alfred (Hg.): Um Parlament und Partei. Alfred Maleta zum 70. Geburtstag, Graz/Wien/Köln 1976, S. 345 ff.; Der Traum von Europa, a.a.O.; Europa verpflichtet, a.a.O. sowie Rosenberg, Martin: Die christlich-demokratischen Parteien – Träger der europäischen Politik, in: Civitas VIII (1953) (Immenssee) – Monatsschrift des schweizerischen Studentenvereins, S. 465–477.

17) Vgl. dazu und für die folgende Darstellung v. a. Diem, a.a.O., S. 361ff sowie die Arbeiten von Lewandowski.

18) Die Rolle der Schweizer wird v. a. von Hahn/Fugmann, a.a.O., S. 260f und von Stamm, Theo: Parteien in Europa ..., München 1978, S. 268ff besonders betont.

19) Vgl. Stamm, a.a.O., S. 286, Hahn/Fugmann, a.a.O., S. 260 und Horner, a.a.O., S. 65.

20) ACDP, NEI, IX-002-100/1.

21) Lewandowski, Rudolf: Das Europa der christlichen Demokratie, in: Um Parlament und Partei. Alfred Maleta zum 70. Geburtstag, hrsg. von Andreas Khol, Robert Prantner und Alfred Stirnemann, Graz/Wien/Köln 1976, S. 347.

22) ACDP, NEI, IX-002-100/1; hier finden sich insgesamt fünf Briefe mit fast gleichlautendem Inhalt, die am 3. Januar 1947 an E. Weber und DIE FURCHE nach Wien, am 07.01. an Dr. Julio Andreotti und Franco Nobili nach Rom und am 15.01. an Prof. Duynstee nach Nymwegen geschrieben wurde.

23) ACDP, NEI, IX-002-100/1.

24) ACDP, NEI, IX-002-002.

25) ACDP, NEI, IX-002-011/1.

26) ACDP, NEI, IX-002-011/1 enthält einen Bericht vom 31. Mai 1947 über diese erste Begegnung.

27) Lewandowski, Das Europa der christlichen Demokratie, S. 348.

28) "Bilan moral" das Comité Executif, s. o. Anmerk. 10.

29) ACDP, NEI, IX-002-011/2; es handelt sich hierbei um die Fragen, die zahlreichen kompetenten Persönlichkeiten in der Vorbereitung des Luxemburger Kongresses vorgelegt worden waren.

30) Vgl. dazu Hollstein, a.a.O., V. 2.

31) Der noch immer verschollene Originaltext der Rede Adenauers konnte jedoch anhand verschiedener Fragmente weitgehend rekonstruiert werden. Eine derartige Rekonstruktion stellte Hans August Lückner (MdEP, Vors. der Robert-Schuman-Stiftung) dem ACDP zur Verfügung. ACDP, NEI, IX-002-011/2, dort auch alle weiteren Unterlagen zum Luxemburger Kongress.

32) Die nachstehenden Zitate stammen aus dem o. a. Bericht von Pierre Frieden, ACDP, NEI, IX-002-011/2.

33) Der nachstehende Abschnitt beruht auf dem Bericht von Desirée Lamalle: "Le problème allemand, son aspect économique", aus dem auch die Zitate stammen.

34) Zitiert nach der Rekonstruktion der Adenauer-Rede durch H. A. Lückner, s. u. Anmerk.

31. ebenso das folgende Zitat.

35) Schwarz, Adenauer, a.a.O., S. 558.

36) Vgl. dazu Hollstein, a.a.O., VI. 3.

37) ACDP, NEI, IX-002-011/2, die nachstehenden Zitate beziehen sich auf diesen Text.

38) ebd., 1) Quelle utilisation l'U.R.S.S. cherchera-t-elle à faire de l'Allemagne? 2) L'Allemagne vaudra-t-elle jouer la carte de la Russie et du communisme? 3) Comment peut-on éviter une alliance allemande-soviétique sans que l'Allemagne ne profite outre mesure de la division des vainqueurs de 1945?

39) ACDP, NEI, IX-002-011/2, die Stellungnahme wurde durch das französische Außenministerium mit Datum vom 07.01.1949 an Robert Bichet übersandt.

40) Vgl. beispielsweise 1306 das Europaprojekt des Pierre Dubois "Von der Wiedergewinnung des Heiligen Landes"; 1308 Dantes Europaplan "Über die Monarchie"; 1462/63 Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Staatenbundes durch König Georg Podiebrad von Böhmen.

Vgl. insg. "Europa im Werden", hgg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bil-

dung, Heft 1, 1985, Daten zur Vorgeschichte Europas.

- 41) Vgl. Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917–1975, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1982, S. 261f.
- 42) Ebd., S. 281.
- 43) Vgl. Freymond, Jacques: "Die Atlantische Welt", in: Propyläen Weltgeschichte, hgg. von Golo Mann, Alfred Heuß, August Nitschke, Frankfurt/M./Berlin 1986, Bd. 10 "Die Welt von heute", S. 232.
- 44) ACDP, NEI, IX-002-059/2; Zitat des französischen Berichterstatters Pierre Belleville in seiner Rede anlässlich einer deutsch-französischen Jugendbegegnung in Schluchsee im März 1950.
- 45) Vgl. die Rekonstruktion der Adenauer-Rede in Luxemburg, ACDP, NEI, IX-002-011/2.
- 46) ACDP, NEI, IX-002-001/4, Brief Dörpinghaus an Bichet, 04.05.1950.
- 47) ACDP, NEI, IX-002-014.
- 48) Vgl. beispielsweise die Resolution des Kongresses in Den Haag, das Manuskript "Deutschland, Frankreich und Europa" (ACDP, NL Dörpinghaus, I-009-015) und die Rede Robert Houbens auf dem Kongreß in Fribourg (ACDP, NEI, IX-002-013).
- 49) Hier muß v. a. der rein beratende, informelle Charakter der NEI berücksichtigt werden, die keinerlei exekutive Einflußmöglichkeit hatten. Die persönlichen Aktivitäten einzelner Mitglieder in anderen politischen Bereichen oder in Regierungsverantwortung müssen von der angestrebten Darstellung der NEI getrennt werden.
- 50) Vgl. Union Mondiale Démocrate Chrétienne (Hg.): La démocratie chrétienne dans le monde. Résolutions et déclarations des organisations internationales démocrates chrétiennes de 1947 – 1973, Rom 1973, S. 86.
- 51) ebd., S. 97.
- 52) Vgl. Wassmund, Hans: Grundzüge der Weltgeschichte – Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart, München 1982, S. 136.
- 53) Vgl. Union Mondiale ..., S. 105.
- 54) ACDP, NEI, IX-002-012.
- 55) Dr. Lenz beim NEI-Kongreß 1955 in Salzburg, ACDP, NEI, IX-002-017.
- 56) Vgl. Union Mondiale ..., S. 111.
- 57) Die intensive Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Themen erfolgte v. a. innerhalb der Commission Economique et Sociale, die schon 1948 von den NEI eingerichtet worden war. Eine eingehende Betrachtung dieser Kommission hat jedoch keine Relevanz für das hier zu untersuchende Gesamtthema und würde den zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen. Das nachstehende Kapitel beschränkt sich daher weitgehend auf die Darstellung der NEI-Kongreßunterlagen.
- 58) Vgl. beispielsweise die Kongreß-Resolutionen und die Rede Houbens auf dem Freiburger Kongreß 1952, ACDP, NEI, IX-002-013.
- 59) ACDP, NEI, IX-002-011/2; Brief des französischen Außenministeriums an Robert Bichet vom 07.01.1948; hieraus auch die folgenden Zitate.
- 60) Vgl. Union Mondiale ..., S. 84f.
- 61) Vgl. zum Schuman-Plan grundsätzlich: Hahn, Carl Horst: Der Schuman-Plan – Eine Untersuchung in besonderer Hinsicht auf die deutsch-französische Stahlindustrie, Diss. Bern 1953; Haussmann, Frederick: Der Schuman-Plan im europäischen Zwielficht, München/Berlin 1952; Meyer, Fritz/Zottmann, Anton: Der Schuman-Plan und seine Problematik, München/Düsseldorf o. J.; Mittendorfer, Rudolf: Robert Schuman – Architekt des neuen Europas, Hildesheim 1983.
- 62) ACDP, NL Dörpinghaus, I-009-015.
- 63) ACDP, NEI, IX-002-002.
- 64) ACDP, NEI, IX-002-013.
- 65) Vgl. dazu v. a. die Rede Brentanos in Bad Ems, in der er an die Initiative zur Gründung einer "Union agricole", einer "Union des transports" sowie einer "Union aeriennne" nach dem Vorbild der Montanunion erinnert.
- 66) Vgl. Salzburger Kongreß 1955, ACDP, NEI, IX-002-017.
- 67) ACDP, NL Strickrodt, I-085-055; Brief des deutschen NEI-Delegierten Dr. Adolf Süsterhenn an seinen Kollegen Dr. Georg Strickrodt vom 16.11.1951.
- 68) ACDP, NEI, IX-002-012; Rede des deutschen Berichterstatters Dr. Süsterhenn in Bad Ems.
- 69) ACDP, NEI, IX-002-011/3.
- 70) Resolution Den Haag, in: Union Mondiale ..., S. 91.
- 71) ACDP, NEI, IX-002-012; Rede Dr. Süsterhenn.
- 72) Vgl. ebd. sowie ACDP, NEI, IX-002-015, Kongreß Brügge 1954, Rede Dr. Strickrodt.

- 73) Vgl. ACDP, NEI, IX-002-013; Kongreß Fribourg 1952, Rede Benvenuti.
- 74) ACDP, NEI, IX-002-012; Rede Dr. Süsterhenn.
- 75) ebd., ACDP, NEI, IX-002-013; Kongreß Fribourg, Rede Houben.
- 76) s. o., Kap. III, Anmerk. 10.
- 77) ACDP, NEI, IX-002-013; Kongreß Fribourg, Rede Benvenuti.
- 78) ACDP, NEI, IX-002-017; Kongreß Salzburg, Rede Fanfani.
- 79) ebd., Rede Fanfani.
- 80) 11. – 13.03.1950 in Schluchsee/Schwarzwald; vgl. dazu v. a. Heft 4 der "Cahiers des NEI", ACDP, NEI, IX-002-059/2, 15. – 17.12.1950 in Royaumont; Unterlagen zu diesem Treffen finden sich vermutlich in IX-002-063, diese Akte unterliegt jedoch noch der 30jährigen Sperrfrist.
- 81) ACDP, NEI, IX-002-059/2.
- 82) ebd.
- 83) Bruno Dörpinghaus bei der Sitzung des C. E. am 27.01.1951, ACDP, NEI, IX-002-003. Eine ausführliche Darstellung des Emser Kongresses findet sich in Kap. VII.
- 84) ACDP, NL Dörpinghaus, I-009-015.
- 85) Heinrich v. Brentano, "La réconciliation franco-allemande et la Communauté européenne", ACDP, NEI, IX-002-013.
- 86) ebd.
- 87) ACDP, NEI, IX-009-001/2.
- 88) ACDP, NEI, IX-002-012.
- 89) ebd.
- 90) ebd.
- 91) ACDP, NEI, IX-002-097.
- 92) ACDP, NEI, IX-002-015.
- 93) ACDP, NL Dörpinghaus, I-009-015.
- 94) ACDP, NL Strickrodt, I-085-055.
- 95) ACDP, NEI, IX-002-014.
- 96) ACDP, NEI, IX-002-011/3.
- 97) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung des "Saarpolitik 1945–57" von Robert H. Schmidt, Berlin 1959–62, Bd. II, S. 309.
- 98) ACDP, NEI, IX-002-092, Brief Bichtes an die Saar-CDU, 21.05.1952.
- 99) Vgl. Adenauer, Konrad: Es muß alles neu gemacht werden, Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986, Sitzung vom 06.09.1951.
- 100) ACDP, NL Strickrodt, I-085-055.
- 101) ebd., Brief Dr. Heck an Dr. Strickrodt vom 10.06.1953.
- 102) ebd., Brief Dr. Strickrodt an Dr. Heck vom 03.06.1953, auf Grund der Belastungen im Bundestagswahlkampf mußte die Teilnahme aller Deutschen später abgesagt werden.
- 103) ebd., Brief Dr. Strickrodt an die NEI vom 11.09.1952.
- 104) ACDP, NEI, IX-002-059/2, Bd. 4 der "Cahiers des NEI".
- 105) ACDP, NEI, IX-002-002.
- 106) Schmidt, Saarpolitik, a.a.O., Bd. III, S. 172f.
- 107) Archiv der Gegenwart, 1948/49, S. 2138.
- 108) ebd., S. 2155.
- 109) Archiv der Gegenwart, 1950, S. 2370.
- 110) An dieser Stelle kann nicht näher auf die innenpolitische Problematik eingegangen werden. Vgl. dazu v. a. Schwarz, Adenauer, S. 727ff.
- 111) ACDP, NL Dörpinghaus, I-009-015.
- 112) ACDP, NEI, IX-002-012; Rede Konrad Adenauer.
- 113) ebd., Rede Henri Teitgen.
- 114) ebd., Rede Henri Teitgen.
- 115) Vgl. dazu beispielsweise Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 – 1955 ..., München 1967; Doering-Manteuffel, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Außenpolitik und innere Entwicklung 1949 – 1963, Darmstadt 1983, S. 73ff.
- 116) ACDP, NL Strickrodt, I-085-055; "L'Eveil de l'Europe" 19/11 1951 und "L'Organisation collective de la défense de l'Europe".
- 117) ACDP, NEI, IX-002-039.
- 118) Die nachstehenden Bewertungen finden sich in den Kongreßunterlagen zu Brügge, ACDP, NEI, IX-002-015.
- 119) ACDP, NEI, IX-002-016.
- 120) Vgl. Union Mondiale ..., S. 113ff.

Buchbesprechungen

Daniel Goeudevert: Die Zukunft ruft. Management, Märkte, Motoren. Busse und Seewald, Herford 1990. 272 S.

Der intellektuelle Automobilmanager Goeudevert hat sein Buch allen Querdenkern, aber auch allen Automobilarbeitern dieser Welt gewidmet.

Dieses Buch ist nicht zu vergleichen mit dem seines amerikanischen Kollegen Iacocca. Es ist ein Sachbuch, das Goeudevert in der ihm durch den Wechsel von Ford zu VW auferlegten Schaffenspause verfaßt hat, um einen Beitrag dafür zu leisten, daß "wir die Chancen der Europäer in diesen Tagen richtig nutzen."

Er gibt darin Einblick in seine Gedanken über das Verhältnis von Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Politik. Goeudevert befaßt sich nicht nur mit der Zukunft der Autowelt, sondern äußert sich zu grundsätzlichen Fragen ebenso wie zu den ständigen Herausforderungen des Managements, das nur umfassend (auch philosophisch) gebildet, sprachbegabt und teamfähig den Blick für Zusammenhänge wahrnehmen könne.

Dabei schimmert immer ein verantwortungsbewußtes Welt- und Wertverständnis durch, das einzig geeignet erscheint, die vielschichtigen Probleme zu meistern, die die hochentwickelten Industriegesellschaften plagen. Das ist es wohl, warum man Goeudevert zutraut, daß er den dornigen Weg zwischen der Notwendigkeit eines kontrollierten Strukturwandels

und dem an sich nötigen Sprung hin zu den sanften Technologien gehen wird.

Er meldet zu beobachtende Bevorzugung des Individualverkehrs. In diesem Zusammenhang hebt er den biokybernetischen Denkansatz Frederic Vesters, mit dem er schon bei Ford zusammengearbeitet hat, hervor. Dies läßt auf kommende Veränderungen beim VW-Konzern schließen, der doch bislang so gut (aber ausschließlich) mit Autos verdient hat.

Außerdem stellt er Konzepte zur Verbesserung der Umweltsituation und Verkehrssicherheit, zur Entwicklungshilfe und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vor und zeigt damit den geistigen Horizont auf, den Entscheidungsträger beherzigen sollten.

Goeudevert widmet natürlich auch ein Kapitel der zukünftigen technischen Entwicklung des Automobils und skizziert das realistische Bild eines bezahlbaren Autos, das mehr Spaß am Fahren, mehr Sicherheit, Komfort und Umweltverträglichkeit bieten wird.

Schließlich gibt es konstruktiv-kritische Denkanstöße zur Politik und für die zukünftige Gestaltung Europas, die auch der eilige Leser nicht auslassen sollte.

Man könnte das Buch auf den kurzen Nenner bringen, wonach sich das Auto so weit entwickeln muß, daß der Mensch seine durch das Auto gewonnene Freiheit nicht verliert.

Michael Staudenmayer

Erwin Fröhlich — J. Hanns Pichler: Werte und Typen mittelständischer Unternehmen. Duncker & Humblot, Berlin 1988, 220 S.

In jüngster Zeit ist es Mode geworden, Unternehmenskultur und Wirtschaftsethik auch wissenschaftlich zu erfassen, soweit dies überhaupt möglich ist. Daraus haben sich bestimmte Klischees und öfters sogar Vorurteile ergeben, wie jenes der "Schizophrenie" des Unternehmers, der einerseits, wie "Citizen Kane" nach Geld und Macht strebt, aber andererseits "otterfurchtig" ist und christliche Werte und Traditionen hochhält.

Die Autoren der vorliegenden, interdisziplinären und acht westeuropäische Länder vergleichbar erfassende Erstuntersuchung haben m. E. vor allem einen doppelten Verdienst: Erstens bauen die überraschend originellen Ergebnisse der Studie die heute gängigen Klischees über Unternehmerethik zumindestens ab oder bringen diese im Idealfall, d. h. bei weiterer Verbreitung in der Leserschaft, zum Verschwinden. Zweitens werden erstmals international vergleichbar die Unternehmertypen der kleinen und mittleren Betriebe und nicht nur der weltweit größten Konzerne (z. B. in Japan oder den USA) untersucht und verschiedene Kulturkreise einbezogen.

Die Studie wurde im Rahmen des STRATOS-Projektes ("Strategic Orientation of small and medium sized Enterprises") von Forscherteams in Belgien, der BRD, Finnland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz durchgeführt. In einem ersten Teil, nach den methodischen Vorbemerkungen, werden die interviewten Unternehmer charakterisiert (Berufsausbildung,

Stellvertretung und Nachfolge im Unternehmen, Verbandstätigkeit), danach deren Arbeitsumfeld (Unternehmens-, Bedarfs-, Nachfolge-, Angebots- und Wettbewerbsstrukturen sowie Technologie und Umweltdynamik). Es folgt die Analyse der Ethik der Unternehmer und Führungskräfte in kleinen und mittleren Unternehmen. Daraus ergeben sich verschiedene Unternehmertypen, welche teils dieselben, teils andere persönliche und unternehmensbezogene Ziele verfolgen. Aus dem strategischen Verhalten dieser Typen werden die Schlüsselfaktoren für deren Erfolg herausgearbeitet und letztlich als "strategische Erfolgsanalyse" nach Bereichen (persönliche Werte und Strategien, Sozialpartnerbeziehungen, Organisationsgrundsätze, Innovationsfreudigkeit und Stellung erfolgreicher Unternehmer in der Gesellschaft) eingeteilt und verglichen.

Die Studie unterscheidet vier Haupttypen von Unternehmern:

1. den erstmals definierten "Allrounder", welcher sehr vielseitig, aber dadurch oft nur mittelmäßig ist,
2. den "Pionier" (bereits von Schumpeter zu Beginn des Jahrhunderts als innovativer Pionierunternehmer beschrieben),
3. den "Organisator", dessen Stärke im guten Management liegt, und
4. den originell als "Routinier" bezeichneten Risikoträger, welcher sich persönlich und sein Kapital im Unternehmen einsetzt.

Am überraschendsten ist die völlig positiv zu wertende Hauptschlußfolgerung, daß alle Unternehmertypen - auch wenn es Nuancen in den Details gibt - durchaus eine festgefügte, im Glauben verankerte Ethik und Moral mit Überzeugung vorleben und daraus ihren Erfolg ableiten! Es ist also keine

"Schizophrenie" im Verhalten feststellbar, selbst wenn die Persönlichkeiten durchaus unterschiedlich sind. Daneben fallen als Unterschiede z. B. auf, daß erstens in Österreich am ehesten auf die Problemlösung durch Berufsverbände gesetzt wird (dort waren 46 % aller Befragten auch Verbandsfunktionäre, in der Schweiz nur 20 %), und zweitens ist der Unternehmer in Österreich, Finnland und Frankreich weit stärker mit Staatsinterventionen konfrontiert als in den anderen untersuchten Ländern. Erwartungsgemäß gleichen sich die Werte der Unternehmer im deutschen Kulturkreis (Österreich, Schweiz, BRD) stark, ebenso in den Benelux-Ländern, während in Großbritannien der Typ des (exzentrischen?) "Außenseitters" am häufigsten vorkommt. Österreich wird als "typisch europäisch" gewertet, was aus seiner Geschichte und seinem "Völkergemisch" abgeleitet wird - darüber ließe sich m. E. streiten! Doch sind alle Unternehmer wieder einheitlich familien- und traditionsbewußt. Abschließend werden für den Erfolg im kleinen und mittleren Unternehmen vereinfachend folgende sieben Thesen aufgestellt:

1. Werte, Moral und Ethik der Unternehmer sind absolut Bedingung, nicht Hindernis des Erfolgs.
2. Erfolgreiche Unternehmer streben nach Lohngerechtigkeit und Beteiligung der Mitarbeiter.
3. Sie befürworten Hierarchie und Ordnung.
4. Sie suchen das Optimum zwischen Neuem und Bewährtem.
5. Die richtige Wahl der Unternehmensstrategie liegt in der subjektiven, genauen Einschätzung des Unternehmers selbst und seines Betriebes und

kann nicht analysiert oder wissenschaftlich-theoretisch vorgegeben werden.

6. Der erfolgreiche Unternehmer hält sich eher an Verpflichtungen und die Rechtsordnung als der erfolglose.

7. Die "Unternehmenskultur" besteht in persönlich vorgelebten und deshalb glaubhaften Werten.

Die Studie enthält eine Fülle neuer Erkenntnisse, welche jedoch - wie die Autoren selbst zugeben - nur sehr kompliziert erfassbar sind und deshalb auch in schwer lesbarer und anspruchsvoller Art dargestellt werden. Die Autoren machen deshalb auch Vorschläge zur wissenschaftlichen Vertiefung der Untersuchungen sowie zu deren praktischer Anwendung. Trotz - oder vielleicht gerade wegen - der anspruchsvollen Lektüre sollte sich jeder Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer in Europa mit diesen Fragestellungen und den oft unerwarteten Resultaten auseinandersetzen, selbst wenn diese Gedankenarbeit keineswegs leicht fällt!

Bettina Hurni

Dieter G. Lange-Stephen F. Black: Der Zivilprozeß in den Vereinigten Staaten. Ein praktischer Leitfaden für deutsche Unternehmen, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1987, 202 S., Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 28.

Ein extrem nützliches Buch von Praktikern für Praktiker - dies ist das Resultat einer Zusammenarbeit zweier Anwaltskollegen innerhalb einer amerikanischen Anwaltssozietät. Die Besonderheiten des amerikanischen Zi-

vilverfahrens sowie wichtige Aspekte für deutsche Parteien leiten diesen dienstvollen Leitfaden ein; der Große Teich ist weniger trennend als oftmals angenommen.

Welchen Anwalt beispielsweise man in den USA wählt, ist für den Ausgang eines Verfahrens und seine Führung ein ernstes Problem. In Kürze und Prägnanz, aber nicht ohne Präzision, werden die prozessualen Grundzüge dargestellt; selbst, wenn man diese nur zur Kenntnisnahme erhält, etwa als Klient einer US-Law Firm, kann man anhand des Leitfadens von Lange und Black jederzeit den Status des Verfahrens wiedererkennen. Die vorprozessualen sowie prozessualen Grundzüge vor der Verhandlung sind gut nachvollziehbar dem Kapitel über die Verhandlung vorgestellt.

Hier hätte man sich ein bißchen mehr Ausführlichkeit beim Kapitel Anwaltsgebühren gewünscht - oft ein problematischer Punkt für europäische Unternehmen bei der Berechnung ihrer wirtschaftlichen Erfolgsaussichten, die bekanntlich nicht unerheblich vom Anwaltshonorar betroffen sind. Aber auch die Zwangsvollstreckung wird erwähnt, dabei besonders ausführlich Aspekte für deutsche Parteien bei der Vollstreckung amerikanischer Urteile gegen deutsche Parteien in den USA, aber auch bei der Vollstreckung amerikanischer Urteile in der Bundesrepublik und anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Der synoptische Text samt Formularteil des Haager Zustellungsübereinkommens sowie des Haager Beweisübereinkommens und die deutschen Ausführungsbestimmungen runden in vortrefflicher Weise den Band ab.

Mehr und mehr schauen deutsche Un-

ternehmen über den Atlantik, wie sie ihre Exporte oder Niederlassungen in den USA organisieren, was regelmäßig auch die strategische Einkalkulierung von dortigen Prozessen beinhalten muß. Die Lösungsvorschläge am Ende jeden Kapitels sowie das konkrete Eingehen auf die Stellung etwa einer deutschen Partei im amerikanischen Zivilprozeß erleichtern nicht nur Juristen die generelle Planung, Strategie, Kontrolle und gegebenenfalls auch Verhinderung von Prozessen in den USA.

Ernst Rudolph

Carlo Fruttero & Franco Lucentini: Der Palio der toten Reiter (Roman). Piper Verlag, München-Zürich 1989, (Neuausgabe und 4. Auflage), 200 S.

Fruttero und Lucentini, das italienische Literatenduo, bekannt durch "Die Sonntagsfrau" oder "Liebhaber ohne festen Wohnsitz", werfen einen Blick hinter die Fassaden des jährlich stattfindenden Palio in Siena - ein Wettkampf mit Pferden und Jockeys zwischen Stadtvierteln, ein Volksfest, ein Lokaleignis, zu dem auch überlokales Publikum kommt wie zu einer Schweizer Landsgemeinde. Beide, tätig als Lektoren, Journalisten und Übersetzer, tätigen diesen Blick in ungeheurer Kreativität. Im ständigen Sprung zwischen der Piazza del Campo in Siena und anderen Schauplätzen, namentlich einem Herrenhaus, Villa oder Schloß, das ein Mailänder Rechtsanwalt mit seiner Gattin, beides eher graue Durchschnittsmenschen, versehentlich anfahren, weil das Wetter in Form stärkster Hagelschauer sie auf

letztrangigen Provinzwegen nicht zu einem alternativen Bauernhof führt, zu dem sie eigentlich fahren wollten, geht es nun um zwischenmenschliche Beziehungen, Kabale, Geheimnisteuer am offenen Kamin, Spannung und Entspannung beim Essen, im Park, in der Bibliothek, in den geheimnisvollen Schlafzimmern, somit geht es also um Attribute, die typisch für Fruttero & Lucentini sind.

Der in Micky-Mouse-ähnlichen Werbespot-Kategorien denkende Anwalt Maggioni beschreibt und wird beschrieben; ebenso seine angesichts eines Edelmanns aufblühende Gattin, ansonsten noch um eine Spur langweiliger als ihr Mann. Trotzdem ist der Anwalt der einzige, der gewisse Tatsachen in formale Rahmen einbringen kann, und prompt geschieht auch ein Mord in der Villa. Wer ist das Opfer? Ein Zwerg und Star-Jockey, der am Vorabend die Gattin des Anwalts in einer seiner häufigen Anwandlungen in den Allerwertesten gebissen hatte... Diese hatte in der Nacht darauf einen kräftigen Schrei im Garten gehört, ohne ihn zuordnen zu können. Nun lag da der tote Zwerg, der am Folgetag als Jockey das Pferderennen, den Palio in Siena, hätte gewinnen sollen. Großartige Beschreibung dieses Volksfestes und der Typen, die dabei als Akteure und vor allem als Zuschauer auftreten, wechseln mit Bildern, in denen die italienischen Strafverfolgungsbehörden und Polizeibeamten nicht gerade gut herauskommen. Der Zwerg Puddu – wie war er gestorben? Am Hals hatte er zwei kleine Einstichlöcher, und Rechtsanwalt Maggioni hatte ihn einmal mit Halstuch, einmal ohne Halstuch liegen gesehen.

Am Schluß kommt ein Schuß Mythos,

ein Quantum Märchen: Auf dem Halstuch war eine Schlange abgedruckt gewesen. Sie hatte sich materialisiert und den Zwerg getötet. Ist es ein Zufall, daß das Halstuch einer gazellenhaften Schönheit gehört, der der Anwalt aus Mailand im Handumdrehen aus der Hand frißt? Ist ein weiterer Zufall, daß diese Gazelle ein Bäumchen-Wechseldich-Spiel im Rahmen der Verwandtschaft, der die Villa/Schloß/Herrnhaus gehört, ausführt – aktiv wie passiv? War es Zufall, daß der Zwerg eine Liaison mit der Gattin des Hausherrn hatte, war es Zufall, daß die Gazelle ihn aus dem Haus lockte, um ihm ihr Halstuch umzulegen? Und ist es ferner ein Zufall, daß gerade dieses Halstuch, nachdem der Anwalt es gesucht hatte, am Schluß des Palio aus der Kleidung der Gazelle heraussteigt, worauf er darum bittet, daß er es umgebunden bekommt? Der tote Reiter – der Zwerg – war nämlich mitgeritten und hatte das Rennen gewonnen, und alles endet damit, daß die junge Schönheit dem Anwalt in mittleren Jahren die seidene Viper zärtlich um den Hals bindet. Auf dessen Wunsch. Eine Parabel, wonach schöne Frauen gefährlich sein können? Oder, daß Anwälte manchmal doch naiv sind?

In jedem Fall haben Fruttero und Lucentini wieder ein neues italienisches Märchen geschrieben, ein Stück Italo-Literatur, wie sie derzeit, getragen von einer Welle ungeheurer erzählerischer Explosionskraft gerade durch den kulturpessimistisch geprägten deutschsprachigen Raum schwappt. Eine erfreuliche Welle, auf der das Autoren-duo aus Turin noch lange auf dem Kamm schwimmen wird. Daß dies für bloße 12,80 DM geschieht, ist besonders verdienstvoll. Und auch ande-

re, oberflächliche Gesellschaftsgruppen nicht nur in Italien könnten sich getroffen fühlen, zumindest jene, die sich bei allen möglichen Lebensumständen an die Realität, wie sie ihnen im Werbespot vorgeschrieben wird, erinnern...

S. N. Vallard

Zibaldone – Zeitschrift für italienische Kultur der Gegenwart, Nr. 9; Schwerpunkt: Frauen in Italien. Mai 1990, Piper Verlag, München 1990, 176 S.

Die von Helene Harth und Titus Heydenreich herausgegebene Zeitschrift für italienische Kultur der Gegenwart hat sich längst ihren festen Platz in der Reihe der Europäischen Kulturzeitschriften erobert. Mit dem Schwerpunkt 'Frauen in Italien' der Ausgabe 9 vom Mai 1990 wird das Prinzip fortgesetzt, einen Akzent zu setzen.

Rossana Rossanda, eine linksintellektuelle Schriftstellerin und Philosophin, skizziert den "langen und widersprüchlichen Weg" der Befreiung der italienischen Frauen. Natürlich definiert sie die Probleme aus feministischer Sicht; aus einer solchen Sicht steht natürlich der italienische Mann in einer permanenten Krise. Man versteht aber, daß die feministische Bewegung in Italien unter dem Anpassungsdruck der traditionellen Sozialstruktur steht und daher anfänglich ähnlich positives Echo erreicht wie die Radikale Partei Italiens in der Politik – wohl auch mit einer Zukunft, die, wie die der Radikalen Partei, vornehmlich in ihrer kurzen Vergangenheit liegt. Insoweit schreibt Rossana Rossanda zutreffend, daß Italiens Frauen Frauen des Übergangs sind.

Die seit 20 Jahren in Italien lebende

Professorin für deutsche Literatur in Florenz Uta Treder versucht sich an einem Profil der italienischen Frauenbewegung, faktenreich und historisch fundiert, wobei der schon fast kollektivistisch autoritäre Standpunkt stört, daß es "einen" Standpunkt "der" Frau in Sachen auch der Verteidigung und der Energiepolitik etc. gibt.

Diverse weibliche Autorinnen, dargestellt an Natalia Ginzburg, werden ebenso ausführlich vorgestellt wie, zumindest in einem Artikel, das, was Italien wohl am meisten ausmacht – ein Italien der Dynamik, das die siebgrößte Industrienation der Welt ist: Ein Gespräch von Alexandra Hausner über Karrierefrauen in Italien mit Frederica Olivares. Hier wird das Kulturrevolutionäre, die Änderung sehr viel mehr evident als in dem Feminismus-Chinesisch anderer Autorinnen. Originell ist ein Portrait eines Frauenbuchladens in Mailand, eine Skizze über italienische Regisseurinnen sowie Gedichte von Valentino Zeichen.

Aufschlußreich ist das Portrait über Armut in Rom – "ein Blick hinter die Fassaden des schönen Scheins" von Thomas Nigge, instruktiv illustriert durch Fotos des Autors.

Traditionell bei Zibaldone ist das "Notizbuch" am Ende des Heftes; Textanalysen, ein Portrait über eine Frauenbuchhandlung in Florenz (eines von zwei solchen Portraits in diesem Heft) und ein interessanter Bericht über eine Tagung über Kunstliteratur als Italienerfahrung runden die Nummer Mai 1990 ab – ganz im Sinne der Verkündung lexikalischer Autoritäten, wonach ein Zibaldone ein "bunt zusammengewürfeltes Sammelsurium heterogener Ingredienzien" ist.

S. N. V.

Xing-Hu Kuo: Ein Chinese in Bautzen II. 2675 Nächte im Würgegriff der Stasi, Anita Tykve Verlag, Böblingen 1990, 405 S.

Der Autor leistet einen wichtigen Beitrag zur detailgenauen Dokumentation des Unrechts, das vielen unschuldigen Bürgern der SED-Diktatur durch das Ministerium für Staatssicherheit, eine willfähige Lust und menschenunwürdige "Strafvollstreckung" widerfahren ist.

Kuo, der einer chinesischen Familie entstammt, die in Indonesien lebt und dort sehr angesehen ist, studierte in Leipzig Journalistik und arbeitete seit 1963 in Ost-Berlin in der Presseabteilung der Botschaft der VR China. Damals herrschte der kälteste Krieg zwischen China und der Sowjetunion sowie deren Satellit, der DDR.

Am 31. Januar 1965 wurde Kuo kurz vor dem Grenzübergang Checkpoint Charlie von mehreren Wagen des MfS zum Anhalten gezwungen und von zehn schwerbewaffneten Ganoventypen vorläufig festgenommen. Er wurde mehrfach schwer mißhandelt und aufgrund von erpreßten Geständnissen in einem geheimen Prozeß zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis zum 31. Mai 1972, als ihn die Bundesregierung freikaufte, in dem berüchtigten Zuchthaus Bautzen absaß.

Kuo schildert, wie ihn barbarisch in nächtelangen Verhören mit physischen und verbalen Exzessen namen- aber nicht gesichtslose Verhör-Offiziere in vierzehnmonatiger U-Haft zu falschen Geständnissen zwangen, ohne daß er anfangs seinen Anwalt sprechen konnte oder auch nur gegen seine Zuckerkrankheit behandelt wurde, wie er

mit spitzelnden Kriminellen zusammengepfercht wurde, wie ihm die Post vorenthalten wurde, wie er in einer Justizkomödie trotz Geständniswiderruf und unter Verstoß gegen die DDR-StPO ohne überzeugende Beweise aber mittels fingierter Zeuenaussagen wegen angeblicher Verleitung zum Verlassen der DDR, Verbindungsaufnahme zu einem westlichen Geheimdienst und Zolldelikten zu einer drakonischen Strafe verurteilt wurde.

An vielen Stellen zeigt Kuo die Unterschiede von Ulbrichts (später Honeckers) "Privat-KZ" zu allen anderen bekannten Einrichtungen auf: oft jahrelange totale Isolationshaft, verbunden mit Zwangsarbeit für wertlose Entlohnung, nur spärlicher Postverbindung, unzumutbarer Ernährung, wochenlangen grundlosen Arreststrafen in eiskalten Isolierzellen und Demütigungen aller Art.

Dies berichtet der Autor aus leidgeprüfter eigener Erfahrung, manches hat er auch erst später von seinem sehr geschätzten Anwalt Dr. Preuß und nicht zuletzt aufgrund der Klopfzeichen-Kommunikation erfahren.

Die Sonderhaftanstalt war nur zur Hälfte mit politischen Gefangenen belegt. Der Rest setzte sich aus kriminellen oder in Ungnade verfallenen SED-Funktionären zusammen, die aber Haft erleichterungen erhielten und Aufsichtsfunktionen innehatten. Gelegentliche Sonderbehandlungen in Luxus-Zellen mit Hilton-Bankett für besonders bekannte "Gäste" aus dem westlichen Ausland dürfen nicht über die Willkür der unzähligen Schergen gegenüber den gewöhnlichen Häftlingen hinwegtäuschen. Beim Autor, der nach seiner Abschiebung sechs Wochen

ins Krankenhaus mußte, liegt eine Schwerbeschädigung von 60 % vor.

Nach Kuos Ansicht sollten die Verantwortlichen Stasi-Offiziere, Staatsanwälte und Richter, aber auch bestimmte Vollzugsbeamte und Spitzel wegen ihrer Verbrechen jetzt endlich einer gerechten Strafe zugeführt werden.

Wie viele der in einem umfangreichen dokumentarischen Anhang angeführten Schicksalsgefährten verlangt Kuo in erster Linie Rehabilitierung, Schadenersatz für die erlittenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und die Rückgabe seines beschlagnahmten Vermögens. Hieran haben ihn noch Ende vergangenen Jahres Wendehälse auf den anrufen öffentlichen Stellen durch ausweichende Antworten zu hindern gesucht.

M.S.

David Christie: Basis for Business. Cornelsen and Oxford University Press, Berlin 1987.

Basis for Business is an English coursebook for adult learners with a small prior knowledge of English, the so-called false beginners.

It is aimed at German business people who need a practical knowledge of English for their job.

It covers the basic needs of the 'Volks-hochschul'-English for Business Purposes.

The first 5 units are intended as revision units covering simple grammar in real-life business situations. Each of the 15 units consists of a

classwork section and a section for study at home.

Grammar structures are worked on and a second section introduces useful social and business phrases. This book is one of the best on the market at the moment as it combines a structural approach, covering most situations e.g. trade fairs, meetings, presentations, using the telephone, simple correspondence. It can be recommended as a coursebook for German business people who have only a weak grasp of English but need to learn rapidly.

M. D.

David Christie: Business in Action. Cornelsen and Oxford University Press, Berlin 1990.

This is the newly published sequel to Basis for Business. It can be used with learners who have mastered the basics of English but need to know more complicated structures and phrases.

It contains 9 units, covering 3 main themes – the launch and marketing of a product in the British market, a profile of an American multinational and the conclusion of a deal between two companies.

There are two extended role plays and grammar is summarised in a final section.

As with the first book new material and grammar is introduced and followed by practical role plays and exercises.

The book is very flexible and covers

real business situations. The course material is practical, although it does not provide as many explanations of grammar points as the first book. It would be a useful resource book for classes who work in the areas of marketing, sales or finance.

of the exercises involve skills needed for this type of examination. The workbooks can be recommended as home-study material as they are very comprehensive and easy-to-follow.

M. D.

M. D. Gustav Adolf Sonnenhol: *Die Türkei. Land zwischen zwei Welten, Leske + Budrich, Opladen 1990; 174 S.*

Peter Viney: *Streamline English – Directions. Oxford University Press, Oxford 1985.*

This is a course for upper-intermediate students of English.

It consists of a student's book, teacher's book, two workbooks and two cassettes.

It follows on from the other Streamline books, *Departures, Connections and Destinations*.

The material consists of 60 units, each concentrating on a grammar point or function.

It is well set-out with full-colour drawings, making it interesting for the student to look at. There are many topics for discussion, giving students the chance to extend their vocabulary, often a problem at this stage. There are very useful sections on two and three word verbs.

The book would be a useful resource for teachers at this level as there is plenty of variety and it is packed with different material.

It is aimed at adults and young adults, but we feel the topics covered are really more suitable for young adults and teenagers.

It also provides practice for the Cambridge First Certificate as many

Das verdienstvolle Bonner Zentrum für Türkei-Studien unter Leitung von Dr. Faruk Sen veröffentlicht in Band VIII seiner Schriftenreihe *Texte Sonnenhols über die Türkei*, zu deren besten Kennern der ehemalige deutsche Botschafter in Ankara zwischen 1971 und 1977 gehörte. Durchaus kritische Kommentare, aber in freundlicher Bestimmung, zeichnen das Buch aus, das einen wichtigen Brückenschlag seitens Westeuropas zu diesem Land darstellt. In der Tat wird sich die Fragestellung der Zukunft des Türkei-EG-Verhältnisses noch auf derartige fundierte Beschreibungen stützen müssen, vor allem in einer veränderten politischen Landschaft Europas. Die persönlichen Aspekte des Autors steigern den Wert des Bändchens, verleihen sie ihm doch Profil und Authentizität. Die Reden, Aufsätze und Interviews erhellen das Verständnis der modernen Türkei beim Leser, das dieser benötigt, um über die (manchen sicherlich peinliche) Frage des türkischen EG-Beitrittsantrags urteilen zu können. In der Tat braucht man für diese Antwort kompetente Kommentare über die türkische Gesellschaft, Geschichte und Kultur.

Bohumil Blaha

Summaries

Do We Face the Outset of an Era of New Religious Wars?

by Professor Wilhelm Hahn, D. D.

The author establishes the growing tendency of our time to use religion as an instrument for the goals of political action in keeping with a practice of instigating and justifying violent political conflict on religious grounds. This tendency is not limited to Islam and to the religions of the Third World. Even Christianity suffers from those interpretations of its theology which proceed from social and political ideologies insinuating themselves into the structure of belief.

The author offers us a critical analysis of the main currents and false cults of political theology. He demonstrates how incompatible with the Christian belief political action based on ideologies of violence or even pacifism is.

Despite his conviction that there is a certain need for religious ethic and for confessional tolerance in every state based on the rule of law, he plads for a separation of Church and State on principle.

USA: The Decline or Consolidation of Power?

by Professor Johann Baptist Müller, Ph. D.

At a time, when the superpowers have become less competent in the world arena, and their limitations more evident, and in view of the dilemma of the huge US budget deficit, the suspicion grew among intellectual circles in the US that the nation is in the midst of an immense decline in political and economic power.

In a critical discussion of these views the author reveals how incorrect their arguments are, and how false their conclusions.

He delineates the possibilities the USA has at its command with respect to consolidating its political and economic power complex, and that in a reasonable context.

35 Years of Austrian Neutrality

by Ernest F. Enzelsberger

The author involves himself in the discussion raging about the concept of permanent neutrality, anchored in the Austrian Constitution or State Treaty as part of the preliminaries to Austrian entry into the EC. He shows that this concept of neutrality has no relevance whatever to Austria's capability of political action with respect to EC entry, and refers only to military neutrality in the event of the outbreak of war.

"We, the good Europeans" —

Europe and Being a European in Nietzsche's Cultural Ethic

by Professor Josef Nolte, Ph. D.

Irrationalism and cultural criticism strutting around in the colours of rabid nationalism, and bedogged by the myth of the Anti-Christ were regarded as Nietzsche's key attributes for all too long.

The author shows that Nietzsche's cultural criticism was rooted in Western Culture, and had as its goal the radical redefinition of Europe.

Thus, Nietzsche's ethic was built on cultural foundations and his critique of the cultural phenomena of his own age was oriented on ethical values, which is, why Nietzsche's philosophy is topical and relevant at this time of European integration.

A Contribution to the History of Christian-Democratic Cooperation in Europe:

The "Nouvelles Equipes Internationales" (NEI)

by Jürgen Hollstein, M. A.

The author retraces the history of the first European umbrella organization of the christian-democratic parties, NEI, from which in 1964 the EUCD emerged.

He describes the founding, the organization and the goals of the NEI.

He pays particular attention to the treatment of European problems up to the present day such as the German question, the political, economic and social reorganization of Europe (Schuman-Plan), the Franco-German Entente, the Saarland-Issue, and European Defense Policy.

Special Trial Offer for New Readers of

THE WORLD TODAY

Free 2-month subscription with no obligations to subscribe

THE WORLD TODAY, currently in its 44th year, is the monthly journal of the Royal Institute of International Affairs, Chatham House, London. It is a unique magazine of international politics. It covers the broad issues alongside the small ones. It covers the internal politics of countries you don't hear much about, from the inside out. It opens up questions for the scholar and fills in gaps for the general reader. And it takes a balanced point of view.

THE WORLD TODAY contains articles, commentaries and book reviews on topics of current interest. Recent articles have been on reform in China, ethics and the nuclear future, Fiji in crisis, Kampuchea and peace prospects in Indochina, farm policy and SDI.

'THE WORLD TODAY is thoroughly researched and clearly written. It provides valuable background information and its choice of subjects is catholic and intelligent.'

Rupert Pennant-Rea, editor of The Economist

'THE WORLD TODAY is topical, to the point, a good halfway house between daily and weekly press and academic journals. I read it for useful background and insights.'

Andrew Knight, chief executive of the Daily Telegraph

'THE WORLD TODAY taps the best available expertise on international subjects. I recommend it to anyone who wants a greater depth and specialist expertise on a range of topics of current interest.'

John Tusa, Managing Director, BBC External Services

SEE FOR YOURSELF:

**Read
THE WORLD TODAY
by filling in the
coupon for a
free 2-month
trial subscription**

THE
WORLD
TODAY

The World Today
10 St James's Square
London SW1Y 4LE

Please enter for a free 2-month trial subscription:

Name

Address

Country

Subscription Rates:

UK Institutional £27 Individual £22 Student £17

US Institutional \$65 Individual \$43 Student \$28

Rest of World Institutional £34 Individual £30 Students £25

On sale at Dillons and The Economist Bookshop in London

American Journal of Political Science

Journal of the Midwest Political Science Association
Editor: David Rohde, Michigan State University

The **American Journal of Political Science** is one of the leading journals of political science, publishing works on American and international politics, methodology, and political philosophy. In addition to regular articles, **AJPS** features a "Workshop" section with review essays, spirited exchanges on controversial topics, and discussions of methodological and theoretical questions.

Volume 34, Number 1, February 1990

The Roots of Public Opinion Toward New Social Movements: An Empirical Test of Competing Explanations by Robert Rohrschneider
A Dead Senator Tells No Lies: Seniority and the Distribution of Federal Benefits by Brian E. Roberts
Resource Allocation in Multiparty Elections by James M. Snyder

Volume 34, Number 2, May 1990

Issue Linkages in International Crisis Bargaining by T. Clifton Morgan
The Effects of Campaign Spending in House Elections: New Evidence for Old Arguments by Gary C. Jacobson
Rebuttal to Jacobson's "New Evidence for Old Arguments" by Donald Philip Green and Jonathan S. Krasno

Individual single copy rate/\$8, Institution single copy rate/\$11,
Outside USA, add \$1.50 for postage.

Subscription rates (one year): Individual/\$20, Institution/\$40,
Family/\$20, Student/\$12, Outside USA, add \$4 for postage.

University of Texas Press, Journals Dept., Box 7819, Austin, Texas 78713

Issues & Studies

ISSN 1013-2511



A Journal of China Studies and International Affairs

Published monthly under the auspices of the Institute of International Relations, National Chengchi University, **ISSUES & STUDIES** is an interdisciplinary journal devoted to the discussion and analysis of problems relating to Chinese Communism and other Communist systems. The editors welcome manuscripts dealing with international affairs in general and Communist systems in particular.

Articles in recent and forthcoming issues of **ISSUES & STUDIES** include:

Suisheng Zhao, The Feeble Political Capacity of a Strong One-Party Regime — An Institutional Approach Toward the Formulation and Implementation of Economic Policy in Post-Mao Mainland China

Keith Forster, Li Tse-min — Secretary of the CCP Chekiang Provincial Committee

Ricky Tung, Mainland China in Taiwan's Economic Future

Chien-kuo Pang, The State and Socioeconomic Development in Taiwan since 1949

Flemming Christiansen, Social Division and Peasant Mobility in Mainland China: The Implications of the *Hu-k'ou* System

Annual subscription rates: Individuals, US\$44.00 (surface mail), US\$66.00 (air mail); Institutions, US\$64.00 (surface mail), US\$86.00 (air mail).

Address for subscription: Editing & Publishing Department, Institute of International Relations, 64 Wan Shou Road, Mucha 11625, Taipei, Taiwan, Republic of China

Tel.: (02) 939-4921

FAX: (02) 938-2133

FRANCE FORUM

**DIE TRADITIONSREICHE STIMME
DER POLITISCHEN MITTE FRANKREICHS**

Herausgegeben von Etienne Borne und Henri Bourbon

Jetzt auch in Deutschland direkt erhältlich!

*Jahresabonnement (4 Ausgaben) inkl. Porto: DM 49,-
In französischer Sprache*

France Forum ist ein Forum der politischen Mitte Frankreichs – ein tolerant angelegtes, esprithaltiges, traditionsreiches Organ, das an der Seite einer offenen, frei verfaßten, aber wertorientierten Gesellschaft französische, europäische und globale Fragestellungen diskutiert.

Erstklassige Autoren schreiben für France Forum, so – um nur einige nennen – Etienne Borne, Henri Bourbon, François Fejtö, Claude Huriet, Jean-Marie Domenach, Marc Darmon, Jean François-Poncet, Robert Toulemon, Jean Cluzel, Pierre-Henri Teitgen, Raymond Legrand-Lane, René Pucheu, Hugues Portelli, Joseph Rovin, Jean Lecanuet, Louis Leprince-Ringuet, etc. Publizisten, Journalisten, Wissenschaftler und (denkende) Politiker.

Themen der letzten Ausgaben waren u.a.: Liberale und jakobinische Tradition; Menschenrechte und Armut; Christliches Denken und wirtschaftliches Handeln; Europa und die USA: ein neues Verhältnis; Medien und demokratische Werte; die "Republik des Zentrums"; Tocqueville und die Pressefreiheit etc.

*Seit Anfang 1990 ist France Forum in Deutschland
auch direkt erhältlich bei:*

LIBERTAS

Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320, Telefax: 07031/83693

Fordern Sie Probeexemplare an (gegen Schutzgebühr DM 6,-) oder bestellen Sie ein Abonnement!

France Forum – ein Beitrag zur vernünftigen Orientierung.

Lieferbare Titel aus dem LIBERTAS-Verlag:

Antony E. Alcock: Northern Ireland: Problems and Solutions.
Sindelfingen 1985, 57 S. 15,- DM, ISBN 3-921929-96-2

Konrad Schön: Politische Denkformen. Essays.
Sindelfingen 1986, 141 S. 20,- DM, ISBN 3-921929-94-6

Wilhelm Hahn: Europäische Kulturpolitik. Aufsätze über Bildung, Medien und Kirche.
Sindelfingen 1987, 186 S. 16,- DM, ISBN 3-921929-90-3

Otmar Franz (Hrsg.): Europäische Währung – eine Utopie?
Sindelfingen 1988, 145 S. 30,- DM, ISBN 3-921929-89-X

Rudolf Luster (Hrsg.): Bundesstaat Europäische Union.
Ein Verfassungsentwurf.
Sindelfingen 1988, 136 S. 16,- DM, ISBN 3-921929-86-5

Otmar Franz (ed.): European Currency in the Making.
Sindelfingen 1989, 145 S. 40,- DM, ISBN 3-921929-83-0

Ursula Braun-Moser: Europäische Verkehrspolitik – Chancen und Ziele.
Sindelfingen 1989, 94 S. 20,- DM, ISBN 3-921929-81-4

Rudolf Luster: Ein Berliner für Europa.
Sindelfingen 1989, 72 S. 16,- DM, ISBN 3-921929-84-9

Thomas Beck: Politschulung der DDR-Grenztruppen.
Sindelfingen 1989, 170 S. 16,- DM, ISBN 3-921929-87-3

Friedrich-Ludwig Wedemeyer: New Age – Fakten und Folgen.
Sindelfingen 1989, 120 S. 20,- DM, ISBN 3-921929-75-X

Joachim J. Mende: Wohnungsbaufinanzierung in Entwicklungsländern.
Sindelfingen 1989, 94 S. 36,- DM, ISBN 3-921929-76-8

Ladislav Barlay: Grundlagen der Naturphilosophie.
Sindelfingen 1990, 153 S. 30,- DM, ISBN 3-921929-95-4

Dieter Rogalla (Hrsg.): EG-Binnenmarkt und das Europa der Bürger.
Sindelfingen 1990, cca. 120 S. 20,- DM, ISBN 3-921929-74-1

Otmar Franz (ed.): European Currency in the Making Vol. 2
Sindelfingen 1990, 150 S. 40,- DM, ISBN 3-921929-77-6

Hans-Jürgen Zahorka: Unternehmensstrategien im Europäischen Wirtschaftsraum.
Sindelfingen 1990, 150 S. 39,- DM, ISBN 3-921929-82-2

*Ihre Bestellungen richten Sie bitte an: LIBERTAS-Verlag, Hintere
Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen.*

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift

Herausgeber: Hans-Jürgen Zahorka
Chefredakteur: Dr. Ladislaus Barlay

Als Zeitschrift für europäische Köpfe analysiert LIBERTAS die theoretisch faßbaren, geistigen Bauelemente von Politik und geht auf deren Informationsstand ein. Außer der Diskussion grundlegender Aspekte politischen Handelns und Entscheidens kommentiert LIBERTAS die wichtigsten Themen sowie Vorgänge im Rahmen der politischen Integration Europas. Der Zugehörigkeit Europas zur nordatlantischen Schicksalgemeinschaft wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit wissenschaftlichen Aufsätzen, politischen und philosophischen Essays, Interviews, Glossen und Buchbesprechungen, aber auch mit literarischen Arbeiten beleuchtet LIBERTAS, was sich in Sachen Europa tut. Wichtige regionale und nationale Entwicklungen, vor allem aber die Entstehung eines integrativen, interregionalen Beziehungsgeflechtes sowie eines föderativen, supranationalen Souveräns in Europa bleiben dabei ebenso wenig ausgespart wie für Europa lebenswichtige, außereuropäische Trends oder Konflikte. LIBERTAS spricht damit jeden intelligenten Europäer an und bleibt für Führungskräfte in Wirtschaft und Politik sowie für Wissenschaftler und Publizisten eine unerläßliche, zuweilen ganz lockere Orientierungshilfe.

Das Jahresabonnement für vier LIBERTAS-Hefte kostet 40,- DM. Abonnementswünsche nimmt der LIBERTAS-Verlag, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen unter Beifügung eines Schecks oder nach erfolgter Überweisung auf das Konto:
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30), D-7032 Sindelfingen, bzw. mit formlosem Bestellschreiben entgegen.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka
Chefredakteur/Rédacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislaus Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzensberger, Bob Fitzhenry, Claus-Peter Grotz, M. A., Dr. Ernest Mühlen, Dr. Dieter Rogalla, Prof. Dr. Konrad Schön, Reinhard Stuth, Dr. phil. Christopher Terry, Heiner Wehn, drs. Florus A. Wijsenbeek.

Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS (SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING / POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA). LIBERTAS wird in der SCAD-Dokumentationsbank der Europäischen Gemeinschaft ausgewertet/LIBERTAS is evaluated by the SCAD-Documentation Bank of the European Community.

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0)7031/81855; Telex: 7265320; Telefax: 07031/83693

Bankverbindung/Bank account:

213740001 Volksbank Sindelfingen eG (BLZ 60390130); 3057407

Kreissparkasse Böblingen (BLZ 60350130); 2940-705 Postscheckamt Stuttgart (BLZ 60010070)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 4,75 Ecu oder 10,- DM

Jahresabonnement: 19,- Ecu oder 40,- DM (bei Übersee-Abonnements:

zuzügl. Luftpost-Mehrporto)

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 4,75 Ecu or 10,- DM

Annual subscription rate: 19,- Ecu or 40,- DM (for overseas-subscriptions plus air mail postal rates)

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:

LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 19,- Ecu oder 40,- DM/

Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 19,- Ecu ou 40,- DM/

I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 19,- Ecu or 40,- DM

● Scheck liegt bei/Ci-joint un chèque/A cheque is enclosed

● Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

● Betrag wurde überwiesen/Le montant a été viré au compte bancaire/The amount was transferred to bank account

213740001 Volksbank Sindelfingen eG (BLZ 60390130); 3057407 Kreissparkasse Böblingen (BLZ 60350130); 2940-705 Postscheckamt Stuttgart (BLZ 60010070)

Name/Nom.....

Adresse/Adress.....

Datum/Date..... Unterschrift/Signature.....